

saarbrücker hefte

Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft

121

Sommer 2020
Euro 9,90

Nach Corona: Kliniksterben an der Saar?

Der "Wackes" und die "Boches"
sind zurück – das französische Virus

Interview:

A. Benjamin Seyfert,
Urenkel von Max Ophüls

Sie gehören zusammen:
Esoterikszenen, Impfgegner und Neo-
nazis demonstrieren gemeinsam

100 Jahre Saarland:
Ein Grund zum Feiern?



saarbrücker hefte Nr. 121, Sommer 2020

Herausgeber:

Verein Saarbrücker Hefte e.V.

Redaktion:

Bernhard Dahm, Klaus Gietinger, Sadija Kavgić (v.i.S.d.P.), Josef Reindl, Dietmar Schmitz, Iris Schumacher, Wilfried Voigt, Laura Weidig, Reinhard Wilhelm

Redaktionsadresse:

Saarbrücker Hefte

Hohe Wacht 21

66119 Saarbrücken

E-Mail: info@saarbrueckerhefte.de

Internet:

www.saarbrueckerhefte.de

Verlag:

Blattlaus Verlag, Ludwigstraße 29, 66115 Saarbrücken

Telefon: (0681) 37 21 75, E-Mail: druck@blattlausverlag.de

www.blattlausverlag.de | www.blattlaus.org

Herstellung:

Blattlaus GmbH, Saarbrücken

Layout: Ruth Santos

Verkaufspreis:

Einzelheft EUR 9,90

Die Zeitschrift ist im Buchhandel erhältlich.

Einsendungen von Manuskripten per E-Mail an: info@saarbrueckerhefte.de.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Autorinnen und Autoren dieser Ausgabe:

Georg Bense, Jonas Boos, Klara-Katharina Bost, Marie Bröckling, Thomas Fläschner, Klaus Gietinger, Klaus Ludwig Helf, Sadija Kavgić, Franta Kocourek, Till Neu, Josef Reindl, Werner Ried, Stefan Ripplinger, Mathias Römer, Irina Rosenau, Erich Später, Herbert Temmes, Wilfried Voigt, Alena Wagnerová, Laura Weidig, Reinhard Wilhelm

Abbildungen:

Seite 8: BeckerBredel; Seite 11, 12,13 ver.di; Seite 15: aktiva/Ministerium für Soziales, Gesundheit, Frauen u. Familie; Seite 17: ver.di; Seite 27: MoDu 2.0, Regierung Luxemburg; Seite 30: Thomas Fläschner; Seite 32, 34: Kai Schwerdt; Seite 38: Saarländischer Flüchtlingsrat e.V.; Seite 51, 57: Sadija Kavgić; Seite 59: BeckerBredel; Seite 62, 63, 66, 67 oben: S.P.I.C.H.; Seite 67: Klaus Gietinger; Seite 68, 73, 74: Landesarchiv des Saarlandes, Bildersammlung: Nachlass Ludwig Bruch; Seite 70: Stadtarchiv Saarbrücken; Seite 82, 83, 84, 97: Sadija Kavgić; Seite 99: Sebastian Klöckner.

ISSN 0036-2115

ISBN 978-3-945996-34-8

Für freundliche Unterstützung danken wir der Bildungs- und Kulturministerin des Saarlandes, Saarland Sportfoto GmbH und unseren Werbepartnern.

saarbrücker
hefte

*Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft* **121**

Inhalt

Editorial	5	<i>Sadija Kavgić</i>
Corona	7	<i>Josef Reindl</i> Der »Wackes« und die »Boches« sind zurück – das französische Virus
	11	<i>Wilfried Voigt</i> »Nach Corona kommt die Krankenhauskrise«
	21	<i>Matthias Römer</i> Über Missverhältnisse, Missverständnisse und Chancen
	24	<i>Jonas Boos</i> Verschärfte Ungleichheiten – wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie
	26	<i>Werner Ried</i> Noch mehr Geld oder endlich auch mal Taten? Dem Saar-ÖPNV fehlen Ziele, Projekte und Macher
	29	<i>Thomas Fläschner</i> Pakete aus Berlin
	31	<i>Klara-Katharina Bost</i> Sie sind eins, sie gehören zusammen Esoterikszene, Impfgegner und Neonazis demonstrieren gemeinsam gegen Infektionsschutzmaßnahmen
	36	<i>Laura Weidig</i> Corona-Party auf Geheiß des Innenministeriums Eine Einladung, die nicht abgelehnt werden kann
	40	<i>Laura Weidig</i> Kunst- und Kulturschaffende erzählen
	43	<i>Boris Penth</i> Vom Getrenntsein und der Hoffnung Gedanken eines Filmemachers während des Corona-Lockdowns
Geschichte	47	<i>Sadija Kavgić</i> Eine geheimnisvolle Krankheit Die Spanische Grippe im Saarland
	53	<i>Erich Später</i> 100 Jahre Saarland – Ein Grund zur Freude?
	61	<i>Laura Weidig</i> Ein Ehrenbürger, dem mehr Ehre gebührt Zum 75. Todestag von Max Braun
	62	<i>Klaus Gietinger</i> Édouard Klein und die Spicherer Höhen. Vor 150 und vor 75 Jahren – Recherchen über zwei fast vergessene Jahrestage

Nazis an der Saar	68	<i>Franta Kocourek</i> Die Saarabstimmung 1935 Das Saargebiet unter dem Hakenkreuz
Zeitgeschehen	78	<i>Marie Bröckling</i> Neue Überwachungs-Werkzeuge für die saarländische Polizei
Rassismus im Saarland	81	<i>Sadija Kavgić</i> Ein Gespräch mit zwei Saarländerinnen
	85	<i>Erich Später</i> Tradition der Verachtung und Gewalt
Galerie	86	<i>Till Neu</i> Bilder für Griechenland
Interview	95	<i>Sadija Kavgić</i> »Demokratie müssen wir uns immer wieder neu erkämpfen« Ein Interview mit dem Urenkel von Max Ophüls – Andréas-Benjamin Seyfert
Nachruf	99	<i>Herbert Temmes</i> Georg Bense verstorben – ein Nachruf
Literatur	101	<i>Georg Bense</i> Ist das wirklich Leben? Das Jüdische Museum im elsässischen Bouxwiller
	102	<i>Irina Rosenau</i> Das Fundament
	106	<i>Reinhard Wilhelm</i> ZEIT-Vertrieb
Rezensionen	107	<i>Stefan Ripplinger</i> Christian Baron, Ein Mann seiner Klasse
	110	<i>Klaus Gietinger</i> Straßenbahnen im Saarland – Auf Schienen unterwegs in Saarbrücken, Saarlouis, Neunkirchen und Völklingen
	112	<i>Klaus Ludwig Helf</i> Filmrausch – Das Kinowunder im Saarland.
In eigener Sache	115	Chronik einer Debatte: Kann die Stadt Saarbrücken sich die <i>Saarbrücker Hefte</i> weiter leisten?
Autorinnen und Autoren	119	

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Seit dem Amtseintritt des Oberbürgermeisters Uwe Conradt (CDU) am 1. Oktober 2019 stellte sich für die Saarbrücker Hefte die Frage: Wird die Stadt Saarbrücken uns, als Herausgeber der zweimal im Jahr erscheinenden Zeitschrift, weiterhin mit einem ausreichendem Druckkostenzuschuss unterstützen? Bereits 2006 hat der damalige Saarbrücker Stadtrat mit seiner Mehrheit aus CDU und FDP den Saarbrücker Heften die Unterstützung aus dem städtischen Haushalt gestrichen. Daraufhin übernahm Charlotte Britz (SPD) die Förderung unseres Vereins aus ihren Verfügungsmitteln als Oberbürgermeisterin. Der neue Oberbürgermeister Uwe Conradt, der seit Oktober 2019 im Amt ist, verweigerte den Heften jedes Gespräch und lehnte gegen die Empfehlung des Kulturdezernenten Thomas Brück die weitere Förderung ab. Dies wurde mit den finanziellen Belastungen der Stadt durch die Corona-Epidemie begründet. Im Gegensatz zu 2006 verweigerte die Grüne Partei den Saarbrücker Heften die Solidarität mit der absurden Begründung, durch ein Gutachten zunächst die Rechtmäßigkeit der Förderung aus den Haushaltsmitteln prüfen zu lassen.

Nachdem den Heften die Förderung aus dem Haushalt versagt worden war, kam von einer Mitarbeiterin des Oberbürgermeisters der verblüffende Vorschlag, die Hefte aus dem Corona-Hilfsfonds der Stadt zu fördern. Dieser Vorschlag wurde von der Redaktion abgelehnt. Der Antrag der Saarbrücker Hefte an die Ministerin für Bildung und Kultur, Christine Streichert-Clivot, sich an den die Druckkosten zu beteiligen, wurde angenommen, wofür wir uns bedanken. Eine Chronik der Debatte, die auch von anderen Medien aufgegriffen wurde, ist ab Seite 115 in diesem Heft nachzulesen.

Tatsächlich aber hat der Ausbruch der Seuche großen Einfluss auf die Pläne für diese Ausgabe der Saarbrücker Hefte gehabt. Nach dem Erfolg von Nummer 120 und einer gelungenen 65. Jubiläumsfeier am 9. Januar 2020 legte sich die Redaktion Anfang März auf ein Schwerpunktthema für das neue Heft fest. Nach dem Lockdown wurden diese Pläne hinfällig. Wir mussten – wie alle – lernen, mit den neuen Bedingungen umzugehen. Unsere Redaktions-sitzungen wechselten in den Online-Modus. Nun haben wir es geschafft: Das Heft Nummer 121 liegt in Ihren Händen. Was hat es Ihnen zu bieten?

Einen Essay über die deutsch-französischen Beziehungen, die, wie Autor Josef Reindl ausführt, sich in dieser Krise leider als nicht sehr stabil gezeigt haben. Die strengen Ausgangs- und Bewegungsbeschränkungen im Saarland haben einen Ausbruch der Seuche größeren Ausmaßes hierzulande verhindert. Dabei waren und sind die Krankenhäuser durch die Pandemie besonders gefordert. Vor allem manche der kleinen Kliniken arbeiten hier ohnehin schon am Rande der wirtschaftlichen Existenz und leben in der Furcht vor dem Aus. Nachdem die private Schweizer Ameos-Gruppe ihr Interesse an einer geplanten Nordsaarland-Klinik bekundet hat, steigt die Angst vor einem ruinösen Verdrängungswettbewerb. Ameos, einer der großen Player im deutschen Gesundheitswesen, ist wegen seines beinhalten Sparsystems und seines brachialen Umgangs mit gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten in Verruf geraten. Wilfried Voigt beschreibt den Konflikt.

Während die Landesregierung einerseits von der saarländischen Bürgerschaft die strikte Befolgung der Abstandsregeln verlangt und Massenveran-

staltungen verboten hat, hat sie andererseits kein Problem damit, im Lebacher Aufnahmelager für geflüchtete Menschen über 1000 Schutzsuchende auf engstem Raum zusammenleben zu lassen. Laura Weidig beschreibt die saarländische Aufnahmekultur und blickt über die Grenzen des Landes hinaus bis nach Griechenland.

Die notwendigen Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie haben neben sachlichen Diskussionen auch zu Protestdemonstrationen geführt, deren TeilnehmerInnen den Schutz der Bevölkerung ablehnen und die Maßnahmen zur Bekämpfung von Corona als Vorwand für die Errichtung einer Diktatur halten. Die Recherche der Saarbrücker Hefte hat ergeben, dass die Proteste von unterschiedlichen Gruppen getragen werden, die von Teilen der Esoterikszene bis zu Neonazis reichen.

Die Pandemie und ihre Auswirkungen auf die Ökonomie und Gesellschaft analysieren Jonas Boos für die Wirtschaft und Matthias Römer für das Schulsystem. Werner Ried und Thomas Fläschner blicken in die Zukunft und machen Vorschläge für die sinnvolle Verwendung der zusätzlichen Mitteln aus Landes- und Bundeshaushalt für den notwendigen Wandel der Verkehrssysteme.

Die Saarbrücker Hefte befragten Kunst- und Kulturschaffende, wie sie mit den Corona-bedingten Veränderungen in ihrem Leben umgehen. Der ehemalige Leiter des Filmfestivals Max-Ophüls-Preis und Filmemacher Boris Penth schickte uns dazu seine Gedanken. Ein historischer Rückblick auf die bisher tödlichste Pandemie, die Spanische Grippe von 1918/19, rundet unseren Corona-Schwerpunkt ab.

Wir gedenken unseres während der Epidemie verstorbenen langjährigen Kollegen Georg Bense und veröffentlichen ihm zu Ehren seinen Text über das Jüdische Museum im elsässischen Bouxwiller.

Apropos Max Ophüls: wir haben ein Interview mit Andréas Benjamin Seyfert, dem Urenkel von Max Ophüls geführt. Dieser ist seit zwei Jahren regelmäßiger Gast des Festivals und arbeitet, wie sollte es anders sein, als Filmhistoriker an der Universität in Los Angeles. Außerdem sind wir stolz darauf, dass wir Ihnen die zweite Reportage des tschechischen Journalisten Franta Kocourek über den Verlauf der Saarabstimmung 1935 erstmals in deutscher Sprache präsentieren können. Wiederentdeckt und übersetzt hat diesen Text Alena Wagnerová. Die gesammelten Reportagen Kocoureks in Wagnerová's Übersetzung sollen bis Ende des Jahres als Buch erscheinen.

In der Galerie präsentieren wir Ihnen diesmal die beeindruckenden Arbeiten des Künstlers Till Neu, die nicht nur aber auch durch eine Griechenland Reise inspiriert wurden.

Anlässlich der Feierlichkeiten zum hundertjährigen Geburtstag des Landes beschäftigt sich der Historiker Erich Später mit dessen Geschichte und findet in seinem Text wenig Gründe zum Feiern. Diese Skepsis stellt sich auch bei unserem Redakteur Klaus Gietinger ein. Er traf sich mit Monsieur Édouard Klein, der sich mit seinem Verein S.P.I.C.H. um den deutsch-französischen Erinnerungsort (Les Lieux de Mémoire) Spichern kümmert.

Der Wunsch der Redaktion, Ihnen nach den Angriffen auf die Existenz der Saarbrücker Hefte ein besonders gutes Heft zu liefern, ist hoffentlich in Erfüllung gegangen. Das war eine große Anstrengung. Wir bitten Sie, uns weiterhin zu unterstützen, und freuen uns auf Lob, Kritik und natürlich auch Spenden.

Gesundheit und einen schönen Restsommer wünscht

Sadija Kavgić

» Der »Wackes« und die »Boches« sind zurück – das französische Virus

Von Josef Reindl

Es gibt eine beharrlich wiederkehrende Erzählung über die Wirkung von Krisen auf das Verhalten von Menschen. Sie brächten, so heißt es, das Beste und das Schlimmste in ihnen hervor. In der Corona-Krise scheint sich dieses Narrativ erneut zu bestätigen. Wir sehen Gesten großer Hilfsbereitschaft, sensible Rücksichtnahmen durch Social Distancing, herzerwärmende Bilder von Menschen, die sich über Balkone zusingen, wir schauen beim Abstands-Spaziergang in Gesichter, die einem zunicken und zulächeln – fast scheint es so, als seien wir alle freundlicher und menschlicher geworden. Gleichzeitig müssen wir aber auch gewärtigen, dass in der Pandemiekrise Hass, Abgrenzung, Stigmatisierung und Rassismus hochkochen. Die irren Proteste gegen die (notwendigen) Beschränkungen unserer Freiheit und gegen die angebliche »Gates-Verschwörung« just zum Zeitpunkt ihrer Lockerung und just in einem Land, dessen Lockdown diese Bezeichnung im Vergleich zu Frankreich, Spanien und Italien kaum verdient, legen davon ebenso Zeugnis ab wie der Gedankenmüll, der in den sozialen Netzwerken abgeladen wird.

Es ist augenfällig, dass sich das Beste individuell zeigt: Es kommt aus der Person, ihrer Empathie, ihrem Gewissen, es bedarf keiner Politik, es aus den Menschen herauszuholen. Anders verhält es sich beim Schlimmsten. Es ist auf eine ver-rückte Weise hochpolitisch, weil eine Krise benutzt wird, um das eigene faschistische Programm zu befördern und die politisch Handelnden zu delegitimieren. Dass es überhaupt auf eine größere Resonanz über den Kreis der Hassprediger hinaus stößt, hat allerdings auch mit den Handlungen der politisch Verantwortlichen zu tun, die – ohne es zu merken – den Takt vorgeben.

Schlag das Virus: Schlagbäume und Grenzschießungen

Am 16. März fielen – ohne die französischen Behörden vorab zu informieren – unilateral die Schlagbäume zwischen dem Saarland und Lothringen. Kurz zuvor waren bereits die lothringischen Beschäftigten von ZF und Ford Saarlouis ohne Erklärung unwirsch nach Hause geschickt worden. Ebenso erging es französischen Schülern der Saarbrücker Gymnasien. Ein nie mehr für möglich gehaltener Zustand wurde Wirklichkeit. Ging man gestern noch von Kleinblittersdorf über die Brücke nach Grosbliederstroff, um in der Boulangerie-Pâtisserie Rohr Arnaud oder der Pâtisserie Russo knuspriges Baguette und frische Croissants zu kaufen, so stand man heute vor Gitterzäunen und deutschen Grenzbeamten, die sich mitten auf der Freundschaftsbrücke aufpflanzten. Besuchte man sich gestern noch selbstverständlich in Leidingen im Saargau, wo auf deutscher Seite 180 und auf französischer 30 Menschen neben-, mit- und durcheinander leben, so standen heute plötzlich wieder deutsche Polizisten an der Rue de la Frontière und kontrollierten, wiesen zurück, verlangten Papiere – und das alles mit gehöriger Ruppigkeit. Und wechselte man gestern zwischen Carling und Lauterbach mit Leichtigkeit über die unsichtbare Grenze, so stehen heute wieder Grenzbarrieren, die die Deutschen mit Baumstämmen verstärkt haben, nachdem die Franzosen sie zuvor entfernt hatten. Eine Region, die mittlerweile völlig ineinander verwachsen ist – über die Sprache (Platt), die Berufs- und Konsumpendelei, die verwandtschaftlichen Beziehungen, die Immobilienkäufe, das Kapital –, in der das Grenzgängertum gewissermaßen die normale Bewegungsform ist, wird in zwei Hälften

zerschnitten, so als ob sich die eine (saarländische) vor der anderen (französischen) schützen müsste. Ein Generalverdacht steht im Raum, so als ob das Virus ein Franzose wäre. (Unübertrefflich bringt der wie immer zartbesaitete Innenminister Klaus Bouillon dieses Dispositiv zum Ausdruck. Er bitte darum, dass die Franzosen sich schützten und »auch uns«. Er meint natürlich nur, dass die Franzosen als potenzielle Virenträger uns schützen sollen, indem sie gefälligst von uns fernbleiben. Vor den Saarländern bräuchten sie sich ja gar nicht zu schützen, weil die noch gar nicht von Covid-19 befallen sind). Die Folgen für die Menschen diesseits und jenseits der Grenze sind drastisch: Liebespaare, die sich wochenlang nicht sehen können, Verwandte, die sich nicht besuchen dürfen, Pendler, die riesige Umwege fahren müssen, um zu ihrer Arbeit (oft in Krankenhäusern und Pflegeheimen) zu kommen, weil etliche Grenzübergänge komplett dicht gemacht worden sind. Schlimmer noch als diese Unannehmlichkeiten sind die Ressentiments, die plötzlich wieder da sind: Franzosen, denen die Reifen zerschnitten werden, die angepöbelt werden, wenn sie in einem Kaufhaus entdeckt werden, die als Wirte des bösen Virus verdächtigt werden, während man

sich davon frei wähnt. Der »Wackes« und die »dreckigen Franzosen« sind zurück und natürlich lässt auch der Backlash nicht lange auf sich warten und man spricht drüben wieder von den »Boches«.

Einen »Akt der Hilflosigkeit« nennt der saarländische Ministerpräsident Tobias Hans heute die Verriegelung der Grenzen, durch die ein soziales, psychologisches und politisches Desaster angerichtet wurde. Aber war nicht er es, der Seehofer bedrängt hat, die Grenzzäune herunterzuziehen und war nicht er es, der den Söder'schen Kurs wie ein Musterchüler exakt kopiert hat? War nicht er es, der es nicht für nötig hielt, seinen »Freund« Jean Rottner, den Präsidenten des Regionalrats von Grand Est, vorher in seine Pläne einzuweißen? Warum eine Nacht- und Nebelaktion, dräute eine so große Gefahr? Standen die Virenheere vor der saarländischen Grenze, bereit zu einer mächtigen Invasion? Ich maße mir nicht an, ein Urteil über das medizinische Erfordernis oder Nichterfordernis von Grenzsicherungen – die auf einen Bruch des Schengener Abkommens hinauslaufen – zu fällen. Es wird argumentiert, dass der Grenz-Shutdown notwendig war, weil sonst die Lothringer am Wochenende das Virus bei ihren



Die Grenze bei Oberfelsberg

Einkäufen in Saarbrücken massenhaft verbreitet hätten. Allerdings waren nach damaligem Informationsstand zu diesem Zeitpunkt die Menschen aus Moselle nicht infektiöser als die Saarländer (das hat sich später geändert). Das Robert-Koch-Institut (RKI), das Grand Est zum Hochrisikogebiet erklärt hatte, hat schlicht keine Vorstellung von der Geografie dieses Riesengebiets. Die Hotspots waren zu dieser Zeit weit weg vom Saarland, tief unten im Süd-Elsass. Für einen logisch denkenden Zeitgenossen ist es schwer nachzuvollziehen, wie eine Pandemie national bzw. kirchturnpolitisch bekämpft werden soll. Für einen Zeitgenossen, der die Wirklichkeit von Saar-LorLux kennt, sieht es schon anders aus. So sehr die Bevölkerungen dieser Region »krealisiert« sind, so wenig arbeiten deren Institutionen zusammen. Die interregionale Kooperation ist eine Fassadenveranstaltung, hinter der die kleinkarierten eigenen Interessen herrschen. So ist z.B. der Austausch von Daten zwischen den Gesundheitsbehörden in Lothringen und im Saarland zur Zeit ein Ding der Unmöglichkeit. Infektionsketten können nur mit Mühe über Landesgrenzen hinweg verfolgt werden. Europa, nicht nur als schöne Idee, sondern als gelebte Realität, ist sehr, sehr weit entfernt. Weil dem so ist und man um den Rückstand in der institutionellen Kooperation weiß, lag der Griff zum eigenen Krisenbesteck, wozu Abschottung und Schließung zählen, nahe. Ob er klug war, ist eine andere Frage.

Vom Krieg gegen das Virus zur Ächtung des Fremden

In der Auseinandersetzung mit dem Virus dominieren Kriegsmetaphern. Das Virus ist der Feind, den es zu eliminieren, zurückzuschlagen, einzudämmen gilt. Auch wenn hierzu lande diese martialische Sprache im Gegensatz etwa zu Macrons Frankreich und Trumps Amerika nicht so laut tönt, so ist doch überall ein ähnlicher Denkansatz anzutreffen, der aus der Virologie stammt. Das Virus kommt von außen, es befällt unschuldige Körper und richtet dort großen Schaden bis hin zum Tod an, wenn es nicht gelingt, die Immunreaktion auszulösen. Es herrscht hier eine klare Unterscheidung zwischen innen und außen, zwischen Eigenem und Fremden, zwischen

Freund und Feind, es regiert ein militärisches Dispositiv: Angriff und Abwehr bestimmen das immunologische Handeln. Die Mikrobenjäger Pasteur und Koch geben das Skript vor.

In einer solchen Perspektive ist der Mensch selber fein heraus. Er kann sich als Opfer wähen, dem etwas Schlimmes zustößt, an dem er keinen Anteil hat. Tatsächlich aber hätte das Virus ohne den Menschen keine Chance, sich so explosionsartig zu vermehren. Es braucht ihn als Wirt und deshalb sind menschliche Lebensweisen, ökonomische Austauschprozesse sowie politische Strukturen die eigentlichen Medien der Vermittlung des Virus. Das Virus erhält sich erst durch seinen Träger, ohne den es nicht existieren kann. Es ist kein eigenständiges Lebewesen. Man kann es auch nicht besiegen oder ausschalten, und selbst wenn man Teilsiege feiert, wie die Entwicklung eines geeigneten Impfstoffes, wird es mutiert wieder zurückkehren. Es ist auch kein Demokrat und kein Gleichmacher, es sucht sich die Wirte mit Vorliebe da, wo Menschen arm, schwach, krank, alt oder alles zusammen sind. Wir werden lernen müssen, mit dem Virus zu leben, das zwar ein böser Geselle ist, aber eben auch ein Geselle, und wir haben das ja schon als bakteriologische Kolonien vielfach getan. Leben lernen mit dem Virus heißt, neben der Verlangsamung seiner Vermehrung unsere imperiale Lebensweise zu hinterfragen und nach der Virologie wieder die Sozialmedizin, die Krankheit mit den sozialen Verhältnissen, mit der Klassengesellschaft in Verbindung bringt, zu ihrem Recht kommen zu lassen.

Für den Menschen ist dies eine unerfreuliche Botschaft, die ihn daran erinnert, dass er – durch seine Art und Weise zu leben, zu arbeiten, zu essen, mit der Natur umzugehen – das Virus ist. Viel einfacher wäre es für ihn, es gäbe da draußen einen Bösewicht, dem man mit aller Macht und allen Mitteln zu Leibe rückt und dann wird alles wieder gut. Diese Denke ist weit verbreitet, sie zeigt sich vor allem im für die Bekämpfung der Pandemie sinnlosen Versuch, den genauen Entstehungsort, die genaue Entstehungsursache und den Patienten Null zu finden. Die meisten Antworten deuten auf das Fremde: im Mittelalter auf die Juden, die die Brunnen vergiftet und die Pest heraufbeschworen haben, heute auf China (das »chinesische Virus«), auf andere Länder als Seuchengebiete, von denen man sich abschotten muss, auf Angehörige anderer

Nationen, die angeblich der Patient Null sind (so geschehen in Italien, wo die Meldung, der Patient Null sei ein Deutscher, landesweit Erleichterung ausgelöst hat). Es ist ein kurzer Weg vom virologischen Diskurs (der seine medizinische Berechtigung hat) zum Rassismus und zur Xenophobie.

Das Virus und der Frankreich-Komplex

Dass im Gefolge der Grenzsicherungen so massiv antifranzösische Ressentiments hochgekocht sind, hat viele saarländische Politiker, denen die deutsch-französische Freundschaft ein Herzensanliegen ist, schockiert und irritiert. Sie dachten wohl, die Aussöhnung mit dem »Erbfeind« sei längst Geschichte, und sie beeilten sich deshalb, ihren französischen Kollegen ihr Bedauern und ihre Distanzierung von den rassistischen Ausfällen mitzuteilen. Um die Verstörung der Franzosen zu mildern, haben sie zudem einige saarländische Kliniken für elsässische Corona-Patienten geöffnet.

Freilich, so ganz aus heiterem Himmel kam dieser Rückfall in den Völkerhass der Vergangenheit nicht. »Das Saarland und Frankreich« ist immer noch ein unabgeschlossenes Kapitel. Gehässigkeiten können immer wieder ausbrechen, solange historische Verdrehungen, die hierzulande weit verbreitet sind, nicht endlich ad acta gelegt werden. Dazu gehört die Mär von der sanften Preußenherrschaft über das nach dem 71-Krieg annektierte Elsass-Lothringen. Wie es dort wirklich zuging, zeigen Klaus Gietinger und Winfried Wolf in ihrem Buch über den »Seelentröster« Christopher Clark. Sie nehmen Bezug auf die Zaber-naffäre, die ausgelöst wurde durch einen jungen, schneidigen preußischen Leutnant, der seine Rekruten aufforderte, bei Auseinandersetzungen mit der Bevölkerung, die er mit dem Schimpfwort »Wackes« (Strolche, Taugenichtse) bezeichnete, ordentlich vom Seitengewehr Gebrauch zu machen. »Und wenn Sie dabei einen solchen Wackes über den Haufen stechen, schadet das gar nichts.« Als sich gegen den preußischen Militarismus Widerstand regte, marschierten mit Maschinengewehren bewaffnete Soldaten auf und verhafteten 27 Zivilisten – unterstützt vom Beifall Kaiser Wilhelm II. und seines Sohnes,

die hinter der Insubordination der Elsässer den mit französischem Geld aufgeputzten Wackes am Werk sahen. Dazu zählt weiterhin die Bewertung der französischen Besetzung nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg, die nicht als verdiente Folge für einen angezettelten Weltkrieg, sondern als Okkupation und Ausbeutung wahrgenommen wurde und dann im begeisterten Anschluss an Nazi-Deutschland gipfelte. Und dazu rechnet nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg die Beurteilung des Autonomiestatus und der Hoffmann-Regierung als französische Fremdherrschaft, gegen die von den Kommunisten bis zu den rechten Nationalisten gehetzt wurde. Die Saarländer, die aufgrund ihrer Grenzlage in den Kriegen zwischen Franzosen und Deutschen einen besonders hohen Blutzoll entrichten mussten (vgl. dazu den Artikel von Klaus Gietinger zu den Spicherer Höhen), warfen sich ausgerechnet denen in die Arme, die die Verantwortung für ihre großen Leiden trugen. Sie fühlten sich nicht vom Militarismus und Faschismus befreit, er ist ihnen nur weggenommen worden.

Gewiss, inzwischen ist viel Zeit vergangen und Normalität im Verhältnis zwischen Saarländern und Franzosen eingekehrt. Aber das Ressentiment ist geblieben, auch wenn es sich lange latent gehalten hat. Die stolzen Nachbarn, die in der Französischen Revolution ihre Herrscher davongejagt und auf die Guillotine gebracht haben, die sich wenig gefallen lassen von den Machthabern und im Streit mit ihnen sich auch nicht scheuen, das ganze Land lahm zu legen, und die Saarländer, die sich lieber auf die falsche Seite gestellt haben, statt sich selber zu regieren, die den Vergleich und die Harmonie dem Konflikt vorziehen – irgendwie wird das kein Liebesverhältnis. Das muss es auch nicht, man liebt seinen Mann und seine Frau und nicht *die* Deutschen oder *die* Franzosen. Aber das Schüren von Angst vor seinen Nachbarn, wie es jetzt in der Corona-Krise geschehen ist, birgt eine große Gefahr. Denn Völker können sich zwar womöglich nicht lieben, aber sich hassen, das können sie sehr wohl.

»Nach Corona kommt die Krankenhauskrise«

Von Wilfried Voigt

Das Saarland ist das einzige Bundesland, in dem private Kliniken bisher fast bedeutungslos sind. Nur 32 der aktuell 6831 Krankenhausbetten befinden sich hier in privater Hand, nicht einmal 0,5 Prozent. Das könnte sich bald ändern. Die wegen ihres brachialen Umgangs mit gewerkschaftlich engagierten Beschäftigten umstrittene Schweizer Ameos-Gruppe ist als Betreiber einer »Nordsaarland-Klinik« mit rund 200 Betten im Gespräch. Die Gewerkschaft ver.di, SPD-Abgeordnete der saarländischen GroKo sowie die Linken im Landtag befürchten insbesondere einen Ausverkauf der Interessen des medizinischen Personals und sind strikt gegen die Vergabe an Ameos. Die CDU-Gesundheitsministerin kann sich dagegen einen privaten Betreiber durchaus vorstellen. Es geht um sehr viel Geld.



Demo für Tarifverträge in ostdeutschen Kliniken, Februar 2020

Ob eine Insel aus Plastikmüll im Südatlantik, ein Ölteppich in Alaska oder ein Waldbrand in Kalifornien – in der deutschen Katastrophenberichterstattung gibt es eine gängige Maßeinheit: so groß wie das Saarland. Das kleinste Flächenland der Republik (Slogan: Großes entsteht immer im Kleinen) mit seinen knapp 2570 Quadratkilometern und nicht mal einer Million Einwohnern liegt *vergleichsweise* oft ganz nah am Elend der ganzen Welt.

Wenn es um die *realen* saarländischen Probleme geht, schrumpfen die Vergleiche auf in-nerdeutsche Maßstäbe. Etwa beim brisanten

Thema Gesundheit. So ist in einer Statistik des Krankenhausreports 2019 nachzulesen: »Bezogen auf die Standardbevölkerung von 2011 hat das Saarland mit 25 709 Fällen je 100 000 Einwohner die meisten Behandlungsfälle aufzuweisen.« Der bundesdeutsche Durchschnitt lag im Vergleichszeitraum deutlich darunter: bei 23 201 Fällen. Die stationären Einrichtungen im Land konnten die hohe Fallzahl zwar bewältigen. Etliche operieren jedoch am Rande der wirtschaftlichen Existenz. Die kleinen Spitäler im Saarland (und anderswo) kämpfen ums nackte Überleben. Landes- und

Kommunalpolitiker quälen sich deshalb mit dem Aufstellen eines Krankenhausplanes. Die entscheidende Frage: Welche Kliniken bleiben?

Zwar werden den Häusern wegen ihrer positiven organisatorischen und medizinischen Leistungen beim Kampf gegen die Corona-Pandemie derzeit überall Lorbeerkränze geflochten und beste Zeugnisse ausgestellt. Politiker sind angesichts der Gefahren durch das Covid-19-Virus sogar bereit, mehr Geld für die medizinische Infrastruktur aufzuwenden. Dies ändert jedoch grundsätzlich nichts an der prekären Lage vor allem im ländlichen Raum – besonders im Saarland.

Thomas Jakobs, Geschäftsführer der saarländischen Krankenhausgesellschaft, gab schon im März 2020, zu Beginn der Pandemie, zu Protokoll: »Jetzt haben wir die Corona-Krise, danach kommt die Krankenhauskrise.« Weder würden die durch die Pandemie verursachten Mehrkosten noch die Einnahmeausfälle kompensiert. Dabei begann die wirtschaftliche Notlage lange vor Corona..

Etliche Kliniken hat es bereits seit der Jahrtausendwende dahingerafft:

- das Belegkrankenhaus des Roten Kreuzes in Saarbrücken (2006)
- das St. Michael Krankenhaus in Völklingen (2009)
- das St. Josef Krankenhaus Neunkirchen und die Kinderklinik Kohlhof (2011), die zur neuen Marienhausklinik St. Josef Kohlhof fusioniert wurden

- die Marienhausklinik Wadern (2017)
- die Marienhausklinik Saarlouis-Dillingen (2019)

Und das Siechtum setzt sich fort. Im Jahr 2021 wird die Marienhausklinik Ottweiler stillgelegt, und die Existenz des Caritas-Krankenhauses in Lebach gilt als gefährdet.

Es wird wohl nicht der letzte Klinik-Zusammenbruch sein. Die Kölner Firma aktiva Beratung im Gesundheitswesen GmbH, die im Auftrag des Saarlandes ein Gutachten zur Vorbereitung des saarländischen Krankenhausplanes für den Zeitraum bis 2025 vorlegte, kam 2017 zu einem brutalen Ergebnis. Anstelle der 25 Standorte, von 22 Kliniken betrieben, würden gerade mal fünf für die »nahezu vollständige Versorgung der Bevölkerung« im Saarland ausreichen. Dabei sei sogar die Bedingung berücksichtigt, dass die Kliniken innerhalb von maximal 30 Minuten erreichbar sein müssten – was im kleinen Saarland nicht schwer zu bewerkstelligen ist.

Die aktiva-Autoren betonten damals sarkastisch, ihr Super-Schrumpfmodell sei »unter Vernachlässigung lokalpolitischer oder trägereigener Interessen« entwickelt worden. Im Klartext: vorbei an der Realpolitik. Einen Seitenhieb auf die Verantwortlichen mochten die Experten sich dabei nicht verkneifen: »Versorgungs- oder qualitätsorientierte Strukturpassungen scheiterten bisher an den Widerständen von Trägern und Politik.« Die Folge seien Bestandsgarantien »bis zu dem Punkt, an dem betriebsgefährdende Größen und fehlendes Personal zur Aufgabe zwingen«.

Die »hohe Krankenhausdichte und die vielen kleinen Standorte« wirken sich nach Einschätzung der Kölner Gutachter schon seit Jahren negativ aus. Die bisherigen Strategien der Krankenhausträger im Saarland seien »gekennzeichnet durch geringe Kooperationsbereitschaft bei der Leistungsabstimmung und Sicherung der eigenen Standorte«. Diese mangelhafte Koordination führe »zu einer Verschwendung öffentlicher Mittel sowie zur weiteren Zersplitterung des Leistungsangebotes anstatt zur Konzentration«.

Verschärft wird dieses Planungschaos noch durch den gravierenden Fachkräftemangel im ärztlichen und pflegerischen Bereich. Denn die kleinen Krankenhäuser haben aufgrund ihrer häufig geringeren Attraktivität für Bewerber das Nachsehen bei der Personalauswahl.



Bitteres Fazit der aktiva-Experten: »Die Qualität der Versorgung tritt dabei in den Hintergrund.« Eine katastrophale Note für die zuständigen Träger und Politiker im Saarland. Erstaunlich: Die brachiale Kritik und die Schlussfolgerungen der Autoren lösten keinen Shitstorm aus.

»Die Qualität der Versorgung tritt dabei in den Hintergrund.«

Ganz anders dagegen die Reaktionen auf eine Studie der Bertelsmann-Stiftung, die 2019 radikale Vorschläge für eine neue Krankenhausstruktur in ganz Deutschland vorlegte. Der Think tank des Gütersloher Konzerns, der mit seiner IT-Firma Arvato Systems selbst dick im Geschäft mit der elektronischen Gesundheitskarte mitmischte, gab die Parole aus: Von den derzeit rund 1400 Krankenhäusern in Deutschland sollten nur etwa 600 bestehen bleiben. Nur Kliniken mit größeren Fachabteilungen und mehr Patienten hätten genügend Erfahrung für eine sichere Behandlung. Viele Todesfälle und Komplikationen ließen sich nach Einschätzung der Autoren durch eine Bündelung von Ärzten und Pflegepersonal sowie Geräten in weniger Häusern vermeiden. Kleine Kliniken verfügten oft nicht über die erforderliche technische Ausrüstung und Erfahrung, um lebensbedrohliche Fälle wie Herzinfarkt oder Schlaganfall angemessen zu behandeln.

Was viele nicht wissen: Die Bertelsmann-Tochterfirma Arvato-Systems erhielt 2019 im Rahmen einer europaweiten Ausschreibung von der gematik GmbH den Zuschlag für Betrieb und Pflege sowie die Weiterentwicklung der zentralen Telematikinfrastruktur (TI) für das Gesundheitswesen. Bereits 2013 war Arvato Systems mit dem Aufbau und Betrieb der Infrastruktur für die Erprobung der elektronischen Gesundheitskarte beauftragt worden. Nicht auszuschließen, dass eine Reduzierung von Krankenhäusern einen drastisch erhöhten Bedarf an neuen digitalen Technologien zur Folge hätte und damit auch profitable Aufträge für den Gütersloher TI-Spezialisten bringen könnte.

Ungeachtet möglicher wirtschaftlicher Interessenkonflikte warf die Deutsche Krankenhausgesellschaft der Bertelsmann-Stiftung vor, sie propagiere die Zerstörung von sozialer Infrastruktur in einem »geradezu aben-

teuerlichen Ausmaß, ohne die medizinische Versorgung zu verbessern«. Dies sei das »exakte Gegenteil dessen«, was die Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse für die ländlichen Räume gefordert habe, sagte DKG-Präsident Gerald Gaß. Das zentrale Qualitätsmerkmal sei der flächendeckende Zugang zu medizinischer Versorgung.

Der Präsident der Bundesärztekammer (BÄK), Klaus Reinhardt, nannte die Bertelsmann-Forderung »mehr als befremdlich«. Und Rudolf Henke, Vorsitzender der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, kritisierte, es lasse sich »aus der Warte von Ökonomen leicht von Zentralisierung und Kapazitätsabbau fabulieren, wenn dabei die Bedürfnisse gerade älterer, immobiler Menschen unter den Tisch fallen, die auf eine wohnortnahe stationäre Grundversorgung angewiesen sind«. Versorgungsprobleme seien nicht dadurch zu lösen, dass pauschal regionale, leicht zugängliche Versorgungskapazitäten ausgedünnt würden.

Die Ursache für die wirtschaftliche Misere der Kliniken sehen Fachleute vor allem in der Einführung eines neuen Abrechnungsmodells: 2003 wurden die bis dahin pro Tag berechneten Pflegesätze abgeschafft und durch ein System von Fallpauschalen ersetzt, das sogenannte DRG-System (Diagnosis Related Group). Die Folge: Wann immer möglich, wählen Kliniken die für sie lukrativste Behandlungsmethode anstelle der rein medizinisch notwendigen. Für diese »Upcoding« genannte Praxis gibt es regelrechte Spezialisten.



Am meisten verdienen jene Kliniken, die sich auf geräteintensive Behandlungen und komplexe Eingriffe spezialisiert haben. Oft können sie nur so notwendige Investitionen finanzieren, die angesichts jahrelang rückläufiger Zuwendungen seitens der dafür eigentlich zuständigen Bundesländer sonst nicht möglich gewesen wären. Kleine Krankenhäuser, die nur Standardversorgungen anbieten, geraten so wirtschaftlich ins Hintertreffen.

»Medizin mit Fallzahlerhöhung, Renditeorientierung und Qualitätsverschlechterung«

DRG habe »wesentlich zu einer angebotsorientierten Medizin mit Fallzahlerhöhung, Renditeorientierung und Qualitätsverschlechterung im stationären Gesundheitswesen in Deutschland beigetragen«, behaupten Professor Konrad Reinhart, Vorsitzender der deutschen Sepsis-Stiftung, Professor Jürgen Graf, Mitglied im Kuratorium der Stiftung, und Annette von Butler, eine Sepsis-Überlebende, in einem gemeinsamen Beitrag für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (»Tödliche Lücken«, 27. Mai 2020).

Es sei »an der Zeit zu hinterfragen«, ob die vor allem von Politikern in Corona-Zeiten gern vorgetragene Behauptung, Deutschland habe »eines der besten Gesundheitssysteme der Welt« zutreffe. Das Trio kommt zu einem wenig schmeichelhaften Ergebnis. Die Statistik trüge: In der Infektiologie und in der Krankenversorgung türmten sich »gefährliche Qualitätsmängel«. So liege Deutschland hinsichtlich der Zahl der vermeidbaren Todesfälle nur im Mittelfeld. Der EU-Report weise 245 durch Prävention oder Behandlung vermeidbare Todesfälle pro 100 000 Einwohner für Deutschland aus. Das bedeute etwa 200 000 vermeidbare Todesfälle im Jahr. Spitzenreiter sei Deutschland im europäischen Vergleich lediglich »bei den Pro-Kopf-Ausgaben für das Gesundheitswesen«. Die lägen laut EU-Ländervergleich 2019 enorme 40 Prozent über dem EU-Durchschnitt.

Die harsche Kritik am DRG-System teilt der für das Saarland und Rheinland-Pfalz zuständige ver.di-Pflegebeauftragte Michael Quetting. Der wirtschaftliche Druck sei durch DRG immens gestiegen. So sei es durchaus üblich, dass die Verwaltungschefs

von Kliniken Zielvereinbarungen mit Chefarzten über die Anzahl etwa von lukrativen Operationen abschließen, um möglichst große Umsätze zu generieren. Darüber werde freilich Stillschweigen bewahrt. Wegen der Fallpauschalen habe sich die Liegedauer in den Kliniken von durchschnittlich zwei Wochen bei der DRG-Einführung auf mittlerweile sechs Tage reduziert. In ihrer Not müssten die Kliniken Ausschau nach neuen Patienten halten. Egal, ob medizinisch sinnvoll oder nicht. Die Arbeitszeitverdichtung durch die verkürzte Liegedauer und die Zunahme der Fälle sei für das Personal, das kaum aufgestockt werde, »unerträglich«. DRG müsse deshalb ausgesetzt werden.

Angesichts dieser Katastrophenmelange muss die saarländische Landesregierung den neuen Krankenhausplan möglichst noch in diesem Jahr beschließen. Dabei geht es erstmals in der Geschichte des Landes darum, ob ein kommerzieller Gesundheitskonzern größeren Einfluss auf die stationäre Versorgung gewinnt. Bis zum Herbst 2013 spielten private Anbieter an der Saar keine Rolle. Damals eröffnete die Berliner Median-Unternehmensgruppe im saarländischen Berus eine Rehaklinik mit 30 Betten – nicht einmal 0,5 Prozent aller Krankenhausbetten im Land. Ein völlig atypischer Befund. Denn die Struktur der Krankenhausträger verschiebt sich in Deutschland seit Jahren zugunsten privater Anbieter. Bundesweit sind es bereits 36 Prozent (bezogen auf die Zahl der Einrichtungen), im Saarland dagegen nur fünf Prozent (1 von 22 Häusern). Während bundesweit nur noch 35 Prozent der Kliniken (Stand 2015) von freigemeinnützigen Trägern organisiert werden, sind es im Saarland noch immer beachtliche 55 Prozent. Deutlich ist auch weiterhin der Abstand bei den öffentlichen Trägern: 29 Prozent im Bund, 41 Prozent im Saarland.

Dies könnte sich bald ändern. Der Grund ist ein bürokratischer Vorgang mit der Überschrift »Interessenbekundungsverfahren«. Dieses leitete die saarländische CDU-Sozial- und Gesundheitsministerin Monika Bachmann im November 2019 ein. Sie steht angesichts möglicher weiterer Klinikschließungen im Land schon länger stark unter Druck. Daher will Bachmann herausfinden, ob es im Norden des Landes mögliche Träger für ein komplett neues Krankenhaus gibt,

die »Nordsaarlandklinik«. Neben der lokalen Gruppe »Pro Hochwald«, die in Wadern den Bürgermeister stellt, befürwortet auch eine örtliche Bürgerinitiative das Engagement der Ameos-Gruppe. In einer internen Rundmail an die Mitglieder der Initiative ließ deren Sprecher Bernd Schröder im Mai keinen Zweifel an der Präferenz des Vereins: »Das Ameos-Konzept ist in unseren Augen das beste, aber auch das teuerste.« In Absprache mit dem BI-Vorstand schrieb Schröder einen Brief an Monika Bachmann, sie solle »bitte das Angebot von Ameos vorrangig behandeln«. Die gleiche Bitte trug Bürgermeister Jochen Kuttler an den saarländischen CDU-Ministerpräsidenten Tobias Hans heran.

Die stationäre Versorgung für die Region wird derzeit von den saarländischen Kranken-

häusern in Lebach, Merzig, Losheim, St. Wendel und durch die rheinland-pfälzische Klinik in Hermeskeil gewährleistet. Dank einer Öffnungsklausel könnte eine »Nordsaarlandklinik« jederzeit in den Krankenhausplan aufgenommen werden und, so das Gesundheitsministerium, »für die Zukunft dauerhafter Garant für die Sicherstellung einer hochwertigen medizinischen Versorgung im Nordsaarland« sein.

Allerdings bekundete keiner der eingesetzten saarländischen Krankenträger bisher Interesse, selbst eine neue Klinik aufzubauen, die laut Berechnungen von Experten der Beratungsfirma aktiva rund 84 Millionen Euro kosten würde. Alle regionalen Betreiber beschränkten sich bei ihren Vorschlägen auf Ergänzungen ihres bestehenden Angebotes.

Trägerschaft	Krankenhaus	Ort	Betten
Stadt/ Land (ö)	Klinikum Saarbrücken	Saarbrücken	573
	Kreis Krankenhaus St. Ingbert	St. Ingbert	165
	Universitätsklinikum des Saarlandes	Wallerfangen	1.202
	Stadt/ Land Gesamt		1.940
SHG (ö)	Klinikum Merzig	Merzig	285
	SHG-Kliniken Sonnenberg	Saarbrücken	390
	SHG-Kliniken Völklingen	Völklingen	357
	SHG Gesamt		1.032
Knappschaft (ö)	Knappschaftskrankenhaus Püttlingen	Püttlingen	371
	Knappschaftskrankenhaus Sulzbach	Sulzbach	264
	Knappschaft Gesamt		635
Marienhaus (fg)	Marienhaus Klinikum Saarlouis-Dillingen	Saarlouis	498
	Marienhausklinik Ottweiler	Ottweiler	116
	Marienhausklinik St. Josef Kohlhof	Neunkirchen-Kohlhof	168
	Marienhauskliniken Wadern/Losheim	Wadern/Losheim	172
	Marienkrankenhaus St. Wendel	St. Wendel	248
	Marienhaus Gesamt		1.202
Kreuznacher Diakonie (fg)	Diakonie Klinikum Neunkirchen	Neunkirchen	271
	Saarland Kliniken Fließner KH Neunkirchen	Neunkirchen	145
	Saarland Kliniken Ev. Stadt-KH Saarbrücken	Saarbrücken	116
	Kreuznacher Diakonie Gesamt		532
cts (fg)	CaritasKlinikum Saarbrücken	Saarbrücken	516
	cts Gesamt		516
DRK (fg)	DRK-Klinik Mettlach	Mettlach	24
	Krankenhaus Saarlouis vom DRK	Saarlouis	201
	DRK Gesamt		225
ctt (fg)	Caritas-Krankenhaus Lebach	Lebach	153
	ctt Gesamt		153
Sophienstiftung (fg)	St. Nikolaus-Hospital Wallerfangen	Wallerfangen	101
	Sophienstiftung Gesamt		101
Median (p)	Median Klinik Berus	Überherrn-Berus	30
	Median Gesamt		30
Gesamt			6.366

Träger saarländischer Kliniken, Stand 1. Januar 2017

Eine Überraschung gab es aber doch. Die umstrittene Ameos-Gruppe aus Zürich, einer der Big Player auf dem Gesundheitsmarkt im deutschsprachigen Raum, signalisierte ihre grundsätzliche Bereitschaft, eine Nordsaarlandklinik zu betreiben. Dem Gesundheitsdienstleister gehören laut eigenen Angaben bereits 95 Einrichtungen an 51 Standorten mit insgesamt etwa 10 000 Betten und Behandlungsplätzen. Die Aktiengesellschaft beschäftigt rund 15 700 Mitarbeiter (Bilanzsumme: rund 900 Millionen Euro). Seit 2012 gehört Ameos mehrheitlich zur amerikanischen Carlyle Group, einem US-amerikanischen Private-Equity-Investor.

Ameos-Gründer und CEO Axel Paeger macht keinen Hehl aus seiner Strategie. Das Unternehmen sei in Deutschland vor allem in Regionen vertreten, »denen es wirtschaftlich nicht so gut geht«. Die Politiker dort könnten »es sich einfach nicht leisten, mit einem Spital über fünf Jahre hinweg einen Verlust von fünf Millionen jährlich zu machen«, vertraute der Boss im Jahr 2018 der Schweizer Fachzeitschrift *Heime & Spitäler* an.

»Zur Steigerung der allgemeinen Effizienz brauchen sie in einer Region mit drei Spitälern eigentlich nur eines, das privat geführt wird, dann kommen die anderen beiden auch auf Trab.«

Dann kommt Ameos ins Spiel, so wie jetzt im Saarland. Das Unternehmen versteht sich laut Paeger als »Regionalversorger«, dem es zwar »schon lieber« sei, »Platzhirsch« zu sein, ein Monopol sei jedoch nicht nötig. Denn: »Zur Steigerung der allgemeinen Effizienz brauchen sie in einer Region mit drei Spitälern eigentlich nur eines, das privat geführt wird, dann kommen die anderen beiden auch auf Trab.« Wenn ein Drittel des Marktes privatwirtschaftlich sei, »dann funktioniert auf einmal auch die öffentliche Wirtschaft ganz anders«. Die Ansage ist klar: Wenn Ameos erst mal antritt, müssen sich öffentliche und freigemeinnützige Träger warm anziehen. Dann wird sich die ohnehin heftige Konkurrenz noch weiter zuspitzen. Sollte Ameos die Nordsaarlandklinik übernehmen, würde dies vermutlich die Existenz anderer Kliniken in der Nachbarschaft infrage stellen.

»Ein Unternehmen, das sich solcher Praktiken bedient, hat insbesondere im Gesundheitswesen nichts verloren.«

Dort, wo Ameos bereits präsent ist, vor allem in Nord- und in Ostdeutschland, warnen ver.di-Gewerkschafter schon länger vor dem Unternehmen. Die Schweizer propagierten »ein Modell der radikalen Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen«. Die Folgen für die Beschäftigten, aber auch für die regionalen Versorgungsstrukturen seien einschneidend. Mitarbeitern würden Tarifverträge vielerorts verweigert. Das Unternehmen drohe unliebsamen Angestellten mit Kündigungen, nötige Personal dazu, verkürzte Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich zu akzeptieren. Bernd Becker, bei ver.di in Sachsen-Anhalt für das Gesundheits- und Sozialwesen zuständig: »Ein Unternehmen, das sich solcher Praktiken bedient, hat insbesondere im Gesundheitswesen nichts verloren.« Die Einflussmöglichkeiten der Politik auf die Versorgungsstrukturen und die Art und Weise, wie Versorgung erbracht wird, werde durch die Privatisierung eingeschränkt, da sind sich die Kritiker einig.

Mehrfach streikten Beschäftigte gegen diese Strategie. Weil es weder eine Konzernspitzengesellschaft noch eine Spitzengesellschaft für die Ameos Gesellschaften in Deutschland gibt, lautet die ver.di-Kritik, gebe es auch keine Möglichkeit, einen Konzernbetriebsrat zu gründen, der den Interessenvertretungen eine Mitbestimmung auf Ebene des gesamten Unternehmens ermöglichen würde. Ameos führe die Tochterunternehmen faktisch wie einen Konzern, doch den Arbeitnehmern fehle eine Interessenvertretung auf dieser oberen Ebene. Immer wieder kommt es stattdessen zu juristischen Auseinandersetzungen zwischen Betriebsräten und dem Unternehmen, das laut ver.di offenbar eine Mitbestimmung so weit wie möglich verhindern will. Bei keiner der Unternehmenseinheiten in Deutschland werde die Größe von 2000 Beschäftigten erreicht. Deshalb könne auch kein paritätisch von Anteilseignern und Arbeitnehmern besetzter Aufsichtsrat gewählt werden.

Im Salzwedelkreis kam es 2018 offenbar sogar zu Versorgungsproblemen in Ameos-Kliniken. Nach einem Bericht der Lokalzeitung *Volksstimme* gab es allein im ersten Quartal mehr als 200 Abmeldungen von

medizinischen Stationen (z.B. Innere, Intensivstation). Als der zuständige SPD-Landrat dies monierte und Ameos schriftlich zur Einhaltung der Versorgungssicherheit aufforderte, schaltete sich Ameos-CEO Axel Paeper persönlich ein, drohte mit rechtlichen Schritten und beklagte sich über angeblich »falsche Anschuldigungen«. Dabei war es bereits im Jahr zuvor zu ähnlichen Ausfällen am Ameos-Klinikum in Halberstadt gekommen. Die Ärzte-Gewerkschaft Marburger Bund sprach von einer »Misstrauenskultur« bei dem Betreiber.

Fragen der *Saarbrücker Hefte* nach der massiven Kritik von Gewerkschaftern und der Zahl von arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen rund um die Ameos Kliniken in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren beantwortete der in Zürich ansässige Ameos-Pressesprecher Florian Deumeland nicht. Ausweichend ließ er wissen: »Unsere Mitarbeitenden sind uns wichtig und wir versuchen tragfähige Lösungen, die nachhaltig und zukunftssicher sind, für faire und marktgerechte Konditionen gemeinsam zu erarbeiten.« Diese Ergebnisse, so der unterschwellige Vorwurf an die Gewerkschaften, stünden »nicht immer im Einklang mit den generellen politischen Interessen der Gewerkschaften und damit auch nicht im Sinne einer lösungsorientierten Arbeitnehmervertretung«.

»Hier geht es nur um Profit, erwirtschaftet auf dem Rücken der Beschäftigten und Patienten.«

Für Anna Schmidt, Vorsitzende der SPD-Fraktion im saarländischen Lebach, steht jedenfalls fest: »Keinen Cent saarländisches Steuergeld für diesen Investor! Hier geht es nur um Profit, erwirtschaftet auf dem Rücken der Beschäftigten und Patienten.«

So sieht das auch ihr Parteifreund, der saarländische SPD-Landtagsabgeordnete Magnus Jung. Deshalb wolle die SPD, dass es »auch in Zukunft keine privaten Krankenhausbetreiber im Saarland gibt«. Wenn die erstmal im Saarland Fuß fassten, gerate »die ganze Krankenhauslandschaft durcheinander«. Jung: »Gesundheit ist keine Ware, und die Arbeit in den Krankenhäusern muss in erster Linie dem Wohl der Patienten verbunden sein.«

Schlechte Arbeitsbedingungen und mangelhafte Ausstattungen an vielen Kliniken sind nach Ansicht von Astrid Schramm, gesundheitspolitische Sprecherin der Linken im saarländischen Landtag, allerdings auch »direkte Folge der falschen Politik« der letzten Jahre, die verstärkt auf »Ökonomisierung« gesetzt habe. Es räche sich, dass die öffentliche Hand sich immer mehr aus der Trägerschaft zurückgezogen habe. Gerade in der Corona-Zeit



ver.di-Demo gegen die Sparmaßnahmen des privaten Krankenhausträgers Ameos (Februar 2020)

merke man ja, »wie nötig eine ausreichende Infrastruktur ist«. Anstatt nach einem Investor für die Nordsaarlandklinik zu suchen, werde es »höchste Zeit, dass die Regierung endlich selbst aktiv wird und eine Krankenhausplanung vorlegt, die eine gute und wohnortnahe Versorgung verlässlich sicherstellt«.

»Die Privaten sollen ja auch noch Renditen von zehn oder fünfzehn Prozent abwerfen.«

Zu den vehementen Gegnern einer Privatisierung von Kliniken gehört überraschend auch ein bekannter saarländischer Freidemokrat: Helmut Isringhaus, stellvertretender FDP-Landesvorsitzender, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Saarbrücker Stadtrat, renommiertes ehemaliger Herzchirurg und früherer Ärztlicher Direktor der gemeinnützigen SHG-Kliniken Völklingen (Saarland-Heilstätten GmbH). Seine Partei, in der er bei diesem Thema eine Minderheitenposition vertritt, ist im Landtag derzeit nicht vertreten. Gegenüber den *Saarbrücker Heften* konstatierte der Liberale: »Die Privaten sollen ja auch noch Renditen von zehn oder fünfzehn Prozent abwerfen. Das kann nicht funktionieren.« Sollte das Land eine Nordsaarlandklinik zugunsten eines privaten Trägers subventionieren, wäre dies »ein Affront gegen alle saarländischen Krankenhäuser, die bisher ohne ausreichende Finanzierung über die Runden kommen mussten.« Wichtig für einen Fortschritt in der Krankenhausversorgung sei neben der Weiterentwicklung von Kooperationen im ärztlichen Bereich auch eine deutliche Verbesserung der digitalen Vernetzung. Isringhaus: »Wir brauchen Glasfaser und 5G.« Der Mediziner schlägt einen zweckgebundenen Sonderfonds vor, mit dem der IT-Ausbau gezielt gefördert wird. Bisher seien nur etwa 20 Prozent der Kliniken gut ausgestattet. Voraussetzung dafür sei ein vernünftiger Krankenhausplan, der durchaus auch Schließungen enthalten könne. Bisher, so Isringhaus, habe die CDU-Gesundheitsministerin Bachmann jedoch »kein gutes Konzept vorgelegt«.

Die Sozialdemokraten halten auch eine regionale Lösung für möglich. Sollte sich kein Investor aus dem Kreis der öffentlichen und freigemeinnützigen Träger im Saarland finden, müssten die Kreise Merzig-Wadern und

St. Wendel den Bau der Nordsaarlandklinik übernehmen. Die haben laut Magnus Jung schließlich einen gesetzlichen Sicherstellungsauftrag.

Deren Begeisterung für diese Idee geht jedoch gegen null. Angesichts von prognostizierten Baukosten in Höhe von 84 Millionen Euro sehen die Kreispolitiker keine Möglichkeiten, finanziell einzusteigen. Marcus Hoffeld, Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Merzig-Wadern, verwirft den Vorschlag der SPD als wirklichkeitsfremd. Das nötige Geld müsse vom Land und den Krankenkassen zur Verfügung gestellt werden.

Tatsächlich ist im Krankenhausfinanzierungsgesetz seit 1972 geregelt, dass sich die Bundesländer und die gesetzlichen Krankenkassen die Finanzierung der Kliniken teilen. Investitionen in Bauten und Geräte übernehmen die Länder. Die Kassen sind für die Betriebskosten, wozu auch die Gehälter gehören, verantwortlich. Laut dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherer (GKV) fließt jeder dritte Euro in die Krankenhäuser, die im Jahr 2017 dafür insgesamt fast 75 Milliarden Euro erhielten. Im Saarland wurde der Investitionsmittelanteil jahrelang reduziert. Nach Angaben der saarländischen Krankenhausgesellschaft entstand so ein Investitionsstau von 1,2 Milliarden Euro. Laut GKV sank die Investitionsquote der Bundesländer von 25 Prozent 1972 auf etwa 3,2 Prozent im Jahr 2015. Ein dramatischer Rückgang.

»Wirtschaftlich denkt ein katholischer Träger genauso wie ein Privater.«

Anders als der Koalitionspartner SPD sehen die CDU-Gesundheitsministerin Monika Bachmann und ihr Staatssekretär Stephan Kolling in der Beteiligung privater Betreiber kein grundsätzliches Problem. Kolling: »Es gibt keine Denkverbote.« Und Monika Bachmann machte im März 2020 im Landtag deutlich, dass sie ökonomisch keine Unterschiede zwischen kommerziellen und christlichen Anbietern sieht: »Wirtschaftlich denkt ein katholischer Träger genauso wie ein Privater.«

Nachdem das Land erstmals nach langer Zeit wieder mehr Geld für die Kliniken ausgeben will und im Juni überraschend einen Fonds mit 220 Millionen Euro für Investitionen beschloss, haben sich die Chancen für

den Bau einer Nordsaarlandklinik deutlich erhöht. Gegenüber der *Saarbrücker Zeitung* kündigte Ministerpräsident Tobias Hans an, sowohl der Neubau im Norden als auch der Erhalt des von Schließung bedrohten Klinikums Neunkirchen müssten nun »nicht mehr am Landesanteil scheitern«.

ver.di-Sekretär Michael Quetting sieht die Gefahr, dass die plötzlich volleren Kassen einen egoistischen Interessenwettbewerb der Träger auslösen. Dagegen setzt er einen Vorschlag, den er schon seit 2014 propagiert. Quetting macht sich stark für eine institutionelle Kooperation zwischen den Klinikträgern. Anstelle des vorherrschenden »brutalen Kampfes um Patienten« fordert er eine »Verbundklinik« für das ganze Saarland, in der alle öffentlichen und freigemeinnützigen Träger kooperieren. Gerade die Corona-Pandemie mache deutlich, »dass wir dringend Veränderungen anpacken müssen.« Mit der »voranschreitenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens« habe das »Gift des Wettbewerbs« auch »Einzug in die

Gehirne der Kolleginnen und Kollegen gehalten«. Viele dächten nur noch: Hauptsache, meinem Krankenhaus geht es gut, Hauptsache, meine Krankenkasse überlebt. Quetting: »Es geht nicht mehr so sehr um die medizinische Versorgung und die Humanität, sondern fast ausschließlich um wirtschaftliche Faktoren.« Dabei sei gerade angesichts gravierender wirtschaftlicher Probleme in den Krankenhäusern eine enge Zusammenarbeit statt ignoranter Konkurrenz »unverzichtbar«. Der Markt könne das »nicht richten«.

Ziel einer Verbundklinik müsse es sein, »eine regionale flächendeckende Krankenhausversorgung in der Grund- und Regelversorgung inklusive geriatrischer Angebote mit Angeboten der Maximalversorgung zu verschmelzen«.

Ein derartiges Modell wäre wohl einmalig in Deutschland. Die Beteiligten müssten dafür jedoch ihre alten Trampelpfade verlassen. Vielleicht gelingt ihnen ja eine konstruktive Lösung – so groß wie das Saarland.

saarbrücker
hefte *Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft*

Mit einem ABO der *Saarbrücker Hefte* oder einer Spende unterstützen Sie dauerhaft unsere Arbeit und sorgen für Pressevielfalt in der Region!

Schreiben Sie uns an: info@saarbrueckerhefte.de
Oder einfach diese Seite kopieren, ausfüllen und an diese Adresse senden:

Saarbrücker Hefte
Hohe Wacht 21
66119 Saarbrücken

Ja, ich möchte gerne die Saarbrücker Hefte zum Vorzugspreis abonnieren:

Meine Kontaktdaten: _____

Meine E-Mail Adresse: _____



Marta Drumm aus Wiebelskirchen gehört zu den „Gerechten der Pflege“.

Das sind Pflegenden, die inmitten des Terrors der Nazidiktatur durch ihr Leben und Werk späteren Generationen Orientierung für eine humane Pflege gaben.

AUSSCHREIBUNG FÜR PFLEGEKRÄFTE

**Peter-Imandt-Gesellschaft/Rosa-Luxemburg-Stiftung im Saarland,
VVN-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten und Vereinte
Dienstleistungsgewerkschaft ver.di**

**stiften aus Anlass des zweihundertsten Geburtstages von Florence
Nightingale**

die MARTA-DRUMM-MEDAILLE

**Diese wird erstmalig am 110. Geburtstag von Marta Drumm,
geborene Decker am 21. November 2020 verliehen.**

Vorschlagsberechtigt sind alle ver.di-Betriebsgruppen und Interessenvertretungen in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen, Pflegedienst- und Stationsleitungen und der ver.di-Pflegebeirat von Rheinland-Pfalz-Saarland, sowie jede natürliche Person. Die Vorschläge müssen bis zu 1. Oktober 2020 begründet eingereicht sein. Die Jury besteht aus gleichberechtigten Mitgliedern der Peter-Imandt-Gesellschaft, der VVN-BdA und ver.di.

**PETER-IMANDT-GESELLSCHAFT / ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG-SAARLAND
FUTTERSTR. 17-19 / 66111 SAARBRÜCKEN / TEL. 0681-5953892 / WWW.SAAR.ROSALUX.DE**

» Schule in Corona-Zeiten

Über Missverhältnisse, Missverständnisse und Chancen

Von Matthias Römer

Wie sich die Lage in den Schulen darstellen wird, wenn diese Ausgabe erscheint, liegt beim Schreiben noch im Dunkeln. Die Öffnung der Schulen für einen Regelbetrieb nach den Sommerferien wird angestrebt und erste Ideen zum Umgang mit der Situation, angesichts dreier Monate ohne regulären Unterricht, werden diskutiert, einschließlich verschiedener Szenarien, wie im Falle eines erneuten Ausbruchs zu reagieren sei.

Es scheint ein geeigneter Zeitpunkt gekommen, eine vorsichtige Bestandsaufnahme der Folgen der Corona-Krise für die saarländischen Schulen vorzunehmen. Dies geschieht ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit mit dem Fokus auf jene, die besonders unter den Eindämmungsmaßnahmen gelitten haben dürften.

Wie viele Menschen und Institutionen im Saarland wurden auch die Schulen und die Verantwortlichen von der Dramatik der Entwicklung in der Pandemie überrascht. Den Bildern in Fernsehnachrichten und sozialen Medien ab Anfang März, die vor allem aus Norditalien stammten, folgten in schneller Abfolge die Abriegelung der Grenzen zu unseren französischen Nachbarn einhergehend mit einer Quarantäne für die in Frankreich wohnenden Lehrerinnen und Lehrer sowie Schülerinnen und Schüler sowie als vorläufiges Finale, mit einem Informationsvorlauf weniger Tage, die Schließung aller Schulen ab dem 16. März.

Diese hatten mit Maßnahmen gerechnet, waren aber von der Wucht der Entscheidung überrumpelt, ließ sie doch keinen Spielraum, nachhaltige Vorbereitungen zu treffen. Unter großem Zeitdruck versuchte man in wenigen Tagen für eine ungewisse Zeit zu planen, wissend, dass der physische Kontakt zwischen Lehrkräften und Lernenden auf längere Sicht

unmöglich werden würde. Das Engagement von Lehrkräften und Schulleitungen in diesem Zeitfenster war ein entscheidender Faktor für den Erfolg der Maßnahmen in den darauffolgenden Wochen. Hier traten bereits große Unterschiede zwischen einzelnen Schulen zutage, begründet in den personalen Voraussetzungen, der (digitalen) Ausstattung und den Zugängen dazu sowie in der Qualität der Steuerung durch Verantwortliche auf verschiedenen Ebenen.

Der darauffolgende Boom in der Nutzung diverser Online-Tools zum Unterrichten (Lernplattformen, Clouddienste, Messengerdienste und Videoplattformen) offenbarte eine in großen Teilen vorhandene Bereitschaft, sich auf die neuen und schwierigen Gegebenheiten einzulassen. Gleichzeitig wurde aber auch die Antiquiertheit eines Systems deutlich, welches, je nach Finanzkraft der Träger und der Innovationsfreudigkeit von Schulleitung und Kollegien, zwischen den 60er Jahren und der Jetztzeit zu verorten ist.

Die Bemühungen vieler Lehrerinnen und Lehrer, in irgendeiner Weise Kontakt zu den Schülerinnen und Schülern zu halten und sie mit Lernmaterial zu versorgen, wurden durch die gutgemeinte Anordnung, in keinem Falle die Leistungen der am Online-Unterricht teilnehmenden Schülerinnen und Schüler bewerten zu dürfen, nicht befördert. Kam doch bei zahlreichen Schülerinnen und Schülern nach dieser Weisung die Motivation nahezu vollständig zum Erliegen.

Jene Folge des dem Gerechtigkeitsgedanken entsprungenen Dekrets des Bildungsministeriums offenbart ein Missverhältnis zwischen dem berechtigten Wunsch der politisch-administrativen Führung und der Wirklichkeit in den Schulen vor Ort hinsichtlich der Frage, was im Saarland als eine Grundhaltung unterrichtlichen Geschehens vorherrschend

ist bzw. sein soll(te). Dieses Missverhältnis, welches schon bei den Anhörungen zum neuen Erlass zur Leistungsbewertung 2016 offenbar wurde, wird unter anderem darin sichtbar, dass die von der Kultusbehörde angenommene (und politisch-ideologisch gewollte) Unterrichtskultur einer transparenten, individuellen und nicht lediglich extrinsisch motivierten Leistungserbringung zwar pädagogisch durchaus begrüßenswert, in der Realität aber selten vorhanden ist. Dieser Unterschied zwischen Wunschdenken und an den Schulen tagtäglich gelebter Praxis ist durch Corona wie unter einem Brennglas augenfälliger denn je geworden. Verantwortliche müssen darüber nachdenken, warum der Wunsch Lernender und Lehrender nach einem bewertenden und oftmals inhaltlich nur bedingt gehaltvollen Feedback auf Notenbasis sowie der damit zusammenhängenden Motivation immer noch so groß ist. Es zeigt, dass Schulentwicklung zwar gewünschte Prozesse anstoßen kann, diese müssen dann aber auch in den Schulen gelebt werden.

Das Brennglas machte weitere Sachverhalte sichtbar, die nur wenige überraschen, so das durch die digitale Forcierung augenscheinlich gewordene Zugangsproblem zu digitaler Bildung. Ein Zugangsproblem, welches sich nicht nur auf die Ebene der Geräte erstreckt, sondern auch auf die Unterstützungsmomente in den Haushalten der Schülerinnen und Schüler. In diesem Zusammenhang muss ein Missverständnis angesprochen werden, welches in der Pandemie offen zutage trat: Das Vertrauen auf die Verheißung, dass die Bereitstellung digitaler Endgeräte Unterschiede nivelliert, die durch die ökonomische Situation des Elternhauses (und durch deren Folgen) verursacht werden. Der Glaube daran ist unter anderem das Ergebnis dauerhafter Lobbyarbeit unterschiedlichster Interessensgruppen der Wirtschaft. Da mit der Ankündigung der saarländischen Landesregierung, jedem Schüler, jeder Schülerin ein Tablet zur Verfügung zu stellen, viel Geld in die Hand genommen werden wird, um damit eine kostenfreie Verteilung (bzw. einen Verleih) von Geräten zu ermöglichen, ist die Zustimmung, auch eventuell kritischer Interessensverbände der Schüler- und der Lehrerschaft, zu dieser Maßnahme ebenfalls sicher. Die ersten Reaktionen nach der Bekanntgabe des digitalen Präsents an die

Schülerinnen und Schüler belegen das. Dies verstellt jedoch den kritischen Blick auf die Schwierigkeiten, die sich dadurch ergeben.

Wie so oft bei politischen Eintagsfliegen liegt die Crux im Detail. Die Erkenntnis, dass alleine durch die Bereitstellung der Geräte zentrale Fragen der Bildungsungerechtigkeit noch nicht einmal tangiert werden, dürfte niemanden überraschen. Wie man mit den Folgen des dreimonatigen Lockdowns für jene Familien umgeht, die bisher Schule und/oder Kinderbetreuung als eine der wenigen regelmäßigen Konstanten in ihrem Leben wahrgenommen haben, ist ebenso ungeklärt wie die nur in wenigen Diskussionen erwähnte Tatsache, dass sich seit März staatliche und private Träger der Jugendhilfe fast vollständig aus dem (Betreuungs-)Geschäft zurückgezogen haben.

Das Verteilen von Tablets mag im Zusammenhang mit der Bewältigung der Krise öffentlichkeitswirksame Aufmerksamkeit entfalten, es bleibt allerdings zu vermuten, dass die Wirkung des Vorhabens den Prozess der wachsenden sozialen Ungerechtigkeit, welcher durch die Pandemie beschleunigt wurde, nicht aufhalten wird. Soziale Gerechtigkeit wird allenfalls simuliert angesichts der schwerwiegenden Rahmenbedingungen, die durch fehlende Unterstützung in bildungsfernen Haushalten verfestigt sind.

Im Kontext dessen wird das Gerechtigkeitsproblem des Bildungswesens deutlich. Der in den Sozialwissenschaften als Matthäus-Effekt bekannt gewordene Sachverhalt (*»Denn wer da hat, dem wird gegeben, dass er die Fülle habe; wer aber nicht hat, dem wird auch das genommen, was er hat.«* – Mt 25,29) wird in Ausnahmesituationen noch deutlicher als im Regelbetrieb. Der Ressourceneinsatz an der Technikfront mag nach außen wirken, da er aber nicht nachhaltig ist (weil u. a. nicht durch personale Mittel ergänzt) und die wahren Verursacher von Bildungsungleichheit nicht berührt, wird seine kleine Wirkung relativ schnell versickern.

Trotz der geschilderten Missverhältnisse und -verständnisse hat die Krise aber durchaus auch positive Wirkungen entfaltet. Der schon lange geforderte Digitalisierungsschub hat die Schulen nunmehr unwiderruflich erfasst und wird auch entsprechende Folgen haben. Übersehen wird dabei häufig die didaktische Frage.

Der schon in den 70er Jahren geübte Fehlschluss, man müsse nur die richtigen Instrumente (wahlweise Methoden, Geräte, etc.) wählen, um damit Schülerinnen und Schüler zum Lernen zu befähigen, bleibt ein solcher.

Der didaktische Diskurs in den Fächern ist im Bereich des Online-Unterrichtes bisher wenig ausgeprägt. Das überrascht nicht, waren bisher in den Schulen auch nicht die Bedingungen vorhanden, die ein Nachdenken darüber befördert haben. Doch gerade dort müsste nun angesetzt werden, nicht nur in der Frage der technischen Handhabbarkeit der einzelnen Instrumente, sondern vor allem hinsichtlich der Frage, wie Inhalte, Arbeitsaufträge, Methodik und auch entsprechende Software beschaffen sein müssen, sodass Lernen von zuhause überhaupt möglich wird. Dass diese Forderung notwendig ist, lässt sich dadurch exemplarisch belegen, dass die Überlastung diverser Videokonferenztools darin begründet lag, dass einzelne Lehrerinnen und Lehrer den bisher gehaltenen Unterricht in Videoform weiterführten.

Übrigens: Das Denken nur vom Inhalt her (Welche Inhalte sind für den digitalen Un-

terricht geeignet?) hat mit einer vernünftigen didaktischen Herangehensweise nur wenig zu tun und führt überdies in die Irre, will man die Folgen der technologischen Veränderungen positiv antizipieren. Viele Schulen und Kollegien laufen nunmehr schon ein Jahrzehnt der Entwicklung hinterher und denken im Hinblick auf die Nutzung von Geräten oftmals nicht mit der nötigen Selbstreflexion darüber nach, welche Chancen zur Veränderung schulischen Lernens sich durch die Technologien ergeben (müssen). Auch die sich verändernden inhaltlich-fachlichen Kompetenzen, die durch die Digitalisierung für die Lehrerinnen und Lehrer erforderlich sind, sollen nicht unerwähnt bleiben. Hier entsteht ein hoher Bedarf an Veränderung und Entwicklung in den Schulen.

Die hier gesammelten Eindrücke stehen stellvertretend für den Gesamtumfang der Probleme der Schulen, welche im Zuge von Corona diskutiert werden. Die Folgen der Pandemie werden das Bildungssystem noch Jahre beschäftigen, viele unserer Schülerinnen und Schüler eventuell noch Jahrzehnte.



Innovative Lösungen rund um die Elektromobilität im öffentlichen Verkehr – damit Ökonomie und Ökologie im Einklang stehen

Flexibler und sauberer Nahverkehr der Zukunft – wir erfinden ihn!

Sie wollen mehr wissen? www.libroduct.com

Automatisches An- und Abdrähten an Oberleitungen für Obusse - auch während der Fahrt - mit LibroDuct!

Flexibel und effizient!

LibroDuct

»» **Verschärfte Ungleichheiten – wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Corona-Pandemie**

Von Jonas Boos

Die Corona-Pandemie hat etwas herbeigeführt, was nahezu als unmöglich galt: Die kapitalistische Organisation von Arbeit und Produktion wurde temporär außer Kraft gesetzt und den umfangreichen Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung des Covid-19-Virus untergeordnet. Wirtschaftliche und soziale Aktivitäten sind entsprechend so gut wie überall zum Erliegen gekommen. Es darf aber nicht in Vergessenheit geraten, dass die wirtschaftliche Krise – insbesondere im Saarland – bereits vor der Pandemie begann und in Zusammenhang mit den enormen Transformationsprozessen der vorherrschenden Produktionsweise steht. Die ökonomischen Auswirkungen von Corona treffen zeitlich auf eine konjunkturelle und strukturelle Krisensituation. Damit stellen die Pandemie und die globalen politischen Maßnahmen zur Begrenzung des Virus eine Kombination wirtschaftlicher Schocks dar, die sich wesentlich von vorherigen Krisen wie z.B. der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 sowie der anschließenden Krise im Euroraum unterscheiden.

Das Saarland hat dabei eine besonders schwierige Ausgangssituation: Die strukturellen und konjunkturellen Schwierigkeiten hängen eng mit den Entwicklungen in der für das Saarland noch immer überdurchschnittlich gewichtigen Industrie zusammen. Diese steht vor enormen Herausforderungen: Außenwirtschaftliche Probleme, Digitalisierung und Automatisierung sowie Dekarbonisierung und notwendige klimapolitische Umstellungen in der Produktion. Es steht zu befürchten, dass (insbesondere die ohnehin kriselnden) Industrieunternehmen die Corona-Pandemie als willkommenen Anlass nehmen, enorme Summen an Hilfgeldern zu kassieren und zeitgleich schon lange geplante Werksschließungen und Einsparungsmaßnahmen ohne größeren Widerstand durchzuführen. Nach

einer Umfrage der IHK des Saarlandes plant mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen Rationalisierungsmaßnahmen. Erfahrungsgemäß geht damit ein Stellenabbau in größerem Umfang einher. Bis Mai 2020 ist die Zahl an Arbeitslosen an der Saar bereits um 7.700 Personen (plus 23,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr) angestiegen. Aufgrund solcher Tendenzen wurden bei den aktuellen Tarifrunden Maßnahmen zur Beschäftigungssicherung in den Vordergrund gerückt; Forderungen nach Lohnerhöhungen wurden vorerst weitgehend zurückgestellt. Es ist offensichtlich, dass die arbeitende Klasse hart betroffen ist und die Kosten der Krise zu tragen hat – massive Lohneinbußen, Rekord-Kurzarbeit, Verlust des Arbeitsplatzes, Hartz IV etc. Die Pandemie ist für einen Großteil der Zivilgesellschaft existenzbedrohend. Wird den damit einhergehenden Unsicherheiten nicht aktiv begegnet, droht ein weiteres Erstarken rechts-extremer Kräfte. Insbesondere in Branchen und Betrieben, die von Krisen und Transformationsprozessen stärker betroffen sind und in denen sich die Beschäftigten materiellen Existenzängsten gegenübersehen, könnten Teile der arbeitenden Klasse anfälliger sein für völkisch-nationalistische Angebote.

Spätestens durch die Erkenntnisse im Zuge der Corona-Krise und die Befürchtungen um deren (ökonomische, soziale und demokratische) Folgen lassen sich Forderungen und Druck gegenüber Staat und Kapital aufbauen. Die Pandemie verdeutlicht die Unfähigkeit des kapitalistischen Systems, einer solchen Krise und deren Folgen gerecht zu werden; die gesellschaftlichen Ungleichheiten werden deutlicher sichtbar und erfahrbar: Nicht nur das Risiko einer Infektion ist bereits ungleich verteilt, sondern vor allem auch die Möglichkeiten, die sozialen, wirtschaftlichen und emotionalen Folgen der Krankheit und der

aufgelegten Maßnahmen zu überstehen. Dies betrifft Fragen der Gesundheitsversorgung (wenn knapp werdende Güter ungleich verteilt oder privatisiert werden), aber auch der von sozialer Isolation (psychische Folgen, häusliche Gewalt etc.). Vor allem von Obdachlosigkeit betroffene Personen oder Gastarbeitende, die auf engstem Raum in Containern wohnen sowie Menschen auf der Flucht, die in Lagern wie in Lebach oder an den europäischen Außengrenzen unter katastrophalen Bedingungen leben, haben kaum Chancen, sich gegen das Corona-Virus zu schützen, und werden mit den Risiken weitgehend alleine gelassen.

Auch aus arbeitsmarktpolitischer Perspektive treten Verwerfungen auf: Durch die Lockerungen der Maßnahmen und die Wiederaufnahme vieler Geschäfts- und Fertigungsbetriebe sind es die dort Tätigen, die unter erhöhtem Infektionsrisiko wieder arbeiten müssen. Die Beschäftigten in sogenannten systemrelevanten Berufen sind neben erheblicher Mehrbelastung und enormem Druck durchgängig erhöhten Gesundheitsrisiken ausgesetzt. Außerdem leiden sie unter den Einschränkungen der über Jahrzehnte erkämpften Arbeitsrechte: Die Begrenzung der täglichen Arbeitszeit auf acht bzw. zehn Stunden für zahlreiche Berufe wurde abgeschafft, das Verbot der Sonntagsarbeit weiter gelockert, die Ruhezeit zwischen zwei Tagen verkürzt, die Pausenzeiten halbiert, die Ladenöffnungszeiten ausgeweitet. Daneben wurden die geplante gesetzliche Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse sowie die Einführung des Lieferkettengesetzes vorerst ausgesetzt. Gleichzeitig fordern Arbeitgeberverbände, wie beispielsweise der Zentralverband des Deutschen Handwerks, weitere arbeitsmarktpolitische Deregulierungen. Auch sind Arbeitgeber kaum bereit, die erhaltenen finanziellen Hilfen des Bundes und der Länder über eine freiwillige Aufstockung des noch immer zu niedrig ausgestalteten Kurzarbeitsgeldes an ihre Beschäftigten weiterzugeben – obwohl die von der Bundesagentur für Arbeit vollständig übernommenen Sozialbeiträge zu gleichen Teilen auch von den Beschäftigten gezahlt wurden. Zudem werden beim Kurzarbeitergeld Unterschiede zwischen den Einkommen nicht berücksichtigt. Vor allem diejenigen mit niedrigen Einkommen, deren Bedarf an Unterstützung am höchsten ist,

werden nicht ausreichend unterstützt. Das gilt in besonderem Maß auch für Minijobende, da diese keinen Anspruch auf Kurzarbeitsgeld erworben haben und überwiegend direkt in die Grundsicherung fallen.

Sozialpolitische Forderungen sollten aus all diesen Gründen dringend weiter in den Vordergrund gerückt und diskutiert werden: Demokratisierung der Wirtschaft, allgemeine Arbeitszeitverkürzung, Grundeinkommen etc. Insbesondere sind generelle Diskussionen um Verteilung, Anerkennung und Neubewertung von Arbeit notwendig. Das Beispiel der sogenannten systemrelevanten Berufe verdeutlicht dies: Die dort Tätigen bekamen in den letzten Wochen viel Applaus, eine höhere Entlohnung haben die Betroffenen hingegen nicht erhalten. Die meisten dieser Berufe erfahren weiterhin eine systematische Unterbewertung. Diese ist auf unterschiedliche gesellschaftliche Wertzuweisungen zurückzuführen sowie nicht zuletzt auch auf geschlechtsspezifische Diskriminierungen. Diese Berufe bedürfen daher dringend einer dauerhaften (finanziellen wie auch gesellschaftlichen) Anerkennung und Wertschätzung über die aktuelle Krise hinaus. Dies gilt insbesondere für die überwiegend von Frauen durchgeführte Care-Arbeit, die in der Regel im privaten Bereich gar nicht entlohnt und im ökonomischen Sektor systematisch unterbezahlt und schlecht ausgestaltet ist. Dabei muss darauf geachtet werden, dass die Antwort auf unzureichende Anerkennung im Care-Bereich und auch auf deren Ungleichverteilung nach Geschlechtern nicht darin liegt, die Tätigkeiten zu kommerzialisieren und damit der kapitalistischen Verwertungslogik unterzuordnen. Was in gesellschaftlich relevanten Bereichen passiert, die den kapitalistischen Marktregeln unterworfen werden, lässt sich anhand der Überforderung des Gesundheitssystems während der Corona-Krise deutlich beobachten.

Die bisher gängigen Reformkonzepte scheinen nicht mehr ausreichend – sie stoßen an die Grenzen der privatkapitalistischen Spielanordnung. Das heißt, andere Spielregeln scheinen unverzichtbar: Die Bewältigungsstrategien von Transformation und Krisen müssten in die Kernstrukturen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vordringen, also in die Zwänge der Konkurrenz- und Profitregeln sowie bis in die Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse.

»» Noch mehr Geld oder endlich auch mal Taten?

Dem Saar-ÖPNV fehlen Ziele, Projekte und Macher

Von Werner Ried

Verkehrsministerin Rehlinger freut sich zusammen mit den Verbänden, darunter der ökologisch ausgerichtete Verkehrsclub Deutschland (VCD): 50 Millionen Euro zusätzlich sollen dem saarländischen Nahverkehr in den kommenden drei Jahren zufließen. So sieht es der milliardenschwere Corona-Nachtragshaushalt des Saarlandes vor.

Welche Projekte genau von diesen auf Pump finanzierten Geldern profitieren, hat die Landesregierung bisher nicht verraten. Sicher aber ist, dass die seit Jahren geplante *Reform der Fahrpreise* damit finanziell in trockenen Tüchern sein dürfte. Das Land kann endlich die Tarife für Tickets und Zeitkarten im Bus- und Bahnverkehr attraktiver gestalten. Die Null-Euro-Tickets à la Luxemburg liegen zwar in weiter Ferne, doch ein Saarland-Monats-Ticket zu 39,- Euro scheint greifbar nah. Es wird ab 9 Uhr wochentags und rund um die Uhr am Wochenende gültig sein und so all jenen den Zugang zum öffentlichen Verkehr erleichtern, die nicht früh morgens schon pendeln müssen. Für Pendler und Schüler sind andere günstige Zeitkarten in Planung.

Überraschend ist, dass Verkehrsministerin Rehlinger ihren ursprünglich geplanten Start der neuen Fahrpreise zum 1. Januar 2021 schon wieder in Frage stellt. Und auch andere Projektideen drohen in den Verwaltungsmühlen des Landes zeitlich zu versanden; die Corona-Pandemie lähmt den Fortschritt zusätzlich. So mussten zuletzt sogar Ministeriums-Mitarbeiter aus der Abteilung Verkehr bei der Bearbeitung von Corona-Hilfen unterstützen.

Geld alleine reicht nicht aus

Die Erkenntnis wächst, dass der gerne auch von der Saar-Politik Richtung Berlin eingeforderte Geldregen allein nicht ausreicht. Vorab braucht es klare Ziele und Vorhaben, danach Umsetzer und umsetzungsfähige Pläne und ausgearbeitete Konzepte. Wofür man wiederum engagierte Fachleute bräuchte. – Das

Geldmangel-Argument jedenfalls ist jetzt vom Tisch und taugt nicht mehr als Schutzbehauptung. Als Zwischenfazit ist festzuhalten: Die saarländische Verkehrspolitik sollte ihre jahrzehntealte Lethargie beenden.

Der Entwurf des neuen Verkehrsentwicklungsplans bietet dazu Erkenntnisse, die überraschen. Sie sind nahezu spektakulär. So kommen die Gutachten zu dem Ergebnis, dass einige stillgelegte Eisenbahnen ein sehr günstiges Kosten-Nutzen-Verhältnis haben mit Blick auf eine Wiederaufnahme des Personenverkehrs.

Anders ausgedrückt: Bei diesen Strecken fließen deutlich mehr Euros in Form von Nutzen zurück als investiert werden müssen. Inzwischen sind diese Vorschläge auch wieder ein Jahr alt; passiert ist seitdem wenig. Der Abschluss des Planverfahrens, das Ableiten von Zielen für die nächsten Jahre und die Konkretisierung als baufähige Projekte – all das stockt gerade.

So fremdelt das Saarland weiter bei der Verkehrswende im Vergleich mit anderen Ländern: Politischer Umsetzungswille, Entscheidungsfreude und Präsenz engagierter Fachleute müssten größer sein. Dann hätte das Saarland schneller auch die nötige Roadmap, die aufzeigen würde, wohin die Entwicklung im Verkehr gehen soll, und die eindeutige Zielen setzt für:

- den Anteil »*Modal Split*« der einzelnen Verkehrsträger, z. B. bis 2025 und bis 2030
- den Ausbau der *Elektromobilität* bei Schiene und Straße: E-Busse/Trolleybusse für die Saarkommunen und ÖPNV-Unternehmen, Elektrischer Zweiradverkehr, Förderung der Beschaffung von E-Lastenrädern, Aufbau von Ladestationen
- die Projekte zum *Infrastruktur-Ausbau*: neue Haltepunkte & Verladestellen, Reaktivierung & Wiederaufbau (z.B. Lebach-Dillingen), Schließen von Elektrifizierungslücken, Stadtbahn-Erweiterungen Forbach und Saar-Basar, letzteres als Planung der

90er Jahre, wofür zugesagte Fördergelder nicht abgerufen wurden

- die *Angebotsentwicklung*, insbesondere bei Bahn und Bus im Verbund mit den Nachbarn

Wohin klare Ziele und deren Legitimation durch das Parlament führen, zeigen Nachbarregionen wie

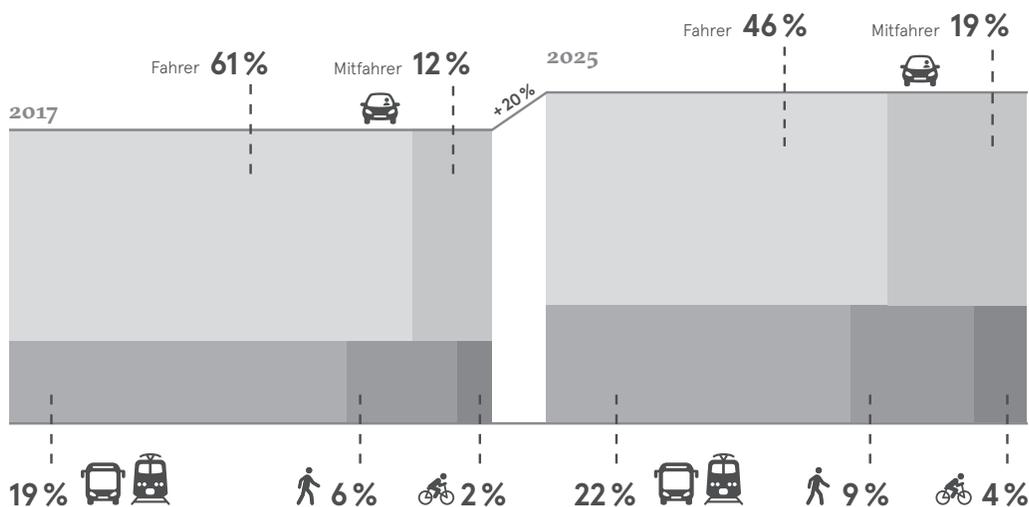
- *Baden-Württemberg* bis 2030: ÖPNV verdoppeln, KFZ-Verkehr um 1/3 reduzieren, Anteil der mit Rad oder zu Fuß zurückgelegten Wege auf 50 % steigern
- *Grand Est*: Ausbauprogramm für prioritäre Bahnhöfe, neue Tarifstruktur »Fluo.eu«
- *Luxemburg* (ähnliche Strukturen und Verkehrsprobleme wie Saarland): MoDu 2.0 – Stratégie pour une mobilité durable (Strategie für eine nachhaltige Mobilität)

Luxemburgs Strategie von 2012 und 2018 brachte den Ausbau der Bahn mit neuen Haltepunkten, eine moderne Straßenbahn, großzügig dimensionierte Schrägaufzüge zwischen Bahn und Tram, den Ausbau des Radverkehrs und die Freifahrt für alle hervor.

Anstatt dass sie Ziele umsetzt, erinnert einen die saarländische Verkehrspolitik oft an ein Schwarzer-Peter-Spiel um Zuständigkeiten, Finanzierung und Untätigkeit. Besonders ärgerlich ist dabei der ausbleibende Ausbau der Elektromobilität im Schienenverkehr.

Die Landesregierung freut sich zu sehr darüber, mit einem Anteil von 81 % elektrifizierter Bahnstrecken im Ländervergleich den Spitzenplatz einzunehmen. Sie sollte sich aber eingestehen, dass immer noch mehr als ein Viertel der von ihr eingekauften Zug-Kilometer mittels teurer und umweltbelastender Diesel-Traktion bewältigt werden muss. Ursache sind die Elektrifizierungslücken, so zum Beispiel die 300 m kurze Wemmetweiler Kurve, die Nahetalbahn oder die Niedtalbahn. Deshalb müssen Züge unter dem überwiegend vorhandenen elektrischen Fahrdrat dennoch fossil getrieben fahren. Im Güterverkehr kommt es zu Umwegen, da die meisten Bahnunternehmen sich Extra-Dieselloks gar nicht leisten können. Das geringe Verkehrsaufkommen zwischen Dillingen und Frankreich liegt ebenfalls daran, dass dem zusammenwachsenden Europa buchstäblich der elektrische Fahrdrat fehlt.

Die 50 Millionen Euro Corona-Geld für den Saar-ÖPNV in Kombination mit den bereits fließenden Regionalisierungsmitteln vom Bund in Höhe von jährlich rund 109 Millionen, vorhandene Überschüsse aus Wettbewerbsrendite dank billiger Zugsanbieter und auch andere Fördertöpfe (GVFG, EU, Elektrischer Güterverkehr) machen eins klar: Am Geld scheitert saarländische Verkehrspolitik nicht. Entsprechende Floskeln wie »kein Geld« dürfen Saar-Politiker nun getrost aus ihrem Repertoire streichen.



Luxemburgs Ziel von 2017 bis 2025: Modal Split der Arbeitswege

Wo kein Wille, da auch kein (Schienen-)Weg

Während Rehlinger gerne auf den hohen Elektrifizierungsgrad im Saarland hinweist – wozu sie selbst nichts beigetragen hat –, lässt sie andererseits volkswirtschaftlich wertvolles Kapital in Form staatseigener Schieneninfrastruktur regelrecht verrotten.

Beispiel Primstalbahn: Sie ist eine wichtige Güterverkehrssader für das stahlverarbeitende Unternehmen Meiser in Limbach (Prims). Dem Mittelständler Meiser ist die Strecke so wichtig, dass er sie, gepachtet hat. Der Eigentümer, die DB Netz AG, zeigte unter den einst gültigen Prämissen keine Ambitionen für eine Vermarktung. Allerdings gilt: Allein wird Meiser eine solche Infrastruktur nicht erhalten können. Die Schienen sind brüchig und nur noch mit 20 km/h befahrbar. Jetzt droht die Stilllegung und damit die Verlagerung von mehreren tausend Tonnen Stahl, die Woche für Woche transportiert werden, auf die mit Steuergeldern finanzierten Straßen. Es mutet geradezu grotesk an, dass das Saarland die Verlegung der Straße zum Firmengelände zu Beginn des Jahrtausends finanziert hat, jetzt aber keine Möglichkeit findet, die Sanierung der Bahnstrecke zu unterstützen. Warum sitzt das Geld nur für Straßenbau, Flughafenförderung und Gewerbegebiete ohne Gleisanschluss locker? Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr (MAWEV) sieht sich formal für den Schienengüterverkehr als nicht zuständig an.

Aber, so muss man fragen, für den Personenverkehr auf der Schiene ist das Ministerium doch sehr wohl zuständig, oder? Die im Bahnverkehr so wichtige Synergie aus Güter- und Personenverkehr für eine Strecke wäre daher ein Ansatzpunkt. Im konkreten Fall der rekordverdächtigen Nutzen-Kosten-Rechnung pro Reaktivierung müssten Sicherungsmaßnahmen im Vorgriff auf den neuen Schienenpersonenverkehr zwischen Schmelz und Dillingen-Bouzonville bzw. Saarlouis möglich sein.

Klimaschutz-Ministerin Rehlinger versteht es blendend, die faktisch-juristische Zuständigkeit von einer verbal-politischen abzugrenzen und – politisch für sie entlastend – auf die langen Planverfahren zu verweisen.

Bleibt es bei Verkehrswende und Klimaschutz bei den Sonntagsreden? Einst gingen

von sozialdemokratischen Ministerien noch Aufbruchsstimmung und Zukunftsprojekte aus: Dem früheren Saarbrücker OB und Saar-Wirtschaftsminister Hajo Hoffmann etwa verdanken wir die Stadtbahn (Saarbahn). Aus heutiger Sicht war er eine verkehrspolitische Lichtgestalt, unterstützt von treibenden Projektmachern für die Renaissance der Straßenbahn mit überregionaler Einbindung in vorhandene Schienenstrecken. Die damaligen Macher hatten vor allem einen Plan und Ziele; sie haben Fördergelder beantragt und damit dem Land ein Rückgrat für den ÖPNV beschert. Beschämend jedoch, was daraus in den Folgejahren nach Hoffmann geworden ist: *Eine* einzige Linie zwischen Lebach und Saargemünd seit 1997! Im gleichen Zeitraum haben Stadtregionen wie Karlsruhe, Kassel und Chemnitz ganze Stadtbahn-Netzwerke zum Laufen gebracht.

Das Konjunkturpaket des Bundes und die milliardenschweren Corona-Hilfen im Saarland könnten die Verkehrswende ein gutes Stück voranbringen. Jetzt braucht es Taten statt nur großer Worte. Die Schutzbehauptung, man würde ja, wenn der Bund nur das nötige Geld zur Verfügung stellen würde, zieht jedenfalls nicht mehr.



Die Einstellung des Betriebes auf der Primstalbahn steht bevor: zu viele schadhafte Schienen und Schwellen

» Pakete aus Berlin

Von Thomas Fläschner

In keinem anderen deutschen Bundesland wird so wenig Rad gefahren wie im Saarland. Nun hat die Bundesregierung in den vergangenen Monaten gleich mehrere Förderprogramme verabschiedet, die auch zahlreiche Maßnahmen im Verkehrsbereich enthalten. Welche Chancen das im Oktober 2019 beschlossene Klimaschutzpaket und das im Mai 2020 erarbeitete Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket sowie das zugehörige Zukunftspaket für die auch im Saarland dringend notwendige Verkehrswende und insbesondere den Radverkehr bieten, darum soll es in diesem Beitrag gehen. Beantwortet wird diese Frage auf Basis einer Analyse des Verkehrs im Saarland, einer Bestimmung der Ziele, der notwendigen Maßnahmen und der Hemmnisse, die es zu überwinden gilt.

Mit lediglich 3 Prozent Radverkehrsanteil, gemessen an der Zahl der zurückgelegten Wege, ist das Saarland mit weitem Abstand das Schlusslicht unter den Bundesländern. Die Gründe dafür sind vielfältig. Monokausale Erklärungsversuche wie der Verweis auf die bewegte Topographie der Region sind eher Ausdruck gedanklicher Faulheit. Ein Problem der Mittelgebirgslage sind allerdings relativ enge Tallagen, die selten breite Straßenquerschnitte erlauben, wie man sie z.B. aus Berlin kennt. Wer an der Saar Verkehrsflächen zugunsten des Rad- und Fußverkehrs neu aufteilen will, riskiert politisch auszufechtende Raumnutzungskonflikte, die es bei knapp 60 Prozent Anteil des motorisierten Individualverkehrs am Modal Split und fast 300.000 saarländischen ADAC-Mitgliedern erst einmal durchzustehen gilt. Zu den weiteren Gründen für die schwache Fahrradnutzung zählen die äußerst lückenhaften Alltagswegenetze, der auch durch die historisch gewachsene disperse Siedlungsstruktur bedingte immense Autoverkehr und das unterentwickelte Fahrradklima. Die mehr als bescheidene Finanzausstattung vieler Städte und Gemeinden bremst Investitionen in den Radverkehr. All dies zusammen führt zu einer mangelhaften Attraktivität des

Radfahrens. Die widrigen Bedingungen führen sogar dazu, dass viele Menschen schlicht Angst haben, mit dem Fahrrad im Alltag unterwegs zu sein.

Dass sich an dieser misslichen Situation etwas ändern muss, darüber besteht mittlerweile breiter Konsens. Klar ist auch, dass gerade die Förderung des kostengünstigen und platzsparenden Radverkehrs ein entscheidender Hebel sein wird, wenn die Verkehrswende auch im Saarland angepackt werden soll. Mittelfristiges Ziel sollte ein Radverkehrsanteil von mindestens 10 Prozent sein, was in etwa dem derzeitigen deutschen Durchschnitt entspräche.

Dazu muss an den verschiedensten Stell-schrauben gedreht werden. Insbesondere die Lücken der innerörtlichen Radverkehrsnetze sind zu beseitigen, Schulwege sicher zu gestalten. Abstellanlagen fehlen nicht nur an Schulen und anderen Wegezielen, sondern auch an Umsteigepunkten zum ÖPNV. Information und Kommunikation wie z.B. Motivationskampagnen stellen neben der Infrastruktur und dem Service (z.B. Radmitnahme im ÖPNV) den oft vernachlässigten dritten Teilbereich der Fahrradförderung dar. All dies ist nur zu erreichen, wenn neben dem politischen Willen ausreichend finanzielle Mittel und qualifiziertes Personal bereitstehen.

Welche Möglichkeiten enthalten nun die erwähnten Förderpakete für das Saarland? Beim neuen Paket zur Konjunktur- und Krisenbewältigung und dem Zukunftspaket, zusammen 130 Mrd. Euro schwer, sieht es für den Radverkehr mau aus. Zwar kommt die Senkung der Mehrwertsteuer um 3 Prozent auch Fahrradkäufern zugute, ob aber eine Senkung des Kaufpreises von, sagen wir, 1000 Euro um 25 Euro verkaufsfördernd wirkt, ist fraglich. Vorgesehen ist des Weiteren die Beschleunigung des Planungsrechts, was auch dem Bau von Radwegen zugutekäme, umgekehrt von interessierten Kreisen aber auch gerne dazu benutzt wird, die Rechte von Umweltverbänden zu beschneiden. Indirekte Wirkung könnten die finanziellen Ausgleichsmaßnahmen für

Kommunen erzielen, damit auf dieser für den Radverkehr wichtigsten Ebene staatlichen Handelns Spielräume verbleiben. Zu befürchten ist allerdings, dass die Berliner Kompensationszahlungen die durch Gewerbesteuerausfälle und erhöhte Ausgaben im Rahmen der Pandemie-Bekämpfung verursachten Defizite bei weitem nicht ausgleichen werden. Die finanziellen Hilfen für die Einnahmeausfälle im ÖPNV sind zu begrüßen, werden aber gleichfalls kaum ausreichen.

Das 50 Mrd. Euro umfassende Zukunftspaket bietet laut Kanzlerin Merkel viel für die gesamte Mobilität – aber dann leider doch nichts für den Radverkehr. Zwar konnte im Zusammenwirken etlicher Umwelt- und Verkehrsverbände und auf Druck der SPD die Neuaufgabe einer Abwrackprämie für Verbrenner verhindert werden, gleichwohl kann Bayerns Ministerpräsident Söder die Koalition angesichts enormer Summen für Elektrofahrzeuge für ein »großes Autopaket« loben. Die für den ÖPNV vorgesehene Finanzspritze erfreut natürlich auch alle verkehrsökologisch denkenden Radfahrer*innen. Schließlich kann die Verkehrswende nur im Zusammenspiel der umweltfreundlichen Fortbewegungsarten gelingen.

Anders sieht es im »Klimaschutzpaket 2030« aus, das viel gescholten wurde, in dem der Radverkehr jedoch ziemlich gut wegkommt. Bis 2023 stehen dadurch zusätzliche 900 Mio. Euro in den Sonderprogrammen »Stadt« und »Land« zur Verfügung. Ziel ist es für Verkehrsminister Scheuer, flächendeckend gut ausgebaute und sichere Radinfrastruktur zu schaffen. Er denkt dabei z.B. an Fahrradparkhäuser an Bahnhöfen, den Ausbau von Fahrradstraßen, die Umnutzung von Fahrstreifen in geschützte Radwege oder den verkehrssicheren Umbau insbesondere von Kreuzungen. Wer möchte da nicht die Hand aufhalten?

Momentan werden im Saarland mit finanzieller Unterstützung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr zahlreiche Radverkehrskonzepte erstellt. Diese Konzepte sind die Grundlage für einen systematischen Ausbau der Infrastruktur. Es handelt sich allerdings »nur« um Konzepte und noch nicht um Ausführungsplanungen. Sollten saarländische Kommunen auf die gut gefüllten Töpfe zugreifen wollen, müssen sie schnellstens entsprechende Planungen erstellen.

Zu befürchten ist, dass nur wenige der hiesigen Kommunen einfach ihre Schubladen aufziehen müssen, um bereits Fertiges hervorzubringen zu können. Wie zu hören ist, wird das Berliner Geld nämlich nach dem Motto verteilt: »Wer zuerst kommt, mahlt zuerst«. Radverkehrsplaner sind im Saarland an fünf Fingern abzuzählen, das lässt nichts Gutes hoffen. Leere Kassen werden zeigen, wie viel manches Bekenntnis zur Förderung des Radverkehrs wert war.

Quellen:

- www.mobilitaet-in-deutschland.de/pdf/MiD2017_Analyse_zum_Rad_und_Fussverkehr.pdf
- www.adfc-saar.de/joomla/index.php/verkehrspolitik-mainmenu-30/317-warum-fahren-so-wenige-menschen-im-saarland-fahrrad
- www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/pressekonferenz-zu-konjunkturkrisenbewaeltigungspaket-und-zukunftspaket-1757642
- www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-eckpunktepapier.pdf?__blob=publicationFile&v=8
- www.bundesregierung.de/resource/blob/975232/1673502/768b67ba939c098c994b71c0b7d6e636/2019-09-20-klimaschutzprogramm-data.pdf?download=1
- nationaler-radverkehrsplan.de/de/node/21652
- www.adfc-saar.de/joomla/index.php/26-verkehrspolitik/373-fahrradland-saarland-jetzt



Mit dem Geld aus Berlin könnte es hier bald weitergehen

» Sie sind eins, sie gehören zusammen

Esoterikszenen, Impfgegner und Neonazis demonstrieren gemeinsam gegen Infektionsschutzmaßnahmen

Seit Ende April kommt es bundesweit zu sogenannten Hygiene-Demos. In Saarbrücken labelt sich das Phänomen als »Kunstaktion«. Das Publikum dieser Veranstaltungen wirkt heterogen. Bei genauerer Betrachtung aber wird deutlich: Hier finden die Esoterikszenen, Impfgegner, Verschwörungstheoretiker und die extreme Rechte zueinander. Das ist nicht etwa Zufall, sondern auf ideologische Gemeinsamkeiten zurückzuführen.

Von Klara-Katharina Bost

Bundesweit haben Kundgebungen gegen die Maßnahmen zur Eindämmung von Covid-19 großen Zulauf erfahren. Zahlenmäßig stark: Stuttgart und München. Aber auch Saarbrücken und St. Wendel können, für saarländische Verhältnisse, mit beachtlicher Resonanz aufwarten. Da demonstrieren aufgebrauchte Eltern neben meditierenden Neohippies neben bundesweit bekannten Neonazis, die mit dem Text des Grundgesetzes wedeln. Die Initiatorin des größten Saarbrücker Protests, Marion Ritz Valentin, zu verorten in der Esoterikszenen, liefert auch gleich den passenden Soundtrack zur Veranstaltung: »Wir sind eins, wir gehören zusammen.« Damit liegt sie – vermutlich unbeabsichtigt – ganz richtig: Derlei kollektivistische Sehnsüchte sind, wie vieles andere, was sich auf den Veranstaltungen abspielt, typisch für reaktionäre Massenbewegungen.

Wider die Regeln des Abstands und der Vernunft

Vorgeblich geht es um die Einschränkungen der Grundrechte. Soweit legitim und vernünftig. Was dabei allerdings herauskommt, ist von Vernunft weit entfernt. Die aktuelle Spielart bundesdeutscher Protestbewegungen kombiniert die reichweitenstärksten Verschwörungsideologien und legt eine der obskursten Seiten der Zivilgesellschaft frei: Vages Unbehagen gegenüber dem Mobilfunkstandard 5G, Impfen, Big Pharma, US-Milliardären. Soziale Netzwerke funktionieren

dabei als Verstärker kollektiver Instinktsicherheit.

Angereichert werden die Bauchgefühle mit rechten Narrativen von finsternen Plänen weltumspannender Eliten sowie Verschwörungserzählungen wie *QAnon*. Die Bewegung scheint im Zuge der Corona-Pandemie auch hierzulande den Schritt aus dem Netz auf die Straße vollzogen zu haben. *QAnon*-Anhänger glauben, Politiker hätten Minderjährige in unterirdischen Verliesen gefangen, um ein Verjüngungsserum aus ihrem Blut zu extrahieren. Andere glauben an Zwangsimpfungen und Mikrochips, mittels derer Bill Gates die Weltbevölkerung kontrollieren will. Damit dürfte der George Soros als beliebteste antisemitische Projektionsfläche vorläufig den Rang abgelaufen haben. Daneben gibt es revisionistische, den Holocaust relativierende Grenzüberschreitungen: Einige Teilnehmende in München pinnten sich Judensterne mit der Aufschrift »ungeimpft« an, Bill Gates und der Virologe Christian Drosten wurden mit dem KZ-Arzt Mengele gleichgesetzt.

Die verschiedenen Milieus und Intentionen widersprechen sich mitunter. Changieren zwischen »Es gibt kein Virus« und »Die Pandemie wurde bewusst und planvoll herbeigeführt«. Die einzelnen Teilnehmer indes ficht das Nebeneinander von Leugnung der Bedrohung durch Sars-CoV-2 bei gleichzeitigem Eingeständnis nicht an: ungeachtet inhaltlicher Widersprüche demonstrieren sie einträchtig gegen Kundgebungsverbote und für die Freiheit, andere ungestört anstecken zu dürfen.



Eva Lajko, Gründerin des MusikTANzTHEaters Mutanth, bespaßte am 9. Mai unter anderem Verschwörungsgläubige in QAnon-Shirts.

Im Saarland fanden verschiedene Kundgebungen statt

Im Saarland wurden die Protestbedürfnisse aus erst drei, später vier Ecken bedient. Einmal war da Parteien-Chamäleon Mirko Welsch, ehemals Grüne und AfD. Er führte unter dem Motto »Freiheit trotz Corona« mehrere sogenannte »Spaziergänge« durch, kam aber nie auf mehr als 13 Teilnehmende. Sein Versuch, auf den *Widerstand2020*-Zug aufzuspringen, kann damit zum jetzigen Stand getrost als gescheitert bezeichnet werden. Besser sieht es für die obskure Szene in St. Wendel aus: Auf dem dortigen Schlossplatz versammeln sich auf Einladung von Veranstalter Dirk Zinnecker über mehrere Wochen konstant zwischen 130 und 180 Personen. Zugkräftiger waren nur die Kundgebungen des »Künstlerkollektivs« um Marion Ritz Valentin, Eva Lajko und Miguel Bejarano Bolívar, die gemeinsam ein Studio für Musik, Tanz und Yoga, Mutanth, in der Saarbrücker Försterstraße betreiben: Bis zu 450 Personen besuchten die Kundgebungen vorm Saarbrücker Staatstheater. Nachdem man sich dort offenbar zu offensiv gegen Verschwörungsmythen positioniert hatte, spalteten sich die rechts orientierten Gelbwesten um den von der Linkspartei geschassten *QAnon*-Fan Addy Loch ab und veranstalteten am 6. Juni eine weitere, eigenständige Kundgebung: 30 Teilnehmer kamen. Die Szene ist trotz der Zersplitterung gut vernetzt:

Addy Loch mobilisierte auch nach St. Wendel. Klaus Schlagmann, ein Psychotherapeut aus Saarbrücken, Fanboy von Ken Jebsen und Autor von Beiträgen der verschwörungstheorie-lastigen Webseite Rubikon, trat sowohl dort als auch beim »Künstlerkollektiv« als Redner auf.

Dort sah man regelmäßig Schilder wie »Stop Virusdiktatur«, »Keine Pharma-Diktatur« und »Für Freiheit und Grundrecht – Gib Gates keine Chance«. Die Verballhornung des »Gib Aids keine Chance«-Slogans der 1980er Jahre spielt auf den oben angedeuteten Verschwörungsglauben an, die Stiftung von Bill und Melinda Gates kontrolliere die WHO und profitiere vom Virus. Die irrationale Idee einer Verschwörung der Impfindustrie hat eine lange Tradition und, Corona sei Dank, momentan wieder Hochkonjunktur. Dass es noch nicht einmal einen Impfstoff gibt, ist dabei nebensächlich.

Auch problematisch: Man legt vor Ort wenig Wert auf physische Distanz und Infektionsschutz. Obwohl die Ordner darauf hinweisen, sieht man immer wieder Menschen eng in Gruppen zusammen, die wenigsten tragen einen Mund-Nasen-Schutz. Auch die Polizei nicht, die zwar abseits steht, aber in direkter Interaktion mit den Teilnehmenden Bürgerinnen und Bürgern gelegentlich deutlich näher kommt, als es vom Infektionsschutz her angemessen wäre.

Verschwörungsmythen? Sie »stellen bloß Fragen«

Von der Presse fühlt sich das »Künstlerkollektiv« unfair behandelt. Nach kritischen Berichten, hinsichtlich Verschwörungsmythen sah man sich offenbar genötigt, auf gleich mehreren Kanälen Stellung zu beziehen. Valentin Serban, Mitglied des Organisationskomitees, sagte in einem Redebeitrag am 30. Mai: »Wir distanzieren uns ausdrücklich von Verschwörungstheorien.« Auch Gallionsfigur Marion Ritz Valentin tut auf Facebook kund, auf Abstand zu Verschwörungstheorien zu gehen, räumt aber im gleichen Post unverhohlen ein, dass sie dies eher aus Imagegründen und einem ökonomischen Interesse heraus tue: »Wer in Verruf gerät ein Verschwörungstheoretiker zu sein, dessen Ruf ist gefährdet, ebenso wie seine Karriere.«

Dass Selbstetikettierungen ohnehin nicht zwingend ernst zu nehmen sind, beweist ein Schild, das ein Demoteilnehmer in St. Wendel dabei hatte: »Impfen und implantieren, gefügig machen um die Welt zu regieren? Rothschild, Gates, Zuckerberg, diese Gang ist hier wohl am Werk?« Und direkt darunter: »Wir sind keine Verschwörungstheoretiker«. Keine Pointe.

Eine beliebte Rhetorik in diesen Kreisen: man stelle ja bloß Fragen. Auf der formalgrammatischen Ebene mag das stimmen. Am – im Fall des oben genannten Satzes antisemitischen – Aussagegehalt ändert sich durch bloßes Hinzufügen eines Fragezeichens jedoch nichts. Den Kniff mit den Suggestivfragen hat auch Marion Ritz Valentin inzwischen aufgegriffen. Ihr neues Motto: »Wir verlangen Antworten.« Hierzu stellt sie insgesamt sieben Fragen. Und von diesen beschäftigen sich die ersten vier ausgerechnet mit: Bill Gates. Valentin Serban indes, der in seiner Rede versichert hat, mit Verschwörungstheorien nichts am Hut zu haben, kommentiert eben diese Fragen Ritz Valentins bei Facebook mit »Danke Marion! Stimme 100% zu!!«

Marion Ritz Valentin: keine Parkplatzprobleme

Esoterik ist, neben einer Weltanschauung, vor allem ein Konsumartikel: Der Markt an Büchern, Seminaren, Therapien etc. boomt. Für

viele ist Esoterik eine Einkommensquelle. So auch für Ritz-Valentin: Die Volkswirtin bietet als Selbständige Seminare und Coachings an. Das Spektrum reicht von Selbstverteidigung und Yoga über Frauenschwitzhütten bis zu Beziehungs- und spiritueller Geldberatung.

Im Saarbrücker Kleinverlag *Neue Erde* hat sie seit 2003 auch Bücher veröffentlicht. Die Titel beinhalten Reinkarnations- und Sexfantasien der Autorin, Lebenshilfen und Schilderungen steinzeitlicher Gesellschaften. Oder dessen, was die Autorin, die ihr diesbezügliches »Wissen« aus Visionen bezieht, sich so darunter vorstellt. Das verkitscht-steinzeitliche Gesellschaftsbild glänzt dabei weniger durch historische Genauigkeit als durch autochthone Stammesvorstellungen: So behauptet Ritz Valentin die Existenz einer deutschen »Volksseele«, die sich von derjenigen der Franzosen oder Italiener exorbitant unterscheidet.

Der Feminismus Ritz Valentins ist geprägt von Spiritualität und Naturmystik. In *Die Wiedergeburt des goldenen Zeitalters* offenbart sie einen latenten Frauen- und Mutterkult, es ist viel die Rede von Naturnähe und Erdverbundenheit. Eine reaktionäre Konstruktion von Weiblichkeit, aber in der Tiefenökologie weit verbreitet.

In *Macht und Magie des Geldes* wird von einem Schwundgeldsystem nach dem Vorbild der Freiwirtschaftslehre des Silvio Gesells geschwärmt. Daneben gibt es skurrile Ratschläge wie *Die Parkplatz-Methode*: Man solle einfach immer einen Parkplatz finden, dort, wo man es sich wünsche. Mit dem richtigen Bewusstseinszustand gelänge es, günstige Parkplätze anzuziehen. Sei man abgelenkt, krank oder schlecht gelaunt, lande man auf Parkplätzen weit entfernt vom eigentlichen Zielort.

Derlei Weisheiten werden von *Neue Erde* publiziert, einem seit 1984 bestehenden Verlag mit fünf Mitarbeitern und tiefenökologischer Ausrichtung mit Sitz im Nauwieser Viertel. Andreas Lenz teilt den Glauben an die Mär einer ökologisch schädlichen Überbevölkerung der Erde – zumindest in diesem Punkt ist man sich mit Bill Gates dann doch überraschend einig.

Das Aushalten von Widersprüchen ist nicht Gegenstand der Esoterik. Ganz im Gegenteil: Es handelt sich um hilflose, kurzschlüssige Überreaktionen angesichts der großen Unsicherheiten und Verunsicherungen, denen wir heute ausgesetzt sind. Esoterik stiftet



Haben die Saarbrücker Kundgebungen organisiert und deren öffentliches Bild maßgeblich mitgeprägt: Marion Ritz Valentin und Valentin Serban, hier am 16. Mai vorm Staatstheater.

religiösen Sinn, ohne auf eine bestimmte Religion zu verpflichten. Und ist, wie die Hygiene-Demos, ein Füllhorn, das mit allem Möglichen gefüllt werden kann, sie stellt einen Container dar für alles, was im Leben fehlt. Und sei es nur ein Parkplatz.

Brandgefährliche Proteste

Das Narrativ vom »Schlafschaf« ist, als verschwörungsideologische Metaphorik, auf den Hygienedemos weit verbreitet. Bei der Saarbrücker Kunstaktion simulieren die Teilnehmenden eine Schafherde. Über vielen Facebook-Profilbildern derjenigen, die die Veranstaltungen online mit Vehemenz verteidigen, prangt ein grünes Logo mit dem Hashtag #stayawake: Sinnbild für die vermeintliche Erweckung und bewusste Unerreichbarkeit für rationale Argumente. Wir sprechen von Kreisen, die an Impfbzwang, dunkle Kräfte und Ken Jepsen als Inbegriff eines ernsthaften Journalisten gleichermaßen glauben. Das ist symptomatisch für das wirklichkeitsentho-benes Milieu, das zeitweise massiv Zulauf erhielt: Die Krisensituation wirkt als auslösendes

Moment vormals politisch apathischer Sozialschichten. Paradox: Diese Politisierung geht mit gleichzeitiger Entpolitisierung auf inhaltlicher Ebene einher.

Auffallend ist eine Vermischung esoterischer, irrationaler und antisemitischer Inhalte. Das heißt nicht, dass alle, die da demonstrieren, Nazis sind. Durch entsprechende Themensetzung sind diese Demos für diese aber eine attraktive Anlaufstelle, ein Unterschlupf unter den Deckmantel bürgerlichen Protests. Die Summe der Teilnehmenden schwelgt in kollektivistischer Sehnsucht. Man imaginiert sich als Gegenposition zum Regierungshandeln, ein Selbstbild, das auf Aufdeckung und Rebellion beruht, ein identitätsstiftendes Moment. Der Nebenmann, der diesen Thesen zustimmt, scheint näher als der legitime Kritiker. Selbst, wenn dieser *QAnon-Shirts* oder *Querdenkerbommel* trägt.¹ Oder zur örtlichen Neonaziszene gehört.

Deren Vertreter erschienen zahlreich: Da waren neben Naziwirtin Jaqueline Süßdorf auch Sigrid Kieczewsky, die kurz darauf die extrem rechte Demo in Worms zum sogenannten Tag der deutschen Zukunft besuchte. Auch Alexander Flätgen war in Saarbrücken vor Ort. Der Sprecher der extrem rechten Gruppierung *Sulzbach wehrt sich* hat in der Vergangenheit Konzerte der Neonazi-band *Kategorie C* veranstaltet und ist wegen tätlichen Angriffs auf einen 17jährigen in einer Regionalbahn verurteilt.

Ritz-Valentin zeigt sich, reichlich naiv, von der Teilnahme der Nazis »überrascht« und forderte daraufhin »rechtsextreme und linksextreme Elemente« auf, ihren Demos fernzubleiben. Sie sitzt dabei nicht nur der weit verbreiteten Extremismustheorie auf, sondern übersieht, dass aus linken Kreisen keine einzige Gruppe zur Teilnahme an ihrer Veranstaltung aufruft.

Entspannt in die Barbarei

Die Rechten kamen weiterhin. Dass sie sich dort wohlfühlen, ist indes kein Wunder. Die esoterische Fassade mutet harmlos an, ist aber keineswegs unpolitisch. Esoterik wird oft links oder irgendwie alternativ gelabelt, wird aber von hochgradig reaktionären, mit rechter Ideologie kompatiblen Inhalten dominiert. Wie dem Verschwörungsglauben

liegt ihr jeweils eine Erweckungserzählung zugrunde: Man ist im Besitz einer Wahrheit, die andere nicht sehen.

Eine dichotome Scheidung der Welt in Gut und Böse kennzeichnet erfahrungsresistente Weltwahrnehmung seit jeher. Und ist Grundlage nicht nur extrem rechten Denkens, sondern von jeglichem Fundamentalismus. Als Reaktion auf Kontrollverlust angesichts komplexer Zusammenhänge greifen Menschen mit einem bestimmten Mindset gern auf monokausale Erklärungsmuster zurück: Die aktuellen Ereignisse werden, personalisierend, bestimmten Akteuren oder Gruppen zur Last gelegt. Antisemitische Codes und Chiffren wie die von dämonischen Absichten Gates' oder einer angeblichen Weltverschwörung – diese Botschaften sind kein Versehen, sie beruhen auf tradierten antisemitischen Vorstellungen. Auch die *QAnon*-Erzählung greift mit Kindesentführung ein prototypisch antisemitisches Motiv auf. Antisemitismus ist in der extremen Rechten verbreitet, aber auch viele New-Age-Theorien beinhalten Anklänge von antisemitischer Weltverschwörungstheorie, wenn sie sich auf das internationale Finanzkapital beziehen.

Neben einem »spirituellen Ökofeminismus«, der die Heraushebung eines natürlichen, intuitiven, weiblichen Prinzips und damit erzkonservative Vorstellungen von Weiblichkeit beinhaltet, ist ein spezifischer Antimodernismus esoterischer wie rechter Ideologie gleichermaßen inhärent. Der besteht eher gegenüber technischen als kulturellen Phänomenen und äußert sich durch Antiintellektualismus und bestimmte Eliteideologien. Die Apologetik einer »Zurück zur Natur«-Ideologie findet sich sowohl im historischen Nationalsozialismus als auch in der Esoterikszene und resultiert hier wie dort in einem Kulturpessimismus, der in seiner Behauptung einer angeblichen Natürlichkeit schnell biologistische Züge bis hin zu blankem Sozialdarwinismus annimmt. Auch auf den Corona-Demos unterscheidet man durch die so omnipräsente wie scheinheilige Frage »Sterben die Toten *durch* oder *mit* Corona?« unwertes von wertem Leben, oder, um es frei nach Boris Palmer zu sagen: Alte Menschen und Menschen mit Vorerkrankungen retten lohnt sich nicht.

Esoterik wird zum trojanischen Pferd für Rechtsextremismus, Verschwörungsglauben und Antisemitismus.

Den friedlich-freiheitlicher Ruf genießt sie zu Unrecht, spricht aber gerade dadurch ein Publikum außerhalb der üblichen rechten Kreise an.

Fazit

Notwendige Debatten über die Erosion von Grundrechten werden kontaminiert, sobald Verschwörungsideologen und Neurechte mit Verweis auf das Grundgesetz die Diskussion dominieren. Dass es dennoch möglich ist, rationale Kritik zu üben, beweist aktuell das *Aktionsbündnis gegen die Verschärfung des Polizeigesetzes* im Saarland. Mehr dazu in diesem Heft auf Seite Seite 78. Anlass dafür gibt es genug: das Aussetzen von Arbeits- und Asylrecht oder die Zustände im Gesundheitssystem.

Über Verschwörungstheorien inhaltlich zu diskutieren, ist zwecklos. Das Widerlegen konspirologischen Denkens kostet Nerven, wiederholt und verfestigt die Narrative schlimmstenfalls noch. Deutlicher Widerspruch hingegen ist dringend geboten. Spätestens, wo der Holocaust relativiert wird, antisemitische Vorstellungen und revisionistische Geschichtsbilder offen zutage treten. Die Nöte, Sorgen oder Bedürfnisse solcher Leute ernst zu nehmen, ist schon bei Pegida krachend gescheitert.

Zwar lässt aktuell der Zulauf mit Sinken der Infektionszahlen und den damit einhergehenden Lockerungen der Pandemie-Bekämpfungsmaßnahmen nach. Aber der sich gegen den Strom schwimmend wahnende Schwarm, der sich vor dem Staatstheater und zahlreichen anderen Plätzen der Bundesrepublik versammelte, wird bei nächster Gelegenheit einen neuen Vorwand für seine määndernde Pseudo-Opposition finden. Die nächste Krise kommt bestimmt.

Anmerkung

- 1 Knäuel aus Alufolie, dass mit der in Gründung befindlichen Partei »Widerstand 2020« assoziiert wird

» Corona-Party auf Geheiß des Innenministeriums

Eine Einladung, die nicht abgelehnt werden kann

Von Laura Weidig

Der Grundsatz zur Abstandswahrung ist elementarer Teil der Infektionsprophylaxe: Physisch-soziale Kontakte sollen auf ein absolut nötiges Minimum beschränkt, der Personenkreis, zu dem man Kontakt hat, möglichst gering gehalten und, wo immer möglich, ein Mindestabstand von eineinhalb Metern zu anderen Personen eingehalten werden. Massenveranstaltungen sind verboten. So will es die infektionsrechtliche Verordnung des Saarlandes zur Bekämpfung der Corona-Pandemie. Die Veranstaltungsbranche hält sich daran. Ausgerechnet die Landesregierung aber nicht: In der Landesaufnahmestelle Lebach leben 1050 Personen (Stand 18. Mai 2020) auf engstem Raum. Man kann, man muss hier von einer unfreiwilligen Massenveranstaltung sprechen – das Land verunmöglicht den Betroffenen in der Landesaufnahmestelle die Einhaltung der eigenen, seuchenhygienischen Vorgaben.

Verzweifelte Hilferufe aus Moria

Dabei sind die Flüchtenden, die es nach Lebach geschafft haben, in einer weit besseren Position als die, die in den Lagern der griechischen Inseln ausharren müssen. In Moria etwa leben über 20 000 Menschen auf engstem Raum, unter katastrophalen Bedingungen. Bilder von dort erinnern eher an eine Müllhalde als an eine Unterkunft. Die Menschen haben praktisch keine Chance, sich gegen das Corona-Virus zu schützen: Die Lager wurden abriegelt, ohne eine medizinische und hygienische Grundversorgung sicherzustellen.

Die drängendsten Probleme in Moria kommunizieren die Betroffenen deutlich. Dazu zählt die völlig unzureichende Wasserversorgung. Die Infrastruktur an Toiletten, Duschen, Wasserhähnen und Abwasser ist für die Masse an Menschen nicht ausgelegt. Räumliche Enge verhindert die wichtigste Vorsichtsmaßnahme, den physischen Abstand, wie man

ihn überall auf der Welt zu praktizieren versucht. Ob vor Toiletten, Duschen, der Lebensmittelausgabe – überall müssen die Menschen Schlange stehen. Es fehlt an Desinfektionsmitteln, die Müllentsorgung funktioniert nicht. Hinzu kommen der unzureichende Brandschutz, fehlende Sicherheit und Ausbildung.

Nur: Offenbar hört den Betroffenen niemand zu. Unverdrossen erhalten die Lager große Mengen an Hilfsgütern wie Kleidung und Schuhe, an denen überhaupt kein Bedarf besteht. Die Caritas Österreich schaffte Anfang Mai offenbar ungefragt 5000 Pakete mit 40 000 Rollen Klopapier ins Camp. Die Geflüchteten sind ob dieses paternalistischen Duktus‘ irritiert: Nicht nur, dass 90% der Menschen aus Ländern stammen, in denen man statt WC-Papier Wasser verwendet, das Papier würde auch innerhalb kürzester Zeit die Abwassersysteme des Camps verstopfen.

Im Camp haben sich derweil Selbsthilfe-Initiativen gegründet – das *Moria Corona Awareness Team* und die *Moria White Helmets*. In offenen Briefen wandten sie sich mit einem dringenden Hilferuf an die EU: »Wir haben immer noch nur drei Stunden Wasser pro Tag, die Gesundheitssituation ist nach wie vor schlecht, es fehlen öffentliche Dienstleistungen. Wir bitten nicht um Mitleid oder Almosen, wir bitten nur um die Rechte, die uns die Genfer Konvention und die Europäische Erklärung der Menschenrechte gewähren.«

Die EU schaut tatenlos zu

Hilfsorganisationen schlugen schon Jahre vor Corona Alarm: viel zu viele Menschen auf viel zu wenig Raum, keine Perspektiven. Einige EU-Staaten hatten sich bereit erklärt, 1600 Kinder aus den Lagern zu evakuieren. Dazu kam es nicht – wegen Corona. Logistisch ist es offenbar kein Problem, 200 000 gestrandete deutsche Urlauber oder 40 000 ErntehelferInnen einfliegen zu lassen.

Für das Saarland ist die Pandemie auch kein Grund, Abschiebungen nach Afghanistan auszusetzen. Einzig die geplante Evakuierung von 1600 unbegleiteten Minderjährigen, DIE ist wegen der Pandemie nicht zu leisten. Erst nach langem Zaudern und einem Vorpreschen Luxemburgs hat Deutschland schließlich eingewilligt, doch Kinder aufzunehmen: ganze 50.

Acht Jahre ist es her, dass die EU den Friedensnobelpreis erhielt. Das Komitee lobte unter anderem die »Verbrüderung der Nationen«, den Kampf für die Menschenrechte. Während der Pandemie ließ das Konglomerat konkurrierender Nationalstaaten dann endgültig keinerlei Interesse mehr an Schicksal, Leid und massenhaftem Tod von Geflüchteten an den EU-Außengrenzen erkennen. Das Asylrecht? Faktisch abgeschafft. Humanitäre Flüchtlingsaufnahme? Ausgesetzt. Auch die Seenotrettung, ohnehin schon kriminalisiert, konnte nun mit Verweis auf Corona konsequent verweigert werden. Die Menschen, auf dem Meer wie in den Lagern, müssen als Manövriermasse menschenverachtender, nationaler Grenzschutzregimes erhalten: Griechenland errichtet für eine halbe Million schwimmende Barrieren in der Ägäis, Videos belegen, dass die griechische Küstenwache Geflüchtete außerhalb ihrer Hoheitsgebiete auf dem Meer aussetzt. Tausende Menschen ertrinken jährlich auf der Mittelmeerroute – mit Billigung der EU.

Rassistische Doppelstandards

Es wird derzeit viel über Rassismus gesprochen. Das ist auch dringend geboten. Der gesellschaftlich inhärente Rassismus offenbart sich auch durch Doppelstandards: Während die übrige Bevölkerung zu Social Distancing angehalten wird, hält man am Konzept zentraler Unterbringung Asylsuchender fest. Während saarländische Kommunen bei Verstoß gegen die Vorgaben der Infektionsschutzverordnung fleißig Bußgelder eintreiben, kaserniert das Land im Lager Lebach entgegen der eigenen seuchenhygienischen Vorgaben über 1000 Menschen auf engstem Raum ein. Während Rat gebenden Instanzen wie der WHO oder dem RKI in fast allen Belangen gefolgt wird, ignoriert man sie da, wo es um Geflüchtete geht.

Eine aktuelle Studie aus Bielefeld weist nach, dass Sammelunterkünfte für AsylbewerberInnen besonders gefährdet sind, Hotsspots für Corona-Infektionen zu werden. Das Risiko sei ähnlich hoch wie auf Kreuzfahrtschiffen, heißt es. Während von Kreuzfahrten dringend abgeraten wird, sieht man in der Unterbringung Schutzsuchender in Massenunterkünften aber kein Problem. Auch im saarländischen Innenministerium verteidigt man den aktuellen Status Quo und sieht keinen Grund, darüber hinaus aktiv zu werden.

Dabei empfehlen WissenschaftlerInnen zur Prävention die dezentrale Unterbringung. In zentralen Aufnahmeeinrichtungen sollte die Unterbringung zumindest in Einzelzimmern oder kleinen Wohneinheiten organisiert werden – auch im Interesse der öffentlichen Gesundheit, um eine rasche Ausbreitung des Virus bei Auftreten in Sammelunterkünften zu verhindern.

Das Abstandsgebot gilt eben nicht für alle gleich. Die Corona-Krise trifft vor allem die Menschen, die gezwungen sind, mit anderen weiterhin in engen Kontakt zu treten: FabrikarbeiterInnen, Pflegekräfte, Heimbewohnende. Besonders prekär wird es da, wo ihnen neben dem gebotenen Abstand auch simpelste Hygienemaßnahmen versagt werden.

Im Saarland investiert man jetzt immerhin 20 Millionen, um die Wohnsituation in der Landesaufnahmestelle zu verbessern. Minister Bouillon präsentierte Ende Juni den Baufortschritt: Gerade entstünden 120 kleine Wohnungen mit, Zitat, »eigenen Schlafzellen«. Eine entlarvende Wortwahl, zeigt sie doch, dass der Minister unverdrossen an der bisherigen Form kasernierter Unterbringung, gegen die seitens zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Fachwelt erhebliche Menschenrechtsbedenken geäußert werden, festhält.

Fahrlässige Körperverletzung im Lager Lebach?

Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisieren den Umgang mit Geflüchteten in der Krise. In Suhl wehrten sich Mitte März einige Geflüchtete gegen die kollektive Lagerhaft in ihrer mit 530 Personen belegten Einrichtung, die genau das Gegenteil einer medizinisch notwendigen Quarantäne ist. Die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen ließ



Die Saarländische Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge, das sogenannte Ankerzentrum Lebach

gar das SEK anrücken, das Wasserwerfer gegen die Protestierenden einsetzte. In Halberstadt traten Anfang April Geflüchtete in Hungerstreik, weil sie mit 850 Personen, darunter auch Corona-Fälle, in der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber (ZASt) eingesperrt wurden. Auch hier reagierte man mit einem Polizeieinsatz, statt den Menschen dringend gebotene, seuchenhygienische Schutzmaßnahmen zuzugestehen.

Der saarländische Flüchtlingsrat (SFR) sieht ebenfalls dringenden Handlungsbedarf, stellte deshalb Anfang Mai Strafanzeige gegen die Verantwortlichen für die Unterbringung der Geflüchteten im Ankerzentrum Lebach und dessen Weiterbetrieb – wegen Verdachts auf Verstoß gegen die saarländische Verordnung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie sowie Verdachts auf fahrlässige Körperverletzung im Lager Lebach.

Der SFR wies während der Pandemie regelmäßig auf Missstände hin: Bis zu vier Menschen teilen sich eine kleine Wohneinheit; gekocht wird in Gemeinschaftsküchen. Es gibt nur ein zentrales Bad, die Geflüchteten müssen zweimal pro Woche bei der Lebensmittelausgabe anstehen, Privatsphäre ist nicht existent. Das Innenministerium findet diese Zustände auch zu Pandemiezeiten angemessen, verweist auf zusätzliche »verkehrslenkende Maßnahmen«, eingestellte Betreuungsangebote und bereitstehende Isolierstationen.

Tatsächlich erfolgte Ende März eine Evakuierung von rund 200 besonders gefährdeten Geflüchteten in die Dependence Braunschauen, nachdem im Lager Lebach eine Person positiv auf das Corona-Virus getestet wurde. Es scheint also zu stimmen, was SFR und die Seebrücke Saar schon so lange predigen: Die Strukturen für eine sichere, dezentrale Unterbringung in saarländischen Kommunen sind vorhanden, was fehlt, ist einzig der politische Wille der CDU-SPD-Landesregierung.

Protest unter erschwerten Bedingungen

Die Seebrücke startete bundesweit verschiedene Aktionen, um auf die verzweifelte Lage Geflüchteter in der Krise hinzuweisen. Mit infektionsschutzkonformen Protestformen wollte man darauf aufmerksam machen, dass sich die Probleme in der Krise drastisch verschärft hätten. An zwei bundesweiten Aktionstagen legten AktivistInnen Plakate und Schuhe an öffentlichen Plätzen ab, malten mit Kreide ihre Forderungen auf die Straße. Auch in Saarbrücken fand der Aufruf zum Aktionstag Gehör. Die Reaktionen der Politik? Alle sichtbaren Spuren des Protests seien umgehend von der Landeshauptstadt Saarbrücken entfernt worden, beklagt die örtliche Seebrücke-Gruppe. Gegen zwei AktivistInnen würde

sogar wegen Sachbeschädigung ermittelt, weil sie mit Kreide auf die Straße gemalt haben sollen. Pressesprecher Till Scherer von der Seebrücke Saar dazu: »Unter dem Vorwand des Infektionsschutzes wurde unsere Kritik und öffentlicher Protest unterdrückt. Wer den Infektionsschutz so hoch hält, sollte aber lieber mal die griechischen Lager evakuieren! Seenotrettung und politischer Protest sind keine Verbrechen – die europäische Abschottungspolitik und der dem zugrunde liegende strukturelle Rassismus schon!« Deshalb habe sich die Gruppe in einem offenen Brief an die saarländische Politik gewandt, 90 Verbände und Vereine der Zivilgesellschaft unterzeichneten das Schreiben. Für die Landeshauptstadt Saarbrücken antwortete daraufhin Bürgermeisterin Barbara Meyer-Gluche (Grüne).

Nicht mehr als warme Worte

Die Stadt Saarbrücken hat sich dem Städtebündnis Sicherer Hafen angeschlossen. Das ist bis dato allerdings nicht mehr als eine freundliche Absichtsbekundung ohne wirkliche Konsequenz. Bisher wurde exakt null (!) Personen durch diese Kampagne ein sicheres Ankommen in der Stadt ermöglicht. Ein angesetztes Bündnistreffen des Städtebündnisses »Städte Sicherer Häfen« sei aufgrund

der Corona-Krise verschoben worden, so Meyer-Gluche in ihrem Antwortschreiben an die Seebrücke Saar. Die wiederum moniert: »Die Corona-Krise als Ausrede dafür zu verwenden, weiter untätig zu bleiben, ist nicht hinnehmbar, denn die aktuelle Situation verstärkt die Notwendigkeit der Evakuierung griechischen Lager nur noch mehr.« Gerade die Grünen schreiben sich – in der Theorie – gerne eine humane Flüchtlings- und Asylpolitik auf die Fahnen. Die Praxis sieht anders aus. Das Abstimmungsverhalten der Partei führte auf Landes- wie auf Bundesebene immer wieder zu Asylrechtsverschärfungen. Der Einsatz für Geflüchtete bleibt ein Lippenbekenntnis, so auch hier.

Während das Innenministerium des Saarlandes seine Untätigkeit angesichts der humanitären Katastrophe mit der Abhängigkeit vom Bundesinnenministerium erklärt, verweist dieses wiederum auf eine in den Sternen stehende »Europäische Lösung«. Den Geflüchteten, die akut in Not sind, hilft das nicht. Auch die warmen Worte der grünen Saarbrücker Bürgermeisterin nicht, die zu beschwichtigen versucht: »Derzeit hat die Bundesregierung den Aufnahmeprozess wegen der Corona-Krise unterbrochen – aber wenn es darauf ankommt, werden wir für die Menschen da sein.« Wann, wenn nicht jetzt, kommt es darauf an?

» Kunst- und Kulturschaffende erzählen

Individuelle Momentaufnahmen und persönliche Eindrücke aus der Corona-Zeit

Corona hat die Kunst- und Kulturschaffenden teils hart getroffen. Wie sieht es diesbezüglich im Saarland aus? Laura Weidig hat sich umgehört, wie die Menschen aus der Branche diese Zeit erleben, was sie beschäftigt, was sie treiben. Ein Musiker und Komponist, Galeristinnen, ein Filmemacher, ein kaufmännisch Verantwortlicher, ein Künstler, eine Maskenbildnerin, sowie ein Konzertkollektiv berichten. »Nichts ist positiv am Arschloch Corona«, meinen die einen, mit weinseliger Utopie behelfen sich die anderen. Und zwischen Schock, Lakonie und Gleichmut mischt sich doch auch eine vorsichtig-optimistische Neugier: auf innovative Konzepte und die Gesellschaft nach Corona.

»Für mich ist diese Pandemie nur ein Teil einer Ökologiekatastrophe, die mein Erdkundelehrer schon 1978 vorausgesagt hat: Saurer Regen, Ozonloch, hohe CO₂-Werte (damals noch Smog genannt), Erderwärmung, Überbevölkerung, Wasserknappheit und eben Pandemien...also alles beim Alten. Um nicht auf komische Gedanken zu kommen, habe ich deshalb während der Quarantäne von Harald Welzer das Buch *Alles könnte anders sein* gelesen, da geht's um positive Utopien, super – da braucht man abends nur eine Flasche Wein. Die Quarantäne zu Hause mit Familie war sehr entspannt – viel geübt, viel komponiert, gut gegessen, viel geredet ... es war wie Urlaub. Das sind die Vorzüge in der saarländischen Provinz, mit kleinem Garten zu wohnen, im Gegensatz zu den Kollegen in den Metropolen: Die hatten echt zu leiden. Ansonsten fehlen mir Proben und Auftritte als künstlerisch-soziale Realität, und ich weiß jetzt, dass man Konzerte und Musik nicht digital in ihrer organisch-sinnlichen Wucht vermitteln kann, das muss analog bleiben, auch wenn das virenanfällig ist. Und leider tut auch die Gewissheit weh, dass viele, viele kleine alternative Clubs, Galerien, Kneipen, in denen man eben seine Konzerte machen konnte, höchstwahrscheinlich kaputt gehen, weil sie das finanziell nicht mehr stemmen können. Die gesellschaftliche Gefahr: Die Kreuzfahrtschiffe bleiben, die Kunst verschwindet.«

*Christoph Thewes,
Posaunist und Komponist*

»Wie wir diese Zeit in der Stadtgalerie erleben? Zwei großartige Klangkunstausstellungen gleich nach ihrer Eröffnung ihrem Dornröschenschlaf zu überlassen, war traurig. Darauf waren wir nicht vorbereitet! Dennoch ist es uns in kürzester Zeit gelungen, die schlummernden Klänge und stillgelegten Skulpturen im digitalen Raum aufleben zu lassen und unserem treuen Publikum über die sozialen Netzwerke zu präsentieren. Das große Interesse, das wir damit ausgelöst haben, hat uns geradezu überwältigt und zeigt: Die Kunst findet immer einen Weg!«

*Andrea Jahn & Nadine Linz,
Stadtgalerie Saarbrücken*

»Ich habe gerade keine laufenden Film-Projekte, finanziere mich ganz gut über eine halbe Stelle beim SR und bin nicht wirklich von Corona betroffen (gewesen). Insofern kommt es mir ein wenig vermessen vor, aus meiner Perspektive eine kritische oder klagende Äußerung zu formulieren, die jetzt speziell mit der aktuellen Situation zusammenhängt. Probleme aufgrund der regionalen Strukturschwäche hatte die hiesige Branche schon vorher. Hier 'lebt' keiner vom Filmemachen, man finanziert sich in der Regel anders. In der aktuellen Krise ist das ein bizarrer Vorteil...«

*Marc André Misman,
Filmemacher*

»Als Kaufmännischer Direktor des Saarländischen Staatstheaters beschäftigt man sich in der Regel mit nüchternen Zahlen, detaillierten Analysen, verlässlichen Einschätzungen und der spannenden Herausforderung, hohe künstlerische Qualität und Wirtschaftlichkeit miteinander zu vereinen. Niemals hätte ich mit einem Virus gerechnet, wenn überhaupt, dann mit einem Computervirus. Das Corona-Virus macht nun genaues Kalkulieren unglaublich kompliziert und so gut wie unmöglich. Es hat die Planungen unserer Spielzeit 2019/2020 völlig auf den Kopf gestellt und wird auch noch die kommende Spielzeit 2020/2021 mitbestimmen. Doch die Lust auf Fantasie und Kreativität bleibt bei uns im Theater ungebrochen. Wir brennen auf Theater, wir sprühen vor Ideen. Wir können feststellen, dass es stimmt, dass in einer Krise, die Kreativität besonders hoch ist. Und in der Krise hat sich etwas gezeigt, das sich nicht berechnen lässt und mich mit großer Dankbarkeit erfüllt: Wir sind alle noch enger zusammengerückt. Die anfängliche Ohnmacht ist ziemlich schnell großer Energie, Motivation und kreativer Schaffenskraft gewichen. Wir leben zwar in einer Zeit physischer Distanz, aber großer sozialer und emotionaler Nähe!«

*Prof. Dr. Matthias Almstedt,
Kaufmännischer Direktor des SST*

»Nichts ist positiv am Arschloch Corona. Aber die Einschränkungen und Ungewissheiten während des Lockdowns, so beklemmend und surreal alles war, sie veränderten meine Wahrnehmungen. Ich zeichnete und malte fast täglich im Atelier. Meine Haltung kann ich ganz gut mit Gleichmut & Lakonie beschreiben. Während der Arbeit: Selbstvergessenheit im besten Sinne. Plötzlich keine Termine mehr, kaum Verpflichtungen. Außerdem ging ich fast täglich mit der Geliebten und Ehefrau spazieren. Oder wir fuhren mit dem Fahrrad durch die Stadt. Beim dem Versuch, Begegnungen zu vermeiden, entdeckten wir Straßen und Wege, die wir noch

nicht kannten. Der sogenannte Alltag, gewohnte Strukturen, ordneten sich neu. Ich nahm Dinge anders wahr und nahm andere Dinge wahr. Der reduzierte Verkehr, die fast leeren Straßen – alles erschien langsamer und stiller. Das Leben als ruhiger Fluss. Gut, dass der Zustand nicht von Dauer war. Bitte nicht noch einmal!«

*Armin Rohr,
Designer und Künstler*

»Die Tätigkeiten einer Maskenbildnerin sind ausgesprochen vielfältig. Dazu gehören etwa der Bau von Masken, die Herstellung und das Frisieren von Perücken und Haarteilen, ja das Anfertigen aller Arten von Körperbehaarung, das Erstellen und Anbringen von künstlichen Wunden, schließlich: das Schminken der DarstellerInnen vor und während der Vorstellungen. Insbesondere letzteres aber verlangt engen Kontakt mit dem DarstellerInnen, erfolgt aus unmittelbarer Nähe – und ist so, wie bisher praktiziert, mit den geltenden Abstandsregeln unvereinbar. Zurzeit werden Konzepte entwickelt, wie maskenbildnerische Arbeit an den DarstellerInnen ab jetzt erfolgen kann. Spannend aus meiner Sicht ist auch die Frage, ob sich womöglich Verschiebungen in künstlerischen Konzepten, z.B. vom Make-up zu getragener Maske in Zukunft aus der Corona-Zeit ergeben werden.«

*Bernadette Birgfeld,
Maskenbildnerin am SST*

»Veranstaltungsverbote aufgrund der Corona-Pandemie haben uns nur bedingt getroffen. Als gemeinnütziger Verein profitieren wir in keiner Weise finanziell durch unsere Events. Einige, auf die wir uns schon freuen und die auch einige Zeit an Planung gekostet hatten, wurden abgesagt: Das Konzert mit der Band Messer in der Sparte4, ein Punkfestival im Juz St. Ingbert und eine Halloween Party. Dass die nicht stattfindet, ist

besonders schade: In Kooperation mit USUS gab es ein wirklich ausgefuchstes Konzept (Eigenlob stinkt, aber es stimmt einfach!). Eventuell dann nächstes Jahr. Die vorgeschriebenen Maßnahmen waren dennoch richtig und wichtig. Wir konnten ein zeitintensives Hobby nicht mehr ausüben, was aber zu verkraften ist. Viele andere Kulturschaffende (und Gewerbetreibende) bangen durch den Wegbruch von Einnahmen um ihre Existenz Ganz schlimm: die vielen Menschen, die seit der Pandemie (vielleicht erstmals) Kontakt zu (rechts)esoterischem Gedankengut haben und es weitertragen – auf Schwurbeldemos, in sozialen Medien. Das sind keine berechtigten Sorgen, sondern gefährliche, menschenverachtende Ansichten, die u.a. Rassismus oder Antisemitismus verherrlichen und normalisieren. Passt auf euch auf, macht den Mund auf und geht gegen solche Gegebenheiten vor! Haifischblut bleibt stabil und antifaschistisch!«

*Haifischblut Collective e.V.,
nichtkommerzielle Konzertveranstalter*

Seither nimmt der Takt der News ab, die Problemlage vieler Kreativschaffender verschärft sich aber weiter, und wer weiß, wann sich die Lage wieder stabilisiert. Diejenigen, die auf Publikum angewiesen sind, versuchen wenigstens, ihre Sichtbarkeit zu erhalten. Manche Events, die dieses Jahr zum ersten Mal stattfinden sollen, müssen reagieren, um überhaupt ihre Premiere zu erleben. Da geht gerade vieles kaputt, aber es passiert auch viel Innovation.«

Tanja John, Dock 11

» Einen Überblick über die Lage der örtlichen Kultur- und Kreativbranche hat Tanja John: Sie arbeitet für Dock 11, die Plattform zur Vernetzung, Förderung und Vertretung der saarländischen Kreativwirtschaft. Die branchenspezifische Wirtschaftsförderung, das heißt die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Kreative in der Großregion, steht durch die Pandemie vor besonderen Herausforderungen, wie sie erläutert:

„Wir hatten nicht viel Zeit für den Schock, den der Lockdown für die Kreativwirtschaft und viele andere bedeutete. Medienberichte überschlugen sich genauso wie die verzweifelten Nachrichten aus unserem Netzwerk. Wir bündelten Infos zu den drängendsten Fragen der Community und brachten selbst Informationsformate in den digitalen Raum.

Vom Getrenntsein und der Hoffnung

Gedanken eines Filmemachers während des Corona-Lockdowns

von Boris Penth

Ich bin leidenschaftlich gerne in Lebensmittelgeschäfte und auf Märkte gegangen. Sie waren mir Inspirationsquelle für Essen, das ich meiner Freundin und meinen Freunden zubereitet habe: Gastgeber zu sein, Sinnesfreuden zu teilen, die Geschmacksknospen zum Tanzen zu bringen, das waren wichtige Glücksmomente in meinem Leben. Seit Covid-19 sind diese Erfahrungen nur noch Erinnerung.

Statt Verbundenheit erzeugt die Gegenwart in mir ein Gefühl von Unverbundenheit. Natürlich gehe ich weiterhin Lebensmittel einkaufen. Aber meine Körperhaltung hat sich verändert. Sie ist angespannt. Ich schaue, ob mir keine(r) zu nahekommt. Ich schlendere nicht mehr mit dem Blick des Flaneurs, der während des Schauens seinem Hirn Kompositionsaufträge gibt, welches Gemüse mit welchem Fisch eine überraschende Verbindung eingehen könnte und was die ideale Beilage wäre. Selten bin ich mit einem Einkaufszettel losgezogen: Der spontane Moment des Schauens löste den Kaufimpuls aus. Es war für mich ein lustvoller Vorgang, der ebenso die Freude auf das Kochen befeuerte wie auf das spätere gemeinsame Verspeisen. Kein genussvolles ‚Jagen‘ nach Essen, keine Abendgesellschaften mehr. Ich lebe in einer Selbstisolation – von Besuchen meiner Freundin abgesehen, dazu Spaziergänge mit dem kontrollierenden und furchtsamen Blick auf Abstandshaltung.

Auch beruflich bin ich ausgebremst. Als Filmemacher gibt es keine Arbeit für mich, denn es ist eine Tätigkeit, die in engem Kontakt mit anderen stattfindet. Ich bin kein Tierfilmer, der alleine mit seiner Kamera in irgendeiner Landschaft Tiere aufspürt und filmt. Meine Arbeit ist eine mit Menschen. Ausschnitte ihres Lebens möchte ich entdecken und auf Film bannen. Das geht kaum mit Mund-Nasen-Schutz und dem verlangten Sicherheitsabstand. Diese Arbeit war mir nicht nur ein Mittel, um Geld zu verdienen, sie war mir stets Beruf im Sinne einer Berufung. Mit Respekt

und Liebe zu den Menschen oder dem Sujet wollte ich einem Publikum Einblicke in soziale, politische und kulturelle Welten geben, die nicht nur aufklären, sondern berühren, überraschen und den humanen Kern einer Geschichte offenlegen. Belehrungen waren mir stets fern, eine schonungslose Sicht ebenso, es waren freundlich-verständnisvolle und neugierige Blicke auf Menschen, die ich wichtig oder faszinierend empfand. Diesem Interesse kann ich im Moment, auf unbestimmte Zeit, nicht auf die gewohnte Weise nachgehen. Ich leide unter diesem Verlust. Ich kann Bücher lesen, was ich auch liebe. Auch in ihnen lässt es sich in fremde Lebenswelten hineinschauen und ich kann mich an der Kunst der Autoren*innen erfreuen. Aber es ist eine rein rezeptive Tätigkeit, ich konsumiere Literatur, meine eigene Kreativität ist nicht gefragt. Ich sitze lesend im Sessel und allein schon diese Körperhaltung ist mir in diesen Zeiten Symbol für den gesellschaftlichen Umgang mit der Situation: ausharren, abwarten, Hygieneregeln befolgen.

Ich weiß, es geht Millionen Menschen ebenso, viele machen noch drastischere Erfahrungen: beengte Wohnungen, kleine Kinder um sich herum und eventuell auch noch finanzielle Sorgen. All das habe ich nicht, trotzdem fühle ich Lähmungen in meinem Geist und Körper, manchmal Lustlosigkeit morgens aufzustehen, einen ausgeprägten Hang zu Schokolade und Kuchen. Meine Situation ist ein winziges Spiegelbild eines massenhaften Phänomens: das der Lähmung und des erzwungenen Stillstandes des gesellschaftlichen Lebens, der Wirtschaft, des Kulturbetriebes.

2020 habe ich erstmals die Verleihung des Deutschen Filmpreises nicht als Gala in den Medien erlebt, sondern als reine Fernsehübertragung. Fast sämtliche Laudatoren und Nominierte wurden über das Internet mit teilweise instabilen digitalen Verbindungen

zugeschaltet, Tonaussetzer und Bildstörungen eingeschlossen. Man könnte es als Parodie auf die moderne Filmindustrie sehen, die sonst nach immer perfekteren Bild- und Tonerlebnissen strebt. Aber Corona lässt uns diesen Rückfall ins technisch Unperfekte sogar als einen rührenden Versuch werten, den deutschen Film zu feiern, dessen Produktionsfirmen und Kinos massiv bedroht sind.

Trotz vieler Appelle und den Beteuerungen der Politik werden nicht alle wirtschaftlich überleben. Was passiert dann mit der deutschen Kulturlandschaft? Mit all den Theatern, Museen, Kunstvereinen, Galerien, Musikclubs, Bands, Verlagen, den vielen selbstständigen Künstlern*innen?

Ehrenpreisträger in diesem Jahr war der Regisseur Edgar Reitz, der mit seinem ‚Heimat‘-Epos Filmgeschichte geschrieben hat. Er betonte in einem Interview mit dem NDR anlässlich der Preisverleihung:

»Gleichzeitig wird uns auch bewusst, dass wir in einer wirklich globalen Welt leben. Nie war die Menschheit insgesamt von etwas so betroffen wie von dieser Pandemie. Das erzeugt genau das Gegenteil von einer provinziellen oder regionalen Heimat. Auf einmal wird uns klar, dass der Planet unsere Heimat ist. Die Menschheit ist eine Schicksalsgemeinschaft auf diesem Planeten. Das wird uns bei dieser Gelegenheit sehr deutlich. Wir können uns nicht abgrenzen, weil zum Beispiel solche Infektionswellen nicht Halt machen vor irgendwelchen nationalen oder politischen Grenzen.«

Eine Haltung, die noch nicht in den Poren der offiziellen Politik und allen Herzen der Menschen angekommen ist. War doch die nationale Abschottung vieler europäischer Staaten aufgrund von Covid-19 ein Schlag ins Gesicht vom stets betonten Wunschziel eines einigen und freizügigen Europas. Italien und Frankreich fühlten sich von Deutschland im Stich gelassen – zu Recht, meine ich.

Welche Konsequenzen haben die jeweiligen nationalen Bewältigungsstrategien auf den mühsamen europäischen Einigungsprozess, der in den letzten Jahren ins Stottern kam?

Welches politische Porzellan ist zerschlagen und lässt sich nicht mehr kitten? Wo liegen neue Chancen für eine politische, wirtschaftliche und ökologische Ordnung? Manche schwärmten von dem sauberen Wasser in den venezianischen Lagunen und dem nachlassenden Smog über Mailand und der

Lombardei. Können diese partikulären sinnlich wahrnehmbaren Erlebnisse zum Anlass werden, auf internationaler Ebene zu einem neuen ökologischen Denken und Handeln zu kommen?

Erst ansatzweise zeigt sich in dieser wirtschaftlichen Krise mit aufkommender Massenarbeitslosigkeit und vielen Firmenpleiten die Möglichkeit einer großen gesellschaftlichen Debatte, wie unsere Gesellschaften in der Zukunft nachhaltig wirtschaften wollen oder müssten. Wenn jetzt die Rufe lauter werden, dass wir den ‚wirtschaftlichen Motor‘ wieder anwerfen müssten, sollte es nicht ein »weiter so wie bisher« geben.

Wie lässt sich diese Debatte führen, ohne sich von der Angst leiten zu lassen, dass die damit verbundenen Einschnitte schmerzhaft sein werden und auch Verzicht auf alte Gewohnheiten mit sich bringen? Fest steht, dass allein in Deutschland so viele staatliche Gelder lockergemacht wurden und werden, dass es die nachfolgenden Generationen tief beeinträchtigen wird. Ein Grund mehr, ihnen Gehör zu schenken und die Forderungen der ‚Fridays for Future‘-Bewegung so ernst zu nehmen, dass man nicht nur eine symbolische Partizipation gestattet, sondern über ihre Forderungen verhandelt und sie ernsthaft und großflächig umsetzt.

Eine Krise dieses Ausmaßes braucht eine Vision: Wir müssen ökologisch geleitete Infrastrukturprojekte anschieben, unsere Wirtschaft auf nachhaltige Produktion ausrichten, erneuerbare Energien weitaus schneller ausbauen und auch regionales Wirtschaften neu denken. Deutschland braucht ein genaues Bild seiner Zukunft im Rahmen eines Europas, das seine demokratischen Traditionen nicht zurückbaut, wie es zurzeit in Ungarn und Polen zu beobachten ist. Sonst wird es keinen erfolgreichen Weg aus der Krise finden.

Ursula von der Leyen, die EU-Kommissionschefin, formuliert in einem Zeit-Interview vom 8.4.20: *»Der Green Deal ist die neue europäische Wachstumsstrategie. Unser bisheriges Wachstumsmodell beruhte auf Raubbau an der Natur und auf Externalisierung der Kosten bis hin zu globalen Müllhalden. Was uns autarker machen würde, wäre mehr Kreislaufwirtschaft, bei der zwar der Natur einmalig etwas entnommen wird, das dann aber möglichst recycelt oder repariert werden kann.«*

Die Vergangenheitsform in der Beschreibung des Wirtschaftsmodells teile ich nicht, denn es ist unverkennbar noch die gegenwärtige Form. Und in schrillum Kontrast zu dieser Aussage steht die Tatsache, dass die Länder, die Herberge für europäische Müllhalden waren oder sind, von europäischen Staaten nicht die politische und ökonomische Aufmerksamkeit bekommen, um sich gegen die Auswirkungen des Klimawandels zur Wehr zu setzen, genügend Lebensmittel für ihre Bevölkerung anzubauen, sauberes Trinkwasser zu generieren und ein humanes Leben im eigenen Land zu garantieren. Stattdessen müssen viele Menschen aufgrund der Bedrohung ihrer Lebensgrundlagen flüchten. Europa müsste sich zukünftig verbieten, Waffen in Krisengebiete zu exportieren, die letztlich Ausbeutung, Armut und Unrechtssysteme stabilisieren und damit Menschen zur Flucht aus ihrer Heimat zwingt.

Es ist beschämend, wie lange gefeilscht wurde, minderjährige Flüchtlingskinder, die ohne Eltern auf der griechischen Insel Lesbos eingepfercht leben, dauerhaft unterzubringen. Gelöst ist die Situation noch lange nicht, denn nur ein Bruchteil von ihnen wurde ausgeflogen, wobei das kleine Land Luxemburg den Anfang machte. So groß scheint die Angst der nationalen Regierungen davor zu sein, dass ihre rechten Parteien dies als weitere ‚Flüchtlingsflut‘ propagandistisch ausschlichten könnten. Besonders grotesk mutet es angesichts der Tatsache an, dass in Deutschland gerade die konservativen Parteien einen enormen Zuspruch erfahren. Die Werte für Angela Merkel und Markus Söder sind an der Spitze der Beliebtheitskala. Sah man deren Popularität durch psychisch traumatisierte Kinder gefährdet? Wo bleibt hier die humanitäre Größe unserer Kanzlerin Angela Merkel, die sie schon einmal eindrücklich am Anfang der Flüchtlingskrise bewiesen hatte?

Wir und die uns vertretenden politischen Eliten müssen uns entscheiden, welche politischen Wege wir zukünftig einschlagen wollen und welche Strategien dazu notwendig sind. Der amerikanische Schriftsteller Jonathan Franzen weist in seinem Essay »Wann hören wir auf, uns etwas vorzumachen« nach, dass es in der Klimakrise schon lange nicht mehr »5 vor 12«, sondern viele Jahre nach 12 ist. Den Klimawandel aufzuhalten sei

unmöglich, dieser Kampf sei verloren. Jetzt käme es auf politische und ökologische Schritte an, um zu versuchen, die Auswirkungen zu dämpfen.

Dieser Tatsache ins Auge zu schauen und sie anzuerkennen, statt den Klimawandel zu leugnen, wäre in seinen Augen schon ein Fortschritt.

Corona ist keine kleine Episode im 21. Jahrhundert. Das Virus hat tiefgreifende Fragen aufgeworfen, die unsere Humanität, unser Verhältnis zum Tod und unsere Wirtschaftsweise berühren. Es werden ökonomische, politische und ökologische Antworten zu geben sein, aber auch welche, die mit der Essenz unseres Menschseins zu tun haben und unsere Spiritualität berühren. Der amerikanische Kulturphilosoph Charles Eisenstein sieht sie folgendermaßen:

»Durch die Erfahrungen des Mitgefühls, das COVID jetzt in uns weckt, stimmen immer mehr von uns in die Erkenntnis ein, dass wir nicht mehr in die alte Normalität, die das Mitgefühl so schmerzlich vermissen ließ, zurückwollen. Jetzt haben wir die Gelegenheit, eine neue, mitgefühlsreichere Normalität zu schmieden.«

Eisenstein spricht einen Wertewandel an, den er für möglich hält, weil die Konfrontation mit den Schrecken der Pandemie und dem Tod verschüttete menschliche Bedürfnisse an den Tag treten ließe, die auf Verständigung, gegenseitige Rücksichtnahme und Mitgefühl ausgelegt seien.

»Jede Geste des Mitgefühls, der Güte und Freundlichkeit, des Mutes und der Großherzigkeit heilt uns von der Geschichte der Getrenntheit, denn sie versichert beiden, Handelnden und Zeugen der Handlung, dass wir im selben Boot sitzen,« so Charles Eisenstein.

In der Sphäre der Politik und Ökonomie geht es jedoch nicht um die Herausbildung von Mitgefühl, sondern um sach- und systemrelevante Regeln und Regularien, die helfen, Rechtsnormen zu etablieren und Arbeitsplätze zu beschaffen. Je nach Gang der Konjunktur werden diese aber wieder zerstört. Der Sozialstaat versucht dann, die Folgewirkungen abzufedern. Jedoch ist das Ziel in unserem wirtschaftlichen System die Profitmaximierung, die Primat des Handelns ist.

In der tiefen, auch humanitären Krise, ausgelöst durch Covid-19, nur in der politischen und ökonomischen Sphäre die Rettung zu

suchen, führt kaum zu befriedigenden Antworten und lässt uns bei der Lebenssinnsuche, die sich angesichts der Existenzbedrohungen stellt, mit leeren Händen zurück. Wir brauchen in einer säkularisierten Welt eine neue und umfassende Kultur des Mitgefühls, der Güte und Freundlichkeit, die auch fern von etablierten Kirchen gedeihen kann und an Bedeutung gewinnt.

Sich über nationale Grenzen hinweg als Gemeinschaft zu begreifen, wird mehr und mehr zu einem wichtigen Element, um Demokratie, Wirtschaft, Ökonomie und Ökologie neu zu denken. Die dazu notwendige Energie und Phantasie braucht auch neue Wertvorstellungen, die sich vorherrschenden ökonomischen Verwertungszusammenhängen entziehen.

Das Virus trennt mich von lieb gewonnenen sozialen Ritualen und Menschen, die Teil meiner Identität geworden sind. Zugleich sehe ich die Chance der Rückholung, der Wieder-Verbindung mit der Gesellschaft, die in vielerlei Hinsicht sinnlich-haptisch wahrnehmbar sein sollte, auch in und durch Kultur.

Der Intendant des Hamburger Thalia-Theaters, Joachim Lux, hat im April 2020 in einem Interview im Hamburger Abendblatt zum Ausdruck gebracht, welchen Beitrag Kunst

dabei leisten kann: »Was wir vor allem brauchen, ist ein Zeichen des Lebens. Das klingt jetzt ganz kitschig, aber es muss hier Luft rein für die Lebenssehnsucht und für die Verzweiflung der Menschen... Dass wir uns zusammenfinden wollen, dass wir nicht allein bleiben wollen, das ist unausrottbar in uns angelegt, davon bin ich zutiefst überzeugt.« Ja, die Kunst kann trösten, spiegeln, sie hilft zu heilen und schafft im gemeinsamen Schauen Verbindungen zu- und untereinander.

Mich, wie viele andere, bewegt die bange Frage: Bewahren wir uns unsere oftmals beschworene weitsichtige Intelligenz, wenn kollektive Ängste und kurzsichtige Egoismen ihr destruktives Veto erheben? Im Schwarm entsteht oft ein Sog ins Ressentiment, letztlich ins Getrennt-Sein. Unter Angstdruck lässt unsere Fähigkeit, verbindend-liebevoll-kooperativ zu fühlen, zu denken und zu handeln wesentlich nach, und unsere Moralität wird korrumpiert.

Ich wünsche uns allen, die wir uns zu den Mitfühlenden und Verantwortungsbe- wussten rechnen, eine moralische Festigkeit und menschliches Gebundensein in den sehr schwierigen Zeiten, die uns sicher noch weiter erwarten. Und ich hoffe und wünsche es vor allem für unsere Kinder.

saarbrücker
hefte *Die saarländische Zeitschrift
für Kultur und Gesellschaft*

Mit einer Spende an die *Saarbrücker Hefte* unterstützen Sie unsere Arbeit und sorgen für Pressevielfalt in der Region!

Nach Eingang Ihrer Spende bei uns (Verein Saarbrücker Hefte e.V., IBAN DE76 5905 0101 0078 1819 14, Sparkasse Saarbrücken, Verwendungszweck: »Unterstützungsfonds«) erhalten Sie (ab 20 EUR Spende) eine Spendenquittung, die Sie dem Finanzamt vorlegen können. Der Verein Saarbrücker Hefte e.V. ist als gemeinnützig anerkannt.

» Eine geheimnisvolle Krankheit

Die Spanische Grippe im Saarland

Von Sadija Kavgić

Es war »nur« eine Grippe, doch tötete sie weltweit mehr Menschen als beide Weltkriege zusammen. Auch in Saarbrücken und in der Region war die Lage dramatisch. Im Unterschied zu heute war die Grippe jedoch nicht das dominierende Thema in der Tagespresse. Das ganze Leben war dem Großen Krieg unterstellt. Die *Saarbrücker Hefte* wollten wissen, was es dazu in den Archiven zu entdecken gibt.

»Madrid 27. Mai 1918. (Reuter.) Der König, der Ministerpräsident und andere Minister sind unter rätselhaften Erscheinungen erkrankt. Von dieser Krankheit, die sich über ganz Spanien verbreitet, wurden 30 Prozent der Bevölkerung befallen. Die Aerzte raten an, ernste Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.« Diese und ähnliche Meldungen, in denen von einer geheimnisvollen Krankheit in Spanien die Rede war, druckten gleich mehrere Tageszeitungen an der Saar ab.

Wenige Tage später informierte die *Saarbrücker Zeitung* ihre Leser, dass in Madrid über 120.000 Personen und in ganz Spanien acht Millionen Menschen erkrankt seien. Zu diesem Zeitpunkt wusste noch niemand, dass hinter der Krankheit ein bis dahin unbekannter Verwandlungsmeister, das Influenzavirus, steckte. Auch nicht, dass dies nach heutigem Kenntnisstand die bislang tödlichste aller bekannten Influenzapandemien werden würde. Neuere Forschungen gehen davon aus, dass weltweit ca. 50 Millionen Menschen an den Folgen dieser Krankheit verstarben. Eine annähernde Opferzahl für das Gebiet des heutigen Saarlandes ist schwer zu ermitteln. Insbesondere auch deshalb, weil das Saarland erst nach dem Versailler Friedensvertrag 1919 eine geschlossene politische Einheit wurde. Bis dahin gehörten seine Teile mehreren anderen deutschen Bundesstaaten an, sodass auch die auswertenden Quellen überaus verstreut sind.

Es war das Jahr 1918. Der Große Krieg dauerte schon vier Jahre, Millionen Tote waren zu beklagen. Saarbrücken gehörte dem Königreich Preußen an und unterstand dem Regierungsbezirk Trier. Die Stadt war gerade erst

fünf Jahre vor dem Krieg durch die Vereinigung der heutigen Stadtteile Alt-Saarbrücken, St. Johann und Malstatt-Burbach zur Großstadt geworden. Die neue »Reichsmetropole« wurde 1912 der Sitz des stellvertretenden Generalkommandos des XXI. Armeekorps. Kasernen der Infanterie, Kavallerie und Artilleristen kennzeichneten das Stadtbild, Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten gehörten der Stadtbevölkerung an. Der Kriegsanfang wurde in der Stadt begrüßt. Für den Kaiser und König, Monarchie und Deutschland waren Unzählige bereit, in den Krieg zu ziehen. Das Saarrevier war eine der bedeutendsten Industriegebiete Deutschlands. Fast 60 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung arbeiteten in den Gruben und Stahlwerken. Der preußische Staat und die Herrscher über die Industrie, an vorderster Stelle die Familien Stumm und Röchling, formulierten ein imperialistisches Expansionsprogramm, das nach dem Sieg große Teile des nördlichen Frankreichs und Belgiens Deutschland angliedern sollte. Saarbrücken bewährte sich als zuverlässige Nachschubbasis für die Westfront. Die Streikwellen gegen den Krieg und die zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen, die 1918 das Ruhrgebiet und Berlin erschütterten, erreichten das Saarland nicht.

Gleichwohl sind auch an der Saar die Kriegsjahre von Nahrungsmangel und Wohnungsnot gekennzeichnet. Für eine stabile Heimatfront sorgen neben den offiziellen Stellen auch zahlreiche Frauen-, Lehrer- und andere Vereine sowie die Presse. Das ganze Leben ist der Kriegsführung untergeordnet. Im April sind die Zeitungen voll mit Propaganda für

die achte Staatsanleihe zur Finanzierung des Krieges: »Freiwillige vor! An die Zahlfront!«, heißt es. Noch am 2. April 1918 freut sich die *Saarbrücker Zeitung*: »Seit Beginn der großen Schlacht über 75 000 Gefangene!« Diese sollen in der Industrie und Landwirtschaft arbeiten, damit deutsche Arbeiter an der Front kämpfen können. Mit Gefangenen und Fronturlaubern erreicht das Virus Deutschland. Die Warnungen aus Spanien haben nicht dazu geführt, dass besondere Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung ergriffen worden wären. Stattdessen ersetzt Propaganda die Aufklärung: »Deutsche Jugend! Sie ist unser Stolz mit ihrer Begeisterungsfähigkeit für alles Heldenhafte. Das deutsche Lied auf den Lippen – so überrannte unsere Jungmannschaft den Feind. Sie entbehrte und kämpfte, und der Lorbeer des Sieges schmückte ihr Grab« (*Neunkirchener Zeitung*).

Grippe erreicht Deutschland

Schon Anfang April gab es in der *Saarbrücker Zeitung* Todesanzeigen, die als Todesursache eine schwere, kurze Krankheit angaben. Jedoch erst am 29. Juni hieß es: »Nun mehreren sich tatsächlich die Meldungen aus dem deutschen Süden über ähnliche Erkrankungen auch bei uns, wie sie in Spanien und im feindlichen Ausland aufgetaucht sind.« Genannt

wurden viele Erkrankungen in einem Großbetrieb in Hessen, rasches Ausbreiten in Bayern, in Sachsen und: »Also auch London! Ganz London ist von der Grippe befallen. Die Hospitaeler sind von Kranken überfüllt, und selbst die Aerzte bleiben nicht verschont.«

Ab diesem Zeitpunkt gab es in der *Saarbrücker Zeitung* regelmäßig Meldungen über die Verbreitung und Auswirkungen der Grippe. Die veröffentlichten Todesanzeigen zeigen, dass die Grippeerkrankungen in Saarbrücken durchgehend feststellbar sind. Wie in der ganzen Welt durchläuft die Pandemie auch hier drei Höhepunkte. Die erste Welle infizierte die meisten Menschen, aber der Verlauf war meist mild, und nur die wenigsten starben. In der Lokalpresse fanden sie keine direkte Erwähnung. Es herrschte strenge Preszensur, nichts sollte die Heimatfront schwächen. Die schlechten Nachrichten von der Kriegsfrent lassen ohnehin bereits ein komplettes Scheitern der Expansionspläne des Deutschen Reiches erahnen. Die letzte deutsche Offensive von April bis September 1918 kostete noch einmal Hunderttausende Soldaten das Leben. Da war die Gesundheit der Bevölkerung in der Heimat nebensächlich. So richtete Anfang August das Saarbrücker Bürgermeisteramt, ohne die Grippe zu erwähnen, eine Bitte an die Bürgerschaft, sie möge die Ärzte nur in dringend notwendigen Fällen in Anspruch nehmen. Mehr nicht.

Neutrale Staaten.

Die furchtbare Epidemie in Spanien.

wtb. London, 3. Juni. Das Reutersche Büro meldet aus Madrid vom 2. Juni: Die unbekannte Epidemie, die vor etwa 14 Tagen in Madrid auftauchte, hat sich mit riesiger Schnelligkeit ausgebreitet. In Madrid sind über 100 000 Personen daran erkrankt und die Zahl der Erkrankten nimmt noch täglich zu. Die Epidemie hat bereits nach den meisten Provinzhauptstädten und nach Marokko übergriffen, wo sie spanische Garnison ergriff. Die Krankheit hat sich namentlich in den dicht bevölkerten Distrikten so rasch verbreitet, daß die öffentlichen Dienste dadurch ernstlich in Frage gestellt werden. Gestern starben an der Krankheit 111 Menschen, während der letzten Tage ungesähr 700. In allen Fällen mit tödlichem Ausgang handelte es sich um Komplikationen. Gesunde Personen genesen in vier bis fünf Tagen, Menschen mit schwacher Gesundheit, vor allem Kehlkopf- und Lungenleidenden, ist die Krankheit gefährlich.

Saarbrücker Zeitung, 4. Juni 1918

Borussen gegen Saar 05

Die Presse war nach wie vor auf das Kriegsgeschehen konzentriert. Aber auch der Alltag bot Interessantes: Das Todesurteil gegen den 28-jährigen Arbeiter Friedrich Wagner aus Dudweiler wegen Mordes und Straßenraubs wurde durch Erschießen vollstreckt. Einige aus der französischen Gefangenschaft entlassene Saargemünder berichteten »über ihren Aufenthalt bei den Franzosen wenig gutes«. In Saargemünd wurde Marie Knöpflin aus Zillishheim wegen »vorsätzlicher Förderung der Fahnenflucht« ihres Ehemannes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Das Königliche Amtsgericht hob die am 6. April 1916 gegen die Ehefrau von Peter Schwindt, Katharina geborene Janten, aus Neufechingen ausgesprochene Entmündigung wegen Trunksucht auf: »Die Kosten trägt Frau Schwindt.« In Neunkirchen entgleiste ein »von der Hüttenbergstraße herunterkommender Straßenbahnwagen an der Ecke Stumm- und Königstraße und fuhr mit

voller Wucht in das Kaiser-Kaffee-Geschäft. Der Wagen wurde zertrümmert und sehr erheblicher Sachschaden angerichtet.« Dafür gewann Borussia Neunkirchen im Derby gegen den Rivalen aus Saarbrücken Saar 05, dessen Mannschaft beim Spielstand 2:1 vorzeitig das Feld verließ. Man/frau freute sich über den »Heldenkampf unserer Ostafrikaner« und Lettow-Vorbeck in Mozambik.

Wer sich über die Grippe informieren wollte, wurde mit knappen Meldungen abgespeist: Man erfuhr, dass die spanische Krankheit auch in Griechenland zahlreiche Opfer forderte, dass sie »auch im amerikanischen Heere weit verbreitet ist und dort Baracken desinfiziert und die Gewässer mit Oel bedeckt werden.« Auch wenn über die Grippe an der Saar selbst weiterhin nicht berichtet wurde, sprach der Halbjahresbericht der Ortskrankenkasse Saarbrücken Bände: »Die Ausgaben für Krankengeld, Krankenhauspflege und Heilmittel haben eine geradezu beängstigende Höhe erreicht. Die Klagen über unzulängliche

Städtische Angelegenheiten.

Saarbrücken, 15. Oktober.

Zur gest. Kenntnissnahme. Wegen Papiermangel mußte der Umfang der heutigen Ausgabe unserer Zeitung beschränkt, auch eine größere Anzahl Anzeigen zurückgestellt werden.

:: Eine dringende Bitte an alle, die es angeht! Weite Gebiete unseres Vaterlandes sind erneut von schweren Epidemien heimgesucht. Die Grippe oder „spanische Krankheit“ genannt, tritt mit all ihren Komplikationen in geradezu erschreckendem Umfange auf. Die Krankenhäuser sind längst überfüllt; nur ganz schwere Fälle werden dort noch behandelt; die Medikamente werden alle; die Aerzte wissen längst nicht mehr, wo sie zuerst helfen sollen, und so sterben sie dahin, Alte und Junge. Sicher würde mancher, der dem Tode bereits ins Antlitz sieht, noch gerettet werden können, wäre wenigstens ärztlicher Beistand zu erhalten gewesen. Aber wie gesagt: die Herren Aerzte wissen nicht mehr ein und noch aus! Tag und Nacht müßten sie „schaffen“, wollten sie ihrer Praxis völlig genügen. Es rächt sich sehr, daß nur wenige (in der Stadt wohl überhaupt keine) Aerzte in der Lage sind, bei den hunderten von Krankenbesuchen sich eines Gefährts zu bedienen. Kostbare Stunden gehen verloren, während sie von Haus zu Haus, von Straße zu Straße, von Stadtteil zu Stadtteil laufen — und wie häufig kam es nicht vor, daß, als der Gerufene endlich erschien, der Patient keiner nicht mehr bedurfte. Diese jammervollen Zustände müssen aufhören; es ist unabweisbar erste Pflicht der Behörden, gleichgültig ob Stadt- oder Militärverwaltung, Autos und Fuhrwerke in ausreichendem Maße unserer Ärzteschaft zur Verfügung zu stellen. Vor allen Dingen müssen, wenn ein Appell an den Edelmut nichts nützt, alle die Lugsuspferde und -Wagen mobilisiert werden. Nur so können die Aerzte ihrer Aufgabe, Wohltäter an der heute so furchtbar Leidenden Menschheit zu sein, gerecht werden.

Saarbrücker Zeitung, 15. Oktober 1918

ärztliche Behandlung sind allgemein.« Ende September dann kündigte sich mit einer Meldung aus Madrid über die sofortige Schließung der französischen Grenze die zweite Grippewelle an. Im Verlauf seiner Verbreitung über die Erde war das Virus mehrfach mutiert. Es befiel jetzt meistens die jüngeren Menschen. Ursache für das nun massenhaft einsetzende Sterben waren tödliche Überreaktionen des eigenen Immunsystems. Die Infizierten starben oft innerhalb weniger Stunden nach Ausbruch der Krankheit. Diese Welle sollte weltweit die meisten Menschenleben kosten und wütete auch in der Saargegend.

Das große Sterben

Die Schulchronik der Katholischen Schule zu Schlawerie in Neunkirchen für das Jahr 1918 beschreibt die Lage: »Die Grippe forderte in diesen Herbsttagen zahlreiche Opfer, vom 21.-27. Oktober stiegen die Sterbefälle von 50 auf 62 pro Tag. Am 1.11. sanken sie auf 56 zurück, deshalb wurde der Unterricht am 3.11. wieder aufgenommen. In Saarbrücken blieben die Schulen bis zum 10.11. geschlossen. Der erste Schulbesuch stand noch ganz unter dem Zeichen der Grippe, etwa 1/3 sämtliche Kinder fehlten, bald aber besserte sich der Schulbesuch.«

Am 15. Oktober, da hatte die deutsche Regierung schon um Waffenstillstand gebeten und die Niederlage eingeräumt, fasste jemand bei der *Saarbrücker Zeitung* den Mut, die städtische wie auch die Militärverwaltung gleichermaßen zu kritisieren. Der Autor warf den Verantwortlichen vor, bei dem Einsatz der Ärzte vollständig zu versagen und es nicht einmal zu schaffen, den wenigen Ärzten Transportmittel zur Verfügung zu stellen: »Die Grippe oder ‚spanische Krankheit‘ genannt, tritt mit all ihren Komplikationen in geradezu erschreckendem Umfange auf. Die Krankenhäuser sind längst überfüllt; nur ganz schwere Fälle werden dort noch behandelt; die Medikamente werden alle; die Aerzte wissen längst nicht mehr, wo sie zuerst helfen sollen. [...] Diese jammervollen Zustände müssen aufhören; [...] Vor allen Dingen müssen, wenn ein Appell an den Edelmut nichts nutzt, all die Luxuspferde und Wagen mobilisiert werden.«

Vier Tage später appellierte Generalfeldmarschall von Hindenburg persönlich von

der Titelseite der *Saarbrücker Zeitung*: »In der Stunde der Not zeigt es sich, was der Einzelne und was ein Volk wert ist. Wir werden uns nicht schwächer zeigen als unsere Feinde. Auch bei uns wird in der Stunde der Entscheidung kein Mann von der Schanze, keine Frau von der Arbeit weichen. Deutschland braucht jetzt sein ganzes, einiges, für die Zukunft unseres Geschlechts opferbereites Volk.« Und bekommt umgehend die Antwort: »Generalfeldmarschall v. Hindenburg [...] Die Saarpresse ihrerseits ist gewillt, alles zu tun, um die Heimatfront zu stärken in dem stählernen Willen durchzuhalten. [...] Im Auftrage der Saarpresse: Chefredakteur Dr. Brueckemayer«. Und dann ging alles so weiter wie gehabt: Die Wehrpflichtigen werden aufgefordert, sich sofort nach Vollendung ihres 17. Lebensjahrs zur Musterung anzumelden. Die 9. Kriegsanleihe wird gezeichnet, Parolen geschwenkt: »Deutsches Gut für deutsches Blut«, »Ein Volk, ein Wille zum Sieg«.

Und die Polizeidirektion teilte den Saarbrückern mit, dass »es sich um nichts anderes als Grippe handelt«. Es wurde »dringend gebeten das Ausspucken auf der Straße [und] in der Straßenbahn [...] zu unterlassen. Und

Todesanzeige *Saarbrücker Zeitung*, 24.10.1918. Auf dem Alten Friedhof in Saarlouis befindet sich das Familiengrab, in dem diese jungen Opfer der Grippe beigesetzt wurden.

Statt jeder besonderen Anzeige.

Nach bald achtmonatiger Krankenhausbehandlung von ihrem Unfall geheilt, wurde uns durch die Grippe unser einziges, heißgeliebtes Töchterchen, Schwesterchen, Enkelchen und Nichteichen

Anneliese

nach fünftägigem Krankenlager im Alter von beinahe 5 Jahren entrisen. Sie folgte ihrem ältesten Brüderehen Emil, der uns durch dieselbe Krankheit vor 8 Wochen entrisen wurde.

In tiefstem Schmerz:
Familie Christian Jaeger.

Saarlouis, den 22. Oktober 1918

Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 3 Uhr vom Sterbehaue, Bahnhof Saarlouis, aus nach dem Garnisonfriedhof statt. 558 lb

empfohlen: »um die eingeatmeten Krankheitskeime zu vernichten, kann wiederholtes Gurgeln und Naßenspülen mit Desinfektionsmittel, z.B. Wasserstoffsuperoxyd (1 Eßlöffel auf 1 Wasserglas) empfohlen werden.[...] Neben fieberherabsetzenden Mitteln [...] ist mäßiger Genuß von alkoholischen Getränken, soweit diese bei der jetzigen Ernährungslage zu beschaffen sind, gut«.

Dann bekam das erste Opfer einen Namen: Am 18. Oktober verstarb Ernestine Schmidt, »Fürsorgeschwester der Beratungsstelle des Städt. Krankenhauses Frankfurt a.M. [...] im Alter von 36 Jahren an der Grippe«, steht in den Todesanzeigen der *Saarbrücker Zeitung*. Ein paar Tage später Anneliese: »Nach bald achtmonatiger Krankenhausbehandlung von ihrem Unfall geheilt, wurde uns durch die Grippe unser einziges, heißgeliebtes Töchterchen [...] Anneliese nach fünftägigem Krankenlager im Alter von beinahe 5 Jahren entrissen. Sie folgte ihrem ältesten Brüderchen Emil, der uns durch dieselbe Krankheit vor 8 Wochen entrissen wurde. In tiefstem Schmerz: Familie Jaeger.« Die Geschwister wurden auf dem Garnisonsfriedhof in Saarlouis begraben. Die Familiengrabstelle ist noch erhalten. Bis zum Abklingen der Epidemie nach der dritten Welle Ende März 1919 blieben diese fast die einzigen namentlich genannten Grippeopfer im Saargebiet.

Doppelte Opferzahl in Bergwerkssiedlungen

Am 27. Oktober werden die Leser der *Saarbrücker Zeitung* ausführlich über die Grippe informiert: darüber dass noch niemals »seit Menschengedenken eine Seuche mit derartiger elementarer Gewalt über die Menschheit losgebrochen« sei, dass sie anfangs harmlos und »in den letzten Wochen durch Eintritt schwerster Lungenentzündungen einen außergewöhnlich böartigen Charakter angenommen und besonders unter der Bevölkerung im kräftigsten Alter von 15-35 jetzt vielerorts viele Opfer fordert.« Als Hauptgrund für die Verbreitung der Seuche wird das Bahnreisen ausgemacht: »[D]ie Erreger der Grippe halten sich ausnahmslos in den Schleimhäuten der oberen Luftwege der Kranken, Nase, Rachen und Luftröhre auf. Von hier aus werden sie durch jeden Luftausstoß, durch Niesen, ja durch jedes Sprechen in die Luft geschleudert. Kommt nun ein Gesunder in die Nähe des Kranken, ist er also gezwungen, die mit feinsten ansteckungsfähigen Tröpfchen geschwängerte Luft zu atmen. [...] Vom Augenblick der Einatmung der Krankheitskeime bis zum Ausbruch vergehen in der Regel nur 1-2 Tage.« Da nach Einschätzung des Autors »unter den heutigen Lebensverhältnissen von einer Unterbindung des Eisenbahnverkehrs nicht die



Rede sein kann«, soll zumindest ein jeder »nur noch in den allerdringlichsten Fällen reisen«.

Berichte aus Saarbrücken gibt es nach wie vor keine. Die Schreckensmeldungen kommen aus Zweibrücken. Die Stadt gehört nicht wie Saarbrücken und Neunkirchen zu Preußen, sondern zu Bayern: »In einzelnen Straßen gibt es kein Haus ohne Kranke, vielfach liegen ganze Familien darnieder. Den bisher geschlossenen Schulen der Stadt folgte heute auch die Realschule, in deren Lehrerkollegium die Krankheit ebenfalls eingekehrt ist. Am Landgericht musste die letzte Strafsitzung wegen Erkrankungen im Richterkollegium ausfallen. Eine Anzahl der Erkrankungen endet tödlich, wobei der rasche Verlauf besonders auffällt. Sowohl die einzelnen Grippeerkrankungen wie die Todesfälle verteilen sich auf Arm und Reich, vollständig gesunde, in der Blüte der Jahre stehende Leute werden ebenso angepackt, wie ältere und schwächlichere. [...] Sämtliche Volks- und Mittelschulen der Stadt sind geschlossen, der Unterricht ruht vollständig. Auch die Schließung des Stadttheaters und der Kinos wurde behördlich angeordnet. Das naßkalte Wetter begünstigt das Umsichgreifen der Krankheit. [...] Die Anzahl der Todesfälle ist höher als bei allen bisherigen Epidemien: die Ortskrankenkasse verzeichnet täglich 80-100 Krankmeldungen.«

Nur aus den Todesanzeigen erfährt die Leserschaft, dass auch in Saarbrücken auffallend viele junge Frauen »ganz plötzlich und unerwartet« sterben. Als Antwort auf einige Leserbriefe bekennt die Stadtverwaltung, dass die Müllabfuhr wegen Erkrankungen des Personals nicht arbeitsfähig ist. Das Postamt muss für den Fernsprechvermittlungsdienst Aushelferinnen engagieren. Schnellkurse für Krankenpflegerinnen werden angeboten. Im Anzeigenteil der *Saarbrücker Zeitung* häufen sich die Annoncen von Sarglageranbietern. Der Feuerbestattungs-Verein für das Saargebiet (e.V.) bietet Auskunft und Rat in Feuerbestattungssangelegenheiten, und als Vorbeugungsmittel gegen die Grippe wird der Saug-Inhalator »Taunus« im »Westentaschenformat« und zum »billigen Anschaffungspreis von 4,50 Mk. einschließl. eines Fläschchens 1a Eucalyptus-Oel« empfohlen.

Trotz der Ansteckungsgefahr fanden in Saarbrücken ununterbrochen kulturelle, Wohltätigkeits-, Bildungs- und andere Veranstaltungen statt. Mit der Revolution und der Aus-

rufung der Republik endete am 9. November 1918 die Monarchie. Die Macht übernahmen auch im Saargebiet Arbeiter- und Soldatenräte. Deren Herrschaft endete am 22. November mit dem Einmarsch der Franzosen. Dem Grippevirus war das alles gleichgültig. Im Jahresbericht des Bürgerhospitals am Repersberg wurde festgehalten: »Zeitweise, besonders während der im August u. September im Stadtbezirk epidemisch auftretenden Ruhr- und Grippeerkrankungen, war das Haus überbelegt. Das gesamte im Hospital tätige Personal, das teilweise ebenfalls von der Grippe u. Ruhr erfaßt wurde, hat in dieser Zeit Tag und Nacht in übermäßiger Anstrengung sehr viel geleistet.«

Wie sich die Seuche in saarländischen Bergwerken, Kasernen und Arbeitslagern ausgewirkt hat, ist leider unbekannt. Es wurden dazu bisher keine Dokumente gesichtet. Als einziges Beispiel konnte eine Kurzmeldung über die ehemalige Bergmannssiedlung Elversberg gefunden werden. Bei einer Einwohnerzahl von etwa 7000 wurden hier laut einer Meldung vom 12. Januar 1919 die Anzahl der Grippeopfer auf 80 geschätzt. Das sind noch vor der dritten Welle fast 1,2 Prozent der Bevölkerung. In Saarbrücken sollen etwa 550 Menschen bei 111000 Einwohnern gestorben sein (circa 0,5 Prozent). Davon waren 60 Prozent unter 30 Jahre alt, so die Schätzungen des Saarbrücker Stadtarchivars Hans-Christian Herrmann. Der Historiker Eckard Michels, der einen grundlegenden Aufsatz über die Grippepandemie in Deutschland veröffentlicht hat (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 58, 2010, Heft 1), schätzt, dass von den 57 Millionen Zivilisten in Deutschland in etwa 350000 an der Grippe gestorben sind (0,6 Prozent). Im Jahr 2019 wurde in Wiesloch ein alter Grabstein des Opfers Anna Katharina Ritzhaupt, die im Alter von 24 Jahren verstarb, zum ersten Denkmal in Deutschland zur Erinnerung an alle Opfer der Spanischen Grippe umgewidmet.

Für die Hilfsbereitschaft und fachliche Unterstützung bedanke ich mich bei den Stadtarchiven Saarbrücken, Neunkirchen, Völklingen und Zweibrücken, beim Landesarchiv des Saarlandes, dem Historischen Saarstahlarchiv, beim Förderverein zur Denkmalpflege des Alten Friedhof Saarlouis e.V. und Frau Karin Hirn aus Wiesloch.

» 100 Jahre Saarland

Ein Grund zur Freude?

Von Erich Später



Im Jahr 2007 feierte das Saarland seinen fünfzigsten Geburtstag unter dem schönen Motto »Ich fünfzig«. Kritiker hielten damals dagegen, dass das Saarland eigentlich seinen 60. Geburtstag feiern, also »sechzig« müsste. Der Landesregierung wurde das dann alles zu viel. Deswegen feierte sie 13 Jahre später, am 10. Januar 2020, kurzerhand den 100. Geburtstag und rief das »Saarhundert« aus. Die clevere Politik mit den Feiertagen hat den Zweck, das Publikum an der Nase herumzuführen und das Saarland nicht nur aus der Zeit, sondern auch aus Geschichte und Politik herauszuführen. An deren Stelle treten hohle Phrasen über Europa und das Geraune über »Schicksalsräume« und »Erbfeindschaften«.

Am Anfang war Krieg

In Frankreich wurde zwischen dem 1. August 1914 und dem 11. November 1918 auf einer Länge von fast 500 km die blutigste Schlacht des Ersten Weltkriegs ausgetragen. Das Land erlitt dabei die größten materiellen Verheerungen und menschlichen Verluste seiner Geschichte. Die Französische Republik, die 1914 knapp 40 Millionen Einwohner zählte, hatte fast 1,4 Millionen tote Soldaten zu beklagen. Hinzu kamen 1,1 Millionen Kriegsinvaliden, die auf staatliche Unterstützung angewiesen waren. Der vierjährige Krieg gegen das Deutsche Kaiserreich hatte sich ausschließlich auf französischem Boden abgespielt. Nach dem Waffenstillstand am 11. November 1918 glaubten die meisten französischen Experten, dass ein mehrere hundert Kilometer langer, zehn bis 25 km breiter Teil des Landes für immer unbewohnbar bleiben würde. Zehn Departements waren vollständig verwüstet. Sie bildeten 1914 Frankreichs wesentliche Industrieregion. Die radikale Zerstörung und Verwüstung des Landes war nicht nur Folge der Materialschlacht und des unvorstellbar blutigen Gemetzels des »Grabenkriegs«. Große Teile des nördlichen und östlichen Frankreichs waren durch die deutsche Politik der »verbrannten Erde« bei deutschen Rückzügen in Wüste verwandelt worden.

Verantwortlich für diese historische Katastrophe war in den Augen der französischen Bevölkerung das Deutsche Reich, dessen Armeen Anfang August 1914 mit enormer Wucht in das Land eingefallen waren. Das Deutsche Reich zählte bei einer Vorkriegsbevölkerung von 60 Millionen Einwohnern mehr als zwei Millionen tote Soldaten. Es hatte im Unterschied zu Frankreich den Krieg ohne wesentliche Zerstörungen überstanden. Nach der deutschen Niederlage erschienen einem großen Teil der deutschen Bevölkerung die von Frankreich geforderten Entschädigungen als vollkommen ungerechtfertigt. Mit der Niederschlagung der demokratischen und sozialen Aufstandsbewegung in den Jahren 1918 bis 1920 konnten die alten Machthaber in Großindustrie, Feudaladel, Militär und Verwaltung ihre Machtpositionen aus der Konkursmasse des Kaiserreichs in die neue deutsche Republik hinüberretten. Die Zerschlagung der breiten Volksbewegung für radikale ökonomische und politische Reformen in den Jahren 1919/20 war begleitet von einer Politik des Massenmordes an den Anhängern und Führern der politischen Linken und der Formierung mächtiger rechtsradikaler Milizen und Terrorgruppen. Der Friedensvertrag von Versailles zwischen dem Deutschen

Reich und den alliierten Siegermächten vom Juni 1919 schwächte zwar das ökonomische und militärische Potential des Reiches. Dessen Status als Großmacht blieb trotz Gebietsverlusten, Abrüstung und der Auferlegung von Entschädigungszahlungen jedoch erhalten. Zu verdanken hatte man das der Furcht des amerikanischen Präsidenten Wilson und führenden Politiker Großbritanniens vor der sozialen und antikolonialen Revolution, die ausgehend von Russland seit 1917 zur größten Aufstandsbewegung der Geschichte führte. Zum ersten Mal wurde von Seiten der russischen Räterepublik und der mit ihr verbündeten Parteien und antikolonialen Bewegungen ein politisches Programm der Gleichheit und Befreiung formuliert, das nichts anderes war als eine Kriegserklärung an den europäischen und US-amerikanischen Rassismus und Imperialismus, der große Teile der Welt seiner Herrschaft unterworfen hatte.

Versailler Friedensvertrag

Bei den Verhandlungen in Versailles verlangte Frankreich die Annexion des Industriegebiets an der Saar, konnte sich aber gegen Wilson nicht durchsetzen. Dieser erreichte, dass das neu zu bildende »Saargebiet« 15 Jahre einer Regierungskommission des neugeschaffenen »Völkerbundes« mit Sitz in Genf unterstellt blieb. Als ökonomische Kompensation erhielt Frankreich die dem preußischen Staat gehörenden Saargruben mit etwa 70.000 Beschäftigten. Das am 10. Januar 1920 in Kraft tretende Saarstatut schuf das Saargebiet als ein neues politisches Gebilde. Das Industriegebiet und die Siedlungsräume der Arbeiterschaft wurden vom preußischen und bayerischen Teil des Deutschen Reiches abgetrennt und der Verwaltung des neugegründeten Völkerbundes unterstellt. Das Gebiet umfasste fast 2000 km² mit 800.000 Einwohnern. Es waren die sozialen Umwälzungen der Agrarrevolution und Industrialisierung, die das Gebiet seit der Gründung des Deutschen Reiches zum Saarrevier transformierten. Es entstand ein industrielles Ballungsgebiet, in dem Arbeiterparteien und Gewerkschaften bis 1918 unerwünscht waren. Der preußische Militärstaat und die Eigentümer der großen Hüttenwerke, die Familienclans der Stumm-Halbergs und Röchlings bekämpften Gewerkschaften und

linke Parteien mit allen Mitteln der sozialen und politischen Repression. Das Land wurde als »Saarabien« bezeichnet, um den Despotismus und die staatliche Unterdrückung der Bevölkerung zu kennzeichnen. Die Einübung von Gehorsam und Unterordnung unter die Herren, eine Kultur der Angst und des Konformismus durchzogen die gesellschaftliche Struktur des Saargebiets über Generationen. Die mächtige Katholische Kirche spendete dafür spirituellen Trost, bot durch ihr Vereinswesen einen sozialen Schutzraum und gewöhnte die Bevölkerung an ein bescheidenes und gehorsames Leben.

Die Röchlings und Stumms gehörten während des Krieges zur Fraktion der radikalen Imperialisten und Kriegstreiber innerhalb der deutschen Schwerindustrie und verfochten als unverzichtbares Kriegsziel die Annexion großer französischer Gebiete. Die Streikbewegungen im Deutschen Reich der Jahre 1918 und 1919 erfassten auch das Saargebiet, wurden aber durch die einmarschierenden französischen Truppen schnell unterdrückt. Allerdings erhielt die Bevölkerung zum ersten Mal das uneingeschränkte Recht, Gewerkschaften und Parteien zu bilden. Analog zur Weimarer Republik wurden die kommunale Selbstverwaltung und das Frauenwahlrecht eingeführt. Der saarländische Landesrat als Vertretungsorgan der Bevölkerung besaß nur eingeschränkte parlamentarische Rechte. Bis 1935 blieb die katholische Zentrumsparterie mit fast 50 Prozent der Wählerstimmen die führende politische Kraft. Die Kommunisten und Sozialdemokraten repräsentierten nie mehr als etwa 30 Prozent der Bevölkerung.

Politisch und kulturell entwickelte sich ein deutscher Nationalismus, der zur hegemonialen Massenbewegung wurde. Die saarländische Bevölkerung wollte von den Verwüstungen und dem Leid der Franzosen während des Krieges in ihrer übergroßen Mehrheit nichts wissen. Einzelne Politiker, wie der Vorsitzende der Sozialdemokraten Max Braun, die seit Mitte der zwanziger Jahre zur Versöhnung und Freundschaft mit dem Nachbarland aufriefen, waren in großen Teilen der Bevölkerung als »Vaterlandsverräter« verhasst. Der Rassismus und der völkische deutsche Nationalismus, der die Nation als Abstammungs- und Blutsgemeinschaft definierte, die der

Gefahr der Umvolkung durch »Fremde« ausgesetzt war, wurden für viele Saarländer wichtiger als politische und soziale Reformen oder gar die Verständigung mit Frankreich. Schon 1919 hatten sich beträchtliche Teile der Bevölkerung über die Anwesenheit dunkelhäutiger französischer Truppen empört. Die Kampagne war an Rassismus und Menschenverachtung nicht zu überbieten. Diese Enthumanisierung war eng verknüpft mit der »geistigen Mobilmachung« gegen die französische Sprache und die politischen Traditionen der Französischen Republik. Der deutsche Nationalismus an der Saar war anschlussfähig an die extreme Rechte der Weimarer Republik und konnte sich mit allen seinen Ausprägungen nach dem 30. Januar 1933 mit der NS-Massenbewegung zur »Deutschen Front« vereinen.

Die Geburt des Saarlandes aus dem Geist der Demokratie und des Antifaschismus

Die Zeit der Völkerbundsverwaltung wurde im Versailler Vertrag auf 15 Jahre festgelegt. Nach Ablauf dieser Zeit sollte eine Volksabstimmung über die weitere Zugehörigkeit des Landes entscheiden. Zur Abstimmung standen drei Möglichkeiten: Anschluss an Frankreich oder an Deutschland oder die Beibehaltung der Völkerbundsverwaltung, der »Status quo«. Bis 1933 war bei fast allen Parteien das zukünftige Votum für die demokratische, bürgerliche Republik von Weimar unumstritten. Dies änderte sich mit der Machtübertragung der Radikalfaschisten unter ihrem Führer Adolf Hitler am 30. Januar 1933. Die Zerschlagung der demokratischen Ordnung, der Massenterror gegen die Arbeiterbewegung veränderte die politische Situation schlagartig. Es war der Führer der kleinen, militanten saarländischen Sozialdemokratie, Max Braun, der sich von Anfang an der Barbarei und dem Massenterror entgegenstellte und das Saargebiet als letzte Bastion der Demokratie und Menschenwürde in Deutschland verteidigen wollte.

Die saarländische NSDAP, die 1932 bei den Wahlen zum saarländischen Landesrat nur acht Prozent der Wähler für sich gewinnen

konnte, wurde nach dem 30. Januar 1933 zur dominierenden Kraft. Das katholische Zentrum und die liberalen Parteien, die Evangelische Kirche und die kulturellen Organisationen des »Deutschtums« schlossen sich der »Deutschen Front« an, die auf dem Höhepunkt ihrer Mobilisierung fast 500.000 Mitglieder und 40.000 Funktionäre¹ zählte. Darunter die späteren saarländischen Ministerpräsidenten Heinrich Welsch, Hubert Ney, Egon Reinert und Franz Josef Röder. Auf Initiative von Max Braun schlossen sich die Kommunisten und Sozialdemokraten zu einer Aktionseinheit zusammen, um gegen die Vernichtung des demokratischen Saarlandes und die Rückgliederung nach Deutschland zu kämpfen.

Auch ein kleiner und mutiger Teil des politischen Katholizismus unter der Führung des Journalisten Johannes Hoffmann kämpfte als katholischer Volksbund gegen die Auslieferung des Landes an das NS-Massenmordregime. Im Verlauf des Jahres 1934 reduzierte sich die Anhängerschaft der militanten Antifaschisten auf den organisatorischen Kern der Arbeiterparteien und den kleinen Kreis der Hoffmann-Anhänger. Auf Massenkundgebungen der »Deutschen Front« machte sich die Mordlust vorerst noch symbolisch Luft. In den saarländischen Städten und Dörfern wurden Puppen mit den Namen von Max Braun und Fritz Pfordt, dem Vorsitzenden der saarländischen Kommunisten, verbrannt.

90 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer entschieden sich am 13. Januar 1935 dafür, zukünftig als Deutsche in Adolf Hitlers Volksgemeinschaft zu leben. Nur 50.000 Menschen votierten gegen Hitler und für die Beibehaltung der Unabhängigkeit. Die historische Niederlage der saarländischen Demokratie bedeutete gleichzeitig die Entfesselung des Terrors gegen all jene, die die verhassten Ideale menschlicher Freiheit und Gleichheit repräsentierten. Demokratie und Sozialismus sind in den Augen der radikalen Nationalisten und Antisemiten vom jüdischen Volk geschaffen. Um diese Bewegungen von der Wurzel her auszurotten und die Menschheit nach den Kriterien radikaler Ungleichheit neu zu organisieren, musste den Nationalsozialisten zufolge das gesamte jüdische Volk von der Erde verschwinden. Das ist der ideologische Hintergrund des größten Völkermordes der

Geschichte, der in den Jahren 1941 bis 1945 stattfindet. Die Vernichtung des jüdischen Volkes ist für die deutsche Führung und Millionen ihrer Anhänger die Voraussetzung für die Schaffung einer neuen menschlichen Zivilisation, an deren Spitze die deutsche Volksgemeinschaft stehen soll.

Gegen den gemeinsamen Feind

Fast 6000 saarländischen Antifaschisten verlassen das Land und finden menschenwürdige Lebensbedingungen in der Französischen Republik. Dort erhalten sie einen rechtlich abgesicherten Status als politische Flüchtlinge. Die jüdischen SaarländerInnen erhalten ein Jahr Zeit, das Land »geordnet« zu verlassen. Viele Deutsche nutzen die Panik ihrer ehemaligen Nachbarn, um sich hemmungslos an ihrem Eigentum zu bereichern.

Die deutsche Eroberung Westeuropas bedeutet auch für hunderte jüdische Saarländerinnen und Saarländer die Deportation in die Vernichtungslager. Max Braun, der das Abkommen mit der französischen Regierung aushandelte, muss, wie auch Johannes Hoffmann und Fritz Pfordt, nach dem Einmarsch der Wehrmacht 1940 in Frankreich erneut fliehen. Es gelingt ihm, London zu erreichen. Hoffmann flüchtet um die halbe Welt nach Brasilien, wo er durch die Hilfe des kanadischen Botschafters überlebt. Hunderte, die nicht mehr fliehen können, schließen sich dem französischen Widerstand an und beteiligen sich 1944 vor allem an der Befreiung des südlichen Frankreichs. Viele von ihnen sterben an den Fronten des antifaschistischen Krieges, im Untergrund, in Gefängnissen und Konzentrationslagern und erleben die Zerschlagung der Naziherrschaft im März 1945 in ihrem Land nicht mehr. Max Braun stirbt in London am 3. Juli 1945 kurz vor seiner Rückkehr in seine Heimatstadt Saarbrücken.

Ein zentrales Denkmal und eine offizielle Ehrung gibt es für die mutigen Männer und Frauen, die ihr Leben im Kampf gegen die Barbarei verloren haben, bis heute im Saarland nicht.

Die saarländischen Antifaschisten und ihr Staat

Am 11. Juli 1945, acht Tage nach dem Tod von Max Braun im Alter von 52 Jahren, hissten französische Truppen die Trikolore auf dem Saarbrücker Rathausurm. Sie ersetzten die amerikanischen Truppen, die Hitlers Wehrmacht in erbitterten Kämpfen um die »Saarfestung« zerschlagen und Saarbrücken am 21. März 1945 besetzt hatten. Die Stadt lag in Trümmern und war weitgehend entvölkert. Die industriellen Regionen des Saarlandes waren weitgehend zerstört. Der freiwillig und freudig vollzogene Anschluss an Deutschland und die Beteiligung von fast 80.000 saarländischen Männern an dem Eroberungs- und Vernichtungsfeldzug der Jahre 1939 bis 1945 hatte Zehntausenden das Leben gekostet. »Deutsch bis zum Grab«, so die gern gesungene Strophe aus der Hymne der Nazis »Deutsch ist die Saar«, hatte sich bewahrheitet. Das Land hatte den größten politischen und moralischen Bankrott seiner Geschichte erlebt. Der französische Verzicht auf Demontagen der Schwerindustrie sowie ausreichende Lebensmittelrationen, die weit über denen der hungernden französischen Bevölkerung lagen, machten es leicht, sich nun als »Saarfranzosen« zu definieren. Die Führungsfunktionen der 1946 neu zugelassenen Parteien – Sozialdemokratische Partei Saar (SPS), Christliche Volkspartei (CVP) und Kommunistische Partei Saar (KPS) – wurden fast ausschließlich von Widerstandskämpfern besetzt. Zum ersten Ministerpräsidenten des Landes wählte eine Koalition von SPS und CVP Johannes Hoffmann. Das Justizministerium wurde von Heinz Braun übernommen, dem Bruder von Max und ebenfalls Widerstandskämpfer. Arbeits- und Sozialminister wurde Richard Kirn, der von der »Roten Armee« 1945 aus dem Zuchthaus befreit wurde. Die saarländischen Kommunisten bildeten zunächst die einzige relevante Kraft, die sich gegen eine enge Anbindung an Frankreich aussprach. Sie mobilisierte zwischen acht und zehn Prozent der Wählerinnen und Wähler für sich. Die politische Grundlinie der KPS stand dabei konträr zur Lebens- und Leidensgeschichte vieler saarländischer Kommunisten, die Frankreich als Ort der Zuflucht und Deutschland als Ort der Verfolgung erlebt hatten. Die Parteiführung reagierte seit 1951 auf den innerparteilichen



»Ehrenfriedhof Triebenberg: im März 1945 fielen in diesem Wald 56 Deutsche Soldaten [...] für Deutschland. Betreuung der Anlage: Freunde der Brunnen im Ensheimer Tal«. Fotoaufnahme 28. März 2020

Protest gegen die informelle Einheitsfront mit den deutschen Nationalisten und ehemaligen Nazis mit immer neuen Säuberungswellen. Mit Unterstützung der SED führte die Partei 1955 eine militante Kampagne gegen die autonome Republik. Nach ihrem Beitrag zu deren Untergang und dem Anschluss an Deutschland 1957 fiel sie zum Bedauern ihrer nationalistischen Bündnispartner DPS/FDP, CDU und SPD unter das in der Bundesrepublik seit 1956 herrschende KPD-Verbot und wurde aufgelöst.

Die am 15. Dezember 1947 verabschiedete saarländische Verfassung war die politische Antwort der katholischen und sozialistischen Widerstandskämpfer auf Deutschlands politischen und moralischen Bankrott an der Saar. Ein Programm staatlicher Autonomie und die enge Anbindung an die Französische Republik spiegeln einen Geist radikalen politischen Neubeginns. Dieser musste sich allerdings der grundlegenden Tatsache stellen, dass Hitler an der Saar nicht politisch geschlagen wurde. Für eine wirkliche politische und juristische Abrechnung mit dem Nationalsozialismus fehlte den schwachen antifaschistischen Kräften die militärische und politische Schlagkraft. Ab 1948 wurde auf die juristische Ahndung und tiefgreifende Auseinandersetzung mit

den Ursachen der deutschen Verbrechen gegen die Menschheit verzichtet. Der Aufbau des demokratischen Saarstaates, so die durchaus populäre saarländische Selbstentlastung, sollte schließlich die Lehre sein, die aus der Herrschaft der angeblich von Preußen und Pfälzern dominierten Nazis an der Saar zu ziehen war. Dennoch bedeutete die Aufnahme der politischen Werte der Französischen Republik ein Selbstbild des Saarstaates, das republikanisch und europäisch definiert war. Das saarländische Staatsbürgerschaftsgesetz von 1948 brach radikal mit der deutschen Abstammungsgemeinschaft. Die Staatsbürgerschaft wurde durch Geburt im Saarland erteilt. Dafür wurden Hoffmann und seine politischen Verbündeten von den deutschen Nationalisten aller Couleur gehasst. Ausdruck dieser republikanischen Modernität war auch die fortschrittliche Sozialpolitik und eine Bildungsoffensive, die 1948 in der Gründung der Universität des Saarlandes gipfelte. Man hoffte dadurch, den Rückhalt in der Bevölkerung zu vergrößern. Unterrichtet wurde in Deutsch und Französisch. Zum ersten Mal überhaupt wurde so eine universitäre Ausbildung auch für saarländische Arbeiterkinder möglich, deren materielle Ressourcen in der Regel nicht für ein Studium fernab des Saarlandes ausreichten.

Deutschland gegen den Saarstaat

Mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 gewannen auch die Nationalisten im Saarland zunehmend an Boden. Auf Seiten der sogenannten prodeutschen Parteien, vor allem in der von dem ehemaligen Gauredner der NSDAP und antisemitischen Hetzer Heinrich Schneider geleiteten Demokratischen Partei Saar und der saarländischen CDU, sammelten sich die alten Funktionäre der Deutschen Front von 1934/35, die vielfach bereits 1933 Mitglieder der NSDAP geworden waren. Ihre Politik hatte das Saargebiet zerstört und zehntausenden Menschen das Leben gekostet. Die allerwenigsten waren bereit, dies anzuerkennen, geschweige denn Verantwortung für Massenmord und Krieg zu übernehmen. Nach dem Vorbild der Kampagnen der Deutschen Front von 1934/35 entfesselte der Heimatbund, dem sich neben der CDU und DPS auch die nationalen Sozialdemokraten anschlossen, eine hasserfüllte Propaganda gegen die Vaterlandsverräter.

Die Volksabstimmung über die Europäisierung des Saarstaates vom 23. Oktober 1955 wird von den deutschen Nationalisten zur Generalabrechnung mit der saarländischen Nachkriegspolitik und den sie prägenden antifaschistischen Widerstandskämpfern umfunktioniert. Ihr Nein zu den europäischen Verträgen, die das Saarland zur Keimzelle der entstehenden europäischen Gemeinschaft gemacht hätten, kann man als erste Niederlage der entstehenden Europäischen Union bei einer Volksabstimmung bezeichnen.

67 Prozent der SaarländerInnen stimmen gegen das europäische Saarstatut. Ministerpräsident Hoffmann akzeptiert seine Niederlage, und Frankreich stimmt nach einjährigen Verhandlungen dem erneuten Anschluss an Deutschland zu. Das Saarland wurde wieder deutsch und provinziell. Die europäischen Institutionen wanderten nach Brüssel, Luxemburg und Straßburg. Internationalität, Austausch und kulturelle Offenheit erlitten irreparable Schäden. Die Röchlings erhielten ihr Stahlwerk wieder und stiegen im großen Maßstab in die deutsche Rüstungsproduktion ein. Das Ganze wurde ergänzt durch einen brutalen Feldzug gegen die »undeutsche Universität«, das Deutsch-Französische Gymnasium und die französische Kultur und Sprache. Nachfolger Hoffmanns als

Übergangsministerpräsident wurde Heinrich Welsch, der ehemalige Gestapo-Chef von Trier. Allerdings war die Bundesrepublik nicht Nazi-Deutschland. Damit waren der Vernichtungswut der ehemaligen Nazis, die nun wieder in Amt und Würden kamen, enge Grenzen gesetzt. Der Hass gegen die politische und kulturelle Elite der Saarländischen Republik, die immerhin ein Drittel der Bevölkerung repräsentierte, war in der wiedervereinigten Bundesrepublik populär und musste bedient werden. Hoffmann und seine Mitstreiter wurden zu öffentlichen Unpersonen und sind es bis heute geblieben. Die antifaschistischen und demokratischen Traditionen, der Internationalismus der ehemaligen saarländischen Elite wurden als »Vaterlandsverrat« in brutaler Art und Weise aus dem öffentlichen Erinnern ausgemerzt. Die antifaschistische Erinnerungskultur wurde durch nationalistische Monumente ersetzt, die oft den Eindruck erwecken, die Nazis hätten den Krieg gewonnen. Dieser Skandal wird seit etlichen Jahren von einer kritischen Öffentlichkeit beklagt. Einen erfolgreichen Protest mit politischer Durchsetzungskraft zur Ehrung der saarländischen Demokraten und Antifaschisten hat es allerdings bis heute nicht gegeben.

Das liegt nicht nur an der großen Mehrheit innerhalb der CDU des Saarlandes, die wenig Wert darauf legt, die militanten katholischen Antifaschisten der CVP in ihre Parteitradition zu integrieren. Auch von der SPD ist nichts zu erwarten. Ihr Umgang mit dem antifaschistischen Erbe ihrer Organisation unterscheidet sich kaum vom Brauchtum der CDU. Die SPD trägt auch schwer an ihrem antifaschistischen Erbe und zögert nach wie vor, die Männer und Frauen, die für die saarländische Demokratie ihr Leben geopfert haben, zu ehren. Heiko Maas brachte dies bei seiner Antrittsrede als Außenminister in Paris am 18. März 2018 auf den Punkt. Er, der laut eigener Aussage wegen Auschwitz in die Politik gegangen sei, sprach die Saarländer von jeder historischen Verantwortung frei: Das Saarland sei im vergangenen Jahrhundert im Zuge von zwei Weltkriegen zwischen Deutschland und Frankreich hin und hergereicht worden. Als hätten die Saarländer als politisch handelnde Bürger nicht zweimal die Wahl gehabt.

»Ich fünfzige« und das »Saarhundert« waren von dieser Haltung geprägt. Immerhin wird nun seit einiger Zeit der Widerstand gegen Hitler und der Kampf der saarländischen Antifaschisten von 1935 auch von CDU und FDP als legitim eingeschätzt. So entsteht eine absurde Variante der saarländischen Erinnerungspolitik, die versucht, die noch immer verehrten Nazi-Gründungsväter und deutschen Nationalisten mit den Widerstandskämpfern und Gründern der Saarländischen Republik zu versöhnen. Nach wie vor werden allen politischen Forderungen, das Land in seinem öffentlichen Raum zu entnazifizieren, indem man endlich alle Denkmäler des deutschen Militarismus und der Verherrlichung des Krieges beseitigt oder zumindest neutralisiert, ignoriert.

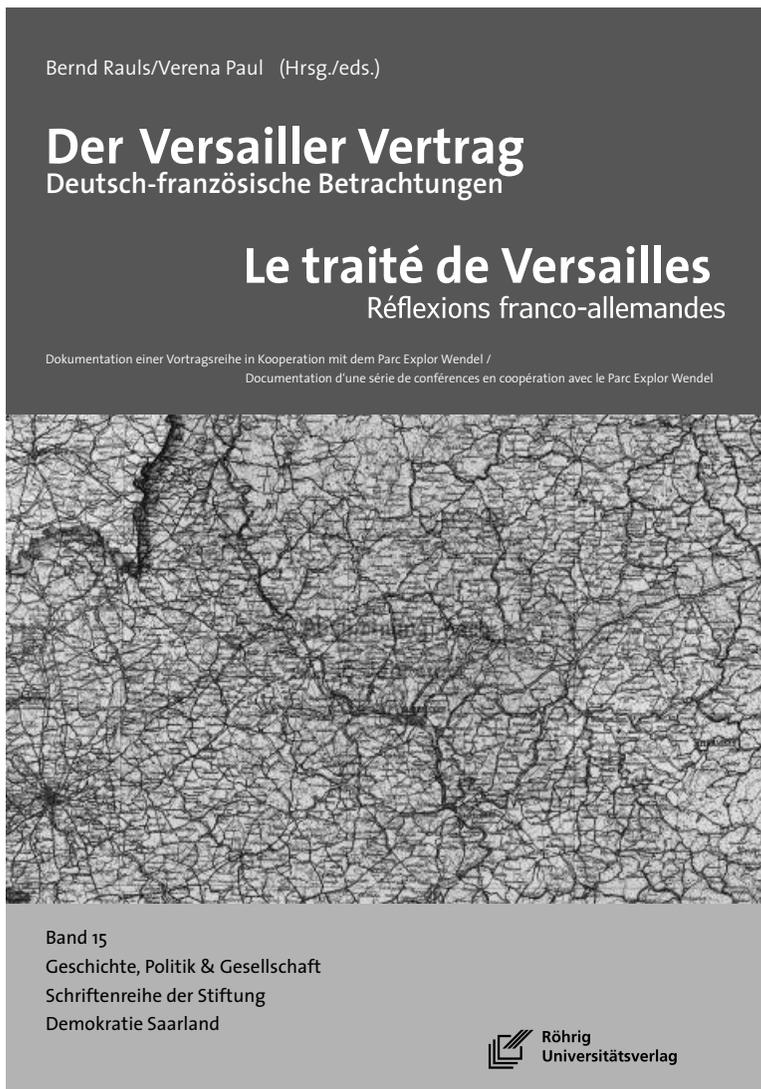
Eine zentrale Ehrung des saarländischen Widerstandes und der von ihm gegründeten Saarländischen Republik ist längst überfällig. Damit wäre auch die Glaubwürdigkeit saarländischer Freundschaftsbekundungen endlich historisch und moralisch untermauert. Mit dem saarländischen Selbstbild als Opfer und Objekt der Geschichte können seine Nachbarn Frankreich und Luxemburg nichts anfangen.

- 1 Die Zahlen stammen von dem Historiker Armin Nolzen: Armin Nolzen, Symbolische Gewalt. Die NSDAP im Saargebiet vor und nach dem 13. Januar 1935, in: Helmut Rözn/Markus Gestier (Hrsg.), »Herr Hitler, Ihre Zeit ist um«. Widerstand an der Saar 1935-1945. Conte, St. Ingbert; S. 102.



Einer der Höhepunkte der dreitägigen Staatsfeierlichkeiten zum »fünfzigsten Geburtstag« war die Übergabe einer »Saarriva« Sonderbriefmarke "50 Jahre Saarland". Im Bild Peter Müller, damaliger Ministerpräsident, Holger Wilhelm (re.), Geschäftsführer der »Saarriva« und im Hintergrund Thomas Rochel, ehemaliger Geschäftsführer der *Saarbrücker Zeitung*.

Ab August im Buchhandel erhältlich:



Die Publikation entwirft ein vielgestaltiges, transnationales Bild des Versailler Vertrages und seiner Auswirkungen auf Deutschland und Frankreich, vor allem auf die deutsch-französische Grenzregion.

Mit Beiträgen von Manfred Berg, Gabriele B. Clemens, Emmanuel Droit, Jean-Michel Guieu, Rainer Hudemann, Adolf Kimmel, Gerd Krumeich, Jörn Leonhard, Bernd Rauls und Sylvain Schirmann sowie ergänzt durch den Abdruck ausgewählter Quellen.



Stiftung Demokratie Saarland
Europaallee 18, 66113 Saarbrücken



» Ein Ehrenbürger, dem mehr Ehre gebührt

Zum 75. Todestag von Max Braun

Von Laura Weidig

Sucht man den Max-Braun-Platz in Saarbrücken auf Google Maps, landet man auf einem 200 Meter entfernten Parkplatz: »Sie haben Ihr Ziel erreicht.« Ähnlich ungenau ist das historische Wissen vieler SaarländerInnen über den Sozialdemokraten und Antifaschisten Max Braun. Bis 1955 wurde Max Braun als einer der Vorkämpfer für ein demokratisches Saarland geehrt. 1956 dann benannte der Saarbrücker Stadtrat die damalige Max-Braun-Straße in Großherzog-Friedrich-Straße um. Erst im Jahr 2012 bemühte sich die Stadt aktiv um eine angemessene Erinnerung an Max Braun, doch statt die Umbenennung in Großherzog-Friedrich-Straße rückabzuwickeln, benannte man lediglich eine unscheinbare Schotterfläche zwischen Landwehrplatz, Alter Feuerwache und Saarbahngleisen nach dem saarländischen Antifaschisten. Das war zwar ein Anfang. Von angemessener Erinnerungskultur aber noch weit entfernt.

2015 schließlich wurde Max Braun Ehrenbürger der Stadt. Ursprünglich kam er aus Neuss nach Saarbrücken, leitete die sozialdemokratische Zeitung *Volksstimme* und war von 1928 bis 1935 Vorsitzender der saarländischen SPD. Nach der Machtübernahme der NSDAP in Deutschland organisierte er die Abwehrfront der saarländischen Antifaschisten gegen den Anschluss an Hitler-Deutschland. Zusammen mit katholischen Hitler-Gegnern um Johannes Hoffmann, den saarländischen Kommunisten mit ihrem Vorsitzenden Fritz Pfordt und anderen linkssozialistischen Kräften kämpfte er für den Erhalt der saarländischen Eigenständigkeit – und gegen Nazi-Deutschland. Dessen Anhänger organisierten sich in der Deutschen Front, die auf ihrem Höhepunkt über 500.000 Mitglieder und 40.000 Funktionäre mobilisieren konnte. Nachdem sich die Saarländer jedoch mit einer neunzigprozentigen Mehrheit für die Nazis und gegen die Freiheit entschieden, emigrierte Braun nach Frankreich, wo er das »Office Sarrois« in Forbach gründete: In Verhandlungen mit der französischen Regierung erreichte er

für Tausende von saarländischen Flüchtlingen einen sicheren Aufenthaltsstatus. Nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht in Frankreich 1940 war Max Brauns Leben unmittelbar bedroht. Er floh in letzter Minute nach England, sein Mitstreiter Johannes Hoffman flüchtete nach Brasilien, während Fritz Pfordt nach seinem Austritt aus der KPD auf Seite der französischen Résistance kämpfte. Am 3. Juli 1945 starb Max Braun in London.

In einer Gedenkzeremonie zum 75. Todestag würdigten auf Einladung der Antifa Saar/Projekt AK und der Gruppe ConnAct knapp 100 Teilnehmende dem Leben und Wirken Max Brauns. Es sprachen u.a. der Historiker Erich Später, VertreterInnen des SPD-Ortsverbands St. Johann, der linksjugend.solid und der Peter-Imandt-Gesellschaft. Auf dem – viel zu unscheinbaren – Max-Braun-Platz skandalisierten die RednerInnen das Fehlen eines zentralen Gedenkortes für die saarländischen WiderstandskämpferInnen gegen den Nationalsozialismus. Stattdessen sei das Land übersät mit Kriegerdenkmälern, die den deutschen Militarismus und Hitlers Wehrmacht verherrlichten. In unmittelbarer Nähe des Max-Braun-Platzes etwa ehrt die Stadt Saarbrücken den ehemaligen Saarbrücker Oberbürgermeister Hans Neikes, der Adolf Hitler noch vor der Saarabstimmung zum Ehrenbürger der Stadt ernannte, zudem das NSDAP-Mitglied und Funktionär der Deutschen Front, Egon Reinert, sowie die preußische Landwehr als Sinnbild des Kampfes gegen Frankreich. Die Akteure, die die Erinnerung an die historischen, antifaschistischen Kämpfe im Saarland aus dem kollektiven Gedächtnis tilgen wollten: Auch sie hätten ihr Ziel – fast – erreicht. Wenn es nicht Initiativen, Veranstaltungen wie diese gäbe, die ebenso nachdrücklich wie ausdauernd daran erinnern, wie notwendig, wie wichtig der Kampf gegen den Faschismus war. Und noch immer ist.

Ausführliche Informationen zu Max Braun und der mit ihm verbundenen Erinnerungspolitik:
<http://maxbraun.blogspot.de/max-braun/>

» Édouard Klein und die Spicherer Höhen

Vor 150 und vor 75 Jahren – Recherchen über zwei fast vergessene Jahrestage¹

Von Klaus Gietinger

Vor 150 Jahren

Am Sonntag, dem 31. Juli 1870 schrieb ein Mann, wohnhaft in Manchester, in seinem täglichen Brief an den Freund in London, den er mit seinem »Nickname« ansprach:

»Lieber Mohr, inliegend hast du den preußischen Feldzugsplan, ich bitte dich, sofort ein Cab [eine Droschke] zu nehmen und ihn auf die P[all] M[all] G[azette, eine konservative beliebte Londoner Abendzeitung] zu bringen, damit er Montag Abend [!] erscheint.«

Es handelte sich beim Briefeschreiber nicht um einen Spion, sondern um einen Militärstrategen, der als junger Mann seines Fabrikanten-Vaters wegen in der preußischen Armee gedient, 1849 für die Revolution mit den schwarz-rot-goldenen Pfälzer Freischärlern gekämpft hatte und der jetzt schlicht und einfach unzählige Zeitungen las. Der General

(englisch ausgesprochen), wie ihn die Kinder des »Mohren« liebevoll nannten, wusste daher was kommen würde:

»Die eigentliche Schlacht wird wohl an der Saar, zwischen Merzig und Saarbrücken stattfinden.«²

Womit Friedrich Engels fast ins Schwarze traf, denn die Schlacht sollte sich etwas weiter südlich, auf den Spicherer Höhen ereignen und weiter schrieb er an seinen Freund Karl Marx: »Je mehr der deutsche Philister [Spießbürger] vor seinem gottvertrauten und vor Gott kriechenden Wilhelm [I. von Preußen, der spätere Kaiser] kriecht, desto frecher wird er gegen Frankreich. Das alte Gebeul um Elsaß und Lothringen ist schon wieder ganz flott im Gange [...] Die Lothringer Bauern werden es aber den Preußen schon beibringen, daß das so einfach nicht geht.«

Édouard Klein ist kein Bauer, jedoch ein Lothringer Baustoffhändler im Ruhestand. Zusammen mit seinem Geschichtsverein S.P.I.C.H. kümmert er sich um historische Ereignisse in und um Spichern herum. Und da wäre die vor genau 150 Jahren stattgefundene Schlacht von Spichern ebenso wie die vor genau 75 Jahren mittels der US-Armee gelungene Befreiung vom deutschen Faschismus, die er als Kind hautnah miterlebt hat.

Betritt man die Dachstube des freundlichen agilen Mannes, der im Oktober seinen 85. Geburtstag feiert, wird man fast erschlagen von Karten, Kupferstichen, überdimensionalen Mappen, Büchern und Requisiten, die von dieser Schlacht erzählen. Und er selbst kann noch viel mehr darüber berichten.

Die Ausgangslage: Nach der gescheiterten deutschen bürgerlichen Revolution von 1848/49, die ihre Initialzündung – wie so vieles Revolutionäre – in Frankreich hatte, war



Deutschland weiterhin weder demokratisch noch eine Nation, sondern ein Fleckerlteppich autoritärer Kleinstaaten, Fürstentümer und Königreiche, der von einem, dem größten Königreich, Preußen, beherrscht wurde. Dessen Ministerpräsident (seit 1862), Otto von Bismarck, sah »alternativlos« nur eine Möglichkeit: Deutschland von oben zu einen, und zwar »mit Eisen und Blut«, durch Krieg. Erst gegen Dänemark (1864), dann gegen Österreich (1866) und letztlich genau kalkuliert gegen Frankreich. Das wiederum hatte sich trotz dreier Revolutionen (1789, 1830 und 1848) zu einer autoritären Monarchie mit Napoleon III. an der Spitze entwickelt. Die spanische Erbfolge als Vorwand benutzend provozierte Bismarck den französischen Kaiser, indem er geschickt eine Depesche (aus Bad Ems) seines »gottvertrauten« Königs verkürzte und somit Napoleon III. (eher ein Napoleönchen) zur Kriegserklärung Frankreichs gegen Preußen bzw. den Norddeutschen Bund (der nach den zwei Kriegen gegen Dänemark und Österreich gebildet worden war) lockte. Bismarck drängte zudem Bayern, Württemberg und Baden in den Krieg und ließ seinen obersten Militär Helmuth von Moltke die deutschen Truppen an Frankreichs Grenze aufmarschieren.

»Dear Fred«, schrieb Marx am 1. August 1870 an Engels aus London: »*Ich galoppierte gleich zur ‚Pall Mall‘.*« Doch ihr Vertrauter Frederick Greenwood war nicht da. »*Ich schreibe ihm heute, daß Du die Artikel (I shall now name you) direkt schicken wirst.*«

Einen Tag später besetzten französische Truppen Alt-Saarbrücken. Napoleon III. beobachtete die Besetzung höchstselbst zusammen mit seinem 14-jährigen Sohn Napoléon Eugène Louis Bonaparte, kurz »Lulu«, der der Legende nach von der Höhe des Saarbrücker Exerzierplatzes seine erste Kanone abgefeuert haben soll. Daran erinnert der sogenannte »Lulu-Stein«.

Und Fred schrieb aus Manchester an Mohr in London am 3. August 1870:

»*Daß die Franzosen vorrücken und Saarbrücken [das vom 1. Bataillon, 4 Schwadronen und möglicherweise auch etwas Artillerie besetzt war] okkupiert haben, ist mir sehr lieb. Erstens aus moralischen Gründen. Zweitens, weil die Deutschen sich in der ersten Schlacht in einer Defensivstellung schlagen werden und die Defensive durch die Hinterlader enorm verstärkt ist.*«³

Und er vermutet (falsch), dass die Schlacht »*morgen auf der Linie Ottweiler-Neunkirchen-Homburg*« – die er als Adjutant des rebellischen, aus der preußischen Armee ausgestoßenen Offiziers und Kommandanten der Pfälzer Freischärler August Willich⁴ von 1849 her gut kannte – losgehen würde. Außerdem ärgerte er sich, dass Greenwood erst jetzt, Mittwoch, den Artikel veröffentlicht hatte, »*wo schon eine Masse Bestätigung eingetroffen, [das] war sehr dumm.*« Sein Bericht erschien somit nicht mehr exklusiv.

Dummerweise mussten sich die Franzosen aber wieder aus Saarbrücken zurückziehen, weil die Preußen heranrückten und sich General Charles Auguste Frossard zu weit vorgewagt hatte. Fred schrieb am 5. August an Mohr deswegen zutreffend: »*Morgen oder Sonntag Hauptschlacht, jetzt wahrscheinlich hart an der Lothringer Grenze.*«

Und Monsieur Klein erzählt anhand von großen Generalstabskarten: Tatsächlich kam es zu der eigentlich nicht vorgesehenen Schlacht, weil General Georg von Kameke von der 14. Division der 1. Preußischen Armee erfuhr, dass sich die Franzosen auf die Spicherer Höhen (den Roten Berg) zurückgezogen hatten und er nicht wusste, dass eine ganze französische Armee im Hinterland von Spicheren, in St. Avoird (noch vor der deutsch-französischen Sprachgrenze) lag. Eigenmächtig – der Oberbefehlshaber Moltke, der sich noch in Mainz befand, wusste nichts davon – befahl Kameke den Angriff auf den Roten Berg und auch über die Goldene Bremm auf Stiringen (Stiring-Wendel). In der größten Sommerhitze mussten die preußischen Soldaten den noch nicht von Bäumen gesäumten steilen Hügel erstürmen.



Den ganzen Tag über kam es zu äußerst blutigen Kämpfen und Artilleriebeschuss, hunderte preußische und französische Soldaten starben. Erst bei Einbruch der Dunkelheit hatten die Preußen die Anhöhe und den Gifertwald erobert. Auch Generalmajor Bruno von François starb, der, sein Name täuscht, preußischer Offizier war, während in der französischen Armee Offiziere mit deutschen Namen kämpften. Migrantenfamilien gab es schon damals zu Hauf. Marschall François-Achille Bazaine, Oberbefehlshaber der Lothringer Armee in St. Avold, wagte es aber nicht, zum Gegenschlag auszuholen, obwohl ihn Frossard darum bat, was dem Marschall später ein Todesurteil einbrachte, das allerdings in eine Gefängnisstrafe abgemildert wurde.

Anschaulich schildert Klein, wie in der Kirche von Spicheren die verwundeten Soldaten aufgrund der unzureichenden Versorgung an Entzündungen und durch Bleivergiftungen (die Kugeln waren damals aus Blei) wie die Fliegen starben. Während Katharine Weißgerber (Schultze Kathrin) unmittelbar am Fuße des Schlachtfelds auf der Saarbrücker Seite im Kugelhagel die preußischen Verwundeten versorgte – nach mündlicher Überlieferung half auch die aus St. Wendel stammende Lenchen Demuth, Hausmädchen der Marxens und gerade auf Heimaturlaub –, kamen ein belgischer Pfarrer und eine belgische Gräfin den verletzten Franzosen zu Hilfe, meist vergeblich. Die Schlacht war, im Verhältnis zu den eingesetzten Soldaten, die blutigste des deutsch-französischen Krieges.

Und Engels tat Marx seine Enttäuschung über die Niederlage der »lothringischen Bauern« kund: *»Was mich im Augenblick ängstigt, ist der Stand der Dinge in Frankreich selbst. Die nächste große Schlacht kann wohl kaum anders als gegen die Franzosen ausfallen. Und dann?«*

Nun, die übernächste Schlacht war die bei Sedan, und die Preußen gewannen sie. Napoleon III. geriet in Gefangenschaft. Sein 14-jähriger Sohn brachte es nie wirklich zum Napoleon IV., denn er musste nach London emigrieren und starb 1879 mit 23 Jahren bei Kämpfen der englischen Armee in Afrika mit aufbegehrenden Zulus.

Engels befürchtete im selben Brief also zu Unrecht *»die Restauration der Orleans«* in Frankreich, sinnierte aber gleichzeitig zutreffend darüber, ob eine Revolution, wenn sie in Paris ausbreche, überhaupt Chancen gegen die

Preußen habe und fragte Marx: *»Was meinst du?«*

Ein Prunkstück in Kleins Sammlung ist ein original-französischer Offiziers-Tschako, den er in einer Vitrine aufbewahrt und die er nicht ohne Stolz präsentiert. Auch ist sein Bücherschrank gefüllt mit fast aller Literatur, die es zu diesem Krieg gibt, erst kürzlich konnte er online das Buch einer belgischen Gräfin erwerben, die über ihre Erlebnisse als französisch sprechende Florence Nightingale in Spicheren und Forbach berichtete. Er und sein Verein haben schon mehrere Bücher zur Geschichte Spicherens herausgegeben, oft zweisprachig.

Marxens Meinung jedoch erfuhr Engels nicht so schnell, denn der war mit Tochter Jenny nach Ramsgate zur Kur gefahren. Deswegen antwortete Jenny Marx, seine Frau, dem *»General«* am 10. August aus London und strich ihm ob seiner Militärartikel Honig um den Bart: *»Sie glauben gar nicht, welch ein Aufsehen dieselben hier machen! Sie sind aber auch ganz klar und anschaulich geschrieben, und ich kann nicht umhin, Sie den jeune Moltke zu nennen.«*

Dem »jeune Moltke« erklärte sie dann auch noch, während sie sich gleichzeitig um ihre Tochter Laura ängstigte, die mit ihrem Mann im bedrohten Paris saß, wie sie – ähnlich Marx – die Franzosen sah:

»Wie verdienen sie alle die preußischen Prügel [...] haben doch alle im fernsten Winkel des Herzens den Chauvinismus stecken, der wird einmal herausgeklopft.«

Den preußischen Chauvinismus schien sie hier zu vergessen. Der wiederum gefällt Herrn Klein gar nicht. Wie sollte es auch gelingen, mit chauvinistischen Methoden den Franzosen den Chauvinismus herauszuklopfen, im Gegenteil, neuer Chauvinismus kam hinzu:

Die Lothringer wurden, wie die Elsässer, in das 1871 gegründete Kaiserreich hineingezwungen, das zur Demütigung der Franzosen ausgerechnet im Schloss von Versailles ausgerufen worden war.

Monsieur Klein sieht dies als Hauptursache für die Feindschaft zwischen Franzosen und Deutschen und als Stoß auch ins Herz der Lothringer.

Anton von Werner malte zu diesen Ereignissen nicht nur seinen Schinken über die Kaiserproklamation in Versailles, sondern neben General François beim Sturm auf den Spicherer



Entwurf Anton von Werners zum Besuch vom späteren Kaiser Wilhelm I. in Saarbrücken

Berg, der für ihn nicht so günstig ausging, auch die Ankunft des »vor Gott kriechenden« (Engels) Wilhelm I. hoch zu Ross in Saarbrücken. Im ersten Entwurf war Schultze Kathrin noch (mit Weidenkorb) rechts im Vordergrund, sie wurde dann im Originalgemälde (15 x 3,5 Meter!) in die Menge verbannt und aus einem lumpigen Jungen musste Werner einen braven, sauber gekleideten machen, der mit Degen und Fahne des künftigen Kaiserreiches versehen war.

Der »jeune Moltke« aber, »General« Engels, resignierte schon am 10. August: »Das bas Empire scheint sich in einen Furz aufzulösen.«

Dass dann in der französischen Hauptstadt tatsächlich eine Revolution ausbrach, die Pariser Kommune entstand, die dann blutig von der französischen Regierung mit preußischer Hilfe massakriert wurde, mit zehntausenden Opfern, half Marx und seiner Frau, nicht nur ihre Meinung über diesen Krieg zu ändern, sondern inspirierte ihn auch dazu, die Kommune als die erste Realisierung des Sozialismus und der Diktatur des Proletariats zu verklären.

Zahlreiche Gedenksteine erinnern an die blutige Schlacht auf dem Roten Berg, ebenso ein deutsch-französischer Friedhof am Ortseingang von Spicheren, auf dem über 1000 Soldaten liegen. Trotz der Demütigung der Franzosen und auch der Lothringer durch Bismarcks Annexion beteuert der deutsch sprechende Klein (natürlich beherrscht er auch Französisch perfekt, seine längst erwachsenen

Kinder sprechen französisch), dass die Lothringer grundsätzlich neutral seien und sich bei Zwistigkeiten zwischen Deutschland und Frankreich heraushielten. Die übernächste Zwistigkeit erlebte Klein dann höchstpersönlich.

Vor 75 Jahren

Weil die Deutschen den Ersten Weltkrieg verloren hatten, ging Elsass-Lothringen 1919 zurück an Frankreich. 20 Jahre später hatte Adolf Hitler wieder Appetit auf dieses Gebiet und nicht nur er und nicht nur auf das.

Der Kriegsgefahr entsprechend wurde Spicheren – auf deutscher Seite parallel dazu auch Saarbrücken – zwangsevakuert. Klein war noch ganz klein, vier Jahre alt, als seine Familie den Ort verlassen musste und in die Charante nach Südwest-Frankreich verlegt wurde. Immerhin erinnert er sich, dass er zum ersten Mal ein Stück mit der Eisenbahn fahren durfte. Während die deutsche Wehrmacht Polen überfiel und Frankreich wie England Deutschland den Krieg erklärten, zogen sich die französischen Truppen aus der unmittelbaren Grenzregion, also auch aus Spicheren zurück, hinter die sogenannte Maginot-Linie, einen gepanzerten Festungswall. Die Wehrmacht nutzte das sofort und okkupierte kampflos den Spicherer Berg. Am 24. Dezember 1939, »Heilig Abend« gegen 17 Uhr, besuchte dort Adolf Hitler zusammen mit General Erwin

von Witzleben, der später wegen Beteiligung am 20. Juli 1944 hingerichtet wurde, einen provisorischen Unterstand und gab Weisung, den Westwall weiter auszubauen, das deutsche Gegenstück zur Maginot-Linie. Im modernen Krieg, der dann kommen sollte, erwiesen sich beide Beton- und Bunkergürtel als anachronistisch und relativ nutzlos.

Während Hitler auf dem Roten Berg weilte, war ein Spähtrupp zur Spicherer Kirche St. Laurent vorgedrungen und hatte - nicht für Hitler -, sondern für eine weihnachtliche Tonaufnahme des »Großdeutschen Rundfunks«, die Glocken läuten lassen. Natürlich betont Klein, dass es sich hierbei um ein außerordentlich schönes Geläut handelte. Als wenige Jahre später die Glocken eingeschmolzen werden sollten, um dem deutschen Vernichtungskrieg zu dienen, konnte dies mit dem listigen Argument vermieden werden, die hätten doch Weihnachten 1939 für Hitler geläutet.

Ein knappes halbes Jahr nach Hitlers Blitzbesuch begann der Blitzkrieg gegen Frankreich. Das Land wurde von der Wehrmacht überrollt und besetzt, Elsass-Lothringen

erneut annektiert. Die Spicherer wollten jetzt wenigstens in ihre Heimat zurück. Aber sie erlebten eine böse Überraschung, als sie in ihrem Ort ankamen: Alles, was nicht niert- und nagelfest war, war geplündert worden, erst von der französischen Armee, dann von der Wehrmacht. Da die Lothringer von den Nazis als Deutsche betrachtet wurden, war die Besetzung nicht ganz so furchtbar wie in Restfrankreich. Und als die Lothringer jungen Männer 1942/43 zur Wehrmacht eingezogen werden sollten, desertierten die meisten. Auch in Spicheren hielten sich mehrere Dutzend auf. Ein deutscher Polizist aus Wemmetsweiler hatte sogar ein Herz für sie, immer wenn die Gestapo bzw. die sogenannten »Kettenhunde« Razzien beabsichtigten, tauchte der deutsche Gendarm am Tag vorher in der Ortskneipe auf und machte Andeutungen. Flugs versteckten sich die Deserteure (auf Desertion stand der Tod) und die Gestapo ging leer aus.

Der Krieg kam nach Lothringen zurück, Vorbote waren ab 1942 die Bombardierungen von Saarbrücken, die, so Klein, sie aus ihren Betten warfen.

Ende 1944 rückten dann die amerikanischen Truppen der 7. Armee immer näher an Spicheren heran. Doch am 6. Dezember stoppten die Panzer von General Patton (Klein spricht den Namen moselfränkisch aus) weit vor dem Ort. Wenige Tage später startete die Wehrmacht in den Ardennen eine letzte Offensive, die die US-Armee im wahrsten Sinne des Wortes kalt erwischte. Panzer wurden abgezogen, und da auf der anderen Seite u. a. die gefürchtete SS-Division »Götz von Berlichingen« stehen sollte, die nicht daran dachte, den sinnlosen Kampf aufzugeben, wagten sich die Amerikaner erstmal nicht weiter vor.

Dafür begannen sie, Spicheren fast drei Monate lang mit Artillerie zu beschießen. 80 Prozent der Häuser wurden zerstört oder beschädigt. Menschen starben, Klein und seine Familie saßen im Keller, während das Nachbarhaus einen Volltreffer abbekam. Schließlich wagte es im Februar 1945 ein deutscher Deserteur, auf dem Kirchturm des Ortes die weiße Fahne zu hissen.

Das bewahrte Spicheren vor der weiteren Zerstörung. Soldaten der 70th Infantry Division (Trailblazers) der 7. US-Armee besetzten am 21. Februar 1945 endlich die lothringische Gemeinde und befreiten die Bevölkerung von der Nazi-Herrschaft.



Die Kirche St. Laurent mit weißer Fahne 1945



Edouard Klein, 9 Jahre alt, kurz nach der Befreiung des Ortes durch die US-Armee

Klein, inzwischen neun Jahre alt, konnte mit seiner Familie den Keller verlassen. Ein amerikanischer Fotograf schoss ein Foto des Jungen, direkt vor dem zerstörten Nachbarhaus.

Doch ganz vorbei war die Sache noch nicht, jetzt schossen die Reste der deutschen Wehrmacht mit ihrer Artillerie auf Spicheren, bis am 21. März endlich Ruhe herrschte und Saarbrücken von der US-Armee besetzt war. Am 10. Juli übergaben sie die saarländische Stadt den Franzosen. Am 14. Juli 1945 schließlich, dem französischen Nationalfeiertag, wurde die Befreiung in Forbach mit einem Umzug gefeiert, bei dem die Spicherer eine Hitlerpuppe auf einem Wagen mitführten, die immer mal wieder den deutschen Gruß machte.

52 Jahre später schenkten die Veteranen der Trailblazers (viele von ihnen waren von Beruf Holzfäller) Spicheren einen Panzer vom Typ M 24 Chaffee in Erinnerung an die Befreiung. Nach Kleins Auskunft war dieses Tank-Modell gar nicht an den Kämpfen beteiligt gewesen, sondern nur »Sherman-Panzer« (wieder moselfränkisch ausgesprochen). Klein und der Geschichtsverein S.P.I.C.H. wussten nicht, was sie damit anfangen sollten. Schließlich wurde ein Platz unweit des ehemaligen Hitler-Unterstandes gefunden. Eine weitere Frage war, wohin sollte die Kanone gerichtet sein? Deutschland wollte man nicht erschrecken und eine neutrale Richtung gab es nicht. So zeigt das Geschütz des stählerneren Ungetümes nach Frankreich. Ohne irgendeine Absicht, denn die Lothringer sind ja neutral bzw. Europäer oder wie es Klein ausdrückt: »Europa braucht noch eine Weile.« Covid-19 hat's bewiesen.



Der Spicherer-Wagen, mit Hitler-Puppe, am 14. Juli 1945 in Forbach

Anmerkungen

- 1 Dank an Uschi Schmidt-Lenhard für die gemeinsame Recherche.
- 2 Folgende Zitate aus den Briefen von Friedrich Engels, Karl und Jenny Marx, abgedruckt in: Karl Marx – Friedrich Engels, Der Briefwechsel, München 1983, Bd. 4, 1868 – 1883, S. 348 – 361.
- 3 Das französische Chassepotgewehr war 25 Jahre jünger als das preußische Zündnadelgewehr und galt ihm in allem überlegen.
- 4 Willich zerstritt sich im Londoner Exil mit Marx, u.a. weil er Jenny Marx den Hof gemacht hatte und forderte ihn zum Duell, was Marx ablehnte. Ein junger Marxist, der einsprang, überlebte nur, weil die Kugel Willichs seine Stirn bloß streifte. Willich emigrierte in die USA und half als General der Unionsarmee den Yankees und Abraham Lincoln im Amerikanischen Bürgerkrieg bei der Sklavenbefreiung.



Das Geschenk der Trailblazers an S.P.I.C.H.

» Die Saarabstimmung 1935

Nach der Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur im Deutschen Reich am 30. Januar 1933 blieb das von diesem 1918 abgetrennte Saargebiet die einzige deutsche Region, in der die Nazis noch nicht an der Macht waren. Zwei Jahre später durften die Saarländer per Referendum entscheiden, wie es mit ihrem, bis dahin vom Völkerbund verwaltetem Staat, weitergehen soll. Am 13. Januar 1935 stimmten über 90 Prozent der Saarländerinnen und Saarländer für den Anschluss des Landes an das nationalsozialistische Deutschland. Pressevertreter aus der ganzen Welt verfolgten das Ereignis vor Ort. Einer von ihnen war der tschechische Journalist Franta Kocourek, der schon seit Anfang der 30er Jahre vor dem Erstarken des Nationalsozialismus in Deutschland gewarnt hatte. Exklusiv für die Leser der *Saarbrücker Hefte* veröffentlichen wir hier Kocoureks Reportage über den Verlauf der Saarabstimmung erstmals in deutscher Sprache.



Sächsische SA kommt am 28.02.1935 in Saarbrücken an.

Das Saargebiet unter dem Hakenkreuz

Von Franta Kocourek

Saarbrücken, den 18. Januar 1935

Aus den ersten Tagen des befreiten Saargebietes

Die letzten ausländischen Journalisten sind schon gestern weggefahren. Das Postamt, zum »Pressesaal« für die Journalisten umgewandelt, die aus allen Ecken Europas zur Volksabstimmung zusammenkamen, hat seine Tore geschlossen.

Es regnet schon den zweiten Tag. Schlaff hängen die Fahnen und Flaggen, die in den vergangenen Tagen die Straßen in einer unglaublichen Menge schmückten. Gestern, erst gegen Abend, ließ die laute Begeisterung über den Sieg, der beide Seiten überraschte, langsam nach. Selbst die Führer und Funktionäre der Deutschen Front haben einen so hochprozentigen Überhang der Stimmen nicht erwartet, obwohl sie ihn in ihren Zeitungen und Aufrufen als sicher voraussagten.

Denn sie konnten nicht die Folgen der Nachrichten einschätzen, die die Presse der Einheitsfront bis zum Plebiszit verbreitete. Nervös machten sie die zwei größten Schwachpunkte: die Kirchen- und die Sozialpolitik des Dritten Reiches. Sie setzten voraus, dass wenigstens zwanzig Prozent der Wähler bei der geheimen Wahl mit ihrer Stimme ihren Willen zum Ausdruck bringen würden, das Land möge unabhängig und frei bleiben.

Die Überraschung, dass nicht einmal ganze fünfzigtausend den Mut hatten, ein Kreuzchen in eines der Felder gegen Deutschland zu machen, drückte sich dann nicht nur in grenzenlosem Jubel, sondern auch durch eine gewisse Nachsicht und Großzügigkeit gegenüber den klaren Gegnern oder den der Gegnerschaft Verdächtigen aus. Freilich eine Nachsicht der ersten Stunde. Der Dienstag, der 15. Januar, an dem in den Morgenstunden das Ergebnis der Abstimmung verkündet wurde, wurde zu einem richtigen Nationalfeiertag. Überall sah man nur Nazi- und Reichsflaggen,

Fahnen und Fähnchen, Bilder des Führers in reisiggeschmückten Rahmen und Lieder und Lieder, überall eine große, fast kindliche Freude. Die Häuserfassaden schwarz-weiß-rot abgedeckt, dichte Reihen von Hakenkreuzen über den Bürgersteigen flatternd. Die Menschenmenge, die in der Bahnhofstraße auf zwei englische Soldaten traf, hob diese auf die Schultern und trug sie wie im Triumph auf der Welle der ersten Begeisterung, ohne Kontrolle und Sorgen. Auch am zweiten Tag, Mittwoch, dem 16. Januar, hat man noch gefeiert, aber es war nicht mehr der »Nationalfeiertag«. Die Menschen, trunken noch von den großen Eindrücken der drei Tage des Plebiszits, entkräftet vom Alkohol und überschüttet vom öffentlichen Lob Hitlers und anderer Großer, mussten zur Arbeit.

Und an diesem Tag, erst dem zweiten nach der Klärung der Situation, standen schon an verschiedenen Stellen der saar-französischen Grenze Gruppen der neuesten europäischen Emigranten, der Saaremigranten. Die Nachrichten über Racheakte von Angehörigen der Deutschen Front hatten sich an diesem Tag schon beachtlich vermehrt. Noch vor ein paar Tagen, noch am Montag, dem 14. Januar, hinderte einen Journalisten – und viele waren noch hier – nichts daran, solchen Nachrichten nachzugehen. – Wenn auch wahr ist, dass die Mitglieder der Einheitsfront schon vor der Volksabstimmung im Nachteil waren, weil die Ortspolizei, falls sie nicht unter der Aufsicht eines neutralen Beamten oder Offiziers stand, augenscheinlich den Angehörigen der Deutschen Front die Stange hielt. Das war ein Teil des Terrors, von dem ich bereits vor dem Plebiszit berichtet habe. Aber gleich nach dem 15. Januar war die Überprüfung jeder Information über irgendwelche politisch gefärbten Vorkommnisse mit wachsenden Schwierigkeiten verbunden. Von Tag zu Tag mit größeren. Aus dem Saargebiet konnte man seit diesen Tagen keine zuverlässigen Informationen mehr erwarten. Es genügt, sich daran zu erinnern, welche Situation heute im Reich

herrscht. Und das Saargebiet ist ab dem 15. Januar ein Bestandteil des Reiches. Soweit das Land bisher noch nicht gleichgeschaltet wurde, passiert das demnächst auf allen Gebieten.

In den Straßen der Hauptstadt und anderer Städte des Saargebietes überall Ausverkäufe. Schaut man sich die Firmennamen an, kennt man den Grund: Der Inhaber – ein Jude – erwartet auch an der Saar den Aufmarsch der Bekenner des rassenreinen Germanentums. Es kommen Geldstrafen auf sie zu, und braune Arme mit Hakenkreuz werden sich im Magazin »umsehen« und in die Kasse greifen.

Seit Dienstag sucht man vergeblich nach anderen Zeitungen als denen der schon lange gleichgeschalteten Deutschen Front. Haben Sie erwartet, irgendwo doch noch von Straßenverkäufern oder an Kiosken die Neue Saar-Post, die für das römische Kreuz gegen das Hakenkreuz kämpfte, oder die Volksstimme oder *Die Freiheit* und *Die Arbeiterzeitung* zu finden? Fehlanzeige. Dank Herrn Dr. Goebels ist die Übersicht über die deutsche Presse einfacher geworden. Was für ein Luxus so eine Wochenzeitung wie *Grenzland*!¹ Sagen Sie, es war die beste Zeitschrift im Saargebiet und in Lothringen? Dann leiden Sie an einem im Dritten Reich schon lange überwundenen

Aberglauben. Die deutsche Heimat, das deutsche Volk, die deutsche Nation brauchen etwas ganz anderes. Gerechtigkeit? Gesinnungsfreiheit? Möglichkeit der Kritik? Freizügigkeit? Hier haben Sie die beste Antwort: Neunzig Prozent der wahlberechtigten Saarländer haben sich klar gegen solche »Märchen« ausgesprochen, die immer noch durch die ausländische Presse verbreitet werden.

Die große sozialistische und unabhängige Buchhandlung in der Trierer Straße musste ihre Schaufenster mit Rollläden schützen. Am Mittwochmorgen, einen Tag nach dem »Nationalfeiertag«, versammelte sich vor dem Schaufenster ein Trupp. Schon von weitem habe ich sie gesehen, als ich von der Hauptpost kam. Übrigens ist, von ein paar französischen Einrichtungen abgesehen, dies das einzige Gebäude, an dem noch nicht die Hitlerfahne und die des alten berühmten Deutschlands hängt. Es waren überwiegend junge Männer, stark und gut gewachsen, in braunen Ledermänteln oder braunen Hemden, mit Hitlerzeichen auf den Ärmeln. Sie wurden immer mehr, sie drängten sich an den Schaufenstern. Noch am vergangenen Tag konnte man dahinter die unabhängige deutsche Literatur ausgestellt sehen. Die Literatur, die in allen Großstädten



Europas auch hinter dem Ozean verlegt wird: schweizerische, französische, englische Publikationen. Im Schaufenster lag auch »Das Weiße Buch«, das über die Bartholomäusnacht am 30. Juni 1934² berichtet, ebenso die Broschüre »Die Glaubensnot der deutschen Katholiken« oder der letzte Band der Bibliothek »Der Christ in der Zeit - Mythos oder Religion« von Paul Simon³ und in der Mitte das Buch des Fürsten Hubertus zu Löwenstein⁴, der hier bis zur Abstimmung die Wochenzeitung für deutsche Politik »Das Reich« herausgab und am Tag der Volksabstimmung das Saargebiet als ein guter Kenner der Hitlerschen Politik verlassen hat. Sein Buch »Die Tragödie eines Volkes« ist ein Zeugnis eines deutschen Patrioten; eines von den Nationalsozialisten ausgewiesenen deutschen Patrioten, wie er immer erklärt.

Aus der Gruppe der braunen Jugend erhebt sich ein Lachen. Die Witze auf ausgestellte Autoren und auf das, was auf den Bänden zu lesen ist, werden immer lauter und frecher. Ein Polizist in einer blauen Uniform sieht und hört alles von der Ecke des Nachbarblockes, aber er bewegt sich nicht. Jemand aus der Buchhandlung eilt zu ihm, damit er einschreitet. Der Polizist zuckt nur mit den Achseln. Ein Gehilfe aus der Buchhandlung geht dann in die nahe Polizeistation in derselben Straße. Er kommt allein, unverrichteter Dinge zurück. Es gebe keinen Grund für einen polizeilichen Eingriff, sagten sie ihm. Und so, inmitten des zunehmenden Hohns, hin- und hergestoßen von der feindlichen Masse der jungen Saarbrücker Kulturpioniere, zieht der Gehilfe die Metallrollos herunter und schließt dann auch den Haupteingang ab. Und die Burschen schreiben mit der Kreide auf die Rollos gleich Witze über den Status quo und zeichnen Profile der Führer der Einheitsfront mit großen Nasen. Und zum Schluss, nachdem sie auf jedes Rollo zwei Plakate mit einem rosa Hakenkreuz und der Aufschrift »Die Saar ist frei« aufgeklebt haben, bewegen sie sich »Deutschland, Deutschland über alles ...« singend zu einer weiteren nicht gleichgeschalteten Buchhandlung in der Viktoriastraße⁵, gegenüber dem hinteren Trakt von Café Kiefer, das dem hiesigen Nazimillionär gehört. Und das Theater wiederholt sich.

Die Rollos werden nicht mehr hochgezogen vor dem Schaufenster, bei welchem vor dem Plebiszit Hunderte von Menschen täglich

stehen geblieben waren. Ob sie noch im Saargebiet sind? Was taten sie am 13. Januar? Warum haben sie so schnell vor Hitler kapituliert, alle diejenigen, die sich gegen ihn am 6. Januar am Kieselhumes so feierlich verschworen hatten?

Die Ursachen der Niederlage

Es gab viele, kaum jemand wird einmal imstande sein, sie alle aufzuzählen. Vorerst nur ein paar der wichtigsten, die man aus einer so kurzen zeitlichen Distanz sehen kann. Von einer Ursache unter vielen habe ich schon in dem Artikel »Und doch Terror« berichtet. Dort merkte ich auch an, was sich schon vor der Entscheidung des Plebiszits zeigte: dass die Deutsche Front der wahre Herr der Situation war. Ich denke an die Ordner, die das Monopol an sich gerissen hatten, die zur Abstimmung Gekommenen auf dem Saarbrücker Bahnhof willkommen zu heißen. Und ganz klar wurde die Machtposition der Deutschen Front am Tag des Plebiszits, als ihre Mitglieder ohne Befehl oder amtliche Erlaubnis die Funktion der Hilfspolizei bei der Volksabstimmung übernahmen.

Und außerdem: Der Kampf gegen Hitler-Deutschland wurde nicht ausreichend vorbereitet, nicht wirkungsvoll formuliert und auch nicht geschickt geführt. Um die Uneinigkeit in der ganzen Vorbereitung der Abstimmung zu begreifen, muss man sich klar machen, dass bis zu Hitlers Machtübernahme niemand im Saargebiet den Anschluss an Deutschland in Zweifel gezogen hat und es keinem Bürger von der Saar je einfiel, sich gegen diesen natürlichen Anschluss zu stellen. Dort, hinter der Grenze des Saargebietes, war die Heimat, in die sie nach dem Plebiszit zurückkehren würden. Durch Hitlers Kanzlerschaft ist aus dieser patriotischen Frage eine innenpolitische geworden. Für die Führer der Anti-Hitler-Front im Saargebiet bedeutete es, eine Aufgabe zu meistern, die schwerer als jede andere war: die hiesigen Deutschen zu überzeugen, dass der Kampf gegen Hitler und sein Regime kein Kampf gegen Deutschland ist und sie sich damit nicht aus der Volksgemeinschaft ausschließen und mit ihrer kritischen Einstellung zu dem heutigen Deutschland ihre Heimat verlieren. Wie kompliziert und heikel diese Aufgabe war, kann nur derjenige

wirklich begreifen, der den durchschnittlichen Deutschen aus der Nähe kennt. Nicht nur aus seinem Verhalten im Plebiszit, nicht nur aus öffentlichen Reden und zufälligen Gelegenheiten, sondern aus seinem alltäglichen Leben, in den verschiedenen Situationen seines Privatlebens.

Und eben darin hatten die Führer, die aktiven Befürworter des Status quo kein Glück: Erstens hatten sie zu der Bewältigung dieser Aufgabe zu wenig Zeit, konnten nicht tief genug in die Problematik eindringen und ihre Argumente überzeugender und lebendiger formulieren. Zweitens waren ihre Formulierungen nicht überzeugend genug. Zahlenmäßig gesehen hatten sie Erfolg bei Zehntausenden Saarländern, aber nur ein Teil gehörte zu jenen, die das Plebiszit hätten entscheiden können, das heißt, zu den Bürgern, die abzustimmen berechtigt waren. Die anderen, die Teilnehmer des Schwures auf dem Kieselhumes und des riesigen Umzugs danach, waren einerseits junge Menschen, eine neue Generation, bei welcher aber schon durch den Einfluss des Kommunismus die magnetische Anziehungskraft des Patriotismus nachließ. Und für viele erhielt so die Teilnahme an der Demonstration einen platonischen Zug.

Die weitere Ursache des Misserfolges der Einheitsfront: Von Anfang an hatten die Kommunisten die Initiative in der Hand. Schon als die Front ins Leben trat, flatterten über ihr die Fahnen mit dem fünfzackigen Stern und mit Hammer und Sichel, und als sie durchs Saargebiet marschierte, schmetterte sie die Internationale. Das konnte ihr in den breiten Bevölkerungsschichten keinesfalls von Nutzen sein, obwohl es sich dabei vor allem um Bergleute und Hüttenarbeiter und schwer in den Eisenwerken und Glasfabriken schuftende Arbeiter handelte. Denn fast alle diese Proletarier sind nicht nur religiös, sondern geradezu bigott, gleich ob sie einer katholischen oder protestantischen Kirche zugehören. Und gerade hier konnten die Katholiken in der Deutschen Front, durch Hitlers und Goebbels' Versprechen gewonnen, den stärksten Hebel gegen die Hitler gegenüber kritisch eingestellten Gläubigen in der Einheitsfront einsetzen: Sie verwiesen auf das unversöhnlich feindliche Verhältnis der sowjetischen Regierung zu den Kirchen. Bis zum Plebiszit wurden im ganzen Saargebiet Flugblätter über die durch die Bolschewiki verbrannten und abgerissenen

Klöster, über Tausende ermordete Geistliche und vergewaltigte Nonnen verbreitet ...

Auf diese Art und Weise wurden die Katholiken vor zwei antichristliche Alternativen gestellt: Hier stand der Antichrist im Lager ihrer neuen politischen Verbündeten, dort ein anderer in der braunen Uniform mit einem freundlichen Lächeln. Aber wird sich sein Gesicht nicht verändern, wenn er das Saargebiet in seine Macht bekommt? Die Katholiken an der Saar haben dem Antichrist deutscher Herkunft den Vorrang gegeben.

Im Lichtstrahl der Fackel

Der gefeierte Tag des neuen Saargebietes geht zu Ende. Der nächste erwartet aber die neue deutsche Provinz noch: den Tag von Hitlers Besuch. Man schreibt den 15. Januar. Durch Saarbrücken ziehen die Sieger in einer unendlichen Prozession. Von vier bis achtzig Jahre alt, alle Stände, alle Berufe, der Bergmann neben dem Postdirektor, Mütter, Bürofräuleins, Lehrer, Elektriker, Geschäftsleute. Sie haben es doch geschafft. »Was habt ihr geschafft?«, fragt man einige von ihnen. Sie antworten nicht, aber ihre Brust ist voller Stolz, dass sie es erreichten.

Jeder hat etwas in der Hand, eine Kerze, ein Lampion, eine Fackel. Aus jeder dritten Doppelreihe hört man die laute Aufforderung zu einem dreifachen Hoch auf Adolf Hitler: »Sieg Heil! Sieg Heil! Sieg Heil!« Manche haben Zylinder auf den Köpfen, mit welchen sie den verdammten Status quo, der ihnen unnötig viel Angst bereitet hat, zu seinem Grab oder zu seinem Galgen begleitet haben. Der Status quo, der in diesen Tagen nur noch als Leiche existiert oder als ein Erhängter mit dem menschlichen Antlitz von Max Braun oder eines anderen Führers der Einheitsfront, die sich längst hinter die Grenze gerettet haben.

Manche Abteilungen, die sich ausschließlich aus Männern oder jungen Mädchen zusammensetzen, marschieren im Stechschritt; wenn sie halten müssen, treten sie auf der Stelle, genau in dem Takt der Musik vorne oder in dem Rhythmus eines Soldatenliedes, das die Abteilung der Pfeifer anstimmt. Und irgendeiner Abteilung der Deutschen Front vom Lande voran schreiten zwölf Jungen und Mädchen, die Matrosenanzüge tragen und große Ziehharmonikas in den Händen halten.

Sie marschieren, mit festen Gesichtern und dem Blick nach vorne, zum Ziel, das man erobern muss. Überall hat man Lichter angezündet, alles in der Stadt bleibt stehen, nur der Zug der Deutschen Front marschiert. »Eins, zwei, eins, zwei«, zählen die Männer und Jungen, »Links – links – links«, ordnet ein langes, sonnenverbranntes Mädchen in braunem Ledermantel, blauem Rock und die Hitlerfahne in der Hand, den Schritt seiner Abteilung an. »Links, links«, geht sie von einer Reihe ihrer Schar zur anderen.

Neue, immer neue Reihen laufen an uns, den Beobachtern, vorbei. Sofort sieht man jedem von den Marschierenden an, wer was ist, ein Begeisterter für Deutschland, oder jemand der sich anschloß, um nicht aufzufallen und sogar als Verräter zu gelten. Manche Fackeln der marschierenden Saarfront sind sehr groß und fest wie in alten Zeiten, als in den Burgsälen die gleichen Fackeln das familiäre und gemeinschaftliche Leben ihrer Vorfahren beleuchteten. Es sind auch unsere Vorfahren ... Oder nicht? Doch, nur sind wir ganz anders – mein Gott, wie wenig sind wir in unserem Durchschnitt diesen ähnlich.

In dem heutigen Europa gibt es nichts Schwierigeres, als den Deutschen gegenüber fair zu sein. Die Saarabstimmung hat uns

wieder vor diese Tatsache gestellt. Es ist nicht zum ersten Mal, dass wir ihnen aus solcher Nähe ins Gesicht schauen. Gerade vor zehn Jahren erschien in dieser Zeitschrift⁶ der erste Artikel über eine politische Reise nach Deutschland und seitdem kehrten wir fast jedes Jahr, vor Hitler und auch seit seiner Machtübernahme, zu den Deutschen zurück. Und doch können wir sie nicht begreifen, sie sind uns in ihrem Wesen so fremd, dass wir über sie wohl doch falsch urteilen, sie anders sehen, als wir sollten, dass wir uns in ihnen nicht zurechtfinden und zwischen uns ein Abgrund bleibt.

Irren sich nicht diejenigen gründlich, die glauben, hinter Hitler stünden so viele Menschen nur deswegen, weil sie den Terror fürchten? Gibt es wirklich in Deutschland jetzt, im Januar 1935, Millionen Deutsche, die das Regime auf Leben und Tod hassen und nur auf eine günstige Gelegenheit warten, um die Nationalsozialisten loszuwerden? Gibt es unter den sechzig Millionen Deutschen fünfzehn Millionen, die darauf setzen, dass Hitler fällt? Sind es zehn Millionen? Oder fünf? Haben am Ende nicht diejenigen Recht, die mit Minister Goebbels behaupten, dass eine riesige Mehrheit der Deutschen hinter dem Führer steht? Und dass sie im Nationalsozialismus



Blick in ein Papiergeschäft nach der Abstimmung in dem sich die Leute mit Hakenkreuzfahnen eindecken können.

ihre Lebenserfüllung fand, wie es vorgestern bei der Feier der Abstimmung der wahre Urheber von diesem riesigen Sieg von den Stufen des Reichstages herab erklärte? Hatte er – grob gesagt – nicht Recht, auch in dem Punkt, dass sich heute selbst Arbeiter zu Hitler bekennen, was er im Rundfunk besonders an die Adresse saarländischer Bergleute und Hüttenarbeiter gerichtet betonte?

Nach vierzehn Tagen an der Saar, in ständigem Kontakt mit Menschen unterschiedlichster Art, nach all den Reden, die man hier vom Morgen bis in die Nacht und am nächsten Tag erneut hörte, weil man darin mehr Wahrheit fand als in den besten Büchern, die unglaublich schnell veralten; und nach dem Ergebnis der Abstimmung, die unter Bedingungen von Freiheit und Sicherheit stattfand, wie sie unter heutigen Verhältnissen realisierbar waren, wird man solche Fragen nicht los.

Ich glaube nicht, dass es in Deutschland keine Menschen anderer Ideale, anderer Methoden und anderer Moral gibt als der von Hitler, Göring und Goebbels angeführte Durchschnitt. Nach den Ereignissen im Saargebiet zu urteilen, sind es aber nur wenige. Der Terror, von dem im Zusammenhang mit der Deutschen Front die Rede war, kann die ganzen neunzig Prozent Zustimmung nur zum Teil erklären. Hier führte man geradezu eine wissenschaftliche Überprüfung vor aller

Augen und unter internationaler und neutraler Kontrolle durch. Ihr Ergebnis zwingt einen Menschen, der sich nicht von Goebbels' Sender beeinflussen oder mit Nazigeld kaufen lässt, zu schärferen Zweifeln.

Oft sehen wir die Wirklichkeit so, wie wir sie uns wünschen. Aber vor allem in der Politik muss man lernen, direkt zu sehen, genau, detailtreu, ohne Antipathie oder Sympathie, die erst danach zum Zuge kommen können.

In der Mitte des Dreierzugs, den junge Männer aus Burbach bildeten, in hohen schwarzen Schuhen und dunklen Mützen mit glänzenden Schildern, die man hier viel trägt, sah ich einen im Vergleich zu den anderen älteren, etwa vierzigjährigen, kleinen Mann. Der Zug blieb, wegen der Überfüllung der Straße, irgendwo vorne stehen. Das Männlein mit Schnurrbart nach Hitlers Art schaut um sich herum mit strahlendem, offensichtlich etwas alkoholisiertem Blick. Seine Fackel ist schon abgebrannt, nur noch den Fackelgriff hält es in der Hand. Die Jungen um es herum stehen fast ohne Bewegung, wie die Wacht am Rhein, aber das Männlein mit der Fackel wird unruhig. Es hält es einfach nicht durch, bei einer so großen Feier nur zu stehen. Vielleicht ist es die erste große Feierlichkeit in seinem Leben. Seine Augen blinzeln dankbar, dass auch es persönlich dazugehört. Es möchte mit jemandem sprechen, es ist ihm zu eng, aber die



»Wer dem Führer seine Stimme verweigert, verrät die Heimat« — Stimmberechtigter Saarländer kommen mit Sonderzügen aus dem »Reich« in Saarbrücken an.

Nachbarn schweigen, und wenn sie etwas äußern, dann entweder, um dreimal »Sieg Heil« zu rufen oder um soldatisch ein paar Worte auszustoßen. Das Männlein dreht sich links und rechts zu seinen Nachbarn, dann nach vorne und nach hinten, aber niemand hat wie es Lust zu reden. Und offensichtlich ist es kein Führertyp, weckt keine besondere Aufmerksamkeit, es bleibt einfach allein. Es kann das nicht mehr aushalten, dreht sich in alle Windrichtungen. Schließlich sagt es mit einer biedereren Stimme, die auf mich inmitten dieses Schreiens wirkt, als käme sie aus einem anderen Ende des Landes: »Ja, Glück muss der Mensch haben, Glück muss der Deutsche haben ...«. Nachdem es das gesagt hat, schaut es sich eine Weile um und erwartet ein Echo auf seine philosophische Anmerkung, die inmitten des Zuges der Krieger auf dem Marsch zur Wartburg so seltsam wirkt.⁷

»Was sagst du da ...?«, bemerkt ein junger Mann zu seiner Rechten mit einer Stimme voller selbstverständlicher Autorität. »Das hat nichts mit Glück zu tun ... Die Wahrheit ... ist das ... die Wahrheit ...« Ein Dialog, den sich niemand auf der Welt ausdenken würde, ein Dialog, den ich nicht mit Erklärungen stören will. Ein Männlein, umgeben von Fackeln, Licht und Jubel, legt seine ganze feierliche Stimmung in zwei Sätze: »Glück muss man haben, Glück muss ein Deutscher haben ...« Und obwohl dagegen an sich nichts zu sagen wäre, meldet sich ein junger Kämpfer, einer von Tausenden Unbekannten, die gerade Hitlers Armee vermehren wollen, mit einem Satz, der ausgesprochen zuerst ganz gewöhnlich klingt: »Was sagst du da? Das hat doch nichts mit Glück zu tun. Das ist die Wahrheit, die Wahrheit ist das.« Er sagt es hart, kämpferisch, seine Sache ist nicht Glück, sondern Wahrheit ...

Das Männlein lächelt gütig, aber bleibt dabei: Der Mensch, selbst wenn er ein Deutscher ist, muss Glück haben, sonst ... Wie Adolf Hitler, wollte das Männlein wohl noch hinzufügen. Aber der Zug marschierte schon weiter. Das Männlein, von den Reihen an seinen Seiten wie von Schienen in der deutschen Wahrheit gehalten, verschwand unter den Hunderten und Tausenden der Anderen, dort unten, im Rauch der Fackeln. Nur wer marschiert, Befehle erhält und erfüllt, nur wer einen Führer und eine Uniform hat, kennt sich mit den Gesten aus und kann sich historische Ausrufe zur Nation erlauben.

»Eins, zwei, eins, zwei«, zählt nun vielleicht schon der hundertzwanzigste Ordner und »links, links, links«. Mein Gott, was für wunderbare Menschen sind diese Deutschen.

Mit ihnen kann man alles auf der Welt machen, und wahrscheinlich auch die gute Dinge. Das hängt bei ihnen wirklich nur von der Qualität des Führers ab.

Eine Weile in Frankreich

Das Theater im Saalbau der Wartburg ist zu Ende gegangen: Der Präsident der Abstimmungskommission, [Alan] Rhode, nannte für die Wochenschauen und Rundfunkstationen der ganzen Welt einige Zahlen, er sprach in die neun auf seinem Tisch aufgestellten Mikrofone. Eine Stunde danach wurde das Saargebiet mit Hakenkreuzen und Bildern der Idole des Dritten Reiches zugeschüttet. Dies alles als Zeichen der Mutter Germania, an die sich jetzt das saarländische Töchterchen anschmiegt. So wurde es wenigstens auf den im Reich zum Anlass der Volksabstimmung ausgegebenen Postmarken dargestellt. Aus Angst vor Rache, die sich nur als allzu berechtigt erweisen sollte, schmückten auch viele bisherige Anhänger der Einheitsfront ihre Häuser, Geschäfte und Läden. Und wie viele von ihnen befanden sich in den Festzügen mit Fackeln, die auf dem ganzen Gebiet der neuen deutschen Provinz veranstaltet wurden? Man sagt, es waren viele. Das ist auch das einzig mögliche. Alles ist sowieso verloren, es soll nicht erkannt werden, dass man für den Status quo stimmte.

»Wie war das möglich? Wir können es überhaupt nicht begreifen«, sagten mir zwei Eheleute in einem Restaurant, als sie sahen, dass sie mir ohne Angst ihren Schmerz anvertrauen können. Die beiden waren wie nach einer Beerdigung, niedergeschlagen, kaum des Sprechens fähig inmitten der wilden Feier des Sieges, der hinter dem Fenster tobte. »Wir waren uns so sicher – mit so vielen Menschen. Wer hat uns verraten? Die Kommunisten? Oder die Katholiken?«

Nun setze ich mich in Saarbrücken in den Zug, um zu schauen, wie es hinter der Grenze aussieht, auf der französischen Seite, in Lothringen. Ohne jegliche Kontrolle fahren wir über die Grenze.

Forbach

Hier ist schon Frankreich. Überall nur französische Aufschriften, aber man hört auch Deutsch, das fast komisch klingt aus den Mündern der Schaffner, Polizisten und Gendarmen in französischen Uniformen. Wer in zehn Minuten zwei ganz unterschiedliche Welten und Nationen erleben will, soll von Saarbrücken nach Forbach fahren.

Vor einem relativ großen Bahnhof liegt nicht abgeräumter Schnee und Morast. Im Restaurant mit abgefallenem grünem Putz bietet man in einem schmutzigen Fenster Schnecken feil, ein Dutzend für ein paar Franken. Eine Brünette, mit einem Hütchen auf dem Kopf in einer Art, wie es keine durchschnittliche Deutsche aus Saarbrücken könnte. Vorsichtig geht sie durch den verschneiten Morast zum Bahnhof. Eine Französin, das erkennt man aus der Entfernung von einem halben Kilometer.

Der Kommandant der Spezialpolizei erzählt, wie es hier mit den Flüchtlingen aus dem Saargebiet war. Etwa siebzig sind über die Grenze gekommen am Tag und in der Nacht des »Nationalfeiertages«. Am Mittwoch, dem 16. waren es schon etwas weniger Leute, aber immer noch kommen welche und bitten um die Erlaubnis, sich auf französischem Boden aufhalten zu dürfen. Wir haben schon genug eigene Arbeitslose – was sollen wir mit den weiteren Emigranten machen? Der Kommandant der Polizei in Forbach gibt mir die Adresse des Asyls für die Saarflüchtlinge. Es ist ein großer Turnsaal. In zwei hohen Eisenöfen brennt Feuer, auf dem Boden unter dem gymnastischen Werkzeug sind etwa sechzig Strohsäcke mit Kopfpolstern und Decken. »Und wo sind die Flüchtlinge?«, frage ich den Verwalter des Turnsaales, einen alten Mann in französischer Uniform, des Französischen aber nicht ganz mächtig. »Sie haben hier geschlafen – und vormittags sind sie weggegangen. Vielleicht kommen sie wieder«, sagt er in einem pfälzischen Deutsch.⁸

Auf den Bürgersteigen voller schmutzigem Schnee laufen auch Offiziere. Unverbesserliche Zivilisten, wenn man sie mit den deutschen Soldaten vergleicht oder mit einem Briefträger, aber auch mit jedem der jungen Männer, die mit Fackeln in den Händen marschierten. Hier ist alles etwas bescheiden, auf den ersten Blick fast ungemütlich. Aber man kann hier irgendwie frei atmen, nirgendwo Fahnen,

keine Propaganda, außer einer Reklame für einen ausgezeichneten Aperitif und Bisquits Petit Beurre. Nirgendwo schreit man »Frankreich, Frankreich über alles«, auch nicht »Vive le chef«. Niemand schaut, ob Sie auf dem Ärmel oder der Mantelklappe das einzige Zeichen einer politischen Partei tragen, das nicht Irritationen hervorruft, Sie müssen nicht den Arm zum Gruß heben, damit man Sie nicht mit einem Heimatverräter verwechselt und möglicherweise blutig zusammenschlägt.

Sie sind einfach in Frankreich, atmen seine Luft ein und sind dem Land insgeheim dankbar dafür, dass es existiert.

Im Restaurant »Alte Post« setze ich mich zum Mittagessen und zwischen zwei Gängen und nach dem Dessert höre ich zwei französischen Journalisten zu, ein schnelles oberflächlich improvisiertes Gespräch über die politische Situation in Frankreich, angesichts dieses Deutschlands, das mit dem saarländischen Sieg seine nationalsozialistischen Fundamente befestigte.

Vieles aus dem Gespräch in Forbach könnte man zitieren. Aber nur einen Satz würde ich heute, am 17. Januar 1935, gerne wiedergeben:

»Es ist zwar wahr, dass Frankreich tief und grundsätzlich demokratisch ist, sagte René Gillmann, der Sonderberichterstatte der deutschsprachigen Straßburger Zeitung »Der Elsässer Bote«. »Aber wird sich das Regime bei uns nicht ändern und es niemand fest in die Hand nehmen, werden wir gegen Deutschland mehr und auch anderes verlieren als das Saargebiet.«

Ich steige in die Straßenbahn ein. Sie fährt bis zur Grenze. Dort muss man seine Papiere der saarländischen Polizei zeigen, dann aussteigen und wieder in die Saarbrücker Straßenbahn einsteigen, die gegenüber der französischen regelrecht luxuriös ist. Eine Gruppe von Emigranten sammelt sich beim französischen Grenzposten, sie wollen nach Frankreich. Auch die Saarbrücker Straßenbahn bringt neue politische Aussiedler mit Ranzen auf den Rücken und Aktentaschen, mit ihrem ganzen Vermögen. Es werde auch im Saargebiet eine Bartholomäusnacht vorbereitet, erzählen sie, zurückschauend in das Land, das nicht mehr ihre Heimat sein kann, weil es Heimat des Hakenkreuzes wurde.

*Aus dem Tschechischen übersetzt
von Alena Wagnerová*

Anmerkungen:

- 1 Die Zeitung Grenzland rief 1934 der saarländische Journalist und Nazigegner Peter August Stern (1907–1947) ins Leben, nachdem die Nazis mit einem Täuschungsmanöver die von ihm begründete radikaldemokratische Zeitung Westland aufgekauft hatten. Er gehörte zu den Verfechtern des Status quo, die letzte Ausgabe von Grenzland ist am 13. Januar 1935 erschienen, in einer Auflage von 100.000 Exemplaren. Nach dem Kriegsende kehrte Stern aus dem Exil in den USA in das Saarland zurück, beteiligte sich am Wiederaufbau des Landes und wurde der erste Chefredakteur von Radio Saarbrücken.
- 2 Auch als »Die Nacht der langen Messer« wird die Ermordung von Ernst Röhm und etwa 90 weiteren Funktionäre der SA bezeichnet.
- 3 Paul Simon (1882–1946), ein bedeutender katholischer Theologe und einer der Pioniere der Ökumene. In seiner von den Nationalsozialisten verbotenen Schrift *Mythos oder Religion* (1934, 1935) setzte er sich mit Alfred Rosenbergs »Mythus des 20. Jahrhunderts« (1930) auseinander. Verboten wurden auch seine Bücher »Weltanschauung« (1935) und »Das Menschliche in der Kirche Christi« (1936).
- 4 Hubertus Prinz zu Löwenstein (1906–1984) war Journalist, Schriftsteller und Politiker, 1934/35 brachte er in Saarbrücken die Wochenzeitung *Das Reich* heraus, in der er sich gegen die Rückgliederung des Saargebietes in das nationalsozialistische Deutschland und für die Verlängerung des Völkerbund-Mandates aussprach, mit dem Ziel, in Saarbrücken eine deutsche Exil-Regierung zu bilden.
- 5 Gemeint ist die 1886 gegründete, in der Viktoriastraße eingesessene Buchhandlung Rauzeiser.
- 6 Der Autor meint an dieser Stelle die politische Wochenzeitschrift *Přítomnost* (Gegenwart), in der auch seine beiden Artikel über die Saarabstimmung erschienen sind.
- 7 In den beiden Nächten zwischen dem 13. und 15. Januar 1935 war die Wartburg, das Gemeindehaus der evangelischen Kirchengemeinde St. Johann, der zentrale Auszählungsort für die abgegebenen Stimmen der Saarabstimmung.
- 8 Er hörte keineswegs pfälzisches Deutsch, sondern Lothringisch, das 1934 noch lebendiger als heute war, oder eine der lothringischen Mundarten.

»Das Saargebiet unter dem Hakenkreuz« (Sársko pod hákovým křížem), ist einer von insgesamt acht Texten, zum Teil Reportagen, zum Teil Berichten und Kommentaren, die der tschechische Journalist Franta (František) Kocourek (1901-1942) dem saarländischen Plebiszit 1935 gewidmet hat. Erschienen ist die Reportage am 23.1.1935 in der führenden tschechischen politischen Wochenzeitung *Přítomnost*.

Der Autor der Reportage selbst gehörte in der ersten tschechoslowakischen Republik zu den besten, bekanntesten und von den Radiohörern hoch geschätzten Journalisten und Rundfunkkommentatoren. Sein hohes Bildungsniveau ermöglichte ihm eine breite thematische Orientierung von der Literatur bis zur Politik. Denn der gebürtige Prager rundete nach dem Abschluss seines Philosophiestudiums an der Karlsuniversität seine Ausbildung an der Sorbonne, und den Universitäten in Aix en Provence und Berlin ab. Außerdem bereiste er noch die halbe Welt.

Als Kommentator des Prager Rundfunks kam Kocourek 1935 auch nach Saarbrücken, um über die Situation in dem »letzten Teil des freien Deutschlands«, wie er das Saarland bezeichnete, zu berichten. Für ihn wurde nicht erst bei Madrid um Prag gekämpft, sondern schon im Saarland. In die Herzen seiner Rundfunkhörer schrieb sich Kocourek 1939 vor allem mit seinem glänzenden ironischen Kommentar des Defilés der Wehrmacht auf dem Wenzelsplatz nach der Besetzung des Restes der Tschechoslowakei im März 1939 ein. Danach durfte er nicht mehr weiter für den Rundfunk arbeiten und die Gestapo verfolgte mit wachem Auge seine gegen die Besatzungsmacht ausgerichtete Vortragstätigkeit bis zu seiner Verhaftung im Juni 1941. Zuerst inhaftiert in der Kleinen Festung Terezín, wurde Kocourek Mitte März 1942 nach Auschwitz (das damals nicht nur ein Lager für die Juden war) deportiert, dann nach Auschwitz-Birkenau verlegt, wo er im Mai 1942 entkräftet an Typhus starb.

» Neue Überwachungs-Werkzeuge für die saarländische Polizei

Mit Änderungen am Polizeigesetz will die schwarz-rote Landesregierung den Weg frei machen für neue Tools zur digitalen Beobachtung. Geplant sind unter anderem die anlasslose Videoüberwachung in Saarbrücken und der Einsatz von elektronischen Fußfesseln. Nicht nur der Paragraph zum Abhören von Handys mittels Trojaner-Software ist noch reichlich holprig.

Von Marie Bröckling

Voraussichtlich im September wird der saarländische Landtag ein neues Polizeigesetz beschließen. Der Polizei stünde dann neues technisches Equipment zur Verfügung, beispielsweise die elektronische Fußfessel, die »Bodycam«, also eine am Körper getragene Kamera, und Trojaner-Software, die zum Ausspähen von Computern oder Handys verwendet wird.

Der Gesetzentwurf steht dabei klar im Kontext einer Welle von neuen Länderpolizeigesetzen in Deutschland und ist sichtlich von diesen geprägt. In der Berichterstattung bekamen in den letzten beiden Jahren jene Landesregierungen besonders viel Aufmerksamkeit, die durch ihre umfangreichen Ausweitungen der polizeilichen Befugnisse im präventiven Bereich – bis hin zum »gesetzgeberischen Exzess« – hervortraten: Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Motor hierfür sind die von der Union geführten Innenministerien. Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung wird jedoch nicht in allen Bundesländern und auch nicht gleichermaßen das Polizeirecht verschärft: Weder in Thüringen noch in Berlin sieht man derzeit einen Anlass, neue Befugnisse für die Polizei zu schaffen. Es handelt sich klar um eine parteipolitische Entscheidung.

Begründet wird der gesetzgeberische Handlungsbedarf im Saarland mit einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu einem anderen Polizeigesetz.¹ Diese Argumentation ist nicht neu: Immer wieder haben Politiker*innen den Ausbau der polizeilichen Befugnisse in den letzten drei Jahren mit einer vermeintlichen rechtlichen Notwendigkeit begründet.²

Doch es gibt keine gesetzgeberische Verpflichtung, das rechtlich gerade noch Zulässige umzusetzen. Die Verfassungsrichter*innen in

Karlsruhe zogen bei ihrem Urteil 2016 lediglich die Grenzen der staatlichen Überwachung, sie sprechen keine Empfehlungen aus.

Ausgearbeitet wurde der konkrete Gesetzentwurf im Innenministerium von Klaus Bouillon (CDU) – in enger Abstimmung mit der Polizei. Die zeigt sich zufrieden: Der saarländische Polizeipräsident bedankt sich in einer Stellungnahme an den Landtag für die »gute und konstruktive Zusammenarbeit« in dieser Sache.

Auch die Polizeigewerkschaften treten in den Anhörungen im Innenausschuss selbstbewusst auf. Sie haben bereits weitere Wünsche eingereicht. In einem zweiten Schritt soll demnächst der Präventivgewahrsam gesetzlich erlaubt werden. Damit können Personen, die keine Straftat begangen haben, aber von der Polizei als gefährlich eingeschätzt werden, bis zu mehreren Monaten in einer Zelle festgehalten werden. In Bayern gibt es eine solche Regelung bereits, dort wurden letztes Jahr ein paar Dutzend Personen wochenlang präventiv eingesperrt.³

1. Elektronische Fußfessel

Neu eingeführt werden soll mit dem vorliegenden Gesetzentwurf die elektronische Fußfessel. Im Koalitionsvertrag war sie noch zur »Überwachung von Tätern im Bereich Terrorismus« geplant. Der aktuelle Gesetzentwurf geht jedoch viel weiter: Zukünftig dürften damit alle Personen rund um die Uhr überwacht werden, die in den Augen der Polizei ein hohes Risiko zeigen, in der Zukunft eine schwere Straftat zu begehen. Laut einem Vertreter der Polizeigewerkschaft GdP soll die elektronische Fußfessel dazu dienen, »gewaltbereite

Fußballfans« im Schach zu halten. Die Überwachung ist jedoch langfristig konzipiert: Sie beginnt bei drei Monaten und ist danach stets verlängerbar. Die Technik sei aber durchaus »diskussionswürdig« und habe auch Nachteile, ergänzt ein Vertreter der Deutschen Polizeigewerkschaft (DpolG). Grundsätzlich ist der Nutzen der Maßnahmen äußerst zweifelhaft. Zur Verhinderung von terroristischen Straftaten sei die elektronische Fußfessel völlig ungeeignet, da Attentate ihrer Sache nach besonders oft an alltäglichen und viel besuchten Orten stattfinden, bestätigt auch der Vertreter der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in einer mündlichen Anhörung im Landtag.

2. Bodycams

Bereits heute besitzt die saarländische Polizei insgesamt 66 Bodycams, damit ist sie dem Gesetzgeber bereits einen Schritt voraus. Nun zieht der nach und schafft im neuen Polizeigesetz eine explizite Grundlage für ihren Einsatz. Bodycams sind am Körper getragene Kameras, sie dienen dazu, Angriffe auf Beamt*innen vorzubeugen und gegebenenfalls Videomaterial für spätere Gerichtsprozesse zu sammeln. Potenziell können Bodycams auch dazu genutzt werden, polizeiliches Fehlverhalten zu dokumentieren.⁴ Im vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung ist eine Überprüfbarkeit der Polizei jedoch von vornherein ausgeschlossen: Ein Recht für Bürger*innen, das Videomaterial einzusehen, gibt es nicht. Dabei wäre es leicht, auf diesem Wege beidseitiges Vertrauen zu stärken.

3. Trojaner-Software

Zudem soll mit dem Gesetz eines der extremsten Überwachungsinstrumente überhaupt eingeführt werden: das Infiltrieren von Handys oder Computern mit Trojaner-Software, um verschlüsselte Nachrichten auszulesen. Anders als bei der herkömmlichen Telekommunikationsüberwachung wird bei dieser Art der Überwachung nicht eine Telefonleitung abgehört, sondern werden die Nachrichten direkt auf dem Endgerät ausgelesen. Daher wird anders als bei klassischen Telefonüberwachungen nicht der Anbieter zur Herausgabe der Gespräche herangezogen, sondern das

auszuspähende Gerät von der Polizei selbst »gehackt«. In der Regel muss die Polizei dafür unbekannte Sicherheitslücken ausnutzen. Auf diesem Weg kann sie sich dann unbemerkt Zugriff auf ein Handy oder einen Computer verschaffen. Der Einsatz von Trojaner-Software wirft jedoch allerhand neuer Probleme auf: Es gibt keine »guten« und »bösen« Sicherheitslücken. Wenn die Polizei also Schwachstellen in Handys oder Computern ausnutzt, um heimlich mitzulesen, dann bleiben diese Sicherheitslücken auch für Kriminelle offen. Mehr noch: Die Polizei entwickelt sogar ein echtes Interesse daran, dass es offene Sicherheitslücken gibt für den Fall, dass sie mal in ein Gerät »einbrechen« möchte. Dabei sollten die Beamt*innen diese eigentlich an den Hersteller und die zuständige Behörde für IT-Sicherheit melden.

Der saarländische Gesetzgeber scheint sich der jahrelangen rechtlichen Debatten um Trojaner-Software jedoch nicht bewusst. Zumindest wird die knappe und widersprüchliche Begründung im Gesetzentwurf der Tragweite dieses technischen Eingriffs nicht gerecht.

Entgegen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts, das 2016 feststellte, dass »eine Quellen-Telekommunikationsüberwachung nur bei einer technisch sichergestellten Begrenzung der Überwachung auf die laufende Telekommunikation erlaubt ist«, soll im Saarland – so will es die Landesregierung – »auch die bereits abgeschlossene und gespeicherte« Kommunikation überwacht und aufgezeichnet werden, »soweit diese im überwachten System gespeichert sind«.

Auf Nachfragen des Linken-Abgeordneten Dennis Lander über die Funktionsweise der Trojaner-Software kann ein Vertreter des Innenministeriums in der mündlichen Anhörung im Innenausschuss nicht antworten. Die Datenschutzbeauftragte des Landes fordert den Gesetzgeber in ihrer Stellungnahme auf, nur solche Sicherheitslücken zu nutzen, die dem Hersteller bereits bekannt sind, um »Fehlanreize« bei der Polizei zu vermeiden.

4. Videoüberwachung

Geplant ist zudem die langfristige Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Aufgrund von Erfahrungswerten sollen dauerhaft Kameras an bestimmten Orten installiert

werden, auch Veranstaltungen sollen zukünftig vermehrt gefilmt werden.

Derzeit werden bereits Personen, die sich rund um die Johanneskirche in Saarbrücken aufhalten, von der Polizei gefilmt. Am Hauptbahnhof beginnt die Videobeobachtung demnächst. Zukünftig könnten dann weitere Bahnhöfe und Plätze rund um die Uhr abgefilmt werden, mit der Begründung, dass es an diesem Objekt oder an einem anderen Objekt »dieser Art« wiederholt zu kleinen Diebstählen und zu Drogenhandel kam. Bei Veranstaltungen würde die Annahme genügen, dass Ordnungswidrigkeiten begangen werden könnten.

In der Halbzeitbilanz der Landesregierung steht, dass das Ziel der Videoüberwachung ist, das »subjektive Sicherheitsgefühl« zu stärken und die objektive Sicherheitslage zu verbessern. Tatsächlich sind objektive Effekte der Videoüberwachung auf die Kriminalität nicht wissenschaftlich belegt. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) schreibt mit Blick auf das nordrhein-westfälische Polizeigesetz, dass »der wissenschaftliche Nachweis eines allgemein kriminalitätsreduzierenden Effekts der Videoüberwachung bisher nicht überzeugend geführt werden« konnte. Die Befundlage bezüglich des Nutzens für die polizeiliche Ermittlung und Aufklärung ist laut des kriminologischen Forschungsberichts ebenfalls uneindeutig.

Punktuelle Videoüberwachung führt mehr zu Verdrängung von Kriminalität als zu ihrer Vorbeugung. Um der sogenannten Straßenkriminalität zu begegnen, sollten deshalb Akteure der Jugend- und Sozialarbeit einbezogen werden. Hier wäre ein offener, interdisziplinärer Blick auf Präventionsangebote, etwa mithilfe von Sozialprogrammen, Bildung wie Stadt- und Raumplanung angebracht.

Vorläufiger Stand

Ende April hat sich im Saarland ein Aktionsbündnis gegen die Verschärfung des Polizeigesetzes gegründet.⁵ Gegen die Pläne der schwarz-roten Landesregierung stellen sich unter anderem die Jugendorganisationen von SPD, Linken, Grünen und FDP, sowie die Linksfraktion im Landtag. Außerdem die saarländische Piratenpartei und die Bündnisse »Seebrücke«, »Omas gegen Rechts« und »ConnAct Saar«.

In den Anhörungen im Innenausschuss haben Jurist*innen und Expert*innen für Datenschutz umfassende Kritik geübt. Einige Abgeordnete der SPD-Fraktion sehen mittlerweile Änderungsbedarf an dem eigenen Gesetzentwurf. Von ihnen wird es abhängen, ob das Gesetz in seiner jetzigen Form im September vom Landtag beschlossen wird.

Offenlegung: Marie Bröckling war eine der geladenen Sachverständigen zum geplanten Polizeigesetz im saarländischen Landtag und hat im Rahmen dieser Tätigkeit eine schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf eingereicht. An der im Artikel genannten Sitzung im Innenausschuss nahm sie selbst teil und wurde ebenfalls angehört.

Anmerkungen:

- 1 Urteil des Bundesverfassungsgerichts 2016 zum BKA-Gesetz. Vgl.: Constanze Kurz, »Überwachungskritisches Urteil zum BKA-Gesetz und zum Staatstrojaner«, »Netzpolitik.org«, 20.4.2016, online: <https://netzpolitik.org/2016/ueberwachungskritisches-urteil-zum-bka-gesetz-und-zum-staatstrojaner/>, abgerufen am 18.6.2020.
- 2 Auch der bayerischen Innenminister Joachim Herrmann argumentierte ähnlich. Vgl. Marie Bröckling, »Bayerisches Polizeigesetz: Billige Tricks der CSU entlarvt«, »Netzpolitik.org«, 23.4.2018, online: <https://netzpolitik.org/2018/bayerisches-polizeigesetz-billige-tricks-der-csu-entlarvt/>, abgerufen am 18.6.2020.
- 3 Vgl.: Marie Bröckling, »19 Personen wochenlang in Präventivgewahrsam«, »Netzpolitik.org«, 3.9.2019, online: <https://netzpolitik.org/2019/bayerisches-polizeigesetz-19-personen-wochenlang-in-praeventivgewahrsam/#spendeneiste>, abgerufen am 18.6.2020.
- 4 Solch eine Regelung findet sich beispielsweise im nordrhein-westfälischen Polizeigesetz, dort gibt es für Betroffene die Möglichkeit, die Aufnahmen einzusehen und so die Rechtmäßigkeit von polizeilichen Maßnahmen zu überprüfen. Zudem ist dort festgehalten, dass Aufzeichnungen »verschlüsselt sowie manipulationssicher gefertigt und aufbewahrt« werden müssen.
- 5 Vgl. »Bündnis gegen neues Polizeigesetz gegründet«, »Saarländischer Rundfunk«, 23.4.2020, online: https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/buendnis_gegen_neues_polizeigesetz_100.html, abgerufen am 18.6.2020.

» Rassismus im Saarland

Ein Gespräch mit zwei Saarländerinnen

Von Sadija Kavgić

Rassismus wird gerne als ein amerikanisches Problem behandelt, als etwas, womit die Deutschen wenig zu tun haben. Zumindest im Saarland ist Rassismus als Problemstellung noch nie wirklich Thema gewesen. Und das, obwohl der 27-jährige Samuel Yeboah, ein Geflüchteter aus Ghana, 1991 in Saarlouis ermordet wurde. Auch andere Vorfälle zeigen, dass Rassismus tief in der saarländischen Gesellschaft verankert ist.

Ende September 2019 war auf der Webseite *lernort-lebach* folgende Erinnerung des Zeitzeugen Helmut Schmitt über die Schrecken des Zweiten Weltkriegs zu lesen:

»Herr Hermann Messinger, der Mann von Tilly, ist erschossen worden. Seine Frau und die Tochter Lydia seien von Amerikanern vergewaltigt worden. Amerikanische Lkw-Fahrer, die Materialien zwischen Heidelberg und dem Saarland transportierten, sind mehrmals am Haus vorbeigefahren und sahen Lydia mit dem kurzen Röckchen auf der Bank sitzen. Die Lkw-Fahrer stiegen einmal nachts aus und machten sich an Lydia und der Mutter zu schaffen. Der Vater von Lydia kam dazwischen und einer der Neger erschoss Herrn Messinger. Die beiden Frauen mussten später nach Heidelberg kommen zur Identifizierung, aber sie konnten den Neger, der geschossen hatte, nicht angeben.«

Die Website ist seit 2015 im Rahmen eines Projekts des *Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge* als Ergänzung zu der Sanierung der Lebacher Kriegsgräberstätte entstanden – eigens für den 80. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen und Beginn des Zweiten Weltkriegs. Zu diesem Anlass versammelten sich dann dort am 1. September 2019 der Ministerpräsident Hans, sowie der Landtagspräsident Toscani samt 300 anderer Besucher. Das Projekt, so hieß es, verfolge ein neues Konzept, nämlich nicht nur an die Toten zu erinnern, sondern auch einen Lernort aus der Kriegsgräberstätte zu machen. Erst nachdem

sich Bürgerinnen und Bürger über die ungeprüft veröffentlichte, rassistische Legende des Herrn Schmitt empört hatten, reagierten die Verantwortlichen und löschten die Passage still und leise.

Eine Säule des Rassismus ist die Theorie der Rassenreinheit. Die Idee der Existenz einer Herrenrasse, die allen anderen überlegen ist, führt dazu, dass Menschen, die diesem Ideal nicht entsprechen, herabgewürdigt, enteignet, verklavt oder vernichtet werden dürfen. Nun betrachten wir es als zivilisatorischen Fortschritt, dass Sklaverei und Rassentrennung offiziell abgeschafft wurden. Kaum bekannt ist allerdings, dass die Sklaverei in Europa erst 1856 und damit nur neun Jahre vor Amerika (1865) abgeschafft wurde. Neben leibeigenen Bauern, die im südöstlichen Europa und in Russland verschiedenen Formen unfreier Arbeit unterworfen waren, gab es eine beträchtliche Anzahl von Sklaven. Dabei handelte es sich überwiegend um Roma. Hunderttausende dieser Sklaven wurden erst Mitte des 19. Jahrhunderts freigelassen. Eine Lebensperspektive und rechtliche Gleichstellung fehlen bis heute. Sie sind in ganz Europa vielfältigen Diskriminierungen bis hin zu systematischer Gewalt ausgesetzt.

Der besonders brutale Mord an dem Afroamerikaner Georg Floyd durch Polizisten am 25. Mai 2020 in den (USA) hat viele Menschen dazu gebracht, gegen Rassismus zu demonstrieren. So auch in Saarbrücken. Eine der beiden Demonstrationen wurde von der 18-jährigen Yasmin Kahmuzua angemeldet. Dreitausend Menschen kamen am 6. Juni 2020 vor die Kongresshalle. Die *Saarbrücker Hefte* haben dies zum Anlass genommen, mit Yasmin und ihrer Mutter Lilian Petry zu sprechen. Yasmin studiert Lehramt an der Universität des Saarlandes, Lilian ist Verwaltungsleiterin beim Verband interkulturell aktiver Organisationen *Haus Afrika e.V.*

Wie würden Sie gegen Rassismus im Saarland vorgehen?

Lilian: Wichtig ist, dass die Politik erkennt und akzeptiert: Es gibt ein Problem mit Rassismus. Ich als schwarze Frau, die direkt aus Afrika gekommen ist, bin stärker der Diskriminierung ausgesetzt als Yasmin, die in Deutschland geboren wurde. Sie ist hier zur Schule gegangen, jetzt studiert sie Lehramt und findet hoffentlich irgendwann einen guten Job. Das vermittele ich auch den Kindern, die hier im Haus Afrika betreut werden: Habt gute Noten, seid die besten in der Klasse, macht Sport und macht was Vernünftiges aus eurem Leben. Wenn du einen guten Job und damit Geld hast, dann ist es weniger wichtig, welche Religion oder Sexualität du hast.

Im Saarland muss die Integrationsarbeit finanziert werden. Das fehlt zurzeit. Wir haben ein Projekt, gehen in die Schulen und Kindergärten und reden dort mit den Kindern, wir kochen und machen Musik zusammen. Wir vermitteln ihnen ein anderes Bild von Afrika. Die Kinder, die nur zwei Mal mit uns gearbeitet haben, sind geheilt. Sie sagen zu mir, Lili, wir haben gedacht, dass Afrika anders ist. Auch die Lehrer lernen mit. Zum Beispiel glaubt manch ein Lehrer, dass das Trommeln einfach ist und sagt: »Kommt Kinder, lasst uns trommeln«. Diese Lehrer glauben das, weil es ein afrikanisches Instrument ist – also kann es nicht schwer sein es zu spielen. Dabei muss Trommeln ähnlich wie Klavierspielen erlernt werden. Wenn die Schulen kein Geld haben, dann wird erwartet, dass wir es ehrenamtlich machen.

Vielleicht löst sich das Rassismus-Problem von selbst auf?

Viele Generationen Europäer haben afrikanische Menschen falsch kennengelernt und glauben immer noch, dass dort Menschen ohne Kleider herumlaufen. Die Bilder, die ihnen präsentiert wurden, sind immer noch in vielen Köpfen. Mir geht es auch so. Ich habe als Dreijährige zum ersten Mal das Bild von Jesus gesehen. Selbst wenn ich noch tausende neue Bilder von ihm sehen würde oder auch gar keine – das erste Bild hat sich bei mir eingepägt.

Wie war er?

Weiß! Genauso wie Maria, Judas und alle anderen Heiligen. Wenn jetzt ein Schwarzer



Lilian Petry

vor meinen Augen als Heiliger steht, fällt es mir schwer, ihn als Heiligen zu sehen. Oder der Papst in Rom: Er ist weiß. Das sind Sachen, die wir uns auch eingepägt haben. Ein Arzt ist weiß. Ich gehe zu einem schwarzen Arzt nur, wenn es keinen weißen gibt. Wenn ich zum Beispiel mal in Afrika bin und muss ein Krankenhaus auswählen, dann gehe ich dorthin, wo es einen weißen Arzt gibt. Wir wissen von ihm vielleicht gar nichts, wir wissen nicht, ob er sein Diplom gefälscht hat oder sonst kriminell war, du denkst, dieses Krankenhaus funktioniert jetzt besser, wenn ein weißer Arzt da ist. Das sind Bilder, die wir loskriegen müssen. Wir können das nicht mit einer Demo oder Veranstaltung hinbekommen. Es müssen neue Bücher her. Meine ganze Kindheit habe ich Bücher gelesen, in denen der weiße Mann gelobt wurde.

Sind Ihnen rassistische Vorfälle im Saarland bekannt?

Unser Verein ist nach einem solchen Vorfall entstanden: Lamine Conté, unser heutiger Geschäftsführer, wurde auf der Straße angegriffen. Als er sich an die Polizei gewandt hatte, wurde er nicht in Schutz genommen. Da hat er verstanden, dass es auch andere Menschen



Yasmin Kahmuzua

gibt, denen es so ähnlich wie ihm geht und hat *Haus Afrika e.V.* gegründet. Und auch wir als Verein fühlen uns manchmal ungerecht behandelt. Ob es um die Durchführung der Integrationskurse oder um andere Projekte geht – oft wird uns erstmal mit Misstrauen begegnet.

Sie und Ihre Tochter sind deutsche Staatsangehörige. Ist es schwer deutsch zu werden?

Meine Einbürgerung ist gut gelaufen, weil ich alle Bedingungen erfüllt habe. Aber für viele Afrikaner ist es schwer. Nicht nur der Weg zum deutschen Pass ist kompliziert. Afrikanische Flüchtlinge werden nicht gleichberechtigt behandelt. Es ist unmöglich, legal nach Europa zu kommen oder hier zu bleiben. Wenn du als Student kommst, musst du irgendwann zurück. Willst du bleiben, musst du heiraten. Und dann musst du als Frau Glück haben, dass der Mann dich nicht schlägt. Wenn du ihn verlässt, wirst du abgeschoben. Noch nie wurden Menschen aus Afrika aus einem Krieg gerettet und in Europa als Flüchtlinge aufgenommen.

Deswegen schwimmen sie Richtung Europa und wenn sie Glück haben, dann überleben sie das.

Deinem Aufruf zur Demonstration sind sehr viele Menschen gefolgt. Wie findest du das?

Yasmin: Ich war sehr froh, dass so viele Menschen da waren, vor allem auch weiße Menschen, denn es geht ja auch um Selbstreflexion. Es reicht nicht nur, nicht rassistisch zu sein, es geht darum, sich aktiv gegen Rassismus zu stellen. Weiße Menschen sollen ihr Privileg nutzen, um gegen Rassisten vorzugehen. Wenn sie etwas im Bus sehen oder auf der Arbeit mitbekommen, dann sollen sie nicht still sein, sondern aufstehen und etwas dagegen tun, sich für schwarze Personen einsetzen. Die Weißen müssen verstehen, dass sie selbst privilegiert sind und dass sie auch aus Versehen rassistisch handeln können. Deswegen ist es gut, wenn sie bei der Demonstration da sind, um zu hören, was uns verletzt, dann können sie auch aktiv dagegen vorgehen.

Wir sehen kaum Menschen mit schwarzer Hautfarbe in den Verwaltungen, in Medien?

Diese Berufe wie Lehrer oder Polizist oder Anwalt, das sind Berufe, die man gerne anstrebt, aber wo man nicht so viele schwarze Menschen sieht. Ich denke, dass wir jetzt, die neue, hier geborene Generation, die Möglichkeit haben, eine gute Ausbildung zu machen und dann in anspruchsvollen Berufen zu arbeiten.

Kennst du Leute, die sich schon mit einem deutschen Abschluss beworben haben und in bessere Positionen gekommen sind?

Persönlich kenne ich nur eine Person, die im Rathaus arbeitet. Das war es. Ich kenne keine andere, die es geschafft hat. Ich bin aber erst 18, meine Freunde höchstens 21 und wir sind noch nicht fertig mit studieren. In ein paar Jahren wird das vielleicht anders sein.

Wie sieht es mit deinen Freunden aus? Wie hast du die Schule bisher erlebt? Wer sind deine Freunde?

Ja, meine Freunde sind größtenteils schwarz. Ich habe, glaube ich, zwei weiße Freunde. Ich habe noch nie während meiner Schulzeit einen schwarzen Lehrer gehabt. Meine Freunde auch nicht.

Nächstes Jahr sind es 30 Jahre, seit der damals 27-jährige Samuel Yeboah bei einem rassistischen Brandanschlag in Saarlouis umgebracht wurde. Die Stadt verweigert bis heute ein öffentliches Andenken an ihn.

Ich habe davon gehört und dafür müssen wir kämpfen. Das, was in Saarlouis passiert ist, war nicht in Ordnung und es kann nicht so getan werden, als ob nichts passiert wäre. Da merkt man die Ungleichheit zwischen schwarz und weiß: Ein schwarzer Mann wurde Opfer des Anschlags und die Gesellschaft weigert sich, ihm die nötige Ehre zu erweisen.

Sind weiteren Kundgebungen geplant?

Ja, es wird weiter demonstriert. Allerdings wollen wir in Zukunft nicht nur von der Bühne sprechen, sondern auch mit den Politikern über die notwendigen Maßnahmen reden.

Zu der Kundgebung am 6. Juni 2020 vor der Congresshalle kamen über 3000 Menschen



Tradition der Verachtung und Gewalt

Von Erich Später

Nach dem Waffenstillstand zwischen dem Deutschen Reich und Frankreich besetzten französische Truppen das Saarrevier. Unter den Besatzungstruppen befanden sich auch Einheiten schwarzer Soldaten aus den von französischem Kolonialismus beherrschten Gebieten Afrikas. Gegen diese Menschen erhob sich in großen Teilen der Gesellschaft ein hasserfüllter Protest gegen die »schwarze Schmach«, die in ihrer Intensität an die Kriegspropaganda des Deutschen Reichs von 1904 erinnert, als Zehntausende von Hereros und Nama in der Kolonie »Deutsch-Südwestafrika« (Namibia) von deutschen Kolonialtruppen ermordet wurden.

Der Völkermord war begleitet von einer Propaganda, die die Aufständischen auf die Stufe wilder Tiere stellte, welche man erbarmungslos vernichten müsse. Neun Jahre später, 1913, fand in Saarbrücken die große und populäre Kolonialausstellung statt. Die Stadt feierte unter großer Anteilnahme der Bevölkerung die zivilisatorische Mission des deutschen Imperialismus gegenüber »den niederen Rassen« in Afrika und Asien. Diesen Menschen nun leibhaftig in Uniform als französischen Soldaten zu begegnen, war für die deutschen Herrenmenschen schlicht unerträglich. Die Menschenverachtung der im Saarland und in Deutschland geführten Kampagne, die auch von großen Teilen der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie unterstützt wurde, machte diesen primitivsten Rassismus populär. Für die völkischen Nationalisten und Antisemiten war das Auftauchen schwarzer Menschen zudem ein jüdisches Komplott zur »Umvolkung« und Zerstörung der weißen Rasse. Noch 1935, bei der ersten Saar-Abstimmung, war die Verteidigung des »Weißes Saarlands« gegen das »Afrikanische Frankreich«

Bestandteil der Nazi-Propaganda. Die Kinder, die aus den Beziehungen dunkelhäutiger Männer mit weißen Frauen hervorgingen, galten in Deutschland als minderwertig. Über 400 Menschen wurden nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten als »Rheinlandbastarde« durch Zwangssterilisierung körperlich und seelisch schwer verstümmelt. 1940 ermordete die Wehrmacht während der Invasion Frankreichs in einer Reihe von Massakern Hunderte von dunkelhäutigen französischen Soldaten, die sich ergeben hatten.

In Saarlouis wurde der deutsche Kolonialschlichter Paul von Lettow-Vorbeck nach dem zweiten Anschluss an Deutschland seit 1957 über 50 Jahre lang als Ehrenbürger gewürdigt. Der Flüchtling Samuel Yeboah aus Ghana, der Zuflucht im Saarland gefunden hatte, wurde 1991 als erstes Opfer der rassistischen Mordwelle lebendig verbrannt, ohne dass je ein Täter ermittelt wurde. Eine offizielle Erinnerung an das Opfer verweigert die Stadt Saarlouis bis heute. Die Stadt Völklingen ist bis heute nicht nur stolz auf Lettow-Vorbeck, sondern widmet den »Heldengestalten« des deutschen Kolonialismus ein ganzes Viertel. Das *Weltkulturerbe Völklinger Hütte* unter der Leitung von Meinrad Grewenig schreckte nicht davor zurück, in seiner »Schädelausstellung« im Jahr 2015 Artefakte von Menschen zu zeigen, die Opfer des deutschen Völkermordes in Namibia wurden und deren Schädel von »Völkerkundlern« gekauft und nach Deutschland gebracht wurden. All dies empfinden hier nur wenige als Demütigung und Verhöhnung der Opfer. Eine historische Aufarbeitung und politische Auseinandersetzung findet nicht statt.



Bilder für Griechenland

Von Till Neu

Ein Vortrag über die Situation in Griechenland unter dem Regime der EU von Nils Kadritzke im Saarbrücker Kino Achteinhalb im Dezember 2015 gab mir erstmals einen genaueren Einblick in die Problematik jener »Krise«. Über die Hoffnungen der Linken las ich das aufklärende Buch »Der kurze Frühling von Syriza« von Andreas Wehr. Mein vereinfachtes Resümee: Unabhängig von der Frage nach bestimmten, unterschiedlichen Strukturreformen in Griechenland wollten die Profiteure des Exportkapitalismus ihre Investitionen retten. Sparmaßnahmen aller Art zuungunsten der Bevölkerung sollten diesen Plan unterstützen. Ein Ausverkauf wie bei einem Kolonialstaat sowie eine weitere Verarmung der Bevölkerung Griechenlands war im Gange.

In der Folge suchte ich Kontakt zu der kleinen Initiativgruppe »Griechenlandsolidarität« in Saarbrücken, die sich mit der Krisenpolitik auseinandersetzte und zugleich Spendenaktionen für ein Krankenhaus in Thessaloniki initiierte, denn das Gesundheitssystem Griechenlands war ruinös. Es handelte sich um eine sogenannte Soziale Solidaritätspraxis, die sich darstellt als »soziales Kollektiv der Gesundheitspflege[, das] allen versicherungslosen Patienten der Stadt primäre medizinische und medikamentöse Betreuung anbietet und zwar ohne Ausnahme in Bezug auf Nationalität, Konfession, Geschlecht, Sexualpräferenz oder Alter«(www.Kiathess.gr).

Neben der einseitigen europäischen Fiskalpolitik gab es in mir eine weitere, tiefe Motivation, mich zu engagieren: durch meine Reisen nach Griechenland, meine Aufenthalte auf den Inseln. Auf den Kykladen und auf Kreta erlebte ich viele glückliche Momente, beim Wandern über die Berge, beim Wohnen in den Klöstern, wo mich die GriechInnen freundlich begrüßten.

Das Ausmaß der Gewalt und die Verbrechen der Deutschen Wehrmacht während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg und damit das entsprechende Ausmaß der Verdrängung und des Schweigens waren mir völlig unbekannt!

Meine Idee war einfach. Es sollten kleinformatige Bilder entstehen, die von der Geschichte, der Kultur, den Mythen und auch von der gegenwärtigen Situation Griechenlands erzählen. Orte, Architekturen, Kunstwerke, Szenen, die uns interessieren, ja berühren können. Als Kostbarkeit, als Schönheit, als Drama, als Schmerz.

Kunstpostkarten

Die Mehrzahl der Originale wurde 1:1 als Kunstpostkarte reproduziert und verkauft. Die Erlöse gingen an das Krankenhaus in Thessaloniki und nach Charakas auf Kreta. Über 4000 Kunstpostkarten sind ausgegeben worden.

Ausstellungen und Vorträge

Bilder für Griechenland Ausstellung Saarbrücken RaumfürKunst 20. November 2017

Vortrag Kassel Griechenlandsolidarität 12. Oktober 2018

Aktion Documenta-Gruppe Kassel 10. Juni 2018

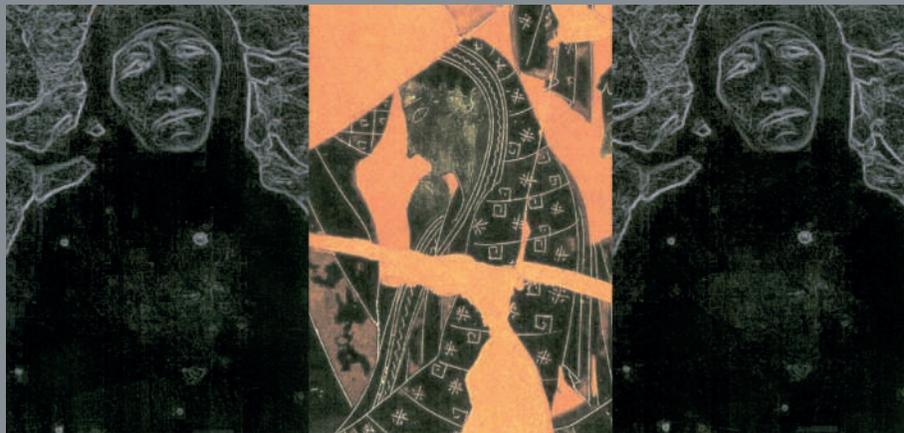
Vortrag Club Voltaire Frankfurt/M. 12. Dezember 2018

Vortrag Universität Greifswald 2. Mai 2019

Vortrag Berlin Regenbogenfabrik. 3. Mai 2019

Vortrag Köln Griechenlandsolidarität 8. November 2018

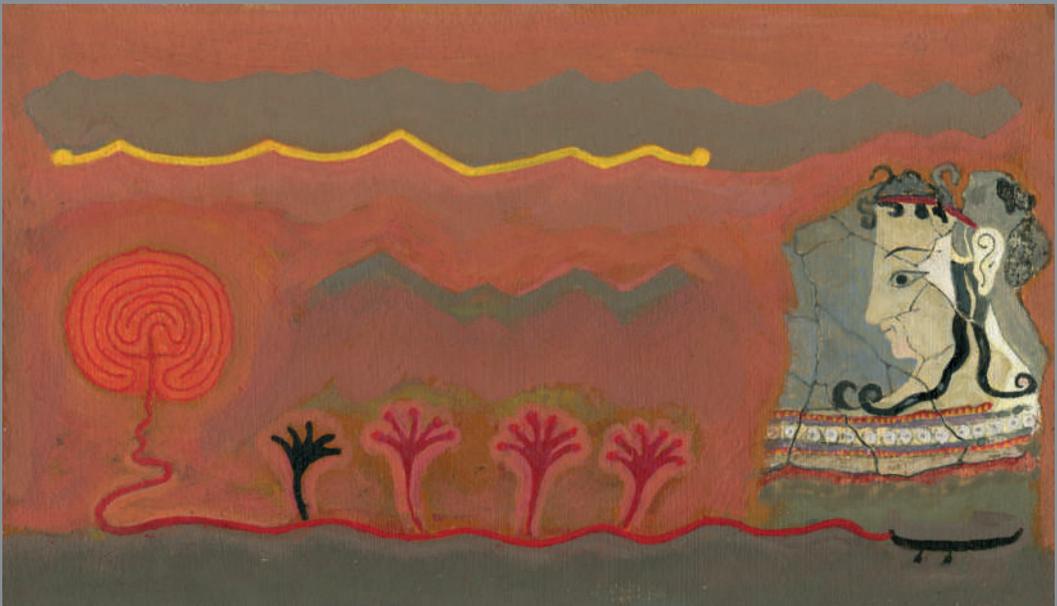
Bilder für Griechenland Ausstellung Saarbrücken Kettenfabrik 6. Juni 2019



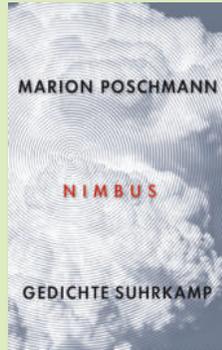












Die Lesereihe »Böll & Hofstätter« startet wieder!

Sonntag, 6. September 2020 / 20:00 Uhr
Christian Baron liest aus »Ein Mann seiner Klasse«
Filmhaus Saarbrücken / Mainzer Str. 8 / Saarbrücken

Donnerstag, 22. Oktober 2020 / 20:00 Uhr
Marion Poschmann liest aus »Nimbus«
Filmhaus Saarbrücken / Mainzer Str. 8 / Saarbrücken

Donnerstag, 19. November 2020 / 20:00 Uhr
**Lukas Bärfuss liest aus »Malinois«
und »Die Krone der Schöpfung«**
Filmhaus Saarbrücken / Mainzer Str. 8 / Saarbrücken

Mittwoch, 20. Januar 2021 / 18.00 Uhr
Saša Stanišić liest aus »Herkunft«
Stiftung Demokratie Saarland / Europaallee 18 / Saarbrücken

Retrospektive Klaus Gietinger im Kino 8 ½

Mittwoch, 9. September 2020 / 20:00 Uhr
Land der Räuber und Gendarmen
Kleines Fernsehspiel über den langen Arm des Faschismus

Montag, 21. und Dienstag, 22. September 2020 / 20:00 Uhr
Daheim sterben die Leut'
Kultfilm über einen Allgäuer Rebell

Dienstag, 06. Oktober 2020 / 20:00 Uhr
Schön war die Zeit
Spielfilm über den Wiederaufstieg eines Naziregisateurs
und den Untergang des Provinzkinos

Mittwoch, 21. Oktober 2020 / 20:00 Uhr
Heinrich der Säger
Komödie über einen Bahnattentäter

Die Eintrittspreise und mehr Informationen zu den Veranstaltungen, sowie zu den aktuellen Schutzmaßnahmen gegen das Corona-Virus finden Sie auf unserer Website: www.boell-saar.de



Heinrich-Böll-Stiftung Saar



»Demokratie müssen wir uns immer wieder neu erkämpfen«

Ein Interview mit dem Urenkel von Max Ophüls – Andréas-Benjamin Seyfert

Von Sadija Kavgić

Herr Seyfert, mit Max und Marcel Ophüls haben Sie gleich zwei bekannte Filmemacher in Ihrer Familie. Wann und wie ist Ihnen das zum ersten Mal bewusst geworden?

Relativ spät. Ich war bereits auf der Grundschule und durfte bei meinen Großeltern in Südfrankreich die Sommerferien verbringen. Marcel und Regine sind damals gerade aus Paris in die Pyrenäen gezogen, wo sie auch jetzt noch wohnen. Einer der Gründe für den Umzug war, dass mein Großvater den Traum hatte, täglich die Berge zu sehen, die ihm als Kind das Leben gerettet hatten. Marcel zeigte mir damals Ausschnitte von Filmen. Auszüge von *Singin' in the rain*, *Le Plaisir* und *North by Northwest* waren dabei ein paar der frühesten Filmausschnitte. Zwischendurch kommentierte er. Wodurch ich auch erfuhr, dass mein Urgroßvater am Anfang der Tonfilmzeit vom Theater zum Kinoregisseur gewechselt hatte.

Im Januar 2019 waren Sie zum ersten Mal beim Filmfestival Max Ophüls Preis in Saarbrücken mit Ihrem Großvater Marcel.

Das war vielleicht ein unglaubliches Erlebnis! In Saarbrücken auf den Spuren von Max – von so etwas hatte ich bisher nur träumen können! Dazu noch bei einem so fabelhaften Festival, das jedes Jahr den Nachwuchs feiert. Da macht das Festival dem Namen Ehre sowie der Name eines Meisters der Filmkunst wie Max auch dem Festival Prestige gibt. Eine wunderbare Beziehung. Die Qualität hat das Festival den Gründern, aber auch den Leitern Svenja Böttger und Oliver Baumgarten zu verdanken, die mit Herz bei der Sache sind. Hinzu kommen noch die unheimlich fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, ohne die das Ganze gar nicht funktionieren könnte. Es ist mir auch beim zweiten Mal eine unheimliche Freude gewesen, dem Ganzen beizuwohnen. Auch wenn leider 2020 ohne Marcel.

Wie ist Ihr Verhältnis? Hat er Sie zum Film gebracht?

Mein Interesse geweckt auf jeden Fall. Danach hat er mir auch jede Chance gegeben, das Interesse in Wissen zu entfalten. Ich hatte das große Glück und die Ehre, mit ihm zu arbeiten und ihn in seinem Element zu beobachten. Später habe ich in LA ein bisschen in einer Filmproduktionsfirma gejobbt, so nebenbei. Denn leider Gottes fehlt mir der Mut oder die Chuzpe, ohne Arbeitssicherheit in die Filmwelt abzutauchen, die mich so reizt. Mein Großvater und mein Urgroßvater hatten es zeitweise nicht leicht, wenn die Arbeit fehlte. Und das, wobei das Talent nie gefehlt hat und auch die Anerkennung nicht.

Sie sind Doktorand an der University of California in Los Angeles.

Genau, in Los Angeles/Hollywood. Somit wäre ich schon mal am richtigen Ort.

In Ihrer Forschungsarbeit beschäftigen Sie sich mit der Filmgeschichte der Weimarer Republik. Was genau erforschen Sie da?

Mir ist aufgefallen, dass sich Filmgeschichte fast ausschließlich mit Filmen beschäftigt, die weit verbreitet sind. Somit vergisst man schnell, dass Unmengen von Kinospielefilmen heutzutage verschollen und nicht mehr sichtbar sind. Wie eine feministische Geografin, Joni Seager, vor nicht allzu langer Zeit bei einer Konferenz sagte: »Only what gets counted counts.« Nur das, was gezählt wird, zählt. So ist es auch mit der Geschichte der jahrhundertlang unterdrückten afroamerikanischen Bevölkerung in den USA. Die Leben der Mehrheit der Sklaven vor dem Amerikanischen Bürgerkrieg wurden nicht in Texten abgebildet, wenn, dann lediglich aus der Feder der Unterdrücker, die wenige Worte über sie verloren. Somit ist ihre ganze Existenz lediglich als Abwesenheit, als Schweigen wahrzunehmen.

Es ist eine Herausforderung der Geschichte, auch solche Lücken zu behandeln, wenn ein traditioneller Anhaltspunkt fehlt. Somit müssen neue Methoden entwickelt werden, die es möglich machen, das Schweigen zu analysieren. Die Weimarer Republik war ein aufregender Moment in der deutschen Geschichte: die erste Demokratie. In Berlin gab es aufregende Künste, die sich in der Welt sehen lassen konnten. Das deutsche Kino rivalisierte mit Hollywood wie seitdem nie mehr. Politisch ist diese Zeit interessant, künstlerisch gesehen vor allem. Wenn wir uns auf einen Bruchteil der Produktionen beziehen, die heutzutage aus dieser Zeit überliefert sind, was verbirgt sich hinter den vielen weiteren Werken, die verschollen sind? Als Filmwissenschaftler bezieht man sich vor allem auf den Film, den man sieht, und was noch drum herum relevant sein könnte. Bei den Filmen, die ich studiere, verbleiben Fragmente und Objekte verschiedener Art, und diese verbinde, analysiere und untersuche ich, um eine Vorstellung dessen zu bekommen, was wir verloren haben.

Auf die Frage, ob er so etwas wie eine jüdische Identität empfindet, antwortete ihr Großvater einmal: »Ich glaube nicht an den lieben Gott – der Gedanke ist mir unappetitlich. Aber wir wissen es natürlich nicht. Meine jüdische Identität ist für mich daher auch nur ein politisches Thema. Politisch verleugne ich sie nicht, im Gegenteil. Ansonsten interessiert sie mich nicht.« Wie ist Ihr Verhältnis zum Judentum?

Mir ist das Judentum unheimlich wichtig. Ich bin der Vergangenheit meiner Familie bewusst und beschäftige mich mit dem Thema fast ununterbrochen. Die Ophülsens, Bambergers und Oppenheimers waren zum großen Teil assimilierte Juden, die ihrer Religion kaum gewahr waren, bis sie durch das Konzept der Nazis als angeboren und lebensunwert zur Gefahr wurde. Seither haben sich verschiedene Teile der Familie, das heißt, diejenigen die überlebt haben, entschlossen, so oder so mit der Frage ihres Glaubens umzugehen.

Sie sind als Andréas-Benjamin Ophüls in der Schweiz geboren. Heute heißen Sie Seyfert. Wie kam es zum Namenswechsel?

Der Nachname Seyfert und der Vorname Andréas mit dem Akzent kamen beide später. Auf dem Bündel, das man mir um mein Handgelenk nach der Geburt gebunden hatte,

stand Benjamin Ophüls. Das Bündel habe ich immer noch. Mein Großvater geriet vor allem nach dem Film Hotel Terminus, für den er damals einen Oscar gewann, immer mehr ins Visier von alten und von neuen Nazis. Da kann man es meinen Eltern kaum übelnehmen, dass sie ihre Kinder schützen wollten.

Wie sehen Sie sich selbst? Empfinden Sie sich als Schweizer, Amerikaner, Deutscher?

Franzose haben Sie vergessen. Diese Staatsbürgerschaft habe ich auch. Scherz beiseite: Als Amerikaner wohl kaum, vor allem nicht in MAGA- und Trumpland. Unter Präsident Obama wohl schon eher. Ich fühle mich weniger als Angehöriger eines bestimmten Landes. Europäer vielleicht? Mir sind demokratische Werte und Menschenrechte wichtig. Man darf sich nie darauf ausruhen. Demokratie ist nicht ein für allemal gesichert, man muss sie sich immer wieder erkämpfen. Und hiermit auch die Gleichberechtigung aller Menschen, die in einem solchen Rechtsstaat leben.

Nach dem Mord an Georg Floyd in Minneapolis durch einen Polizisten finden in der USA und auf der ganzen Welt Demonstrationen gegen Rassismus statt. Kriegen Sie davon etwas mit?

Es ist viel zu tun hier. Da es Rassismus nicht nur bei der Polizei gibt, arbeite ich zusammen mit meinen Kollegen an der Aufdeckung weiterer Fälle innerhalb unserer Universität. Ich unterstütze ebenfalls die Teilnahme meiner Studenten an den Protesten. Letztens war ich damit beschäftigt, die Nutzung der Parkplätze unserer Universität für Verhaftungen des LAPD wegen der »Verletzungen der Ausgangsperre«, der curfew violations, öffentlich zu machen. Zusammen mit meiner Doktor-mutter Maite Zubiaurre und anderen Professoren machen wir die Universität für einen solchen Missbrauch des Universitätsgeländes verantwortlich. Für gleiche Zwecke wird außerdem das Jackie Robinson Stadion missbraucht, das, um die Sache noch schlimmer zu machen, einem Afroamerikaner gewidmet ist. Es ist Zeit, dass sich die Dinge hierzulande ändern, und zwar jetzt und nicht erst, wenn – und das ist sowieso leider eher unwahrscheinlich – Biden gewählt wird.

Max Ophüls ist 1933 vor der zugeordneten Vernichtung aus Deutschland nach Frankreich und dann 1940 von Frankreich in die USA geflohen.

Dennoch sind auf den ersten Blick seine Filme den leichten Seiten des Lebens zugewandt. War Ihr Urgroßvater ein unpolitischer Mensch?

Max war auf keinen Fall ein unpolitischer Mensch. In Frankreich arbeitete er gegen die Nazis und verbreitete demoralisierende Anti-Propaganda über das Radio auf Deutsch. Dies war auch einer der Hauptgründe, weswegen er auf einer schwarzen Liste stand, mit all denjenigen, die von den Deutschen, nach der Eroberung Frankreichs, sofort zu töten waren. Letztes Jahr wurde ein für das Werk von Max untypischer holländischer Film gezeigt: Die Komödie ums Geld, eine beißende Satire auf den Kapitalismus. Dass sich seine Weltanschauung nicht unbedingt in sein Werk überträgt, hat vor allem damit zu tun, dass sein Talent es ihm erlaubte, atemberaubende Geschichten von starken Frauen zu erzählen, die von den gesellschaftlichen Umständen an den Rand des Abgrunds getrieben werden. Das ist auch eine politische Aussage, eine feministische Eingebung und Sensibilität, würde ich sagen, auch wenn sie durch die hohe Kunst des Mediums geschönt und verzaubert dem Zuschauer widergespiegelt wird.

Wie weit hat sich das Werk von Max und die gemeinsame Verfolgungserfahrung auf die dokumentarische Arbeit seines Sohnes und Ihres Großvaters, Marcel Ophüls, ausgewirkt, als Chronist einer Zeit, in der es gelungen ist, die Menschen

nicht nur physisch, sondern auch geistig auszulöschen? Der kosmopolitische jüdische Geist, der den Universalismus hochleben lässt, wurde vielerorts größtenteils vernichtet und ist heute vor allem noch in den USA, Frankreich, Großbritannien und Israel vorzufinden.

Wo ist der deutsch-jüdische Geist heutzutage noch aufzufinden? Überall, nirgendwo? Es ist eine erloschene Zeit, eine Blüte der Kunst und des Denkens, die zunichte gemacht wurde. Es hätte auch anders kommen können. Und das ist dabei so traurig. Andererseits bleiben uns ja die Filme von Max und den anderen, die Schriften einer Welt von gestern, Bilder, Musik, Ideale. Das Wichtigste ist, dass wir lernen, an sie anzuknüpfen, und das Gute, den Witz, die Lebensfreude und das kritische Denken in unsere Gesellschaft aufnehmen. Wichtiger noch ist, dass wir dagegen kämpfen, dass, wie manche es in Deutschland haben wollen, wir den Holocaust vergessen oder aus dem Unterricht entfernen. Die Gefahr, in den Hass zurückzukehren, den gab es damals wie heute. Die mahnenden Stimmen wurden damals in Deutschland zunichte gemacht. Es mussten neue kommen, die das Wort ergriffen haben und gegen die Dummheit, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere absurde Abwertungen von Menschenleben gesprochen haben. Genau dieser Kampf ist der bereits besprochene Kampf um die Demokratie und Menschenrechte, der niemals enden darf.



Benjamin Seyfert (links) bei der Preisverleihung des Filmfestivals Max Ophüls Preis 2019

Die Stadt Saarbrücken, in der 1902 ihr Urgroßvater als Maximilian Oppenheimer geboren wurde, versucht, dieses Erbe aufzunehmen, und gab ihrem 1988 gegründeten Filmfestival seinen Namen: Max Ophüls. Wird das Festival dem Anspruch diesem intellektuellen und künstlerischen Vermächtnis gerecht? Wie stellen sie sich das vor, ein Festival, welches das Widerständige und Antifaschistische Ihrer Familie widerspiegelt?

Genauso wie es dieses Jahr (2020) aussah. Ein Festival, das auf Diversität setzt. Mehr als zwei Drittel der Spielfilme im Wettbewerb hatten eine Frau als Regisseur, Rosa von Praunheim, der bekannte Pionier und Aktivist der deutschen Schwulenbewegung bekam für seinen Mut und sein einzigartiges Werk den Ehrenpreis, zudem war der thematische Schwerpunkt die gesellschaftlich hochrelevante Beziehung zum Nahen Osten, insbesondere Krieg und Einwanderungspolitik. Mein Lieblingsfilm war von der deutsch-syrischen Regisseurin Randa Chahoud und hieß Nur ein Augenblick. Es ging darin um einen jungen Syrier, der seine Freundin und sein sorgenfreies Studentenleben hinter sich lässt, um ins Kriegsgebiet seiner Heimat zurückzukehren, um seinen Bruder zu retten. Die Originalfassung, die leider nicht in den deutschen Kinos, sondern nur im Festival lief, mischte Deutsch, Englisch und Arabisch und war zudem unglaublich spannend. Man wird Max Ophüls gerecht, wenn man es den Zuschauern ermöglicht, ausgezeichnete Filme zu sehen, und man dabei vermeidet, bestimmte Menschen wegen ihres Aussehens, ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft zu benachteiligen.

Sie leben in Los Angeles, in nächster Nähe des Zentrums der US-Filmproduktion. Wie geht Hollywood denn mit der Corona-Pandemie um? Stimmt es, dass zum ersten Mal in der Geschichte Hollywoods dort keine Filme mehr gedreht werden?

Ja, soviel ich weiß, sind nur wenige Teile der Traumfabrik noch vollständig am Laufen, und zwar die Zeichentrickbranche, die sowieso viel mehr Zeit braucht, um Filme und Serien herzustellen. Jedoch wurden den Angestellten von Disney, Fox (The Simpsons, Family Guy, usw.) und anderen Studios das Notwendige ins Haus geliefert, um fast bruchlos weiterarbeiten zu können. Manche in meinem Freundeskreis meinen, die Kinos würden nie wieder

aufmachen. Das sehe ich nicht so. Aber wir werden es ja sehen. Hier steigt die Zahl der Fälle noch immer. Wer weiß, wie eine Welt aussieht, in der Hollywood das Fließband der Träume wieder zum Laufen bringt. Im Moment sind es vor allem die Streaming-Anbieter wie Netflix, die ungebremst weiter kassieren können.

Können Sie sich vorstellen, selbst Filme zu machen?

Vorstellen schon. Ob ich auch die Fähigkeit dazu habe und welcher Beruf mir in der Filmindustrie liegen würde, ist für mich noch etwas offen. Jeder Aspekt dieser Welt ist für mich spannend, und ich versuche hier und da meinen Einstieg zu finden.

Das Datum für das nächste, das 42. Festival Max Ophüls Preis in Saarbrücken steht schon fest: der 18. bis 24. Januar 2021. Treffen wir Sie dann in Saarbrücken wieder?

Auf jeden Fall. Solange es die Ein- und Ausreisebehörden erlauben. Auf meinem Weg zurück in die USA, im Januar 2020, gab es einige Schwierigkeiten. Aus welchem Grund auch immer wollte die Maschine im Flughafen meine Fingerabdrücke nicht erkennen. So wurde ich in einen überfüllten Raum befördert, vollgepackt mit Fluggästen aus damals besonders betroffenen Gegenden in China. Nach über zwei Stunden stickigen Wartens auf engem Raum wurde mir mein Pass in die Hand gedrückt und es hieß ohne weiteres, ich könne gehen. Ich bin nur dankbar, dass ich damals trotz dieses absolut unverständlichen Verfahrens Covid-19 nicht bekommen habe und dadurch meine Studenten an der UCLA nicht angesteckt habe. Schwein gehabt!



Georg Bense verstorben – ein Nachruf

Von Herbert Temmes

Unser Autor, ehemaliger Redakteur und Mitherausgeber Georg Bense ist an Gründonnerstag, den 9. April, im Alter von 81 Jahren verstorben. Georg Bense verstarb an der neuartigen Covid-19-Infektion, wie seine Ehefrau Eva Bense mitgeteilt hat. Vielen Saarländerinnen und Saarländern ist er als langjähriger freier Mitarbeiter des *Saarländischen Rundfunks* bekannt, für den er zahlreiche Filme gedreht hat. Bense begann als Kameramann, wurde Filmemacher und Autor, schrieb und verfilmte eigene Drehbücher und arbeitete außer für den Saarländischen Rundfunk für *ARD*, *arte* und *ZDF*. Zahlreiche Texte schrieb neben den *Saarbrücker Heften* für das Magazin *OPUS* und bis zuletzt auch für die *Saarbrücker Zeitung*.

Die Zusammenarbeit mit den Heften begann nach seinem Film »Der Mann der Filme malt« über Frédéric Back, kanadischer Oskarpreisträger, gebürtig aus Saarbrücken St. Arnual.

Die *Saarbrücker Hefte* kamen vor zwanzig Jahren zum genau richtigen Zeitpunkt auf ihn zu, hatte sich der *SR* doch in einer umstrittenen Art und Weise von ihm getrennt. Das abrupte Ende seiner Tätigkeit für den *SR* hatte ihn sehr getroffen und mit dem an ihn herangetragenen Wunsch, für die Hefte zu schreiben, eröffnete sich für ihn eine neue und zugleich doch lange vertraute Welt: die des feuilletonistischen Schreibens. Georg Bense gab in seinem letzten von ihm veröffentlichten Buch den Hinweis auf seine Tätigkeit als verantwortlicher Redakteur der studentischen Literaturzeitschrift »abschnitte«. Seine Arbeit für den *SR* hat er dennoch viele Jahre nach dem Ausscheiden, als er längst wieder damit im Reinen war, als die besten Jahre seines Lebens bezeichnet. Und Hans Bünthe hat in dem Buch »Geschichte und Geschichten des Senders an der Saar – 50 Jahre Saarländischer Rundfunk« aus dem Jahr 2007 Georg Bense anerkennend als »den innovativsten Filmemacher des *SR* über vier Jahrzehnte« bezeichnet. In seinem Nachruf auf Georg Bense für



den *SR* hat Sven Rech davon berichtet, dass es mehr als 800 Einträge über Werke von Georg Bense im Archiv des *SR* gebe.

Sein erster Beitrag für die Hefte erschien in der Ausgabe 84 (Winter 2000). Und gleich mit diesem ersten Text lernte die Redaktion, dass der Autor Bense Eingriffe in seine Texte keinesfalls unwidersprochen hinnehmen würde. Mehrere Jahre lief die Korrespondenz über einen Briefkasten. Georg Bense verfasste seine am Telefon oder per E-Mail vorab angefragten Texte und lieferte sie ab, indem er sie in einen Briefkasten warf. Gleich mit dem ersten Text gab es eine Kontroverse über Eingriffe darin, die er nicht unwidersprochen hinnehmen wollte. Dann wurde er selbst Mitglied der Redaktion von Heft 93 bis Heft 106. Georg Bense lagen vor allem Kunst und Kultur am Herzen. Seiner Lothringen-Liebe galten zudem viele seiner in den Heften erschienenen Texte. Die für viele unbekannte Welt unserer Nachbarregion Lothringen hat Georg früh für sich entdeckt. Er hat Lothringen vielfach

portraitiert, filmisch und in Texten. Zuletzt hat er seine Liebe zu Lothringen – das Buch mit dem gleichnamigen Titel von Günter Metken war eine seiner Leseempfehlungen – in einem eigenen Reiseführer zum Ausdruck gebracht: »Gesichter Lothringens. Unterwegs auf Haupt- und Nebenwegen«. Über Lothringen selbst hat er dort geschrieben: »Stille ist einer der Charakterzüge Lothringens. Kommt man am späten Nachmittag, vielleicht sogar erst in der Dämmerung, setzt sich die Ruhe der Hügellandschaft in den Dörfern und Kleinstädten fort.«

Mit ihm wurden die Hefte auch journalistischer, vor allem das Format des Interviews zog stärker in die Hefte ein. Auch um dem Problem begegnen zu können, Experten, die an Themen selbst arbeiteten, dennoch in den Heften mit ihren Ansichten, Meinungen oder ihrer Expertise wiedergeben zu können. Die Bilder für seine Texte hat er immer selbst mitgeliefert. Die Photographie gehörte für den Kameramann zum selbstverständlichen

Medium der Gestaltung hinzu. Orte, Museen oder Personen suchte er auch immer selbst auf.

Auf seinen Vater, Max Bense, angesprochen zu werden, war ihm eher unrecht. Er wollte früh aus den Fußstapfen des Mitbegründers der »Stuttgarter Schule« heraustreten und ging auch deshalb ins Saarland. Ludwig Harig, der mit Max Bense befreundet war und mit dem Georg Bense bis zu Harigs Tod in Kontakt gewesen ist, war daran nicht unbeteiligt.

Nach Film, Regie und Drehbuch zog es Georg Bense auch zum Theater. Vor allem große Opern und das Tanztheater begeisterten ihn. Er schrieb ein Stück über Gustav Regler, das im Jahr 2014 vom Saarländischen Staatstheater als szenische Lesung uraufgeführt wurde.

Das Saarland, in dem er seit den 60er Jahren gelebt hat, verteidigte er immer – trotz der oft gerügten Kleingeisterei oder Saartümelei. Für ihn war das Saarland aber auch das Sprungbett in die weite Welt. Die Welt, die er mit seinen Filmen und später auch mit seinen Texten vielen Menschen nähergebracht hat.

» Ist das wirklich Leben?

Das Jüdische Museum im elsässischen Bouxwiller

Von Georg Bense

Von dem berühmten jüdischen Religionshistoriker Gershom Scholem stammt der Satz: »Wir sehen das Judentum als etwas Lebendiges, als eine Gemeinschaft, als ein Volk, das sich selbst zu verwirklichen sucht.« In diesem Sinne ist das jüdische Museum (Musée Judéo-Alsacien) von Bouxwiller ein Ort, in dem Besucher lebendig gehaltene Geschichte jüdischen Lebens und Kultur auf zeitgenössische Art begegnen können. Bewahrte Erinnerungen vergangener Generationen, Dokumente zur Geschichte eines Volkes, dem seine Existenzberechtigung über Jahrhunderte hinweg immer wieder streitig gemacht wurde. Menschen, deren Alltag durch Pogrome und Restriktionen in verbrecherischen Ausmaßen immer wieder erschwert wurde. Beheimatet ist das Museum in der 1842 gebauten, ehemaligen Synagoge von Bouxwiller, einer Gemeinde unweit von Saverne. Das beschauliche Städtchen mit seiner ausgeprägten Idylle von Fachwerkhäusern war Ende des 18. Jahrhunderts zeitweise Hauptort der Grafschaft Hanau-Lichtenberg und ein Zentrum ländlichen jüdischen Lebens im Dunstkreis von Straßburg – über Jahrhunderte eine der größten jüdischen Gemeinden des Reiches. Zum ersten Mal im 12. Jahrhundert urkundlich erwähnt, wurde die jüdische Minderheit im elsässischen Volksmund als »Kammerknechte des Reiches« verspottet. Oft schützte sie nur das Wohlwollen des Kaisers vor Drangsalierungen durch die Bevölkerung. Nicht selten mussten Juden unter Verfolgungen ihren Alltag leben. Da ihnen Handwerk und Landwirtschaft untersagt waren, blieb ihnen nur das »Geschäfte machen«.

Das Museum von Bouxwiller führt mittels eines ausgeschilderten Rundgangs die Besucher durch eine didaktisch zusammengestellte Präsentation seiner Exponate. In dreizehn thematisch geordneten Räumen werden Zeugnisse aus dem kollektiven Gedächtnis einer ländlich strukturierten jüdischen Gemeinde gezeigt. Unter dem Oberbegriff »Leben und Zusammenleben« beschäftigt sich zum Beispiel ein Raum mit der Typologie der Synagoge. Hebräische Schriftbilder, Thorarollen und Darstellungen religiöser Zeremonien bei Bestattungen, Hochzeiten, Festen und dem Schabbat sind Stationen des Rundgangs. Ein anderer Schwerpunkt liegt auf den sozialen Kontakten innerhalb der Gemeinde und den Bemühungen um eine friedliche Koexistenz mit christlichen Nachbarn, nicht immer mit Erfolg. Das Museum zeigt seine Exponate auf verschiedenen Ebenen, zu denen man über kurze Passagen, Stufen, schiefe Ebenen und eng gefasste Rampen gelangt, die effekt- und stimmungsvoll ausgeleuchtet sind. Höhepunkt ist eine Aneinanderreihung von Vitrinen entlang einer abwärtsführenden Rampe, gestaltet in Form einer beidseitigen »Schaufensterfront«, die mit alten Fotos, Zeichnungen, Plakaten und Stichen Informationen aus dem kulturellen Erbe der jüdischen Gemeinde im Département Bas-Rhin vermittelt. So ist der Besuch dieses Museums eine sinnvolle Begegnung mit jüdischem Leben, die dazu dienen könnte, antisemitischen Strömungen unserer Zeit zu begegnen. »Ich bin Elsässer und Jude«, schreibt der Dichter Claude Vigée (geb. 1921) und fragt: »Das Warten ohne Welt, das wir erleiden, ist das noch wirklich Leben?« Im jüdischen Museum von Bouxwiller kann man Antworten auf diese Frage finden.

Das Fundament

Von Irina Rosenau

DER VATER ist dürr, sehnig, er baut das Sommerhaus selbst. Die Sonne verbrennt die Haut an seinen Armen, Schultern, am Nacken, überall, wo das Unterhemd sie frei lässt. Er gräbt, er scheint es nicht zu merken, die kurzen dunklen Haare werden vom Erdstaub aschig gefärbt. Das Haus braucht ein Fundament. Er hat den Bauplan selbst gezeichnet, ich habe ihm dabei zugesehen. Die Mutter ist stolz. »Wenigstens das hat man dir in der Fachschule beigebracht«, hat sie gesagt.

Sieben Jahre nach dem Bau wird Vater das Sommerhaus verkaufen. Monatelang wird er mit der Mutter streiten und die Einwilligung fordern:

»Ich habe es gebaut, ich kann es auch verkaufen. Das ist mein Haus.«

Mutter jätet die Blumenbeete in der Mittagssonne. Sie bringt mir bei, die Stiefkinder an den Blattachsen der Tomaten zu entfernen. Die neuen Triebe knickt sie weg, damit sie nicht zu kräftig werden, so können die Früchte besser wachsen. An den Bruchstellen treten Tropfen des Rispensafts heraus.

Am Tag ist es heiß, Mutter schenkt dauernd den säuerlichen Kwas ein. Abends schmiert sie die geröteten Hautstellen mit Kefir ein, wir ziehen Baumwollpullover und lange Hosen an, Stechmücken setzen sich auf unsere Hälse, Handgelenke und Knöchel.

Sie sagt: »Du kannst jetzt die Erdbeeren ausdünnen.« Sie zeigt mir wie. Ich reiße die schlangenartigen Ableger ab, teilweise haben sie bereits Wurzeln geschlagen und Blüten gebildet. Ich habe kein gutes Gefühl dabei, sie auf den Unkrauthaufen fallen zu lassen, sie werden aus der Tonne unten am Sumpf in die Grube geworfen.

Drei Ar umgegrabenes sandiges Land, das Grundstück ist abgemessen und in Beete aufgeteilt worden. Junge Apfel- und Pflaumenbäume, Sanddornbüsche breiten ihre Wurzeln aus, ziehen Säfte aus dem Boden, markieren die Grenze zur holprigen Siedlungsstraße. Sie endet hier, am letzten Grundstück des Ortes, am eisernen Tor mit einer Kette als Schloss. Dahinter liegen die Felder, die Wiese. Und wenn man auf die niedrige steinerne Mauer der Nachbarn steigt, sich auf die Zehenspitzen stellt und den Hals streckt, kann man am Horizont das Aufblitzen des Flusses sehen, als hebe die Ebene mit ihrem grün schimmernden Körper voller Grashorste und Bütle einen Fischschwanz in die Bläue des Himmels.

DIE NACHBARSFAMILIE mit vier Kindern ist an diesem Wochenende nicht da. Das fertige dreistöckige Haus ist still, die Fensterläden sind verschlossen. Einmal, als ich auf den Zehenspitzen auf dem Mauerrand gestanden und den Hals gestreckt habe, haben die älteren zwei, die Zwillinge, mich aus dem geöffneten Fenster gerufen und sich hinter den Gardinen versteckt. Danach sind sie zu mir gekommen und haben mich ins Haus eingeladen, um Limonade zu trinken. Ich habe die Schuhe ausziehen müssen, bin über die bunten Läufer ins Wohnzimmer geführt worden, in dem es keine gewohnten Wandschränke und gepolsterte Sitzgarnituren gab, sondern unterschiedlich breite Holzbänke, als Sitz- oder Schlafflächen mit Kissen und Teppichen ausgelegt. Und die Limonade war keine Flaschenlimonade, es war ein Honiggetränk aus dem Krug. Sie führten mich durch den dicht bepflanzten Garten in die Scheune und zeigten mir

ihr Versteck. Wir kletterten über die Leiter hoch unters Dach. Das Mädchen ließ seine Beine vom Rand des Dachbodens hängen und fragte: »Sollen wir herunterspringen?«

Ich habe einmal gesehen, wie ein Junge vom Klettergerüst gefallen ist. »Wir würden sterben«, antwortete ich.

»Wenn du springst«, sagte sie, »verrate ich dir ein Geheimnis.«

Ich schob mich zur Leiter hin und fing an herunterzuklettern.

»Warte«, sagte der Junge, »willst du es wissen oder nicht?« Er krabbelte durchs Stroh zum Dachfenster, seine Schwester kroch ihm hinterher, ich stieg wieder nach oben und folgte ihnen. Durch das Fenster sahen wir in den Hof, wo ihre Geschwister spielten. »Unser Bruder Sery ist fünf«, sagte der Zwilling. »Und Liddi ist die Kleinste, sie ist vier.« Er machte ein wichtiges Gesicht, aber ich verstand nicht, warum es ein Geheimnis sein sollte. Dann flüsterte er: »Liddi wird sterben.« Ich betrachtete das Mädchen mit den feinen, strähnigen Haaren. Es zupfte Grashalme heraus und legte sie zufrieden in den Eimer.

»Liddi hat ein schwaches Herz.«

Ich stellte mir ein dünnhäutiges, feines Organ in ihrer Brust vor, ganz anders als das, was ich später auf einer Lerntafel in der Schule betrachten sollte, zwischen den Rippen eines hautlosen Menschen, ausgestattet mit wulstigen roten und blauen Röhren und Schläuchen. Seitdem an jedem Wochenende, wenn die Nachbarn nicht da sind, frage ich mich, ob Liddi noch lebt.

HINTER DEM SIEDLUNGSZAUN hat Vater einen Teich angelegt, nicht weit vom Abstieg zum Sumpf. Er hat Karpfen reingelassen, aber er ist nicht da gewesen, um sie zu füttern, das Wasser ist trüb und stickig geworden, und sie haben nicht überlebt. Reglos sind sie an der Oberfläche getrieben.

Um den Teich herum wachsen wilde Gräser, Vater mäht sie ab und zu. Die Sense hängt im Schuppen, einem ausrangierten Bauwaggon, an der Tür, die immer offen steht. Ich habe mal gesehen, wie er sie geschärft hat. Im Schuppen ist das Werkzeug aufgehängt, die Rechen, die Spaten, ein großes Holzrandsieb: Die Erde rieselt heraus, wenn man es benutzt, während Wurzeln und Pflanzenreste auf dem Drahtsieb tanzen. Ich will es wieder ausprobieren, ziehe das Sieb vom Haken, es hängt zu hoch, stößt an ein Einmachglas, fällt und zerbricht. Schwärzlicher Sirup zieht über den Boden. Die zähe Flüssigkeit nähert sich meinen nackten Füßen und kriecht über die Zehen, verbreitet den vertrauten Geruch des Leinölfirnisses, den Geruch unserer Stadtwohnung, der gepflegten Wandverkleidungen.

Ich darf nicht auf die Wiese wegen dem Teich. Ich stampfe mit den Füßen die trockene Erde um die Gemüsebeete fest, verlege die Pfade, die vor Staub dampfen. Der Himmel senkt und blendet.

Vater hebt tagelang den Untergrund für das Fundament aus. Die obere Sandschicht des Grabens ist trocken und grau, darunter ist sie feucht, gelb, die Tonschicht ist rötlich. Ich springe in den langen Gang, der mittlerweile Kurven gebildet hat. Der

Spaten krächzt, der Rücken des Vaters senkt und hebt sich. Ein breiter Rücken mit dem Kopf, den Armen und dem Spaten. Er beugt sich, holt die Erde heraus und wirft sie über den Rand der Grube hinaus. Der Grund unter all den farbigen Schichten ist kühl. Ich beuge mich nach vorn, greife etwas Lehm, er ist weicher als gedacht. Ich greife noch eine Handvoll, trete vor und sammele Lehmklumpen auf. Als ich mich aufrichte, leuchtet vor mir der Rücken des Vaters auf, mit einem Ruck trifft mich der Spatenstiel ins Gesicht. Ich falle, ich spüre nichts, dann kommt doch der Schmerz, stumpf steigt er von der Nase über die Augen in die Stirn. Der Vater hat den Spaten geworfen, er hält mich im Arm. »Ich habe es nicht gesehen«, sagt er der Mutter, als er mich aus der Grube hochhebt, seine Stimme zittert.

Erschrocken über das Blut, trägt sie mich in den einzigen Schatten auf dem Grundstück, hinter die Latrine, dann trabt sie weg, kommt mit einem nassen Tuch zurück, bedeckt damit meine Stirn. »Was ist dir eingefallen, hineinzusteigen?« Sie tastet meine Nase ab, wischt mir im Gesicht herum und tut mir weh. »Macht nichts«, will ich sie beruhigen, »ist nicht schlimm.«

»Beweg dich nicht, bleib so.« Sie lässt das Handtuch da und geht. Bevor wir wegfahren, muss alles gegossen werden. Ich bleibe an der heißen Wand der Latrine sitzen, warte, dass der Schmerz nachlässt. Von hier aus sehe ich die geschlossenen Fensterläden am Haus der Nachbarn.

MIT DER ZEIT dürfen die Zwillinge und ich allein zum Fluss. Das erste Mal, als der Vater mit seiner Angel in der Frühe das Haus verlässt, folge ich ihm auf die Wiese. Er entdeckt mich erst am Ufer, dreht sich um, sieht mich, lässt mich bleiben. Die Adern des Flusses sind dunkel. Der Torf, den das Wasser vom Grund löst, färbt den gewundenen Strom kastanienrot. Wir stehen im knietiefen Wasser, beobachten die Kaulquappen, wie sie im seichten Uferwasser flirren.

Mit jedem folgenden Sommer werden die Grenzen unserer Freiheit ausgedehnt, nur Liddis Spielbereich verkleinert sich. Während wir in den Hain laufen oder über saftige Horste springen – wer ausrutscht und mit einem Fuß in den ekligen Schluff gerät, verliert – sitzt sie mit Sery, der ihr nicht von der Seite weicht, im vorderen Garten der Eltern, so dass die sie im Auge behalten.

Die Obstbäume tragen eine Menge. Über den Winter werden die Äpfel im Haus gelagert, einfach auf dem Dielenboden liegengelassen, bedecken die ganze Bodenfläche. Die Räume haben zunächst den Geruch des Leinöls angenommen, saugen sich aber von Jahr zu Jahr mit dem Duft der Äpfel voll.

Mutter schnauft, es fällt ihr schwer, mit dem dicken Bauch im Beet zu knien. Das Beet auf der Straßenseite muss in Ordnung gebracht werden. Es ist die Vorzeigeseite, hier sollen Dahlien, Astern, Schwertlilien kräftig blühen. Der Baumwollstoff ihres Kleides spannt um die Bauchkugel: Darin liegt meine Schwester.

Die Farbe der grünen Hausfassade blättert bereits ab, löst sich von den Rändern des Bretterverschlags. Vater will sie nicht erneuern, er will nichts mehr machen, nachdem

seine Ersparnisse durch die Reformen über Nacht aufgeessen worden sind. Er hätte ein neues Auto dafür kaufen können, jetzt reicht das Geld nicht einmal für ein Fahrrad. Die Preise sind in wenigen Tagen ums vielfache gestiegen.

Er sitzt auf dem Stuhl in der Einfahrt, sein Gesicht schwer und unförmig wie Lehm, seine braungebräunten Wangen, seine Lider zucken. Er raucht, lauert auf Vorbeigehende, verwickelt sie in seine Klagen.

Die Frau soll am Essen sparen, das Taschengeld streichen. Sie hat mit dem Kauf des Autos warten wollen, das kann Vater ihr nicht verzeihen. Eines Abends, als sie vom Friseur nach Hause gekommen war, griff er sie an den Haaren, sie schrie auf. Ich rannte zu ihm, stieß ihn weg, er fiel rückwärts auf den Couchtisch. Durch den Aufschlag brach eine Ecke der Tischplatte ab. Ich erschrak. Aber er stand nur auf und ging an mir vorbei aus dem Zimmer.

»Ich habe es gebaut, ich werde es verkaufen!«, höre ich ihn immer wieder schreien. »Er setzt sich manchmal Sachen in den Kopf wie ein kleines Kind«, sagt Mutter entschuldigend.

Einmal aber schlägt sie ihm ins Gesicht und geht weg. Ich sehe, wie sie über die Pfade zwischen den Beeten läuft. Er geht ihr hinterher, ruft. Am Schuppen bleibt er stehen und hängt die Sense vom Hacken ab. Sie dreht sich in diesem Moment um, als hätte sie mit dem Rücken gesehen. Sie fängt zu rennen an, sie rennt schnell, trotz ihres Bauchs.

Er läuft ihr nach, den langen Sensenwurf in der Hand, stolpert, fällt aber nicht, wirft die Sense ins Gras. Dann verschwinden die beiden hinter dem Tor, wo die Straße zum Sumpf hin stark abfällt.

Die Stimmen der Nachbarkinder klingen am Ende des Grundstücks. Der Rauch vom Grillfeuer zieht herüber, die Schwalben gleiten tief, es wird regnen.

Eine Frau auf der anderen Straßenseite steht im Bikini und hält ihre Handfläche als Schirm über den Brauen, die Augen versinken im Schatten der Hand; kann sie überhaupt sehen?

Ich stelle mir vor, wie der Lauf das Baby im Bauch aufrüttelt. Eine kleine Puppe, verborgen im rundlichen Körper meiner Mutter.

In der Dämmerung tauchen die beiden auf. Er geht düster vor, sie hechelt blass hinterher.

Am nächsten Tag kommt meine Schwester zur Welt, drei Wochen zu früh.

»Lass mich bloß in Ruhe,« wird Mutter ihm sagen, »verkaufe das Haus.«

ZEIT-Vertrieb

Von Reinhard Wilhelm

Die Zeitung mit den drei großen Bs, Buchstaben, Busen und Beckenbauer, lese ich nur, wenn Mitfahrer sie im Zug liegen lassen. Dann genieße ich es, mich mal wieder voll über das niedrige Niveau dieser Zeitung zu entrüsten.

Ich selbst hinterlasse auch gern Zeitungen in Zügen. Aber ich hinterlasse natürlich nur Qualitätspublikationen und ich lasse sie nicht einfach irgendwo liegen, sondern platziere sie strategisch, ja genau, strategisch! Meine Platzierungsstrategie für die einzelnen Teile meiner Zeitungen setzt Prioritäten, je nach Bahnstrecke und Region.

Seit zum Beispiel die ZEIT eine Fußballseite hat, beginne ich meine Bahnfahrten in Saarbrücken mit deren Lektüre und lege sie dann in Höhe Kaiserslautern ab, weil ich weiß, wie sehr der Pfälzer Artikel über guten Fußball schätzt, auch wenn leider der FCK nur mehr selten darin vorkommt. Im Raum Mannheim deponiere ich das Feuilleton, vorzugsweise mit Musik- und Theaterkritiken, um die Bewohner der ehemaligen europäischen Kulturmetropole darüber zu informieren, was kulturell so in der Welt los ist. Es kann ja nie schaden, ein paar nostalgische Gefühle zu wecken. Im Raum Frankfurt lasse ich unauffällig linksliberale Artikel aus dem Wirtschaftsteil liegen. Vielleicht sprechen sie ja das Restgewissen dieses oder jenes Bankers an, so dass er wieder zu einem brauchbaren Mitglied der menschlichen Gemeinschaft wird. Den Reisetil deponiere ich im Flughafen Frankfurt, um den Leuten zu helfen, die dort ratlos herumstehen und nicht wissen, wohin sie gerade in Urlaub fliegen wollen. Bevor ich allerdings den Zug im Flughafen verlasse, schicke ich den Autoteil mit dem Verriß der neuen Opel-Modelle auf die Weiterreise nach Rüsselsheim. So etwas kann im Allgemeinen doch sehr aufbauend wirken! Den Politikteil nehme ich mit ins Ausland, um den Leuten dort die Chance zu geben, sich an unserem Vorbild zu orientieren.

Bei Horden von lärmenden Rentnern auf Gruppenreise hinterlasse ich unauffällig die Seite mit den Todesanzeigen. Das bringt etwas Ruhe in den Wagen.

Den Teil *Glauben & Zweifel* der ZEIT muss ich leider auseinanderreißen. Die Artikel über Glauben kommen flächendeckend in die agnostischen Teile unserer Republik, also die neuen Bundesländer. Die *Zweifel*-Teile verstreue ich eher in den hartnäckig religiösen Teilen des Landes, also bei den Pietisten in Schwaben oder den bayerischen Katholiken. Ein bisschen Nachdenken kann doch nicht schaden.

Aus dem Ausland importiere ich fremdsprachige Presseprodukte und deponiere sie auf der Heimreise im Zug, weil mir die Fremdsprachenförderung meiner Landsleute nämlich echt am Herzen liegt.

Von einem Export unseres Lokalblattes sehe ich allerdings ab, um die Vorurteile über das Saarland und die Saarländer nicht weiter zu fördern.

» Ich möchte ein solcher werden, wie mein Vater gewesen ist

Christian Baron, Ein Mann seiner Klasse, Claassen, Berlin 2020; 280 S., 20 Euro.

Das Beste an der Kindheit ist, dass sie vorüber ist. Vorüber kann sie aber solange nicht sein, solange noch etwas an ihr ungeklärt bleibt. Dann muss einer (oder eine) in sie hinabsteigen wie Aeneas in die Unterwelt. Christian Baron hat diesen Abstieg nun zum zweiten Mal gewagt, und der große Vorzug seiner Bücher besteht darin, dass er seine Beobachtungen, so persönlich sie sind, nicht im Persönlichen belässt. Er berichtet aus einer kaum mehr beachteten Welt, dem Proletariat.

Das Proletariat liegt, trotz seiner Auftritte bei RTL II, dem Durchschnittsbewusstsein so fern wie die Seelen, die in Totalen Institutionen gefangen gehalten werden, all die Alten, Häftlinge, Irren und chronisch Kranken. Fern liegt das Proletariat auch einer Linken, die einst auf es gesetzt hat, weil es die Klasse ist, die außer ihrem schäbigen Leben nichts zu verlieren hat. Längst hat sich diese Linke verbürgerlicht, ihre grundsätzliche Kritik am Kapitalismus aufgegeben und sich anderen Schützlingen und Hoffnungsträgern zugewandt. Aus dem Proletarier wurde ein »Anderer«, der, wie alle Anderen (der Muslim ist ein weiterer Kandidat), als böse, faschistisch, triebhaft gilt, nicht weil er böse, faschistisch, triebhaft wäre, sondern eben weil er der Andere, »fremd, anders, seltsam, unsauber und ungewohnt«,¹ ist.

Dass das Desinteresse der bürgerlichen Linken am Proletarier in Verachtung übergegangen ist, demonstrierte Baron 2016 mit seinem Buch »Proleten, Pöbel, Parasiten«.² Gleich schlug ihm, wie zur Bestätigung seiner These, Verachtung aus den linken Blättern entgegen. Das reichte von der blasierten Behauptung, zwar ließen sich noch »Bilder« der Arbeiterklasse aufrufen, aber sie selbst existiere gar nicht mehr,³ bis hin zu Thomas Ebermanns

Haudruff-Polemik, Baron fördere »kämpferischen Antiintellektualismus« und »gesundes Volksempfinden«, sein Buch sei ein »Kompendium reaktionärer Vokabeln«.⁴

Barons »Proleten, Pöbel, Parasiten« verbindet Erinnerungen an eine Kindheit im »abgehängten« Kaiserslautern und an ein hart erkämpftes Studium mit allgemeinen Erwägungen und Recherchen. Es ist also weder Wissenschaft noch Literatur, sondern ein Essay, der die großen Studien etwa von Pierre Bourdieu nicht ersetzen kann, aber doch sinnvoll ergänzt. Aufschlussreich ist etwa, dass der Akademiker des 21. Jahrhunderts sich nicht mehr mit besserem Geschmack in Kunst und Literatur vom Proleten absetzt, sondern mit gesunder Ernährung: »Wenn ich mich etwa in der Mensa mit meinen in Akademikerhaushalten aufgewachsenen neuen Freunden zum Mittagessen traf, dann kam es häufiger vor, dass ich wegen meiner Vorliebe für Pommes Frites mit einem humorvoll getarnten Tadel bedacht wurde.«⁵ Der Gang an die Fleischtkeke oder der Griff zur Zigarette wäre sein sozialer Suizid gewesen. So sieht Biopolitik von unten aus.

Mit »Ein Mann seiner Klasse« taucht Baron endgültig in die Unterwelt seiner Kindheit ein. Berührungen mit der Oberwelt sind selten, jedoch markant: die Polizisten, die den Vater misshandeln, indem sie ihn treten oder eine Zigarette auf seinem Arm ausdrücken; der Lehrer und die Schulklasse, die die Mutter auslachen, nachdem sie ein selbstgeschriebenes Gedicht vorgetragen hat; die Sachbearbeiterin im Sozialamt, die die Familie »schlimme Assis« nennt; ihr Kollege, der einem der Söhne, dem späteren Schriftsteller, dringend vom Abitur abrät; aber auch eine Lehrerin, die sich um ihn und seine Geschwister kümmert;

außerdem eine erst spät in Erscheinung tretende Tante in besseren Verhältnissen, die ihn mit einem Abonnement des »Spiegel« auf Kurs bringen will; schließlich deren Mann, der des Jungen »Begeisterung für den Sozialismus im Keim zu ersticken (versucht), indem er versprach, mir ein Praktikum beim örtlichen SPD-Bundestagsabgeordneten zu verschaffen«. ⁶ Felix Klopotek hat besonders auf die Erfahrung des Sohnes hingewiesen, den Vater, der Möbelpacker ist, einmal zur Arbeit begleiten zu dürfen. ⁷ Die Packer sind unter anderem gezwungen, gebrauchtes Mobiliar auf die Müllhalde zu werfen, von dem sie selbst nur träumen können.

Es ist diesen wenigen Begegnungen mit der Außenwelt abzulesen, wie die Familie nach unten kam und wie sie unten gehalten wird, aber auch, was sie oben erwartete, käme sie nach oben. Ansonsten konzentriert sich Barons Bericht auf die Geschehnisse in der Kernfamilie. Sie besteht aus einem brutalen Vater, der Frau und Kinder regelmäßig schlägt und auch davor nicht zurückschreckt, Schwangere in den Bauch zu treten, einer schwermütigen Mutter, die Poesie liebt und jung an Krebs stirbt, vier Geschwistern, einer resoluten Tante, die fast als einzige dem Vater Paroli bietet und nach dem Tod ihrer Schwester die Erziehung der Kinder übernimmt, außerdem aus je einem freundlichen und einem unfreundlichen Großvater. Armut bestimmt das Leben dieser Menschen seit Generationen, es kommt zu Episoden von Hunger; einmal kratzt das Kind auf der Suche nach Essbarem den Schimmel von der Wand und steckt ihn sich in den Mund.

Das Buch erhebt keine hohen literarischen Ansprüche, ist zwar lose chronologisch, aber nicht linear durchgezählt. Es setzt sich aus kurzen Erinnerungsblöcken zusammen, in denen sich zwei Perspektiven abwechseln: erlebte Vergangenheit und Vergangenheit im Rückblick. Der Rückblick ist als Gespräch mit der Tante, die Mutterstelle übernahm, und dem älteren Bruder gestaltet und deshalb besonders interessant, weil sich hier ein Klassenkonflikt niederschlägt. Das Proletariat, sagte der Regisseur Jean-Marie Straub, hat keine Geschichte. Es spricht auch nicht, es handelt. Der Erzähler ist also, eben weil er Erzähler ist, kein Proletarier mehr. Die Familie, die er in Kaiserslautern zurückgelassen hat, rechnet ihm das als Verrat und Überheblichkeit an,

doch immerhin verhilft er ihr zu einer exemplarischen Existenz.

In vieler Hinsicht problematisch ist die erlebte Vergangenheit, die in einem Vergegenwärtigungsmodus gehalten ist. Man nehme die bereits erwähnte Passage, in der die Mutter wegen eines eigenen Gedichts ausgelacht wird. Nachdem sie es deklamiert hatte, erhob sich der Lehrer, der hier Rudi Renninger heißt, »ging im Raum umher, sie spürte das Klappern ihrer Zähne, er blickte aus dem Fenster und atmete hörbar ein und hörbar aus, sie stand noch immer da, umringt von gehässigen Grimassen, Rudi Renninger drehte sich um, hob beide Arme, als sei er der besiegte Böse in einem Western, ehe er plötzlich losprustete, und mit ihm brach das gesamte Klassenzimmer in Gelächter aus«. ⁸

Dass die Zähne der Mutter klappern sollen, zeigt an, dass der Autor zwar intensivieren, sich dabei aber aller psychologischen Einfühlung enthalten will. Wie sollte er sagen können, was die Mutter in diesem Moment dachte? Er entnimmt ein äußeres Signal für Angst aus dem Comic oder dem Animationsfilm. Die Unentschiedenheit zwischen Nähe und Distanz kennzeichnet alle seine Berichte über Erlebnisse anderer. In ihr drückt sich auch ein ehrenwerter Skrupel vor der Darstellung aus. Zugleich tritt in dieser Szene, vielleicht schon im Zähneklappern selbst, vor allem aber in dem Vergleich des Lehrers mit einem Unhold aus dem Western, eine große Stärke des Buches wie des proletarischen Lebens zutage: die Aneignung von kulturellem Stoff.

Kommt der furchterregende Großvater zu Besuch, denken die Kinder an die Horrorfigur Freddy Krueger, kommt der Pfarrer, um der Mutter die letzte Ölung zu spenden, denken sie an den »Exorzisten« (den Film von William Friedkin aus dem Jahr 1973), schlägt der Vater die Tür ein, ist selbstverständlich das entsprechende Bild aus Stanley Kubricks Stephen-King-Verfilmung »Shining« (1980) präsent, des Vaters spätere Gefährtin kommt ihnen wie der böse Clown aus Kings »Es« (1986; Fernsehfassung 1990) vor. Abgesunkenes kulturelles Material dient der Familie zur Selbstverständigung und emotionalen Bereicherung, zur Erweiterung und Erhöhung, zur Kartierung der Welt und zur Flucht vor ihr. Alle vier Kinder kennen das Lieblingslied der Mutter, »The Rose« (1990) von der Kelly Family,

auswendig, mehr noch, in seinem Text spiegelt sich ihr ambivalentes Verhältnis zur Liebe als reißender Strom, als einschneidendes Messer, als Bedürfnis und Blume. Das Schicksal der Mutter ist für sie in Walt Disneys »Cinderella« (1950) festgehalten, Gesten und Tricks schauen sie sich aus »Die nackte Kanone« (1988) oder »Manta, Manta« (1991) ab, Dick und Doof erscheinen wie Familienangehörige.

Das proletarische Leben ist von Film, Fernsehen, Computerspiel, Schlager und Pop umspült, die es sich aneignet, die es umwandelt, mit denen es über sich selbst hinauswächst wie einst der Bürger dank seiner Mythologie. Verblüffend und auch komisch ist es, in einer Zeit, in der die bürgerliche Kultur endgültig ihren Geist aufgegeben hat, das Schöpferische einer solchen Verwandlung von Trash zu erkennen. Außerdem ist das Einziehen dieser Ebene ein Kunstgriff des Autors, er tritt über sie mit Lesern in einen Kontakt, die zwar nicht das Leben des Proletariats, aber viele dieser dubiosen Kulturgüter kennen, auch wenn sie es nicht gern zugeben.

Vor dem Hintergrund von Aneignung und Umwandlung muss der brutale Vater nicht nur als Max Cady aus »Kap der Angst« (1991) in der Version von – so der lallende Vater selbst – »Maddin Sosesesese« erscheinen, nicht nur als Monster, nicht nur als Kranker, sondern auch als Starker, als Actionheld, an dem sich der Sohn orientiert, wenn er sich Abziehtattoos auf den Oberarm klebt, den dicken Maxen markiert oder auf dem Schnappschuss einen Besoffenen spielt.

Einmal holt der Vater den Sohn vom Fasching in der Grundschule ab. Der Knabe hat sich als Dame kostümiert. »Du kannst ein Mann sein oder eine Frau, schwul oder irgendwas anderes, das ist mir komplett scheißegal«, erläutert der Vater seine Werte in Hochdeutsch, »(du) musst dir immer deinen Stolz bewahren. Wie dreckig es dir auch gehen mag, wer dich auch immer unter der Fuchtel haben mag, wo du auch immer gerade sein magst: Verlier niemals deinen Stolz. Niemals. Das musst du mir versprechen.«⁹

»Torheit und Stolz / wachsen auf einem Holz«, sagt das Sprichwort. Wer im Kapitalismus seines Lebens froh werden will, darf nicht stolz sein, sondern muss sich unentwegt demütigen lassen. Das gilt auf der Chefetage wie im Sweat Shop. Stolz ist ein aristokratischer Zug, in unserer Zeit bloß Donquichotterie,

aber entbehrt nicht der Größe. Indem Christian Baron seinem Vater gerade diese Tugend attestiert, setzt er die Bürger ins Unrecht, die das Proletariat verachten oder bemitleiden.

Stefan Ripplinger

Anmerkungen

- 1 Fredric Jameson, »The Political Unconscious. Narrative as a socially symbolic act« (1981), London und New York 2002, S. 101.
- 2 Christian Baron, »Proleten, Pöbel, Parasiten. Warum die Linken die Arbeiter verachten«, Berlin 2016.
- 3 Jakob Hayner, »Die prekären Topverdiener von morgen. In seinem Buch »Proleten, Pöbel, Parasiten« erklärt Christian Baron linke Studenten zu Feinden von Arbeitern«, »Jungle World«, 44/2016.
- 4 Thomas Ebermann, »Die nächste Barbarei. Haben Fehler und Versagen der Linken den Aufstieg der Rechten befördert?«, »konkret«, 4/2017, S. 28–33, hier S. 31.
- 5 Baron, »Proleten, Pöbel, Parasiten«, a.a.O., S. 53.
- 6 Christian Baron, »Ein Mann seiner Klasse«, Berlin 2020, S. 233f.
- 7 Felix Klopotek, »Klassensprecher. In der aktuellen Debatte über Klassenpolitik geht es vor allem um Herkunft, wo es um Zukunft gehen müsste«, »konkret«, 4/2020, S. 33–35, hier S. 35.
- 8 Baron, »Ein Mann seiner Klasse«, a.a.O., S. 23.
- 9 Ebd., S. 110f.

Saarland – Das verlorene Straßenbahnparadies

– oder: Zurück in die Zukunft!

Saarbrücken, Saarlouis, Neunkirchen und Völklingen sind autogerechte Städte. Das war einmal anders und das muss wieder anders werden, und zwar sehr bald!

Roland Priester, Stephan Lücke, Straßenbahnen im Saarland – Auf Schienen unterwegs in Saarbrücken, Saarlouis, Neunkirchen und Völklingen, Erfurt 2019, 152 Seiten, zahllose Fotos, 24,99 Euro.

In ihrem Buch »Straßenbahnen im Saarland« zeigen Roland Priester (Referatsleiter für Öffentlichen Personenverkehr, Binnenschifffahrt und Logistik im Wirtschaftsministerium des Saarlandes) und Stephan Lücke (Journalist und Verkehrsexperte), dass die oben genannten Städte einmal dichte Straßenbahnnetze hatten. In ihren größten Ausdehnungen glänzten Saarbrücken (74 km), Saarlouis (55 km), Neunkirchen (19 km) und Völklingen (15 km) etwa 1930 mit zusammen 163 Kilometern Trambahnstrecke. Und es gab Verbindungen zwischen den Netzen, so zwischen Völklingen und Saarbrücken, aber sogar ins Ausland. Man konnte zu der Zeit durch Umstieg ins Forbacher Netz gelangen. Bedenkt man, dass die Eisenbahnstrecken im Gebiet des heutigen Saarlandes sich damals sogar auf über 900 km summierten, hatte man ein dichtes ÖPNV-Netz, das seinesgleichen in der Welt suchte. Nicht einmal der Zweite Weltkrieg konnte diesem Netz dauerhaft etwas antun. Denn nach dem Krieg wurde es rasch wieder aufgebaut. Sargnagel der Tram jedoch waren das Auto und die autogerechte Stadt, die nach Plänen von Hans Bernhard Reichow in ganz Deutschland durchgesetzt wurde. Reichow, der in der Nazizeit (seit 1937 Parteimitglied) erst für den Generalplan Ost (zur wirtschaftlichen Eroberung der Sowjetunion) arbeitete und dann in Albert Speers Team kam, das schon 1944 den »Wiederaufbau« plante, nutzte nach dem Krieg die zerstörten Orte, um ihnen das zerstörerische Korsett der autogerechten Stadt aus der Nazizeit aufzuzwingen. Was da im Weg war, war die Straßenbahn.

Interessanterweise setzte sich diese Zerstörungspolitik im Saarland schon lange vor dem Wiederanschluss an das Bundesgebiet (Volksmund »das Reich«) durch. Hauptargumente waren - vordergründig - die Kosten, die der Erhalt des Netzes verursachen würde, denn die Kosten für die oft aus Bundesmitteln finanzierten Straßen, die dann massenhaft gebaut wurden, sah man nicht so direkt wie die Infrastrukturkosten der Tram, die die Kommunen allein tragen mussten. Das Netz wurde vernachlässigt, die Wagen nicht erneuert und auf Verschleiß gefahren und schließlich der Oberleitungsbus als angeblich billigerer Ersatz gepriesen. Doch auch der lebte nicht lange, der dieselstinkende Omnibus wurde zum billigen Ideal erkoren und die Luft mit Autos, Lkws und Bussen verpestet.

Heute stehen wir längst vor dem Desaster dieser Politik, die nicht nur unzählige Menschenleben und Verletzte auf der Straße forderte und fordert sondern durch massive Umweltverschmutzung auch die Klimakatastrophe maßgeblich anheizt. Der CO₂-Ausstoß des motorisierten Individualverkehrs nimmt als einziger von allen Emittenten zu und entwickelt sich zum Klimakiller Nr. 1.

Was tun?

Bevor wir uns damit beschäftigen, sei erst einmal das Buch gewürdigt.

All die oben genannten Probleme kann man darin zwar nur zwischen den Zeilen lesen. Aber immerhin kann man es.

In kurzen, sehr informativen Abschnitten wird die Entwicklung der Straßenbahn in

den oben genannten Städten von der Dampfstraßenbahn zur modernen »Elektrischen« geschildert. Die Netze wuchsen rasch – wurden oft zweigleisig ausgebaut – und trugen durch den Transport der Arbeitskräfte und Konsumenten zur wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus im Saarland bei, teils wurden gar Waren transportiert (auch daran sollte wieder gedacht werden). Politisch halten sich die Autoren zurück. Die Nazi-herrschaft kommt nur ganz peripher vor. Auch die gnadenlose Zerstörung der Netze durch Verschleiß und Verzicht auf Modernisierung im Nachkrieg findet wenig Kritik. Ein großes Plus jedoch sind die vielen hervorragenden historischen Fotos und die erstaunlichen Netzpläne. Ein gutes Buch. Highlight ist die Tram in Völklingen mit einer Steigung von 110 Promille, was 11 % (moderne Fernzüge schaffen höchstens 4 %) entspricht. Das dürfte nicht nur deutscher, sondern europäischer Rekord sein. Aus genau diesem Grund hielt sich die Straßenbahn in Völklingen bis in die siebziger Jahre, weil man keinem Bus zutraute zuverlässig die Steigung zu nehmen. In den anderen Saar-Städten wurde die Infrastruktur schon in den fünfziger Jahren zerstört.

Vor 25 Jahren kam dann die niederflurige Saarbahn. Ein löbliches Unternehmen mit einer langen Durchmesserlinie von Saargemünd bis Lebach. Die Saarbahn krankt jedoch daran, dass sie kein richtiges Netz hat, sondern nur wie eine Stichstrecke wirkt. Dabei gibt es Anschlüsse nach Forbach und dabei wurde sie mal als Netz geplant, vor allem, weil sie durch die Zweisystemtechnik auch bahntauglich ist. Aber die autofixierte saarländische Politik hat hier gründlich versagt, die Saarbahn ist auf halbem Wege verhungert.

Wie kann es also weitergehen? Auch das steht nicht in dem löblichen Buch, ist aber von großer Wichtigkeit. Die auf uns zurrollende Klimakatastrophe erfordert nicht nur

die starke Eindämmung des Autoverkehrs, sondern eine Reaktivierungsoffensive. Die kann und darf nicht nur die Bahn betreffen, sondern auch - und jetzt wird es revolutionär - die Straßenbahn. Sie muss nicht nur in Saarbrücken endlich ein ausgebautes Netz bekommen, sondern auch die anderen Städte im Saarland brauchen wieder Trams. Diese Straßenbahnsysteme (Schaut nach Frankreich, Leute, was da abgeht!) müssen ergänzt werden durch Elektrobusse, und zwar durch O-Busse. Auch die brauchen wir wieder, aber nicht als Konkurrenz zur Tram, sondern als Ergänzung. Und diese O-Busse müssen modern auch außerhalb von Oberleitungen fahren können, nämlich mit kleinen Batterien. In Saarbrücken gibt es bereits eine Firma, die solche automatischen Koppelsysteme (an die und weg von der Oberleitung) baut. Denn der reine Batteriebus ist im Winter nur schwer einsetzbar und unpraktisch, der Kombi-O-Bus aber von Vorteil, da er auch außerhalb von Oberleitungen fahren kann. Bahn, Tram und O-Bus müssen zudem mit dichten Fahrradnetzen in und außerhalb der Orte nicht nur ergänzt, sondern begleitet werden. Auch Fußgängernetze in den großen und kleinen Orten sowie autobefreite Zonen sind unabdingbar. Nur so kann das menschenfeindliche Privat-Kfz in seine Schranken verwiesen werden und nur so können die Menschen eine menschliche Mobilität pflegen. Die Zeit drängt, die Tram muss kommen, die anderen Verkehre auch. Zurück in die Zukunft!

Klaus Gietinger

Loblied mit lückenhafter Spurensuche

Paul Burgard/Gabi Hartmann/Klaus Peter Weber: Filmrausch – Das Kinowunder im Saarland. Geistkirch Verlag Saarbrücken 2019, 224 Seiten, 225 Fotos, 34,80 Euro.

Seit Erfindung des Films gehören die Bewohnerinnen und Bewohner des Saargebietes (seit 1947 des Saarlandes) zu den eifrigsten Kinobesuchern Europas. Die Faszination für das Kino fand ihren ersten Höhepunkt bereits in den 1920er und -30er Jahren mit über 1 Million Besuchen, wurde in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges nur kurz unterbrochen.

Bereits am 16. Oktober 1945 lief in Saarbrücken der erste Kinofilm nach dem Krieg im großen Saal des Johannishofes, der als prächtiger Kinosaal provisorisch hergerichtet wurde. Während draußen die Trümmerbahn ratternd die Schuttmassen der stark zerstörten Innenstadt von St. Johann wegfuhr, sahen drinnen die ausschließlich geladenen Gäste den Film »Le premier bal« von Christian-Jaque mit deutschen Untertiteln. Schon im Dezember 1945 eröffnete in der *Wartburg* das zweite Saarbrücker Kino. Auch auf dem Lande tat sich einiges. So lag Neunkirchen im Jahr 1951 bei den relativen Besucherzahlen mit über 25 Kinobesuchen pro Einwohner in der Statistik BRD/Saarland auf Platz eins vor Saarbrücken, Völklingen noch vor München, Frankfurt und Köln.

Mitte der 50er Jahre hatte das Saarland europaweit die höchste Kinodichte und Besucherzahl, Ende der 50er 206 Kinos bei knapp 1 Million Einwohnern, bevor Anfang der 60er mit dem »Pantoffelkino« die Kinokrise begann. Aber warum war gerade hier an der Saar der Drang nach Bildern so immens groß, so dass man mit Recht von einem *Kinowunder an der Saar* sprach? War es schlicht ein Mangel an Alternativen oder gar die Faszination eines magischen Rituals auf der Leinwand, das

man nicht verpassen dürfe – wie Nils Minkmar schon 1994 in einem Beitrag in den *Saarbrücker Heften* (Nr. 71/72) spekulierte? Die Autoren und Herausgeber des vorliegenden Bandes kommen zu ähnlichen Ergebnissen: »Die Welt war nicht genug, wenn sie nicht im Kino war. Dass ein solcher Ort auf die Menschen an der Saar in ihrer nun ziemlich kleinen Welt eine besondere Anziehungskraft ausübte, lag also vielleicht in der Natur der saarländischen Sache« (S. 5/7). Was Letzteres bedeuten soll, wird auch nach gründlichem Studium des Bandes nicht klar. Wir werden es wohl auch in Zukunft nicht wissen können, zumal dazu bislang keine empirisch validen Befunde vorliegen.

Die aktuellen Besucherzahlen für das Max-Ophüls-Preis-Filmfestival zeigen, dass an der Saar der Andrang zumindest auf Qualitäts-Kino-Erlebnisse nach wie vor anhält. 2015 hatte das Saarland immer noch eine hohe Kinodichte, Saarbrücken lag mit 25 Leinwänden – bezogen auf die Einwohnerzahl – bundesweit auf dem Spitzenplatz. Der Autorin und den Autoren des Bandes ist es ein Anliegen, »ein mit Augenmaß und Sachkenntnis komponiertes Loblied auf die Zeit des saarländischen Kinowunders zu singen ... wohl die erste etwas umfangreichere, eigenständige Publikation zur saarländischen Kinogeschichte ... trotz ihrer quellenbasierten Interpretationen aber eher als feuilletonistische Annäherung denn als fachwissenschaftliche Studie« (S. 7). Das ist ihnen auch vortrefflich gelungen – ein wundervoll kombinierter Text-Bild-Band, der das Kinowunder an der Saar aus unterschiedlichen Perspektiven eindrucksvoll, lebendig und emotional berührend



entfaltet – einmal aus der Sicht des filmaffinen Kulturhistorikers Paul Burgard, dann aus dem sehr persönlichen Erleben eines jungen Mannes, der über seine Film- und Technikbegeisterung und den Job als Kinovorführer zu einem der bekanntesten *Directors of Photography* Deutschlands reifte, Klaus Peter Weber. Die Journalistin und leidenschaftliche Filmjurorin Gabi Hartmann schreibt über das Filmland Saarland und Portraits der in Saarbrücken geborenen Regisseure Max Ophüls und Wolfgang Staudte und über sechs bekannte »filmverrückte Saarländer«: Albrecht Stuby, Michael Krane, Ralph Schwingel, Frank Barbian, Leo Schönhofen und Ingrid Kraus. Zwischen diesen Textbeiträgen, die mit zahlreichen Fotos aufgelockert sind, befinden sich fünf Bild-Kapitel (»Filme« genannt). Sie werden jeweils thematisch eingeführt, die Fotos mit erklärenden Subtiteln ergänzt. Der vorliegende Band ist umfangreich und multiperspektivisch, dem Thema Film entsprechend bildbetont, emotional angelegt, berücksichtigt die einmalige und faszinierende Architektur und opulente Innenausstattung der Filmtheater – wie sie damals zu Recht genannt wurden, deren Binnenleben, die unterschiedlichen Strategien der Vermarktung und Werbung, die Weiterentwicklung der Film- und Projektionstechnik bis zum Cinemascope, die Kunst des Filmvorführs und natürlich viele Anekdoten rund um das Filmerleben. Der kulturwissenschaftliche, quellengesättigte Beitrag über die Wundergeschichte des Kinos an der Saar ist in seiner Diktion und seinem Aufbau anregend frisch geschrieben, mit vielen Informationen und Analysen, zuweilen auch mit kritischen Anmerkungen. Er macht anschaulich

deutlich, dass Film neben und auch wegen der massenattraktiven Faszination damals viel mit Politik, Wirtschaft und Religion zu tun hatte. Die Kinolandschaft hatte unter der französischen Militärregierung wie auch im autonomen, aber wirtschaftlich an Frankreich gebundenen Saarstaat mit seinem Sonderstatus ein spezifisches Profil. So waren Mitte der 1950er Jahre im überschaubaren, begrenzten saarländischen Filmmarkt fünf Verleihfirmen aktiv: »Allerdings wurde der Konkurrenzkampf mit harten Bandagen und oft mit unfairen Mitteln ausgetragen, wobei die einen ihre politische, die anderen ihre ökonomische Macht zuweilen missbrauchten. Und sie fochten einen Wettbewerb aus, der ... mit seinen Sonderkonditionen (begrenzter Absatz, indirekter Verleih, Importzoll, Zensur, Vergnügungssteuer etc.) ruinöse Folgen haben musste« (S. 44/45). Die Regierung unter Johannes Hoffmann war einerseits bestrebt, den Wiederaufbau der Kinos mächtig zu fördern und der populären Begeisterung für das Massenmedium entgegen zu kommen, wollte aber andererseits möglichst großen, regulierenden Einfluss auf die Kinoszene behalten und schreckte auch vor drastischen Zensurmaßnahmen gegen einzelne Filme oder Filmplakate nicht zurück. Politiker, Lehrer, Polizisten und katholische Pfarrer gingen eine volkspädagogische, bildungsbürgerliche Koalition gegen das vermeintlich niedrige Niveau ein. Burgard schildert heute abstrus und bizarr anmutende Kampagnen gegen Zorro-Filme; der Film *Große Freiheit Nr. 7* wurde verboten; sogar *Dick-und-Doof*-Filme gerieten ins Visier der Zensoren. Der manchmal »pathologisch erhöhte Angstlevel« in vielen

öffentlichen Bereichen des Saarstaates habe vermutlich mit den »fragilen Existenzbedingungen dieses ziemlich artifiziellen Staatswesens« zu tun gehabt, ohne Vergangenheit und ohne gewisse Zukunft, Angst vor alten Nazis, Kommunisten, vor zu viel Pluralismus und Meinungsfreiheit und vor subversiven Kräften: »Es ging der Zensur gar nicht in erster Linie um die im Film identifizierte Brechung eines konkreten sexuellen, religiösen oder politischen Tabus, sondern um die vermeintlich zersetzenden Folgen für die herrschende Ordnung« (S.60). Der öffentliche Umgang mit der moralischen und politischen Verantwortung war widersprüchlich. So konnten anfangs Filme des Nazi-Regisseurs Veit Harlan ohne Zensur der französischen Militärs und ohne öffentliche Empörung gezeigt werden. Tausende von Fans hätten an der Saar die alten Ufa-Stars ohne Berührungängste gefeiert und die politisch Verantwortlichen hätten diese fast wie Staatsbesuche empfangen: »Immerhin wäre es ja denkbar gewesen, dass die ehemaligen Stützen der Unterhaltungsindustrie im NS-Staat nicht unbedingt in jenem Saarstaat hofiert würden, die den Antifaschismus zum wichtigsten Bestandteil ihrer Staatsräson deklariert hatten. Davon konnte aber weder bei der Röck noch in einigen vergleichbaren Fällen die Rede sein, eher konnte man das Gegenteil beobachten« (S.72). Symptomatisch für den herrschenden Zeitgeist war auch, dass die Projektion von Wolfgang Staudtes Film

»Der Untertan« im Passage-Kino zuschauermäßig ein totaler Reinfall wurde. Bereits hier und auch bei der Präferenz deutscher Filmproduktionen zeigen sich Parallelen zwischen der bundesdeutschen und der saarländischen Kinogeschichte der 1950er Jahre. Paul Burgard vermutet, dass gründliche Forschungsarbeiten dies noch mehr verdeutlichen werden. Das Kinowunder an der Saar sei »ganz fraglos und primär ein deutsches ... Das altbekannte Kino hatte den nazistischen Alptraum überlebt, die alten Stars waren vielfach auch die neuen, sie unterhielten glänzend und boten Halt und Orientierung, keineswegs allein beim Vergessen und Verdrängen, genauso bei der Definition verbindlicher Verhaltensregeln und emotionaler Verbindlichkeiten« (S.69). Kritik an diesem ansonsten famosen und anregenden Text-Bild-Band sei am Beitrag über die Spurensuche im Filmland Saarland angebracht. Sicher können in dem vorgegebenen Rahmen nicht alle filmrelevanten Ereignisse oder Personen abgebildet werden, aber zumindest Hinweise auf die im Saarland geborenen prominenten Filmemacher wären angebracht: die in Saarbrücken geborenen Regisseure Franz Hofer (1882-1945) und Manfred (Manny) Kirchheimer (*1931), den in Neunkirchen/Saar geborenen Kinofilm- und Fernsehproduzenten Günter Rohrbach (*1928) und die beiden Brüder John und Paul Davidson, die beide bereits seit 1911 das UT-Lichtspielhaus betrieben.

Klaus Ludwig Helf

» Chronik einer Debatte

Kann die Stadt Saarbrücken sich die *Saarbrücker Hefte* weiter leisten?

Am 29. April 2020 wurden die *Saarbrücker Hefte* überraschend mit einer existenzbedrohenden Entscheidung des erst seit Oktober 2019 amtierenden CDU-Oberbürgermeisters Uwe Conradt konfrontiert. Er ließ die Redaktion wissen, dass er die von der Stadt Saarbrücken vor 65 Jahren gegründete Zeitschrift nicht mehr finanziell unterstützen wird. Zur besseren Nachvollziehbarkeit des Konflikts dokumentieren wir an dieser Stelle den Ablauf der Ereignisse rund um die Finanzierung der ältesten Kultur- und Gesellschaftszeitung des Saarlandes in chronologischer Reihenfolge.

Am 1. Oktober 2019 gratulierten die *Saarbrücker Hefte* Uwe Conradt schriftlich zu seiner Wahl als Oberbürgermeister von Saarbrücken und baten ihn um ein Gespräch über die Zukunft der Zeitschrift. Am 4. Oktober teilte sein Büro mit, er habe »den zuständigen Dezernenten der Landeshauptstadt, Herrn Thomas Brück, gebeten, sich mit Ihnen in Verbindung zu setzen«. Am 30. Oktober traf sich eine Delegation der Hefte mit dem Kulturdezernenten. Brück erklärte dabei, er werde die weitere Finanzierung des Blattes empfehlen. Da in den folgenden Monaten keine Reaktion aus dem Büro des Oberbürgermeisters erfolgte, wandte sich die Redaktion am 7. Februar 2020 erneut an OB Conradt:

Sehr geehrter Herr Conradt, seit nun 65 Jahren unterstützt die Stadt Saarbrücken ununterbrochen die Arbeit der Zeitschrift Saarbrücker Hefte. In dieser Zeit konnte die ehrenamtlich arbeitende Redaktion unabhängig agieren. Viele gesellschaftlich relevanten Themen wurden aufgegriffen, Hintergründe recherchiert und präsentiert, Literatur und andere Kunstschatze veröffentlicht und einiges wurde vor dem Vergessen bewahrt.

Um diese anspruchsvolle Arbeit fortsetzen zu können, sind wir auf die finanzielle Förderung der Stadt angewiesen. In den letzten Jahren wurden aus dem Verfügungsfonds der Oberbürgermeisterin/des Oberbürgermeisters jährlich 10 000 Euro für die Saarbrücker Hefte zur

Verfügung gestellt. Damit konnten knapp die technischen Kosten (Druck, Gestaltung etc.) beglichen werden.

Ohne diese Zuwendung ist eine Fortsetzung der traditionsreichen Saarbrücker Hefte nach derzeitigem Stand nicht länger möglich.

Gerne erläutern wir Ihnen die Lage bei unserem Treffen am 19. März 2020.

Mit freundlichen Grüßen

Ein für den 19. März 2020 vereinbartes Gespräch wurde vom Oberbürgermeister abgesagt. Am 22. April 2020 wandte sich die Redaktion erneut per Mail an Uwe Conradt.

Sehr geehrter Herr Conradt, die Redaktion der Saarbrücker Hefte arbeitet auch unter schwierigen Bedingungen, die durch die Corona-Krise entstanden sind, weiter an ihrem Vorhaben, ein neues Heft in der ersten Jahreshälfte 2020 herauszugeben. [...]

Seit Ihrem Amtsantritt am 01. Oktober 2019 haben wir uns um ein Gespräch mit Ihnen bemüht. Aus unterschiedlichen Gründen, die zuletzt noch von den Corona-Ausnahmezeiten besiegelt wurden, ist es bis heute zu keinem Treffen mit Ihnen gekommen. Jedoch haben wir auf Ihren Wunsch schon am 30. Oktober dem zuständigen Kulturdezernenten Herrn Brück unser Anliegen erörtert und er hat Ihnen die Fortsetzung der finanziellen Förderung in bisheriger Höhe empfohlen. [...] Nun bitten wir Sie um eine Entscheidung. [...]

Mit freundlichen Grüßen

Am 29. April 2020 antwortete die Büroleiterin von OB Uwe Conradt in seinem Auftrag.

Sehr geehrte Frau...

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 22. April 2020 an Herrn Oberbürgermeister Uwe Conradt. Leider ist ihm ein persönlicher Gesprächstermin aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie und den damit verbundenen Krisenmaßnahmen nicht möglich. Wir müssen damit rechnen, dass die Krise und die damit einhergehenden Einschränkungen für Wirtschaft,

Kreativwirtschaft und viele andere Bereiche zahlreiche Notlagen an unterschiedlichen Stellen hervorrufen wird. Vor dem Hintergrund können wir leider keine Förderzusage für 2020 für die »Saarbrücker Hefte« machen. Ob die Landeshauptstadt Saarbrücken für die kommenden Jahre finanzielle Unterstützung zusichern könnte, ist derzeit noch nicht abzusehen. Wir bedauern, Ihnen keine positivere Antwort geben zu können und bitten um Ihr Verständnis. Mit freundlichen Grüßen i. A.

Am 14. Mai 2020 veröffentlichte die Redaktion der *Saarbrücker Hefte* einen Offenen Brief als Antwort auf die Absage von OB Uwe Conradt.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Conradt,

als Sie am 1. Oktober 2019 Ihren ersten Arbeitstag als Saarbrücker Oberbürgermeister antraten, haben wir, die Redaktion der Saarbrücker Hefte, Sie in unserem Glückwunschs Schreiben um einen Termin gebeten. Wir wollten Ihnen das redaktionelle Konzept der ältesten saarländischen Kultur- und Gesellschaftszeitschrift vorstellen und mit Ihnen über deren finanzielle Zukunft sprechen. Doch dazu kam es leider nie. Am 29. April erreichte uns nun ein Schreiben Ihrer Büroleiterin, in dem sie uns mitteilt, dass Ihnen »ein persönlicher Gesprächstermin aufgrund der aktuellen Corona-Pandemie und den damit verbundenen Krisenmaßnahmen nicht möglich« sei. »Vor dem Hintergrund« könne man »leider keine Förderzusage für 2020 für die ‚Saarbrücker Hefte‘ machen«. Man bedauere, »keine positivere Antwort geben zu können«, und bittet um »Verständnis.« [...]

Der Inhalt der bisher 120 herausgegebenen Hefte ist ein wichtiges saarländisches Kulturgut und sollte jedem verfügbar gemacht werden. Viele erfahrene Journalisten und Publizisten konnten mit ihren Beiträgen zum Renommee dieser Zeitschrift beitragen. Praktisch alle dem Saarland verbundenen AutorInnen haben schon für die Hefte geschrieben. Und nicht nur im Saarland spielen sie eine beachtliche Rolle. In puncto Geschichtsforschung bekamen die Saarbrücker Hefte im Jahr 2018 bundesweite Anerkennung: Unser ehemaliger Redakteur und Autor Julian Bernstein wurde für seinen Text »Historiker als Mythenproduzenten« über die NS-Vergangenheit des früheren saarländischen

Ministerpräsidenten Franz Josef Röder mit dem »Alternativen Medienpreis« ausgezeichnet. Erstaunlicherweise erreichte Ihr Brief, den Sie am 23. April an »die Damen und Herren Künstler, Kulturschaffende, Pop-Kulturtreibende, Schausteller, Veranstalter, Spielstätteninhaber, Vertreter der Kreativwirtschaft« verschickt haben, die Redaktion der Saarbrücker Hefte nicht. Mit diesem Brief wollten Sie als Leiter der Katastrophenschutzbehörde die Stellungnahmen der betroffenen Kulturschaffenden erfragen, weil Sie »zurzeit Konzepte und Rechtsfragen zu Möglichkeiten der Unterstützung« erarbeiten. Wir versuchen zu verstehen, warum Sie keine Stellungnahme der Saarbrücker Hefte in Betracht zogen. Gehören die Saarbrücker Hefte in Ihren Augen nicht zur Kultur dieser Stadt?

»Was wünschen Sie sich von Ihrer Kommune in der jetzigen Situation?«, wollten Sie im gleichen Brief von den Saarbrücker Kulturschaffenden wissen. Hätten wir dieses Schreiben bekommen, wäre unsere Antwort: Offenheit in der Auseinandersetzung und dass die Betroffenen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Während sich im ganzen Land Politiker bemühen, wegen der Pandemie Mittel für notleidende Kulturschaffende zu organisieren, werden wir, die ehrenamtliche Redaktion der Saarbrücker Hefte, in Ihrem Auftrag ausgerechnet mit Hinweis auf Corona abgewiesen. Uns ist bewusst, dass wir keinen unverrückbaren Anspruch auf öffentliche Mittel haben. Jedoch ist die Existenz der Saarbrücker Hefte durch diese Absage gefährdet. Wir wünschen uns, dass darüber offen gesprochen und auch öffentlich diskutiert wird. Daher bitten wir Sie, Herr Oberbürgermeister, Ihre Entscheidung zu überdenken und Ihre Entscheidungsgründe der saarländischen Öffentlichkeit mitteilen.

Für die Saarbrücker Hefte

Der Offene Brief wurde von OB Uwe Conradt nicht beantwortet. Am 15. Mai 2020 griff SR 2 KulturRadio das Thema auf. Redakteurin Tilla Fuchs kritisierte die Entscheidung von OB Conradt als »fatales Signal«:

Es sind dunkle Zeiten für die Kreativen im Land. Künstler, Schriftsteller und Publizisten werden durch die Auswirkungen der Corona-Krise bedroht. [...] Welch ein Zusammenspiel: Da werden Möglichkeiten gesucht, die Kreativwirtschaft zu retten und den Kreativen, die

bereits Förderung bekommen, wird sie versagt, mit dem Hinweis, man müsse die Kreativwirtschaft retten. Das könnte von Eugène Ionesco stammen. Doch jenseits des absurden Theaters gefährdet der Entzug der Förderung den kritischen Journalismus. [...]

Der Verdacht drängt sich auf, dass hier ein unbequemes Presseorgan in die Schranken verwiesen werden soll.

Ebenfalls am 15. Mai kommentierte Tobias Kessler in der Saarbrücker Zeitung:

Die jüngste Ausgabe der »Hefte« enthielt eine geharnischte Kritik an Annegret Kramp-Karrenbauer (CDU). Der Verdacht kann aufkommen, dass die Streichung der Unterstützung politisch sein könnte, sind die »Hefte« mitunter deutlich in ihrer Kritik; unter anderem mit dem Anstoßen der Röder-NS-Debatte werden sie sich in einigen CDU-Kreisen wohl wenige Freunde gemacht haben.

Die Ablehnung des Förderantrages der Saarbrücker Hefte wurde auch Thema in der Kommunalpolitik. Der Grünen-Ortsverband Halberg scherte aus der Reihe der Jamaika-Koalition im Rathaus aus und kritisierte die Entscheidung von OB Conrads in einer Pressemitteilung am 17. Mai 2020 scharf:

Die saarländische Medienlandschaft ist bereits heute nicht durch einen allzu großen Pluralismus gekennzeichnet. Ein kritisches und mit großem ehrenamtlichem Engagement gestaltetes Blatt wie die Saarbrücker Hefte mit ihren auch Hintergründe ausleuchtenden Berichten ist darin umso mehr eine wichtige Ergänzung und ein unverzichtbares Korrektiv. Dass der sich im Wahlkampf noch kultur- und medienaffin gebende OB Conrads den Saarbrücker Heften den ihnen seit Jahren von der Stadt gewährten Zuschuss nun verweigern will, ist kultur- und medienpolitisch skandalös. [...] Nachdem CDU und FDP schon früher versucht hätten, den Saarbrücker Heften finanziell den Garaus zu machen, wolle OB Conrads jetzt offensichtlich die Pandemie nutzen, um eine kritische Medienstimme verstummen zu lassen. Es entstehe zumindest der Eindruck, dass unter dem Vorwand der Corona-Pandemie ein Kulturkampf geführt werden solle.

In einer derartigen Situation sei es an der grünen Stadtratsfraktion und den grünen

Dezernenten Flagge zu zeigen und klarzustellen, ob sie das Vorgehen des OB kritisch sehen oder ob sie es unterstützen. Es sei zwar unstrittig, dass der OB über seine Verfügungsmittel selbst bestimme, aber politisch könnten dazu weder die Fraktion noch der Kulturdezernent und die Bürgermeisterin schweigen, und zwar allein schon, um einer weiteren Verzerrung Einhalt zu gebieten. Die grüne Stadtratsfraktion und insbesondere die grüne Bürgermeisterin, die auch als Finanzdezernentin durch Conrads Vorgehen desavouiert wird, fordern wir auf, diesen kleinkarierten Versuch der politischen Rachsucht nicht zuzulassen und einen auskömmlichen Zuschuss im städtischen Haushalt zu verankern.

Auch die Fraktionen von SPD, Linken und Die Partei forderten im Kulturausschuss in einem gemeinsamen Antrag die Fortsetzung der Finanzierung der Saarbrücker Hefte. Im Haushaltsjahr 2020 solle sie aus Restmitteln des vergangenen Jahres sowie »nichtverausgabten Mitteln« aus 2020 erfolgen. Ab 2021 solle die Förderung wieder im städtischen Haushalt verankert werden.

Commercon-Mohr, Schumann und Franke erklären: »Die ‚Saarbrücker Hefte‘ sind die älteste Kulturzeitschrift des Saarlandes und eine gesellschaftliche Institution. Sie stellen durch ihre kritische Sicht auf die städtische und saarländische Kulturpolitik jedweder Couleur ein wichtiges Korrektiv für den politischen Betrieb dar und sind dadurch ein wesentlicher Bestandteil unserer demokratisch-pluralistischen Gesellschaft. Mit der kritischen Auseinandersetzung der Geschichte der Landeshauptstadt erweisen sich die »Saarbrücker Hefte« zudem als »Gedächtnis der Stadt«, das durch die Digitalisierung früherer Ausgaben auch einem breiten Publikum zugänglich gemacht werden soll.

Mit den Stimmen der Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP wurde dieser Antrag erwartungsgemäß abgelehnt. In der Sitzung des städtischen Kulturausschusses am 18. Juni 2020 beantragten die Mehrheits-Fraktionen stattdessen lapidar:

Die Verwaltung lässt die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Förderung der Publikation »Saarbrücker Hefte« aus Haushaltsmitteln der Landeshauptstadt prüfen.

Diese Strategie nahm Martin Rolshausen am 20. Juni 2020 in einer Glosse in der Saarbrücker Zeitung aufs Korn:

Die Botanik hilft uns Menschen gelegentlich, Dinge zu umschreiben. Von Leuten, die feige in Deckung gehen, sagen wir zum Beispiel, dass sie sich in die Büsche schlagen. Das haben die Kulturpolitiker der CDU/Grünen/FDP-Mehrheit im Saarbrücker Stadtrat in dieser Woche im Kulturausschuss getan. Das Gebüsch des Kommunalpolitikers ist das Gutachten. Ein solches soll auf Wunsch der Jamaika-Koalition klären, ob die Saarbrücker Hefte Kultur sind, oder zumindest etwas, was man aus dem Kulturerat fördern darf. Letzteres haben SPD und Linke beantragt, weil Oberbürgermeister Uwe Conradt den Zuschuss für die Hefte, die von einem Verein herausgegeben werden, gestrichen hat. Anstatt nun klar zu sagen, dass man nicht bereit ist, die gewünschten 10 000 Euro für eine Publikation rauszurücken, die sich auch immer wieder kritisch mit Politik auseinandersetzt, soll also nun ein Gutachten her. Vermutlich mit Rücksicht auf die Grünen, die diese »Zeitschrift für Kultur und Gesellschaft« früher mal für sehr förderungswürdig hielten und sich nun schwer tun mit einem schlichten Nein. Das klingt sehr nach »in die Büsche schlagen«. Und danach, dass die Jamaika-Koalition uns Bürgerinnen und Bürger hinter die Fichte führen möchte.

Das kurzfristige finanzielle Aus für die Saarbrücker Hefte konnte dann doch überraschend schnell abgewendet werden. Am 30. Juni 2020 veröffentlichte die Zeitschrift folgende Erklärung.

Die Existenz der Saarbrücker Hefte ist vorläufig gesichert. Das saarländische Kultusministerium fördert die älteste Kulturzeitschrift des Saarlandes in diesem Jahr mit 6000 Euro. Der Trägerverein des Magazins wird keinen Zuschuss aus dem städtischen Corona-Hilfsfonds beantragen.

Entgegen der Empfehlung des Kulturdezernats der Stadt werden die Redaktion und der Trägerverein der Saarbrücker Hefte keinen Antrag auf finanzielle Förderung aus dem Corona-Hilfsfonds stellen. Nachdem es Oberbürgermeister Uwe Conradt (CDU) im April abgelehnt hatte, das älteste Kulturmagazin des Saarlandes aus seinem persönlichen Verfügungsfonds zu

unterstützen, geriet die Existenz des Blattes in Gefahr. [...] Eine Vertreterin des städtischen Kulturdezernats empfahl den Saarbrücker Heften letzte Woche, ausgerechnet einen Antrag auf Unterstützung in gleicher Höhe aus dem Corona-Hilfsfonds der Stadt zu stellen. Die Redaktion lehnt dies ab, da die Hefte – anders als viele Künstler, die z.B. nicht mehr auftreten können – nicht durch die Pandemie in Mitleidenschaft gezogen wurden, sondern allein durch die Entscheidung des Oberbürgermeisters. Es wäre aus Sicht der Redaktion deshalb zynisch, in Konkurrenz zu jenen zu treten, die tatsächlich dramatische Einbußen durch die massiven Einschränkungen infolge der Corona-Pandemie erlitten und erleiden.

Äußerst befremdet sind Redaktion und Trägerverein auch darüber, dass die schwarz-gelbgrüne Jamaikakoalition im Saarbrücker Rathaus eine von SPD, Linken und Die Partei im Kulturausschuss beantragte Förderung in Höhe von 10 000 Euro aus dem regulären Haushalt mit dem Hinweis ablehnte, es müsse zunächst geprüft werden, ob es sich bei der Halbjahreszeitschrift für Kultur und Gesellschaft, die 1989 von einem gemeinnützigen Trägerverein übernommen wurde, tatsächlich um Kultur handele. Erst wenn dies geklärt sei, könne entschieden werden, ob eine reguläre Förderung möglich sei. Einen vergleichbar absurden Fall hat es in der Landeshauptstadt bisher wohl noch nicht gegeben. Die Redaktion der Saarbrücker Hefte ist sich bewusst, dass sie keinen gesetzlichen Anspruch auf finanzielle Förderung durch die Kommune hat. Das Mindeste ist jedoch ein Anspruch auf eine ehrliche Diskussion. Der hat sich die Jamaika-Koalition bisher entzogen. Wenn die Opposition ihren Förderantrag auch im Rat der Stadt stellen würde, müssten sich die Mehrheitsfraktionen einer breiten öffentlichen Debatte stellen. Dann könnten zumindest die kulturpolitischen Verhältnisse klarer werden. Die finanzielle Existenz der Saarbrücker Hefte ist unterdessen zumindest bis zum Winter, wenn die übernächste Ausgabe (Heft 122) erscheinen soll, gesichert: Das saarländische Kultusministerium wird den Trägerverein in diesem Jahr mit einem Druckkostenzuschuss in Höhe von 6000 Euro fördern. Hinzu kommen 2500 Euro von der Saarland-Sporttoto GmbH und eine Vielzahl an Spenden und neuen Abonnenten. Redaktion und Verein bemühen sich intensiv weiter um alternative Finanzierungsmodelle.

Autorinnen und Autoren

Georg Bense, *in Köln, aufgewachsen in Stuttgart, gestorben 2020 in Saarbrücken. Fernsehjournalist, Autor, Regisseur und Kameramann zahlreicher Filme für ARD, ZDF und ARTE.

Jonas Boos lebt und arbeitet in Saarbrücken. Studium der Volkswirtschaftslehre (Diplom) an der Universität Trier.

Klara-Katharina Bost, Literaturwissenschaftlerin, lebt in Saarbrücken und arbeitet aktuell schwerpunktmäßig zu den Themen Feminismus/Antifeminismus.

Marie Bröckling ist Journalistin und lebt in Berlin. Als Redakteurin für netzpolitik.org berichtet sie seit 2018 regelmäßig und bundesweit über Polizeigesetze.

Thomas Fläschner, *1960 in Bad Brückenau, lebt seit 1985 in Saarbrücken. Bibliothekar und saarländischer Landessprecher des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC). Autor mehrerer Bücher und Aufsätze zur Geschichte des Verkehrs im Saarland sowie zum Radsport.

Klaus Gietinger, Autor, Regisseur und Sozialwissenschaftler. Kinofilme, TV-Movies, Serien, Kinder-, Dokumentarfilme, Drehbücher, Tatorte (Buch und Regie). Sachbücher und zwei Romane. Zuletzt erschienen: »Kapp-Putsch. 1920 – Abwehrkämpfe – Rote Ruhrarmee«, Stuttgart 2020. Für seine Arbeiten wurde er mehrfach mit Preisen ausgezeichnet. Mehr Infos: www.gietinger.de

Klaus Ludwig Helf, *1950, ist Sozialwissenschaftler und Journalist, Medientrainer, Moderator und Dozent an der FH. Er lebt und arbeitet in Saarbrücken. Er war in folgenden

Bereichen tätig: politische und kulturelle Bildungsarbeit, Medien- und Kommunikationstraining, Medienkompetenz, Medien- und FilmDidaktik, cross-mediale journalistische Arbeiten, Medienpolitik, Bürgerkommunikation (freie Radios und Offene Kanäle), Publikationen.

Sadija Kavgić, freiberuflich als Journalistin und Übersetzerin tätig. Geboren in Tuzla, Jugoslawien. Journalistik-Studium an der Universität in Sarajevo. Während der Belagerung von Sarajevo 1992–1996 kam sie nach Deutschland. Publiziert in Deutschland und Bosnien und Herzegowina. Lebt in Saarbrücken.

Franta Kocourek, *1901 in Prag. Tschechischer Journalist und Rundfunkkommentator. Philosophiestudium an der Prager Karlsuniversität, der Sorbonne, in Aix-en-Provence und Berlin. Von ihm stammt die berühmte Reportage über den Einzug der Wehrmacht auf den Prager Wenzelsplatz im März 1939. Kocourek wurde daraufhin entlassen und 1941 in der Kleinen Festung Terezín inhaftiert. Im Mai 1942 verstarb er in Ausschwitz-Birkenau an den Folgen von Typhus.

Till Neu, *1943 in Saarbrücken, dort Kunststudium bei Oskar Holweck, in Kassel bei Fritz Winter. Studium der Kunstgeschichte in Saarbrücken bei Wilhelm Messerer. Promotion über Grundlagen der Gestaltung. Von 1984–2004 Professor für Malerei und Kunstgeschichte an der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, Frankfurt/M., Institut für Kunstpädagogik. Vorzeitiges Ende der Lehrtätigkeit 2004. Zwei Wohnorte: Saarbrücken und Villes-sur-Auzon (Atelier). Weitere Informationen: www.tillneu.de
www.institut-aktuelle-kunst.de

Josef Reindl, Sozialwissenschaftler und Mitglied des COGITO-Instituts für Autonomieforschung.

Werner Ried, *1965, Diplomgeograph Dr. phil., Dissertation zum grenzüberschreitenden Schienenverkehr SaarLorLux. Er arbeitet für DB Fernverkehr AG in Frankfurt und für das saarländische Bahnunternehmen BahnLog GmbH. Ehrenamtlich ist er im Saarland Vertreter der Allianz Pro Schiene (Allianz-pro-schiene.de) und Vorstandsvize des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) (saarland.vcd.org).

Stefan Ripplinger, *1962 in St. Ingbert. Freier Autor. Zuletzt erschienen von ihm die Essaybände »Kommunistische Kunst« (konkret texte 2019) und »Mallarmés Menge« (Matthes & Seitz 2019).

Mathias Römer, Lehrer. Langjährige Tätigkeit in der Lehrer-Fortbildung und in der fachdidaktischen Forschung. Seit kurzem Schulleiter einer Gemeinschaftsschule. Seit fast 20 Jahren mitverantwortlich für die Mitgliederzeitung der GEW Saarland.

Irina Rosenau, *1978, hat Germanistik in Minsk (Weißrussland) und italienische und vergleichende Literaturwissenschaft in Saarbrücken und Pisa studiert. Unterrichtet Komparistik an der Universität des Saarlandes. Im Mai 2018 hat sie an der Lesungsreihe Heldentod auf Seite 3 des Saarländischen Künstlerhauses teilgenommen. Die Erzählung Die bleibende Stadt ist in der Zeitschrift STRECKENLÄUFER 34 (2019) erschienen.

Erich Später, *1959, Buchhändlerlehre, Studium in Saarbrücken und Berlin, arbeitet für die Heinrich-Böll-Stiftung Saar. Er publiziert in der Monatszeitschrift konkret schwerpunktmäßig zu den Themen Massenverbrechen der Deutschen vor und während des Zweiten Weltkriegs, zu den sogenannten »Vertriebenenverbänden« sowie zur saarländischen Regionalgeschichte. Letzte Buchveröffentlichungen »Villa Waigner. Hanns Martin Schleyer und die deutsche Vernichtungselite in Prag«, Konkret Literatur Verlag Hamburg; »Der dritte Weltkrieg – die Ostfront 1941-45«, Conte Verlag St. Ingbert.

Herbert Temmes, Studium der Neueren Geschichte und Deutschen Sprach- und Literaturwissenschaft. MBA Gesundheitsökonomie. Mitglied der Redaktion der Saarbrücker Hefte von 1997 bis 2019. Seit 2019 Bundesgeschäftsführer der Deutschen Multiple Sklerose Gesellschaft (DMSG).

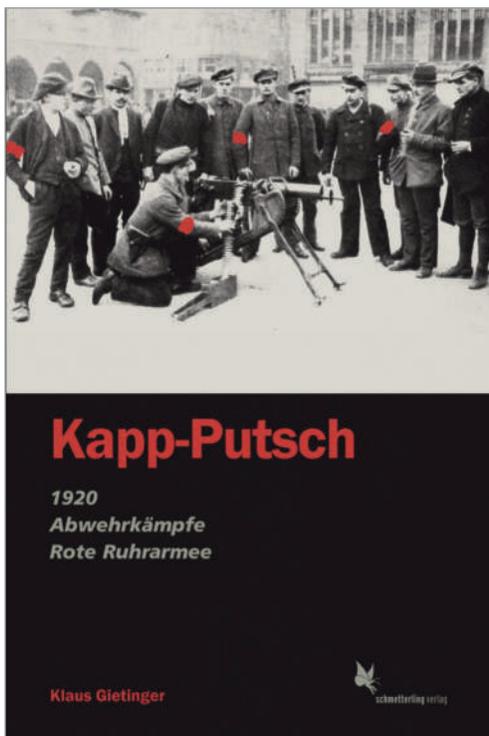
Wilfried Voigt, *1951, zehn Jahre Redakteur bei der Frankfurter Rundschau, 18 Jahre Spiegel-Korrespondent (Inland), Wächterpreisträger 1986, freier TV-Journalist, mehrere Buchveröffentlichungen (u.a. »Die Jamaika Clique – Machtspiele an der Saar«).

Alena Wagnerová, aus Brno/Brünn stammende deutsch-tschechische Schriftstellerin, Publizistin und Oral-Historikerin. Sie beschäftigt sich in ihren literarischen wie auch publizistischen Arbeiten systematisch mit der Kultur und Geschichte Mitteleuropas, den deutsch-tschechischen Beziehungen und der Stellung der Frau in der modernen Gesellschaft. Seit 1969 lebt sie in Saarbrücken, seit 1989 in Saarbrücken und Prag. Zahlreiche Veröffentlichungen, u. a. »Alle meine Artikel sind Liebesbriefe – Milena Jesenská« (1995); »Im Hauptquartier des Lärms – Die Familie Kafka aus Prag« (1998); »Das Leben der Sidonie Nádherny« (2003); »Smetana-Dvořák-Janáček – Die Musikerbriefe« (ed. 2003); »Die Helden der Hoffnung – die anderen Deutschen aus den Sudeten« (2008); »Frau im Sozialismus – Beispiel ČSSR« (1974), Theaterstücke, Hörspiele, zahlreiche Beiträge in deutschen und tschechischen Zeitungen, Zeitschriften und im Rundfunk.

Laura Weidig, *1984 in Saarbrücken, Studium der Germanistik (B.A.), der historischen Anthropologie sowie der Kultur- und Mediengeschichte.

Reinhard Wilhelm, *1946 im Sauerland. Er studierte Mathematik, Physik und Informatik in Münster, München und Stanford, promovierte 1977 an der TU München und war von 1978 bis 2014 Professor für Informatik an der Universität des Saarlandes. Von 1990 bis 2014 war er Wissenschaftlicher Direktor des Leibniz-Zentrums für Informatik in Schloss Dagstuhl. Von 1989 bis 2008 war er Mitglied der Redaktion der *Saarbrücker Hefte*.

Neue Bücher unserer Autoren



Klaus Gietinger: Kapp-Putsch
1920 - Abwehrkämpfe - Rote-Ruhrarmee
Schmetterling Verlag, Stuttgart 2020
ISBN 3-89657-177-X



Reinhard Wilhelm: Einsichten eines Informatikers
von geringem Verstande, Glossen aus dem
Informatik Spektrum. Springer Verlag,
Heidelberg 2020, ISBN 978-3-658-28385-8

Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft

Saarland



**In Krisenzeiten brauchst du
eine starke Gewerkschaft.**

Gemeinsam sind wir stark!



Werde Mitglied!



Mainzer Str. 84 | 66121 Saarbrücken | Tel.: 0681/66830-1 | Fax: 0681/66830-17
E-Mail: info@gew-saarland.de | www.gew.saarland



ISSN 0036-2115

ISBN 978-3-945996-34-8